

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Roman Töppel
„Volk und Rasse“
Hitlers Quellen auf der Spur

Axel Schildt
Die NS-Vergangenheit westdeutscher Intellektueller
Die Enthüllungskampagne von Kurt Ziesel in der Ära Adenauer

Mechthild Lindemann
Deutsche Wissenschaftler als Erfinder von „Agent Orange“?

Thomas Riegler
Die Waffengeschäfte der österreichischen Verstaatlichten Industrie
und der Noricum-Skandal

Frank Bajohr
Zwei Jahre Zentrum für Holocaust-Studien
am Institut für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSCHEFTE FÜR Zeitgeschichte

1
16

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler, Alan E. Steinweis
und Margit Szöllösi-Janze

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Elke Seefried
Chefredakteur: Jürgen Zarusky
Stellvertreter: Thomas Schlemmer

64. Jahrgang Heft 1 Januar 2016

Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung.

The Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff then decide on publication.

**Anschrift der
Redaktion** Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 089/1 26 88-0
Fax 089/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Online www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/
Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig
durchsuchbar, open access bis einschließlich 2010.
<http://vfz.ifz-muenchen.de>

Impressum © 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Offenlegung der Inhaber und Beteiligungsverhältnisse gem. § 7a Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 2 Ziff. 3 des Berliner Pressegesetzes: Die Gesellschafter der Walter de Gruyter GmbH sind: Cram, Gisela, Rentnerin, Berlin; Cram, Elsbeth, Pensionärin, Rosengarten-Alvesen; Cram, Margret, Studienrätin i.R., Berlin; Cram, Dr. Georg-Martin, Unternehmens-Systemberater, Stadtbergen; Cram, Maike, Berlin; Cram, Jens, Mannheim; Cram, Ingrid, Betriebsleiterin, Tuxpan / Michoacan (Mexiko); Cram, Sabina, Mexico, DF (Mexiko); Cram, Silke, Wissenschaftlerin, Mexico DF (Mexiko); Cram, Björn, Aachen; Cram, Ella Anita, Rentnerin, Berlin; Cram, Berit, Greifswald; Cram-Gomez, Susanne, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Walter, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Kurt, Angestellter, Mexico DF (Mexiko); Duvenbeck, Brigitta, Oberstudienrätin i.R., Bad Homburg; Fund, Dr. Sven, Berlin; Gädeke, Gudula, M.A., Atemtherapeutin/Lehrerin, Tübingen; Gädeke, Martin, Einzelunternehmer, Würzburg; Lubasch, Dr. Annette, Ärztin, Berlin; Schütz, Dr. Christa, Ärztin, Mannheim; Schütz, Sonja, Berlin; Schütz, Juliane, Berlin; Schütz, Antje, Berlin; Schütz, Valentin, Berlin; Seils, Dorothee, Apothekerin, Stuttgart; Seils, Gabriele, Journalistin, Berlin; Seils, Dr. Clara-Eugenie, Oberstudienrätin i.R., Reppenstedt; Seils, Christoph, Journalist, Berlin; Siebert, John-Walter, Pfarrer, Oberstenfeld.

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift. Anzeigenverwaltung: Heiko Schulze, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-358, Fax: +49 (0)30 260 05-264, E-mail: anzeigen@degruyter.com

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,-; Print- und Online-Abonnement € 72,-; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 17,-/Ausland: € 28,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 2 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising, Druck: Franz X. Stücker Druck und Verlag e.K., Ettenheim. Printed in Germany

Wo kam er her?

Roman Töppel

„Volk und Rasse“ 1 Aufsätze
Hitlers Quellen auf der Spur

Unlautere Vergangenheitsbewältigung von rechts

Axel Schildt

**Im Visier: Die NS-Vergangenheit westdeutscher
Intellektueller** 37
Die Enthüllungskampagne von Kurt Ziesel in der Ära
Adenauer

Giftmischer?

Mechthild Lindemann

**Deutsche Wissenschaftler als Erfinder von „Agent
Orange“?** 69
Eine Spurensuche

Kanonen statt Moral

Thomas Riegler

„Macht's es unter der Tuchent“ 99
Die Waffengeschäfte der österreichischen Verstaatlichten
Industrie und der Noricum-Skandal

Etabliert?

Frank Bajohr

**Zwei Jahre Zentrum für Holocaust-Studien am
Institut für Zeitgeschichte** 139 **Miszelle**

Selbständig?

Michael Mayer

Wie autonom regierte Vichy? 151 **Diskussion**
Zur aktuellen Debatte um die Einführung einer antisemiti-
schen Rassengesetzgebung in Frankreich 1940

Wachablösung in der Chefredaktion – Zu Hans Wollers
Abschied von den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte 165 **Notizen**

„Eine Art Schadensabwicklung“: Antwort auf Vittorio
E. Klostermann 169

Zehnte Aldersbacher Schreib-Praxis. Ein anwendungsorientiertes
Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter
Oldenbourg (20. bis 24. März 2016) 173

175 Rezensionen
online

183 Abstracts

187 Autoren

Er ist wieder da – aber woher kam Hitler und aus welchen Quellen schöpfte er bei der Niederschrift von „Mein Kampf“. Roman Töppel, einer der Herausgeber der gerade vorgelegten Edition, geht dieser Frage mit Blick auf das ideologische Kernkapitel „Volk und Rasse“ nach, in dem Hitler die Figur „des Juden“ als Feindbild und Antityp des „rassereinen Ariers“ aufbaute. Seine intellektuellen Stichwortgeber waren dabei, so Töppel nach beeindruckend umsichtiger Recherche, vor allem Houston Stewart Chamberlain, Heinrich Claß, Theodor Fritsch, Dietrich Eckart, Hans F.K. Günther und Alfred Rosenberg, wobei Hitler aber selbst bei seinen bevorzugten Gewährsleuten alles ignorierte, was nicht in sein bereits relativ gefestigtes Weltbild passte.

Roman Töppel

„Volk und Rasse“

Hitlers Quellen auf der Spur

Dr. Annette Hahn gewidmet

Adolf Hitlers „Mein Kampf“ ist ein Mythos. Das zeigt sich nicht nur an den hitzigen öffentlichen Debatten, die derzeit in Deutschland um die Wiederveröffentlichung nach Ablauf des Urheberrechts geführt werden, sondern auch am gewaltigen Medieninteresse, das die vom Institut für Zeitgeschichte erarbeitete wissenschaftlich-kritische Edition von „Mein Kampf“ hervorruft¹. Dabei wurden bereits vor Jahrzehnten viele andere Schriften Hitlers in der Bundesrepublik Deutschland als wissenschaftliche Editionen herausgegeben. So veröffentlichte Gerhard L. Weinberg 1961 Hitlers sogenanntes Zweites Buch², ohne dass jemand daran Anstoß nahm, abgesehen von einigen Geschichtsrevisionisten, die das Buch als Fälschung brandmarken wollten³. 1980 wurden alle bis dahin bekannten

¹ Vgl. Christian Hartmann/Othmar Plöckinger/Roman Töppel/Thomas Vordermayer (Hrsg.), Hitler, Mein Kampf – eine kritische Edition, München 2016. Die Forschungen, die diesem Aufsatz zugrunde liegen, habe ich im Rahmen dieses IfZ-Projekts durchgeführt. Ich möchte an dieser Stelle allen studentischen Hilfskräften und Praktikanten herzlich danken, die mich bei der Quellensuche und -auswertung für das Kapitel „Volk und Rasse“ unterstützt haben, ganz besonders Courtney Burrell, Markus Köck, Laura Notheisen und Gil Shohat. Wertvolle Hinweise erhielt ich außerdem von Dr. Othmar Plöckinger, Dr. Pascal Trees und Ute Elbracht, wofür ich mich ebenfalls herzlich bedanken möchte. Ein besonderer Dank geht an meine Kollegin PD Dr. Edith Raim, die mir nicht nur stets mit Rat und Tat zur Seite stand, sondern auch die Anregung zu diesem Aufsatz gab.

² Vgl. Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928, eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Stuttgart 1961.

³ Vgl. etwa Udo Walendy, Europa in Flammen 1939–1945, Bd. 2, Vlotho 1967, S. 382–388. 1961, als Weinberg das „Zweite Buch“ veröffentlichte, war die Quellenlage zu dessen Entstehungsgeschichte noch sehr schlecht. Durch neuere Forschungen ist sie allerdings so gut geworden, dass an der Authentizität von Hitlers „Zweitem Buch“ kein Zweifel mehr bestehen kann. Vgl.

Aufzeichnungen und Reden Hitlers aus den Jahren 1905 bis 1924 publiziert⁴. Zwischen 1992 und 2003 gab das IfZ dann eine Edition fast sämtlicher Reden, Schriften und Anordnungen heraus, die aus der Zeit zwischen der Neugründung der NSDAP im Februar 1925 und der „Machtergreifung“ im Januar 1933 stammen⁵. Auch Hitlers „Zweites Buch“ wurde in diesem Zusammenhang neu ediert⁶. Die Wissenschaft nahm diese umfassende Publikation dankbar auf; in der Öffentlichkeit blieb sie hingegen weitgehend unbeachtet, obwohl sich in Hitlers Reden und Schriften beinahe alles wieder findet, was in „Mein Kampf“ steht, zuweilen sogar deutlicher und radikaler. Denn noch hielt sich Hitler zurück, als er „Mein Kampf“ verfasste. Schließlich war er am 20. Dezember 1924 nur auf Bewährung aus der Festungshaft in Landsberg entlassen worden⁷. Als österreichischer Staatsbürger musste er zudem befürchten, in seine Heimat abgeschoben zu werden, wenn er in Deutschland allzu provokativ auftrat⁸.

„Mein Kampf“ enthält im Vergleich zu Hitlers Reden und zu völkischen Schriften des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts weder überraschend Neues noch viel Originäres. Dennoch wurde das Buch nicht erst durch das Verbot des Nachdrucks und den bis heute weit verbreiteten Glauben, es sei überhaupt indiziert⁹, zu einem Mythos. Schon die Nationalsozialisten verklärten es zur „Bibel“¹⁰. Wohl nicht zufällig erinnert die Jubiläumsausgabe, die 1939 anlässlich Hitlers 50. Ge-

Othmar Plöckinger, Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“, 1922–1945, München 2011, S. 161–164.

⁴ Vgl. Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980; vgl. dazu Eberhard Jäckel/Axel Kuhn, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten, in: VfZ 32 (1984), S. 163–169.

⁵ Vgl. Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, 6 Bde. (in 13 Teilbänden), München 1992–2003.

⁶ Das „Zweite Buch“ erschien mit einer verbesserten Kommentierung in Bd. II A, nunmehr unter dem Titel: Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl Juni-Juli 1928. „Mein Kampf“, das eigentlich auch in die Edition gehört hätte, durfte aus urheberrechtlichen Gründen nicht aufgenommen werden.

⁷ Vgl. Otto Gritschneider, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990, S. 58–60 u. S. 97–141; Volker Dotterweich, Vom „Marsch nach Berlin“ zum „Marsch nach Landsberg“: Hitlers Wege nach Landsberg 1923–1939, in: Ders./Karl Filser (Hrsg.), Landsberg in der Zeitgeschichte. Zeitgeschichte in Landsberg, München 2010, S. 151–193, hier S. 171 f.

⁸ Vgl. Plöckinger, Geschichte eines Buches, S. 56 f., S. 76 u. S. 214–224.

⁹ Dies konnte ich seit Beginn der Editionsarbeit in zahlreichen Gesprächen mit Interessenten feststellen. Viele glaubten, „Mein Kampf“ sei in Deutschland verboten; nicht nur sein Nachdruck, sondern bereits der Besitz oder Erwerb des Buchs sei strafbar. Vgl. dazu Marion Neiss, „Mein Kampf“ nach 1945: Verbreitung und Zugänglichkeit, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 60 (2012), S. 907–914. Der Beitrag enthält allerdings einige Fehler: So wurden von „Mein Kampf“ nicht nur 10 Millionen Exemplare gedruckt, sondern fast 12,5 Millionen. Das Buch wurde ab 1936 auch nicht „allen Brautpaaren“ überreicht, sondern nur Eheleuten in den Kommunen, die zur Anschaffung von Hochzeitsausgaben von „Mein Kampf“ bereit waren – und das waren bei weitem nicht alle. Außerdem erklärt Neiss die seriöse Internetplattform „Internet Archive“ (www.archive.org) fälschlich zum „rechtsradikalen Online-Marktplatz“.

¹⁰ Plöckinger, Geschichte eines Buches, S. 349–356, hier Zitat S. 349–352 u. S. 405 f.

burtstag erschien, in Größe und Aufmachung an das Evangelium, allerdings nicht mit einem Kreuz, sondern mit einem Schwert auf dem Einband und einem „Sonnenrad“, der runden Version des Hakenkreuzes, auf dem Buchrücken¹¹. Ab 1936 wurde „Mein Kampf“ sogar in einem Film sowie in Werbebroschüren und Verlagsanzeigen des Eher-Verlags als „Das Buch der Deutschen“ beworben¹² – mit Erfolg: Auch in zeitgenössischen Widmungen von NS-Funktionären, die sich gelegentlich in erhalten gebliebenen Exemplaren von „Mein Kampf“ finden, kehrt die Bezeichnung als „das Buch der Deutschen“ wieder¹³. Dementsprechend wurde es in hohen Zahlen verlegt: Bis Herbst 1944 erschienen insgesamt 12.450.000 Exemplare in mindestens 1.122 Auflagen¹⁴. Mindestens 16 Druckereien waren an der Herstellung von „Mein Kampf“ beteiligt¹⁵.

¹¹ Das Buch wurde in Anzeigen des Verlags Franz Eher Nachfolger beworben als „Jubiläumsausgabe in einem Band, Lexikonformat, Ganzleder, Goldschnitt“ und kostete stattliche 32 RM. Das entsprach etwa dem Brutto-Wochenlohn eines Hilfsarbeiters in der Keramischen Industrie und in der Glasindustrie. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. vom Statistischen Reichsamt, 59 (1941/42), Berlin 1942, S. 382. Die am häufigsten gedruckte einbändige Volksausgabe von „Mein Kampf“ kostete zunächst 8 RM, ab 1932 7,20 RM; die billigste Version, eine zweibändige kartonierte Ausgabe, war für 5,70 RM zu haben. Vgl. beispielsweise die Verlagsanzeige am Ende der 1. Auflage der „Dünndruckausgabe“ von 1940. Ein Exemplar davon befindet sich in der Bayerischen Staatsbibliothek München, Signatur: 40.2483. Von der Jubiläumsausgabe besitzt die Bibliothek des IFZ mehrere Exemplare. Vgl. dazu auch Idee und Erfüllung. Adolf Hitlers „Mein Kampf“ als Jubiläumsausgabe – 5-Millionen-Auflage erreicht, in: Bücherkunde 6 (1939), S. 217f.; Othmar Plöckinger (Hrsg.), Quellen und Dokumente zur Geschichte von „Mein Kampf“, 1924–1945, Stuttgart 2016, S. 151 u. S. 651.

¹² Vgl. Bernhard Eck, Adolf Hitler „Mein Kampf“. Das Buch der Deutschen. Viermillionenaufgabe bereits überschritten, in: Bücherkunde 5 (1938), S. 524–526; Knut Hickethier, Die Welt ferngesehen. Dokumentarische Sendungen im frühen Fernsehen, in: Heinz-Bernd Heller/Peter Zimmermann (Hrsg.), Bilderwelten, Weltenbilder. Dokumentarfilm und Fernsehen, Hitzeroth 1990, S. 23–48, hier S. 28; Plöckinger, Geschichte eines Buches, S. 56 u. S. 61; ders. (Hrsg.), Quellen und Dokumente, S. 644–648.

¹³ So verschenkte der Münchner Gauleiter Adolf Wagner im Frühjahr 1941 an Rotkreuz-Helferinnen Ausgaben von „Mein Kampf“ mit der Widmung: „Nehmt das Buch der Deutschen, Adolf Hitlers ‚Mein Kampf‘, als Dank und Anerkennung von mir.“ Ein solches Exemplar befindet sich heute in Privatbesitz. Für diesen Hinweis und die Überlassung einer Kopie der Widmung danke ich Herrn Rainer K., München.

¹⁴ Dies schließt nur die deutschen, nicht die zahlreichen fremdsprachigen Ausgaben von „Mein Kampf“ ein. Durch die Exemplare von „Mein Kampf“, die noch in öffentlichen Bibliotheken vorhanden sind, lassen sich bislang folgende Auflagenzahlen nachweisen (ohne diverse Pracht- und Sonderausgaben, von denen jeweils nur einige Exemplare gedruckt wurden): Volksausgabe in einem Band (einschließlich Hochzeitsausgaben): 1.031 Auflagen; kartonierte Ausgabe in zwei Bänden: 51 Auflagen; Dünndruckausgabe in einem Band: 22 Auflagen; Leinen- und Halbleder-Ausgaben in zwei Bänden: 16 Auflagen, Jubiläumsausgaben: 2 Auflagen. Für die Überlassung einer Liste mit den in deutschen und österreichischen Bibliotheken vorhandenen Exemplaren von „Mein Kampf“ danke ich Othmar Plöckinger. Anfragen in deutschen und österreichischen Antiquariaten, ob eine spätere als die letzte bislang in öffentlichen Bibliotheken nachgewiesene Auflage im Handel aufgetaucht ist, erbrachten keine neuen Erkenntnisse.

¹⁵ Vgl. Plöckinger, Geschichte eines Buches, S. 195 f. Zu den hier aufgeführten 14 Druckereien kommen mindestens zwei weitere: die Union Druckerei GmbH Stuttgart (nachweisbar durch

Trotz dieser weiten Verbreitung waren längst nicht alle Deutschen mit dem Inhalt des Buchs vertraut. Das belegt unter anderem ein Tagebucheintrag des Justizinspektors Friedrich Kellner (1885–1970), der als Sozialdemokrat und überzeugter Gegner des Nationalsozialismus Hitlers „Mein Kampf“ eingehend studiert hatte. Am 12. Dezember 1944 notierte er: „Hitler ist gar kein heimtückischer Mensch. Im Gegenteil, er läßt jeden seine Seele betrachten. In ‚Mein Kampf‘ hat Hitler seine intimsten Gedanken ganz offen zum Ausdruck gebracht. Die Anderen haben nur nicht an die Möglichkeit der Durchführung seiner Pläne geglaubt – oder aber das Buch ‚Mein Kampf‘ überhaupt nicht gelesen! In der Tat haben mir viele Zeitgenossen etwas beschämt zugegeben, daß sie ‚Mein Kampf‘ noch nicht gelesen haben. Sogar Parteigenossen! Unglaublich, aber wahr!“¹⁶

Ins Reich der Legenden gehören dennoch Behauptungen wie jene von Joachim Fest, „Mein Kampf“ habe „das Schicksal aller Pflicht- und Hofliteratur“ erlitten und sei ungelesen geblieben¹⁷. Das zeigt sich nicht nur an der breiten Rezeption von „Mein Kampf“ in der damaligen Presse und Publizistik, sondern auch an der großen Zahl der Ausleihen aus öffentlichen Bibliotheken vor 1945¹⁸. Noch aufschlussreicher sind zwei repräsentative Umfragen, welche die Amerikaner kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in der amerikanischen Besatzungszone durchführen ließen. Bei der ersten Befragung im Februar 1946 gaben immerhin sieben Prozent der Interviewten an, „Mein Kampf“ komplett gelesen zu haben. Weitere 16 Prozent kannten es zumindest in Teilen. Bei der zweiten Umfrage im November 1947 waren es etwas weniger: fünf Prozent der Befragten hatten „Mein Kampf“ nach eigener Aussage vollständig gelesen, weitere 14 Prozent Teile des Buchs¹⁹. Rechnet man diese Zahlen hoch, kann man davon ausgehen, dass mehrere Millionen Deutsche „Mein Kampf“ ganz gelesen hatten²⁰. Einer dieser zahlreichen Leser war

die 12. und 22. Auflage der Dünndruckausgabe) und die Buchdruckerei „Rota II“ Riga (14. Auflage der Dünndruckausgabe).

¹⁶ Friedrich Kellner, „Vernebelt, verdunkelt, sind alle Hirne“. Tagebücher 1939–1945, hrsg. von Sascha Feuchert u. a., Bd. 2, Göttingen 2011, Zitat S. 905 f.; vgl. dazu auch Markus Roth, Chronist der Verblendung – Friedrich Kellners Tagebücher 1938/39 bis 1945. Beiheft zur Ausstellung: Die Last der ungesagten Worte. Die Tagebücher Friedrich Kellners 1938/39 bis 1945, Bonn 2009.

¹⁷ Joachim Fest, Hitler. Eine Biographie, Berlin 2010, Zitat S. 309. Entsprechende Aussagen finden sich auch in der jüngeren Forschungsliteratur, etwa bei Dirk van Laak, Adolf Hitler, in: Frank Möller (Hrsg.), Charismatische Führer der deutschen Nation, München 2004, S. 149–169, hier S. 164, Anm. 57, oder Bernhard Sauer, „Nie wird das Deutsche Volk seinen Führer im Stiche lassen“. Abituraufsätze im Dritten Reich, Berlin 2012, S. 120.

¹⁸ Vgl. Plöckinger, Geschichte eines Buches, S. 203–444; Angelika Königseder, „Mein Kampf“: Entstehung und Verbreitung bis 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 60 (2012), S. 898–906, hier S. 904 f.

¹⁹ Vgl. Surveys Section, Report No. 2, Intelligence Branch, ICD, OMGUS, USFET, Who in Germany has read „Mein Kampf“, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), MA 1304, Rolle 1; Report No. 92, 9 February 1948, ICD Opinion Surveys, OMGUS, APO 742, Berlin, Germany, Readers of „Mein Kampf“, in: Ebenda, Rolle 2.

²⁰ Am 17. 5. 1939 hatte das Deutsche Reich (ohne Memelland, Danzig, eingegliederte Ostgebiete, Eupen, Malmedy und Moresnet) 79.375.281 Einwohner, davon waren etwa 59,8 Millionen 16 Jahre alt oder älter und kamen als potenzielle Leser von „Mein Kampf“ in Frage. Vgl.

der Historiker Alexander Cartellieri (1867–1955), der am 18. Mai 1933 in sein Tagbuch notierte: „Hitlers ‚Mein Kampf‘ habe ich vollständig gelesen und reiche Anregung daraus geschöpft, muss mir seine Stellung zur Aussenpolitik reiflich überlegen.“²¹

Dass Hitlers Buch vor 1945 nicht nur von einer breiten Öffentlichkeit gelesen, sondern auch an Schulen und in der Wissenschaft rezipiert wurde, lässt sich mit zahlreichen Beispielen belegen. Bereits im Juli 1932 kündigte ein Professor für Klinische Psychologie an der Universität Bonn an, er wolle eine Vorlesung zum Thema „Politische Psychologie als angewandte Psychologie an Hand von ‚Mein Kampf‘“ halten²². Nach 1933 diente „Mein Kampf“ verschiedenen Geisteswissenschaftlern als zentrale Quelle, so Hajo von Hadeln für seine Doktorarbeit „Vom Wesen einer nationalsozialistischen Weltgeschichte“²³ und Gisela Reuter für ihre Dissertation über Propaganda im Ersten Weltkrieg²⁴. Vom Nationalsozialistischen Lehrerbund wurde „Mein Kampf“ ausdrücklich für den Unterricht empfohlen²⁵. Gedanken daraus fanden auch tatsächlich an Schulen Verbreitung, wie sich etwa in Abituraufsätzen zeigt, die im Dritten Reich entstanden²⁶. Wer sich mit zentralen Argumenten aus „Mein Kampf“ vertraut machen wollte, ohne sich die Mühe machen zu wollen, das Buch zu lesen, konnte auf eine der zahlreichen Sammlungen von Textauszügen zurückgreifen, die nach 1933 erschienen²⁷. Außerdem wurden Teile von „Mein Kampf“, die Hitler für besonders wichtig hielt, als eigenständige Broschüren herausgegeben: bereits 1926 das 13. Kapitel des zweiten Bands²⁸, ab 1936 Teile des 11. Kapitels des ersten Bands zusammen mit Teilen des

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 59 (1941/42), S. 7f. u. S. 24f. Entsprechend den Ergebnissen der Umfrage von 1947 hätten somit ca. drei Millionen Deutsche „Mein Kampf“ vollständig gelesen, 1946 sogar mehr als vier Millionen.

²¹ Alexander Cartellieri, *Tagebücher eines deutschen Historikers. Vom Kaiserreich bis in die Zweistaatlichkeit (1899–1953)*, hrsg., eingeleitet und bearb. von Matthias Steinbach und Uwe Dathe, München 2014, Zitat S. 661.

²² Vgl. Plöckinger, *Geschichte eines Buches*, S. 415f.; Volker Ullrich, *Adolf Hitler. Biographie*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 2013, S. 432.

²³ Vgl. Hajo von Hadeln, *Vom Wesen einer nationalsozialistischen Weltgeschichte. Eine Studie über Adolf Hitlers „Mein Kampf“ und Alfred Rosenbergs „Der Mythus des XX. Jahrhunderts“*, Frankfurt a. M. 1935.

²⁴ Vgl. Gisela Reuter, *Deutsche Karikaturen als Waffe der feindlichen Hetzpropaganda im Weltkrieg*, Diss. phil., Berlin 1942.

²⁵ Vgl. Rudolf Benze, *Wegweiser ins Dritte Reich. Einführung in das völkische Schrifttum*, hrsg. vom Nationalsozialistischen Lehrerbund, Gau Südhannover-Braunschweig, Braunschweig 1934, S. 5.

²⁶ Vgl. Sauer, „Nie wird das Deutsche Volk seinen Führer im Stiche lassen“, S. 38, S. 67 u. S. 80.

²⁷ Vgl. etwa Benedikt Welsch (Hrsg.), *Hitler-Worte. Aussprüche aus „Mein Kampf“ und aus den Reden des Führers*, Breslau 1934, oder Werner Siebarth (Hrsg.), *Hitlers Wollen. Nach Kernsätzen aus seinen Schriften und Reden*, München 1939. Vgl. auch Plöckinger, *Geschichte eines Buches*, S. 192 u. S. 413–415.

²⁸ Das 13. Kapitel des zweiten Bands heißt „Deutsche Bündnispolitik nach dem Kriege“; die Broschüre trägt hingegen den Titel „Die Südtiroler Frage und das Deutsche Bündnisproblem“; vgl. Plöckinger, *Geschichte eines Buches*, S. 95 f. u. S. 178.

2. Kapitels des zweiten Bands. Letztere Broschüre erschien unter dem Titel „Volk und Rasse“, genau wie das 11. Kapitel von „Mein Kampf“²⁹.

Das Kapitel „Volk und Rasse“ in „Mein Kampf“

Nicht nur in der modernen Forschung³⁰, sondern bereits unter Zeitgenossen Hitlers galt „Volk und Rasse“ als das zentrale Kapitel des Buchs. Hitler beschreibt darin zunächst die vermeintlich fatalen Konsequenzen jeglicher „Rassenmischung“, insbesondere für die „arische Rasse“. Dann schildert er die kulturellen Leistungen und die essenzielle Bedeutung der „Arier“ für die Entwicklung der gesamten Menschheit und stellt ihnen die Juden als „gewaltigsten Gegensatz“ gegenüber. In einer langen Passage führt er die vermeintlichen Eigenschaften „des Juden“ und seine Methoden zur Erringung der „Weltherrschaft“ auf und skizziert den „Werdegang des Judentums“ in der europäischen Geschichte. Am Ende schließt Hitler den weit gespannten Bogen wieder, indem er die Notwendigkeit rassischer Reinheit betont, denn „das alte Reich“ sei „an der Frage der Erhaltung der rassischen Grundlagen unseres Volkstums achtlos“ vorübergegangen, was zu Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg geführt habe: „Wenn wir all die Ursachen des deutschen Zusammenbruches vor unserem Auge vorbeiziehen lassen, dann bleibt als die letzte und ausschlaggebende das Nichterkennen des Rasseproblems und besonders der jüdischen Gefahr übrig.“³¹ „Volk und Rasse“ beschreibt somit den eigentlichen Kern der NS-Weltanschauung, was auch die damaligen Zeitgenossen erkannten. Der Berliner Publizist Kurt Caro (1905–1979), der 1933 nach Frankreich emigriert war, schrieb 1936 unter dem Pseudonym Manuel Humbert, dieses Kapitel bilde „den eigentlichen Ausgangspunkt der politischen Konstruktionen des Nationalsozialismus. Ohne dessen Verständnis lassen sich die weiteren Ziele dieser Bewegung, mit deren Grundbuch wir es zu tun haben, niemals begreifen.“³²

Hitler begann die Arbeit an diesem Abschnitt von „Mein Kampf“ bereits 1922 oder 1923, noch vor seiner Festungshaft in Landsberg. Während seiner Gefangenschaft im Sommer 1924 hatte er dann Zeit, das Kapitel intensiv zu bearbeiten, neu zu strukturieren und schließlich fertigzustellen³³. „Volk und Rasse“ beginnt mit

²⁹ Adolf Hitler, *Volk und Rasse*, aus „Mein Kampf“, München 1936. Bis 1939 erschienen fünf Auflagen dieser Broschüre.

³⁰ Vgl. etwa Barbara Zehnpeffnig, *Hitlers Mein Kampf. Eine Interpretation*, München 2002, S. 127; Armin Pfahl-Traughber, *Vom religiösen über den sozialen und politischen zum rassistischen Antisemitismus. Ideengeschichtliche Bedingungsfaktoren für die nationalsozialistische Judenfeindschaft*, in: Manuel Becker/Stephanie Bongartz (Hrsg.), *Die weltanschaulichen Grundlagen des NS-Regimes. Ursprünge, Gegenentwürfe, Nachwirkungen*, Berlin 2011, S. 41–59, hier S. 45; Othmar Plöckinger, *Unter Soldaten und Agitatoren. Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918–1920*, Paderborn 2013, S. 270.

³¹ Adolf Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1: *Eine Abrechnung*, München 1925, Zitate S. 346f.

³² Manuel Humbert, *Adolf Hitlers „Mein Kampf“*. Dichtung und Wahrheit, Paris 1936, Zitat S. 203.

³³ Vgl. Florian Beierl/Othmar Plöckinger, *Neue Dokumente zu Hitlers Buch Mein Kampf*, in: VfZ 57 (2009), S. 261–318, hier S. 290–294.

einer scheinbar einfachen, aber „eiserne[n] Logik der Natur“: der vermeintlichen „inneren Abgeschlossenheit der Arten sämtlicher Lebewesen dieser Erde“. Mit biologisch falschen Vergleichen versucht Hitler dann, die Analogie zu den menschlichen „Rassen“ herzustellen: Diese dürften sich nicht vermischen, da die Natur – die Hitler anthropomorph sieht und mit einem „Willen“ ausstattet – die Reinheit der „Arten“ und „Rassen“ aller Lebewesen wünsche und sich gegen ihre Vermischung wehre. „Der Stärkere hat zu herrschen und sich nicht mit dem Schwächeren zu verschmelzen, um so die eigene Größe zu opfern“, lautet ein typischer Satz dieser Argumentationskette³⁴. Die Natur, so Hitler weiter, fordere den ständigen Kampf, damit sich der Stärkere im natürlichen Ausleseprozess durchsetzen könne; nur durch Kampf sei Höherentwicklung möglich. Die höchste und edelste menschliche „Rasse“, die sich in diesem Kampf durchsetzen müsse, sei der „Arier“, der „Prometheus der Menschheit“, dem die Welt jegliche kulturelle Höherentwicklung zu verdanken habe. Blicke der „Arier“ rassisch rein, sei er unbesiegt. Da er jedoch die Gebote der Natur missachte und sich mit anderen, „niederen Rassen“ vermische, drohe ihm der Untergang – und damit auch der ganzen Welt. Denn kulturelle Weiterentwicklung, so Hitler, sei ohne die „Arier“ unmöglich: „Gehen sie zugrunde, so sinkt mit ihnen auch die Schönheit dieser Erde in das Grab.“³⁵

Der „Arier“, so Hitler, habe einen Gegenpol, und zwar „den Juden“. Während der „Arier“ nach kultureller Höherentwicklung strebe und von Idealismus beseelt sei, arbeite der materialistische Jude auf das Gegenteil hin: nämlich den kulturellen Niedergang. Dabei kämpfe er im Gegensatz zu den „grenzenlos ehrlichen Ariern“ nicht offen, sondern mit perfiden Mitteln, etwa der bewussten Herabsetzung des Niveaus der anderen „Rassen“ durch „Rassenvermischung“. Sobald die anderen Völker „bastardiert“ seien, könnten sie den Juden keinen Widerstand mehr entgegensetzen; erst dann könne „der Jude“ sein Endziel erreichen und die Weltherrschaft erringen. Allerdings würde die Menschheit aussterben, wenn die Juden am Ziel seien. Denn sobald für die Juden keine Gefahr mehr durch andere Völker bestehe, würden sie sich „gegenseitig zu übervorteilen und auszurotten versuchen“³⁶. Deshalb gelte es, die Welt zu retten und das quasi göttliche Wesen, den „Arier“, zum Kampf gegen seinen Widersacher, den „teuflischen“ Juden zu rüsten, und zwar durch die Wiederherstellung der „Rassenreinheit“ und den Aufbau eines „germanischen Staat[es] deutscher Nation“ als „völkischen Organismus“³⁷.

Gerade weil „Volk und Rasse“ das ideologische Kernkapitel von „Mein Kampf“ ist, erstaunt, dass Hitler hier im Vergleich zu anderen Teilen seines Buchs in der Argumentation besonders unsicher ist. Das fiel bereits zeitgenössischen Kritikern auf. So meinte Kurt Caro 1936, Hitler würde in seinen Rasse-Kapiteln „seine Gedanken noch unklarer und verschwommener ausdrück[en] als sonst“; jede geis-

³⁴ Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, Zitat S. 301.

³⁵ Ebenda, Zitat S. 305.

³⁶ Ebenda, Zitat S. 319.

³⁷ Ebenda, Zitate S. 349.

tige Präzision gehe ihm darin völlig ab³⁸. Der Philosoph Kurt Hildebrandt (1881–1966) schrieb in seinen Erinnerungen, er habe sich Anfang der 1930er Jahre die zehnte Auflage von „Mein Kampf“ beschafft und sei über Hitlers rassentheoretischen Dilettantismus verblüfft gewesen³⁹.

Auch auf den heutigen Leser wirkt „Volk und Rasse“ nicht nur äußerst redundant, sondern auch wenig stringent⁴⁰. Zuweilen ist Hitlers Argumentation geradezu grotesk, sie wird deshalb auch gern persifliert, allen voran folgende bekannte Textstelle: „Jedes Tier paart sich wieder nur mit einem Genossen der gleichen Art. Meise geht zu Meise, Fink zu Fink, der Storch zur Störchin, Feldmaus zu Feldmaus, Hausmaus zu Hausmaus, Wolf zu Wolf usw. usw.“⁴¹ Bereits 1936 kommentierte der Botaniker und Naturforscher Hugo Iltis (1882–1952), seinerzeit einer der schärfsten Kritiker der NS-Rassenideologie, diese Textstelle: „Die ganze Verlogenheit und Unwissenheit des Rassismus spricht aus diesen Sätzen, die auf den dümmsten Kerl als Leser spekulieren. Jeder Denkende merkt doch sofort, daß es sich hier um verschiedene T i e r g a t t u n g e n handelt, die niemals miteinander bastardieren können, beim Menschen dagegen um Formen innerhalb derselben Art.“⁴²

Allerdings war Hitler keineswegs der einzige oder der erste antisemitische Autor, der biologische Grundbegriffe falsch verwendete und fragwürdige Analogien aufstellte. Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), damals die Ikone aller völkischen Publizisten, hatte im Januar 1900 geschrieben: „Was man bisher bei Menschen ‚Rasse‘ genannt hatte – die Arier, die Semiten, die Mongolen, die Neger u.s.w. – sind eigentlich ‚species‘, d. h. Arten.“⁴³ Auch Chamberlain hatte dubiose Vergleiche zwischen den Charaktereigenschaften von Menschen und Tieren angestellt: „Und zwar bieten uns die Pferde, namentlich aber die Hunde jede Gelegenheit zu der Beobachtung, dass die geistigen Gaben Hand in Hand mit den physischen gehen; speziell gilt dies von den *moralischen* Anlagen: ein Bastardhund ist nicht selten sehr klug, jedoch niemals zuverlässig, sittlich ist er stets ein Lump.“⁴⁴ Chamberlain ist einer der wenigen Autoren, die Hitler in „Mein Kampf“ nament-

³⁸ Humbert, Adolf Hitlers „Mein Kampf“, Zitat S. 97.

³⁹ Vgl. Kurt Hildebrandt, Erinnerungen an Stefan George und seinen Kreis, Bonn 1965, S. 211. Hildebrandt datiert seine erste Lektüre von „Mein Kampf“ auf das Jahr 1931. Die 10. Auflage von „Mein Kampf“, die er ausdrücklich nennt, erschien als Volksausgabe jedoch erst 1932, in der zweibändigen Fassung 1933.

⁴⁰ Stilistisch wurde das Kapitel „Volk und Rasse“ in den Auflagen, die der Erstausgabe von 1925 folgten, stärker als alle anderen Teile von „Mein Kampf“ überarbeitet, was die Lesbarkeit allerdings kaum verbesserte. Vgl. Hermann Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers „Mein Kampf“, in: VfZ 4 (1956), S. 161–178, hier S. 164 u. S. 167 f.

⁴¹ Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, Zitat S. 300.

⁴² Hugo Iltis, Der Mythos von Blut und Rasse, Wien 1936, Zitat S. 54 f. (Hervorhebung im Original).

⁴³ Houston Stewart Chamberlain, Rasse und Persönlichkeit. Aufsätze von Houston Stewart Chamberlain, München 1925, Zitat S. 73 f.

⁴⁴ Houston Stewart Chamberlain, Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, München 1906, Zitat S. 311 f. (Hervorhebung im Original).

lich nennt⁴⁵. Viele Passagen aus dem Kapitel „Volk und Rasse“ sind mit Aussagen aus Chamberlains Hauptwerk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ vergleichbar. Allerdings gibt es auch erhebliche Abweichungen. Deshalb stellt sich die Frage: Welche Quellen zog Hitler noch heran, als er „Volk und Rasse“ verfasste?

Hitlers Quellen auf der Spur

Die Frage nach Hitlers Quellen ist schwer zu beantworten, denn Hitler versuchte stets, originär zu wirken. Christa Schroeder, 1933–1945 seine Privatsekretärin, hat dies in ihren Erinnerungen eindrücklich festgehalten: „Doch so sehr Hitler bestrebt war, seine Mitmenschen mit seinem reichen Wissen zu überraschen und ihnen damit seine Überlegenheit zu zeigen, so sehr hütete er sich, ihnen die Quellen seiner Kenntnisse zu verraten. Er verstand es glänzend, seine Zuhörer glauben zu machen, daß alles, was er sagte, das Ergebnis eigener Überlegungen und eigenen kritischen Denkens sei. [...] Am Anfang meiner Tätigkeit wollte ich mir eines Tages Klarheit darüber verschaffen. Hitler hatte uns mit einer geradezu philosophischen Abhandlung über eines seiner Lieblingsthemen überrascht. Zu meinem Erstaunen stellte ich fest, daß das nur die Wiedergabe einer Seite von Schopenhauer war, die ich kurz vorher selber gelesen hatte. Ich nahm meinen ganzen Mut zusammen und machte ihn auf die Übereinstimmung aufmerksam. Hitler, ein wenig überrascht, warf mir einen Blick zu und antwortete dann in einem väterlichen Ton: ‚Vergessen Sie nicht, mein Kind, daß alles Wissen nur von anderen stammt und daß jeder Mensch nur einen winzigen Teil selber dazu beiträgt.‘“⁴⁶

Hitlers Bestreben, seine Anhänger an die Originalität seiner Ideologeme glauben zu lassen, konnte mitunter absurde Züge annehmen. So meinte er am 10. Juli 1941 zu Walther Hewel, dem „Ständigen Beauftragten des Reichsaußenministers beim Führer“: „Ich fühle mich wie Robert Koch in der Politik. Der fand den Bazillus und wies damit der ärztlichen Wissenschaft neue Wege. Ich entdeckte den Juden als den Bazillus und das Ferment aller gesellschaftl[ichen] Dekomposition. Ihr Ferment.“⁴⁷ Dabei stammte das seinerzeit unter Antisemiten omnipräsente Schlagwort von den Juden als „Ferment der Dekomposition“ nicht von Hitler, sondern von dem Historiker Theodor Mommsen (1817–1903). Dieser hatte in seinem Hauptwerk „Römische Geschichte“ geschrieben: „Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition [...]“.⁴⁸ Diese Aussage sollte Mommsen allerdings bald bereuen,

⁴⁵ Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, S. 285.

⁴⁶ Christa Schroeder, *Er war mein Chef*. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler, hrsg. von Anton Joachimsthaler, München ⁵1992, Zitat S. 77.

⁴⁷ Tagebuch Walther Hewel, 1941, vollständige Abschrift, in: IfZ-Archiv, Sammlung Irving, ED 100, Bd. 78, Zitat Bl. 112. Ähnlich äußerte sich Hitler am 22. 2. 1942 gegenüber Heinrich Himmler; vgl. Adolf Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944*, aufgezeichnet von Heinrich Heim, hrsg. von Werner Jochmann, München 2000, S. 293.

⁴⁸ Theodor Mommsen, *Römische Geschichte*, Bd. 5, München 1976, Zitat S. 216.

weil sie zu einem beliebten Schlagwort der Antisemiten wurde, von denen sich Mommsen vehement distanzierte⁴⁹.

Auch die Diffamierung der Juden als „Bazillen“ und „Krankheitserreger“ war unter Antisemiten keineswegs neu – ebenso wenig der Glaube, die „Lösung der Judenfrage“ sei der Schlüssel zur „Gesundung“ der Gesellschaft. Eine ganze Sammlung entsprechender antisemitischer Aussagen aus dem 19. Jahrhundert hatte bereits Theodor Fritsch in seinem berühmten „Handbuch der Judenfrage“ präsentiert. Die „Lösung der Judenfrage“, so Fritsch darin, sei ein Werk, das nur „ein überragender genialer Geist mit unbegrenztem Mute“ vollbringen könne. „Wer es aber vollbringt, der wird der gewaltigste Held aller Zeiten sein, der eigentliche Drachentöter, der wahre Siegfried.“⁵⁰ 1930 sandte Fritsch ein Exemplar der dreißigsten Auflage seines Handbuchs an Hitler. Dieser schrieb in seinem Dankesbrief vom 28. November 1930: „Das ‚Handbuch der Judenfrage‘ habe ich bereits in früher Jugend in Wien⁵¹ eingehend studiert. Ich bin überzeugt, daß gerade dieses in besonderer Weise mitgewirkt hat, den Boden vorzubereiten für die nationalsozialistische antisemitische Bewegung.“⁵²

Solche Bekenntnisse Hitlers über seine Lektüre sind nicht nur selten, sondern auch mit großer Vorsicht zu bewerten – dienten sie doch oft der nachträglichen Selbststilisierung im Sinn von „Mein Kampf“. Darin beschreibt Hitler, wie er bereits in Wien zum überzeugten Antisemiten geworden sei⁵³. Die jüngere Forschung zieht dies jedoch in Zweifel; vielmehr habe sich Hitlers radikaler Antisemitismus erst unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg herauskristallisiert⁵⁴.

Hitlers Hang zu nachträglicher Stilisierung wird auch an seiner Rezeption von Arthur Schopenhauer deutlich, den er neben Immanuel Kant und Friedrich Nietzsche immer wieder als einen der größten Philosophen pries⁵⁵. Mit Vorliebe zitierte er Schopenhauers Bemerkung, die Juden seien „große Meister im

⁴⁹ Vgl. Christhard Hoffmann, *Juden und Judentum im Werk deutscher Althistoriker des 19. und 20. Jahrhunderts*, Leiden 1988, S. 87–132; ders., *Die Verteidigung der liberalen Nation. Mommsen gegen Treitschke im „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879/1880*, in: Alexander Demandt/Andreas Goltz/Heinrich Schlange-Schöningen (Hrsg.), *Theodor Mommsen. Wissenschaft und Politik im 19. Jahrhundert*, Berlin 2005, S. 62–88; Jürgen Malitz, „Auch ein Wort über unser Judentum“. Theodor Mommsen und der Berliner Antisemitismusstreit, in: Josef Wiesehöfer (Hrsg.), *Theodor Mommsen. Gelehrter, Politiker und Literat*, Stuttgart 2005, S. 137–164.

⁵⁰ Theodor Fritsch (Hrsg.), *Handbuch der Judenfrage. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zur Beurteilung des jüdischen Volkes*, Hamburg 1907, Zitate S. 408. Die ersten 25 Auflagen waren 1887–1893 unter dem Titel „Antisemiten-Katechismus“ erschienen.

⁵¹ Hitler lebte von 1907 bis 1913 in Wien; vgl. Ian Kershaw, *Hitler. 1889–1936*, Stuttgart 1998, S. 55–106. Besonders ausführlich beschrieben ist dieser Lebensabschnitt bei Brigitte Hamann, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, München 2000.

⁵² Hitler. *Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. IV/1, Zitat S. 133.

⁵³ Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, bes. S. 56 f.

⁵⁴ Vgl. etwa Plöckinger, *Unter Soldaten und Agitatoren*, S. 113 ff.; Wolfram Pyta, *Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. Eine Herrschaftsanalyse*, München 2015, S. 105–129 u. S. 144–149.

⁵⁵ IfZ-Archiv, Sammlung Irving, Tagebuch Walther Hewel, 1941, vollständige Abschrift, ED 100, Bd. 78, Bl. 113; vgl. Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier*, S. 411.

Lügen“⁵⁶. Allein in „Mein Kampf“ taucht diese Wendung viermal auf⁵⁷. Am 19. Mai 1944 behauptete Hitler: „Den ganzen [Ersten] Weltkrieg über habe ich die fünf Bände der Werke Schopenhauers im Tornister mit mir herumgeschleppt. Ich habe viel von ihm gelernt.“⁵⁸ Auch Hitlers Jugendfreund August Kubizek hat in seinen Memoiren berichtet, Hitler sei stets von den Büchern Schopenhauers umgeben gewesen⁵⁹. Das mag zwar sein; wahrscheinlicher ist aber, dass Hitler erst nach dem Ersten Weltkrieg durch den Münchner Privatgelehrten Adolf Vogl und durch seinen Freund und Mentor Dietrich Eckart richtig mit Schopenhauer vertraut gemacht wurde⁶⁰. Eckart (1868–1923), der seit 1918 die antisemitische Zeitschrift „Auf gut deutsch“ herausgab und 1921 Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“ wurde, verehrte Schopenhauer und benutzte in seinen Publikationen immer wieder dessen antisemitische Aussprüche. In Eckarts Schrift „Der Bolschewismus von Moses bis Lenin“, die 1924 posthum erschien, wird Schopenhauers Aussage dreimal zitiert, die Juden seien „große Meister im Lügen“⁶¹. Eckart gestaltete dieses antisemitische Pamphlet von lediglich 50 Seiten als vermeintliches Zwiegespräch zwischen Hitler und ihm, wobei fast ausschließlich Hitler zu Wort kommt und Eckart lediglich einige Stichworte gibt. Zwar ist zweifelhaft, ob von Hitler tatsächlich jene Aussagen stammen, die Eckart ihm in den Mund legte⁶²; sicher ist aber, dass Eckart Hitler stark beeinflusste⁶³. Noch am 16. Januar 1942 schwärmte Hitler, Eckart sei ein „Polarstern“ gewesen: „Alles, was die anderen geschrieben haben, war so platt. Wenn er einen abgekanzelt hat, das war so geistreich! Ich war damals stilistisch noch ein Säugling.“⁶⁴ Doch selbst unter Eckarts und Vogls Einfluss blieb Hitlers Verständnis von Schopenhauers Werk partiell⁶⁵.

Sicherlich zurecht hat Hitlers Reichspressechef Otto Dietrich (1897–1952) in seinen Erinnerungen bemerkt, Hitlers Interesse habe nicht Schopenhauers „Lehre des Pessimismus, seiner Erkenntnistheorie und Ethik, sondern ausschließlich der glänzenden Sprache der Aphorismen, der beißenden Ironie und Abfertigung der Kathederwissenschaft seiner Zeit, der blendenden Kritik und ätzenden Polemik“ gegolten. Darüber hinaus habe Hitler „keinerlei persönliche Verbundenheit mit der geistigen Welt“ gehabt⁶⁶. Dies wird durch die erhalten gebliebenen Teile

⁵⁶ Diese Aussage findet sich ursprünglich in Schopenhauers Schrift „Parerga und Paralipomena“ (1851); vgl. Arthur Schopenhauer, Sämtliche Werke, kritisch bearbeitet und hrsg. von Wolfgang Freiherr von Löhneysen, Bd. 5, Frankfurt a. M. 1986, S. 421.

⁵⁷ Vgl. Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 244, S. 323, S. 337 u. S. 372.

⁵⁸ Hitler, Monologe im Führerhauptquartier, Zitat S. 411.

⁵⁹ Vgl. August Kubizek, Adolf Hitler, mein Jugendfreund, Graz 1989, S. 190.

⁶⁰ Zum Einfluss Vogls auf Hitler vgl. Pyta, Hitler, S. 158–163.

⁶¹ Vgl. Dietrich Eckart, Der Bolschewismus von Moses bis Lenin. Zwiegespräch zwischen Adolf Hitler und mir, München 1924, S. 11, S. 17 u. S. 25.

⁶² Vgl. Plöckinger, Geschichte eines Buches, S. 14f.; Pyta, Hitler, S. 171f.

⁶³ Vgl. Margarete Plewnia, Auf dem Weg zu Hitler. Der „völkische“ Publizist Dietrich Eckart, Bremen 1970, S. 61 ff.

⁶⁴ Hitler, Monologe im Führerhauptquartier, Zitat S. 208.

⁶⁵ Vgl. Andreas Hansert, Schopenhauer im 20. Jahrhundert. Geschichte der Schopenhauer-Gesellschaft, Wien/Köln/Weimar 2010, S. 93–99.

⁶⁶ Otto Dietrich, Zwölf Jahre mit Hitler, Köln 1955, Zitate S. 164.

von Hitlers Privatbibliothek bestätigt, in der Werke der Philosophie völlig fehlen⁶⁷.

Dietrich Eckart ist – neben Houston Stewart Chamberlain, Anton Drexler, Gottfried Feder und Henry Ford – einer der wenigen Autoren antisemitischer Schriften, die Hitler in „Mein Kampf“ namentlich nennt⁶⁸. Im Gegensatz zu Hitler belegte Eckart seine antisemitischen Aussagen mit Literaturangaben, was zumindest indirekt Rückschlüsse auf Hitlers mögliche Quellen zulässt. Eine der besten Möglichkeiten, Hitlers Quellen für „Mein Kampf“ auf die Spur zu kommen, sind hingegen die Briefe von Hitlers Privatsekretär und späterem „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß. Dieser war im Sommer 1924 gemeinsam mit Hitler in Landsberg inhaftiert und berichtete in Briefen an seine Verlobte immer wieder über Hitlers Arbeit an „Mein Kampf“ – und auch über Hitlers Lektüre⁶⁹. Besonders aufschlussreich ist auch eine Liste der „Bücher, die jeder Nationalsozialist kennen muß“. Angeblich von Hitler selbst zusammengestellt und Teil des Mitgliedsausweises der NSDAP, werden darauf zahlreiche antisemitische „Standardwerke“ aus den Jahren 1918–1922 genannt⁷⁰. Eine weitere Möglichkeit, Hitlers Quellen zu identifizieren, sind jene Bücher aus seiner ehemaligen Privatbibliothek, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Library of Congress in Washington gesammelt wurden⁷¹. Es handelt sich um ca. 1.200 Bände, die nachweislich Hitler gehört haben. Allerdings sind das zum einen nur Bruchteile seiner einstigen Sammlung, zum anderen besagt der Besitz eines Buchs meist noch lange nichts darüber, ob der Besitzer es auch gelesen und rezipiert hat, zumal Hitler permanent Bücher geschenkt bekam und sich darin überhaupt nur selten handschriftliche Markierungen finden.

Welche Schriften könnte Hitler außerdem herangezogen haben, als er „Mein Kampf“ verfasste? Wahrscheinlich zahlreiche Aufsätze und Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, die er nachweislich oder wahrscheinlich gelesen hat, etwa in Eckarts „Auf gut deutsch“, im „Völkischen Beobachter“, in den „Süddeutschen Monatsheften“, in der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ oder in der vom NSDAP-Chefideologen Alfred Rosenberg herausgegebenen Zeitschrift „Der Weltkampf“. Letztere bezeichnete Hitler im Mai 1925 als „Waffe allerersten Ranges“ für die „gesamte völkische und nationale Bewegung“; sie gehöre „zum unentbehrlichen Rüstzeug jedes nationalsozialistischen Führers“ und solle „in jeder Ortsgruppe aufliegen“⁷².

⁶⁷ Vgl. Reginald H. Phelps, Die Hitler-Bibliothek, in: Deutsche Rundschau 80 (1954), S. 923–931, hier S. 924.

⁶⁸ Eckart ist sogar der gesamte zweite Band von „Mein Kampf“ gewidmet; vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927, S. 353.

⁶⁹ Nur Teile von Heß' Briefen sind bislang veröffentlicht; vgl. Rudolf Heß, Briefe 1908–1933, hrsg. von Wolf Rüdiger Heß, München/Wien 1987. Der komplette Nachlass Heß befindet sich im Bundesarchiv Bern, Signatur J. I. 211, 1989/148.

⁷⁰ Vgl. Timothy W. Ryback, Hitlers Bücher. Seine Bibliothek – sein Denken, Köln 2010, S. 84–86.

⁷¹ Vgl. Jehuda L. Wallach, Adolf Hitlers Privatbibliothek, in: Zeitgeschichte 19 (1992), S. 29–50; Philipp Gassert/Daniel S. Mattern, The Hitler Library. A Bibliography, Westport/CT. 2001.

⁷² Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. I, Zitat S. 85.

Demgegenüber sind nachträgliche Zeitzeugenaussagen über Hitlers Lektüre meist wenig hilfreich. Zwar finden sich in Aufzeichnungen von einstigen Weggefährten immer wieder Bemerkungen über Bücher, die Hitler besessen oder gelesen haben soll⁷³; mancher Autor brüstete sich sogar damit, Hitler die Ideen geliefert zu haben⁷⁴. Aber hat Hitler jedes Buch gelesen, das er angeblich oder tatsächlich besaß oder sich auslieh? Und wenn ja, haben dann all diese Bücher sein Weltbild beeinflusst? Dass dies keineswegs so war, demonstriert ein Brief von Rudolf Heß an seine Verlobte vom 19. Mai 1924. Darin schrieb Heß, Hitler „verschlinge“ zur Zeit „das kleine Büchlein von Rosen mit der knappen, aber schlagenden Charakterisierung des Amerikaners“⁷⁵. Gemeint war damit das 1920 erschienene Buch „Amerikaner“ von Erwin Carlé, der unter dem Pseudonym Erwin Rosen als Schriftsteller und Journalist arbeitete. In diesem Buch heißt es über die USA, es sei „eines der großen Wunder der Völkerentwicklung“, dass „aus diesem Babel von Menschenrassen und Menschensprachen ein geeinigtes Volk von sehr starkem völkischem Eigencharakter entstehen konnte“. Dieses Wunder, so Carlé weiter, sei auf das amerikanische Motto zurückzuführen: „Der Amerikaner ist frei!“⁷⁶ Das waren Gedanken, die Hitlers Argumentation im Kapitel „Volk und Rasse“ völlig zuwiderliefen. Dort unterscheidet Hitler zwischen einem „germanisch“ geprägten Nordamerika, in dem es bislang kaum zu „Rassenmischung“ gekommen sei, und Zentral- und Südamerika, das durch eine starke Mischung zwischen den „hauptsächlich romanischen Einwanderer[n]“ und den Ureinwohnern geprägt sei. „Der rein und mehr unvermischt gebliebene Germane des amerikanischen Kontinents“, so Hitler, „ist zum Herrn desselben aufgestiegen; er wird dies so lange bleiben, bis auch er der Blutschande zum Opfer fällt.“⁷⁷ Diese Passage erinnert vielmehr an Abschnitte aus dem Aufsatz „Die natürlichen Grundlagen amerikanischer Staatsentwicklung“, den der Amerikanist Franz Termer (1894–1968) im Januar 1924 im ersten Heft der „Zeitschrift für Geopolitik“ veröffentlichte. Termer verglich darin Süd- und Nordamerika und kam zu dem Schluss: „Hier romantisches, dort germanisches Blut, in dem einen Teil weitgehende Vermischung fremden und einheimischen Blutes, in dem anderen Rassenreinheit in ausgeprägtem Maße auf Grund eines edlen großen Rassenstolzes und Rassenbewusstseins.“ Vom „Rassenstandpunkte“ aus, so Termer weiter, stünden „die Vereinigten Staaten mit ihrer überwiegend weißen Bevölkerung viel besser da, als die

⁷³ So erstellte der Starnberger Zahnarzt Friedrich Krohn, ein frühes Mitglied der NSDAP, 1952 eine Liste mit mehr als 100 Büchern und Zeitschriftenartikeln, die er Hitler 1919–1921 „mit Sicherheit“ ausgeliehen habe. Vgl. Fragebogen über Adolf Hitler und Beantwortung des Fragebogens über Adolf Hitler, in: IfZ-Archiv, ZS 89, Bl. 4–23, hier Bl. 9–15. Zur Kritik an Krohn als Zeitzeugen vgl. Albrecht Tyrell, Vom „Trommler“ zum „Führer“. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 85, S. 209, S. 228, S. 243 u. S. 280. Als Beispiel aus der Memoirenliteratur vgl. Ernst Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München² 1980, S. 52 f.

⁷⁴ Vgl. Hamann, Hitlers Wien, S. 316 f.

⁷⁵ Heß, Briefe, Zitat S. 328.

⁷⁶ Erwin Rosen, Amerikaner, Leipzig 1920, Zitat S. 11.

⁷⁷ Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, Zitat S. 302.

mit dem Ballast einer politisch desinteressierten Indianerbevölkerung beschwerten lateinischen Republiken“⁷⁸. Nachweislich hatte Hitler in der Landsberger Festungshaft Zugriff auf die von Karl Haushofer herausgegebene „Zeitschrift für Geopolitik“ – Rudolf Heß hatte sich im August 1924 sämtliche bis dahin erschienenen Hefte zuschicken lassen⁷⁹.

Will man herausfinden, woraus Hitler sein Wissen schöpfte, kommt eine weitere Schwierigkeit hinzu, nämlich Hitlers Lesegewohnheiten, die er in „Mein Kampf“ selbst beschreibt: „Wer aber die Kunst des richtigen Lesens inne hat, den wird das Gefühl beim Studieren jedes Buches, jeder Zeitschrift oder Broschüre augenblicklich auf all das aufmerksam machen, was seiner Meinung nach für ihn geeignet [...] ist zur dauernden Festhaltung. Sowie nun das auf solche Weise Gewonnene seine sinngemäße *Eingliederung in das immer schon irgendwie vorhandene Bild*, das sich die Vorstellung von dieser oder jener Sache geschaffen hat, findet, wird es entweder korrigierend oder ergänzend wirken, also entweder die Richtigkeit oder Deutlichkeit desselben erhöhen.“⁸⁰ So bastelte sich Hitler aus Versatzstücken verschiedener Beiträge ein eigenes Bild zusammen, ignorierte Passagen, die diesem Bild widersprachen, übernahm aber zuweilen auch fast wörtlich Textstellen, die es bestätigten. Auf diese besondere Form der Rezeption und Tradierung soll im Folgenden am Beispiel von zwei verschiedenen Themenfeldern eingegangen werden, die im Mittelpunkt des Kapitels „Volk und Rasse“ stehen.

Biologie und Eugenik

Bereits der zu Beginn von „Volk und Rasse“ aufgegriffene Topos einer Blindheit der Menschen für das Walten der Natur musste dem Leser, der mit den damals viel gepriesenen Büchern des „Rassenpapstes“ Hans F. K. Günther (1891–1968) vertraut war, bekannt vorkommen⁸¹. In Günthers 1920 erschienenem Buch „Ritter, Tod und Teufel“ heißt es, „der Deutsche“ gehe „durch die Straßen seiner Städte“ ohne zu ahnen, dass ihm die physischen Merkmale und Gebärden der Menschen einen „Blick in die Naturgeschichte des abendländischen Menschen“ gewähren würden⁸². Zwei Jahre später schrieb Günther in seiner „Rassenkunde des deutschen Volkes“: „Gerade das Einfachsinffällige, gerade die Dinge, bei denen zunächst nur zu sehen ist und noch gar nicht zu denken, zu rechnen und Stellung zu nehmen – gerade sie haften in der Wahrnehmung des neuzeitlichen Menschen am wenigsten.“ Dabei gebe es, so Günther weiter, „des Augenfälligen,

⁷⁸ Franz Termer, Die natürlichen Grundlagen amerikanischer Staatsentwicklung, in: Zeitschrift für Geopolitik 1 (1924), S. 28–35, Zitate S. 29 u. S. 33.

⁷⁹ Vgl. Christian W. Spang, Karl Haushofer und Japan. Die Rezeption seiner geopolitischen Theorien in der deutschen und japanischen Politik, München 2013, S. 386 f.

⁸⁰ Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, Zitat S. 35 f. (Hervorhebung durch den Verfasser).

⁸¹ Ebenda, S. 300. Zu Günther vgl. Peter Schwandt, Hans F. K. Günther. Porträt, Entwicklung und Wirken des rassistisch-nordischen Denkens, Saarbrücken 2008.

⁸² Hans F. K. Günther, Ritter, Tod und Teufel. Der heldische Gedanke, München 1920, Zitat S. 135.

ja Auffälligen genug“. Nur fehle es „an jeder Anleitung zum Sehen“⁸³. Hitler schätzte Günther sehr und besaß nachweislich mehrere Ausgaben von dessen „Rassenkunde des deutschen Volkes“, darunter ein Exemplar der dritten Auflage von 1923⁸⁴. Der Einfluss von Günthers Schriften zeigt sich an vielen Stellen in „Mein Kampf“. So behauptet Hitler etwa, dass die Kultur an die Erhaltung einer reinen „Herrenrasse“ gebunden sei; Rassenmischung führe zum Niedergang der Kultur. Diese Gedanken finden sich bereits bei dem französischen Schriftsteller Joseph Arthur de Gobineau (1816–1882), dessen Hauptwerk *Essai sur l'inégalité des races humaines* (1853–1855) spätestens um 1900 zu einem „Standardwerk“ deutscher Rassisten wurde, als es unter dem Titel „Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen“ auf Deutsch erschien⁸⁵. Gobineau hatte geschrieben, „daß ein Volk niemals sterben würde, wenn es ewig aus denselben nationalen Bestandteilen zusammengesetzt bliebe“ und die „Unversehrtheit des Blutes“ bewahren würde⁸⁶. Ob Hitler Gobineaus Buch gelesen hat, ist zweifelhaft. Er übernahm diese Gedanken wohl eher von Günther, der 1920 behauptete, die „nordische Rasse“ habe sich „seit Urzeiten in die Welt hinein verloren“ und sei „im Rassentum anderer Bevölkerungen seit Urzeiten immer wieder untergegangen, diese Bevölkerungen zwar hebend an Schönheit des Wuchses und an Geisteskraft, aber selbst sich verlierend und immer wieder im Fremdvolk verschwindend“. Nicht nur die antike griechische Kultur, sondern auch der Aufbau des Römerreichs, die Eroberungszüge der Kelten und der Germanen und die Schaffung des deutschen Kaisertums des Mittelalters, so Günther, seien „Rassetat[en] nordischer Menschen“ gewesen. Allerdings sei das „nordische Blut“ immer wieder durch „Rassenmischung“ oder durch Verluste in den Kämpfen versiegt⁸⁷.

Ganz ähnlich äußert sich Hitler in „Volk und Rasse“⁸⁸. Spricht er von „arischen Kulturwellen“, sind es bei Günther „Welle[n] der Nordrasse“, deren vorletzte und letzte in Europa die Kelten und Germanen gewesen seien. Günther war nicht der erste, der die menschliche Kulturentwicklung als Zyklen beschrieb. Prominente Vorläufer waren Gobineau und der Kulturphilosoph Oswald Spengler (1880–1936), mit deren Werken Günther vertraut war. Gobineau, so Günther, habe als erster den Gedanken des „Untergangs“ des Abendlandes geäußert; Spengler habe hingegen die Ursache des Verderbens nicht erkannt, und zwar „das Versiegen des nordischen Blutes innerhalb der betrachteten Volkstümer“⁸⁹. Auch Hitler kannte Spenglers Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes“ und nahm gelegentlich darauf Bezug, etwa am 14. Oktober 1930, als er in einem Interview mit dem *Inter-*

⁸³ Hans F. K. Günther, *Rassenkunde des deutschen Volkes*, München 41923, Zitate S. 7 u. S. 9.

⁸⁴ Vgl. Gassert/Mattern, *The Hitler Library*, S. 125.

⁸⁵ Vgl. Joseph Arthur de Gobineau, *Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen*, 4 Bde., Stuttgart 1898–1901.

⁸⁶ Ebenda, Bd. 1, Zitat S. 42.

⁸⁷ Günther, *Ritter, Tod und Teufel*, S. 139–142, Zitat S. 139f.; vgl. ders., *Rassenkunde des deutschen Volkes*, S. 276–366. Bei der hier verwendeten 4. Auflage handelt es sich um einen unveränderten Nachdruck der 3. Auflage, von der Hitler ein Exemplar besaß.

⁸⁸ Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, S. 308f. u. S. 313.

⁸⁹ Günther, *Rassenkunde des deutschen Volkes*, Zitate S. 307 u. S. 330.

national News Service erklärte, ein bolschewistisches Deutschland würde eine „Katastrophe für die Welt“ bedeuten. Oswald Spenglers Prophezeiung vom Untergang des Abendlandes würde sich dann noch schneller erfüllen, als es Spengler selbst erwartet habe⁹⁰. Dass Hitler Spenglers Buch gelesen hatte, als er „Mein Kampf“ verfasste, geht aus einem Brief von Rudolf Heß vom 19. Mai 1924 aus Landsberg an seine Verlobte hervor: „Den Spengler besorgen Sie um des Himmels Willen nicht; er ist wenigstens dreimal vorhanden. [...] Werde ihn lesen u. beurteilen. Der Tribun [Hitler] ist nicht sehr erbaut von ihm.“⁹¹ Die negative Einschätzung von Spenglers Werk ließ Hitler auch am 1. Mai 1935 in seiner Rede zum Maifeiertag durchscheinen: „Nicht Untergang des Abendlandes muß es heißen, sondern Wiederaufstehung [sic!] der Völker dieses Abendlandes!“⁹²

Günthers Deutung der Kulturzyklen, die auf dem Aufstieg und Untergang der „nordischen Rasse“ beruhen, gefiel Hitler wesentlich besser als die düsteren Untergangsszenarien Gobineaus oder Spenglers. Denn Günther hielt, genau wie Hitler, einen Wiederaufstieg der „nordischen Rasse“ durch gezielte „Aufnordnung“ für möglich. Allerdings folgte Hitler Günther nicht in allem: So verwarf Günther den Begriff „arisch“ als „Fehlbezeichnung“ und riet „dringend“ davon ab, von „arischer Rasse“ zu sprechen⁹³. Er verwendete dafür konsequent „nordische Rasse“ – eine Bezeichnung, die Hitler zögerlich und nur vereinzelt ab dem zweiten Band von „Mein Kampf“ übernahm⁹⁴. Im Kapitel „Der Staat“ lässt sich dann allerdings der Einfluss Hans F. K. Günthers direkt nachweisen. So heißt es dort: „Nicht nur gebietsmäßig sind die rassischen Grundelemente verschieden gelagert, sondern auch im einzelnen, innerhalb des gleichen Gebietes. Neben nordischen Menschen ostische, neben ostischen dinarische, neben beiden westische, und dazwischen Mischungen.“⁹⁵ Das ist genau jene Einteilung der Rassen, die sich in den ersten Auflagen von Günthers „Rassenkunde des deutschen Volkes“ findet. Ab 1924 ergänzte sie Günther dann sukzessive um die „ostbaltische“, „fälische“ und „sudetische Rasse“⁹⁶.

Von Günther könnte auch Hitlers Behauptung stammen, es gebe eine „scharfe Abgrenzung der einzelnen Rassen nach außen“⁹⁷. In seiner „Rassenkunde des deutschen Volkes“ heißt es: „Die Rassegrenzen weisen jeder Rasse ein scharf abgetrenntes Gebiet zu, außerhalb dessen für sie nur Vernichtung eigenen Wesens möglich ist, nur Gestaltlosigkeit, Enthaltung und eine Folge von Untergängen.“⁹⁸

⁹⁰ Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. IV/1, Zitat S. 21.

⁹¹ Heß, Briefe, Zitat S. 328.

⁹² Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 2, Leonberg 1988, Zitat S. 502.

⁹³ Vgl. Günther, Rassenkunde des deutschen Volkes, S. 27 u. S. 278.

⁹⁴ Vgl. Christian Bergmann, Der Nordische Gedanke. Der Nordizismus Hans F. K. Günthers und die nationalsozialistische Rassenideologie Adolf Hitlers im Vergleich, unveröff. Magisterarbeit, Kiel 2012, S. 66; vgl. dazu Hitler, Mein Kampf, Bd. 2, S. 27, S. 29 u. S. 309.

⁹⁵ Ebenda, Zitat S. 27.

⁹⁶ Vgl. Bergmann, Der Nordische Gedanke, S. 24.

⁹⁷ Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, Zitat S. 301.

⁹⁸ Günther, Rassenkunde des deutschen Volkes, Zitat S. 171.

Dabei wurden entsprechende Aussagen Günthers und Hitlers bereits von ihren Zeitgenossen scharf kritisiert. Der Botaniker Friedrich Merckenschlager (1892–1968), immerhin ein frühes Mitglied der NSDAP und der SA, brachte 1927 unter dem Titel „Götter, Helden und Günther“ einen „Anti-Günther“ heraus. Darin attestierte er Hans F. K. Günther „einen erschreckenden Tiefstand biologischen Wissens“⁹⁹. Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schrieb Merckenschlager: „Als ich im Jahre 1925 das Buch ‚Mein Kampf‘ in die Hand bekam, entdeckte ich Seite für Seite solche Ungereimtheiten, dass ich es für unmöglich hielt, dass eine so unsinnige ‚Biologie‘ geschichtsbildend werden könnte.“¹⁰⁰

Biologisch fragwürdige oder bereits damals widerlegte Anschauungen könnte Hitler aber auch von dem antisemitischen Wiener Schriftsteller Otto Hauser (1876–1944) übernommen haben. Hauser, Verfasser zahlreicher Schriften über „Rasse“ und Juden, war in der völkischen Bewegung zwar umstritten, da er vielen nicht judenfeindlich genug war¹⁰¹. Auf seine „Geschichte des Judentums“ bezog sich aber Dietrich Eckart immer wieder in seiner Abhandlung „Der Bolschewismus von Moses bis Lenin“¹⁰². Zumindest durch seinen Mentor Dietrich Eckart dürfte Hitler Hausers Schriften gekannt haben. Bezüglich der „Rassenmischung“ meinte Hauser in seinem Werk „Rassezucht“ (1924): „Die Natur sperrt sich im Grunde dagegen“; nicht nur „schlage“ sie Bastarde in Einzelfällen mit Unfruchtbarkeit, sondern „Mischungen“ seien auch sehr oft „an sich für den Lebenskampf untauglich“¹⁰³. Auch Houston Stewart Chamberlain behauptete, die Bastardierung solcher Rassen, die zu stark voneinander abwichen, führe zu „Verfall und Sterilität“¹⁰⁴. Auffällig ist jedoch die starke Ähnlichkeit zwischen Hausers Aussage und der entsprechenden Passage im Kapitel „Volk und Rasse“ von „Mein Kampf“: Die Natur, so Hitler, würde sich „mit allen Mitteln“ gegen die „Bastardierung“ stemmen, „und ihr sichtbarster Protest besteht entweder in der Verweigerung der weiteren Zeugungsfähigkeit für die Bastarde, oder sie schränkt die Fruchtbarkeit der späteren Nachkommen ein; in den meisten Fällen aber raubt sie die Widerstandsfähigkeit gegen Krankheit oder feindliche Angriffe“¹⁰⁵. Hitlers starke Sub-

⁹⁹ Friedrich Merckenschlager, *Götter, Helden und Günther. Eine Abwehr der Günther'schen Rassenkunde*, Nürnberg 1927, Zitat S. 22.

¹⁰⁰ Zit. nach Gerd Berghofer, Friedrich Merckenschlager. Ein Wissenschaftler trotz den Rassegedanken der Nazis, *Treuchtlingen* 2010, S. 60.

¹⁰¹ Vgl. Wiebke Wiede, *Rasse im Buch. Antisemitische und rassistische Publikationen in Verlagsprogrammen der Weimarer Republik*, München 2011, S. 100–103. In Alfred Rosenbergs Zeitschrift: *Der Weltkampf* 2 (1925), S. 478, hieß es im Mai unter der Rubrik „Bücherschau“ über Hausers „Rasselehre“: „Hauser ist als Schriftsteller über Rassenfragen bekannt. Es tut uns leid, seiner Arbeit nicht in gleicher Weise uneingeschränkt zustimmen zu können wie dem Werk von Dr. [Hans F. K.] Günther. Abgesehen von einzelnen interessanten Ergänzungen, bewegt es sich in überwundenen Gedankengängen. Wir halten nach wie vor Günthers ‚Rassenkunde‘ für jene Schrift, die es verdient, am meisten gelesen zu werden.“

¹⁰² Vgl. Otto Hauser, *Geschichte des Judentums*, Weimar 1921; vgl. dazu Eckart, *Der Bolschewismus von Moses bis Lenin*, S. 10f., S. 20, S. 34 u. S. 51–55.

¹⁰³ Otto Hauser, *Rassezucht*, Braunschweig 1924, Zitate S. 12f.

¹⁰⁴ Chamberlain, *Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts*, Bd. 1, S. 441–444, Zitat S. 444.

¹⁰⁵ Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, Zitat S. 300.

jektivierung der Natur, der er einen Willen „zu einer Höherzüchtung des Lebens überhaupt“ zuspricht¹⁰⁶, findet sich auch bei Otto Hauser: Die Natur, so Hauser, wolle „die bestehenden Rassen in ihrer Einheit und Reinheit erhalten“. Sie sei „ganz auf die reine Rasse eingestellt“¹⁰⁷. Dabei hatte die Forschung schon damals die These von der Unfruchtbarkeit von Rassen-„Bastarden“ widerlegt, von der Chamberlain, Hauser und Hitler ausgingen – wobei letzterer im Kapitel „Volk und Rasse“ immer wieder „Art“ und „Rasse“ synonym verwendet.

Aufschlussreich ist dazu die Studie „Grundriß der menschlichen Erblchkeitslehre und Rassenhygiene“, die 1921 von den drei namhaften Genetikern Erwin Baur (1875–1933), Eugen Fischer (1874–1967) und Fritz Lenz (1887–1976) veröffentlicht wurde¹⁰⁸. Der „Baur-Fischer-Lenz“, wie er bald genannt wurde, avancierte rasch zum rassenhygienischen Standardwerk¹⁰⁹. Bereits 1923 erschien die zweite Auflage und 1927 mit verändertem Titel eine dritte, von der Hitler nachweislich ein Exemplar besaß¹¹⁰. Fritz Lenz selbst beanspruchte 1931 eine geistige Mit-Urheberschaft an den rassenhygienischen Passagen in „Mein Kampf“. Er schrieb, Hitler habe die zweite Auflage vom „Grundriß der menschlichen Erblchkeitslehre“ 1924 in Landsberg gelesen, was sich an manchen Stellen in „Mein Kampf“ widerspiegle¹¹¹. Allerdings heißt es im „Baur-Fischer-Lenz“, „daß die Kreuzungen aller Rassen untereinander und ebenso die der Bastarde untereinander fruchtbar sind“. Der „Bastard“ werde außerdem „größer und stärker als beide Elternrassen“ – eine Aussage, die durch neuere Forschungen bestätigt wird¹¹². Offensichtlich ignorierte Hitler solche Argumente ganz bewusst, weil sie seiner Weltanschauung zuwiderliefen.

Andere Passagen im „Baur-Fischer-Lenz“ stimmen dagegen mit Hitlers Aussagen im Kapitel „Volk und Rasse“ überein. So setzen beide den Grad der „Rassenmischung“ mit der Geburtenrate in Beziehung. Hitler schreibt dazu: „Denn da das Minderwertige der Zahl nach gegenüber dem Besten immer überwiegt, würde bei gleicher Lebenserhaltung und Fortpflanzungsmöglichkeit das Schlechtere sich so viel schneller vermehren, daß endlich das Beste zwangsläufig in den Hin-

¹⁰⁶ Ebenda, Zitat S. 301.

¹⁰⁷ Hauser, Rassezucht, Zitate S. 12f.

¹⁰⁸ Vgl. Erwin Baur/Eugen Fischer/Fritz Lenz, Grundriß der menschlichen Erblchkeitslehre und Rassenhygiene, 2 Bde., München 1921.

¹⁰⁹ Vgl. Heiner Fangerau, Etablierung eines rassenhygienischen Standardwerkes 1921–1941. Der Baur-Fischer-Lenz im Spiegel der zeitgenössischen Rezensionenliteratur, Frankfurt a. M. 2001, bes. S. 51f.

¹¹⁰ Vgl. Gassert/Mattern, The Hitler Library, S. 48. Die 3. Auflage erschien unter dem Titel „Menschliche Erblchkeitslehre“.

¹¹¹ Vgl. Fritz Lenz, Die Stellung des Nationalsozialismus zur Rassenhygiene, in: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschließlich Rassen- und Gesellschaftshygiene 25 (1931), S. 300–308, hier S. 302f.

¹¹² Baur/Fischer/Lenz, Grundriß der menschlichen Erblchkeitslehre, Bd. 1, Zitate S. 105 u. S. 117; Vgl. Ernst Mayr, Artbegriff und Evolution, Hamburg 1967, S. 96; Klaus Schwenk/Nora Brede/Bruno Streit, Introduction. Extent, Processes and Evolutionary Impact of Interspecific Hybridization in Animals, in: Philosophical Transactions of the Royal Society B 363 (2008), S. 2805–2811.

tergrund treten müßte, wenn eben nicht eine Korrektur dieses Zustandes vorgenommen würde.“¹¹³ Im „Baur-Fischer-Lenz“ heißt es, dass „die Länder, in denen die nordische Rasse überwiegt, im allgemeinen viel geringere Geburtenziffern haben als jene, in denen andere Rassen überwiegen“¹¹⁴. Auch Hitlers Behauptung, „wahre Genialität“ sei „immer angeboren und niemals anerzogen oder gar angelernt“, findet ihre scheinbare Bestätigung im „Baur-Fischer-Lenz“. In einem von Fritz Lenz verfassten Abschnitt heißt es, außergewöhnliche Begabung sei vererbbar; allerdings müssten „eine ganze Anzahl von Erbanlagen zusammentreffen [...], damit eine hervorragende und umfassende Begabung entsteht“¹¹⁵.

Hitlers Prinzip, sich aus Versatzstücken verschiedener Autoren ein Weltbild zusammenzubauen, dabei jedoch alles auszublenden, was sich bei denselben Autoren an Gegenargumenten findet, wird noch deutlicher in seinen Aussagen zum zentralen Thema seines Kapitels „Volk und Rasse“, nämlich der Dichotomie „Arier“ versus „Jude“.

„Arier“ und Juden

Auffällig am Kapitel „Volk und Rasse“ ist zunächst, dass Hitler für die von ihm verehrte „Herrenrasse“ ausschließlich den Begriff „Arier“ verwendet. Dabei kam „Arier“ aus dem Sanskrit (àrya = Edler) und galt ursprünglich in der Sprachwissenschaft als Bezeichnung für die indogermanischen Bewohner Irans und Vorderindiens, deren Vorfahren wahrscheinlich aus dem Kaukasus und Südrussland eingewandert waren¹¹⁶. Angehörige dieser Völker nannten sich selbst „Arier“, so in Indien die Angehörigen der oberen Kasten. Ende des 18. Jahrhunderts stellte der britische Sprachforscher William Jones (1746–1794) fest, dass das altindische Sanskrit nicht nur mit dem Griechischen und Lateinischen, sondern auch mit dem Gotischen und Keltischen verwandt sei. Besonders unter deutschen Dichtern und Philosophen wie Johann Gottfried Herder und Friedrich Schlegel verbreitete sich daraufhin die Vorstellung, Indien sei die Wiege der Menschheit. Schlegel machte den bereits früher gelegentlich verwendeten Begriff „Arier“ 1819 populär und setzte ihn mit „indogermanisch“ bzw. „indoeuropäisch“ gleich. Andere deutsche Gelehrte wie Georg Wilhelm Friedrich Hegel und der in England lebende Sprachwissenschaftler Friedrich Max Müller (1823–1900) schlossen dann ebenso wie französische Geisteswissenschaftler (Jules Michelet, Ernest Renan) von einer Sprach- auf eine Rassenverwandtschaft der Völker.

¹¹³ Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, Zitat S. 302.

¹¹⁴ Baur/Fischer/Lenz, *Grundriß der menschlichen Erblichkeitslehre*, Bd. 2, Zitat S. 104f. Die Behauptung, „das Minderwertige“ vermehre sich schneller, findet sich allerdings auch in Chamberlains Hauptwerk *Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts*, Bd. 1, S. 340f.

¹¹⁵ Baur/Fischer/Lenz, *Grundriß der menschlichen Erblichkeitslehre*, Bd. 1, Zitat S. 272.

¹¹⁶ Vgl. für das Folgende: Hans-Jürgen Luthhöft, *Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920–1940*, Stuttgart 1971, bes. S. 114–118; Léon Poliakov, *Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus*, Hamburg 1993, S. 209–294; Klaus von See, *Der Arier-Mythos*, in: Nikolaus Buschmann/Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA*, Frankfurt a. M. 2003, S. 56–96.

Ende des 19. Jahrhunderts waren die Begriffe „Arier“ und „arische Rasse“ weit verbreitet, auch unter Anthropologen und Archäologen. Zugleich vertraten Wissenschaftler wie der österreichische Gelehrte Karl Penka (1847–1912) aber die Ansicht, die „Arier“ stammten ursprünglich nicht aus Indien, sondern aus Südkandinavien oder Norddeutschland. Von hier aus hätten sie sich über Europa bis nach Asien ausgebreitet. Diese Sichtweise setzte sich um 1900 durch. Viele Wissenschaftler sprachen nun nicht mehr von einer „arischen“, sondern von einer „nordischen Rasse“, wenn sie das indogermanische Urvolk meinten, das angeblich blonde Haare, blaue Augen und langgezogene Schädel gehabt habe. Andere Gelehrte hingegen verwendeten dafür weiterhin das indisch-iranische Wort „Arier“, was zu einer völligen Unschärfe des Begriffs führte. Hitlers völkischer Konkurrent Otto Dickel (1880–1944) bemerkte in seinem Buch „Die Auferstehung des Abendlandes“ von 1921 zurecht: „Mit dem Worte Arier wird heute reichlich verschwenderisch umgegangen. Dadurch werden die Begriffe aller derer, die weder Zeit noch Gelegenheit haben, sich ein Urteil zu bilden, verwirrt. Der Begriff Arier ist wissenschaftlich scharf umgrenzt. Er darf nur auf Indier [sic!] und Perser, niemals auf Germanen, Griechen und Römer bezogen werden.“¹¹⁷

Hitler hatte Dickels Buch gelesen, bevor er „Mein Kampf“ verfasste, hielt aber davon nichts¹¹⁸. Allerdings verwarfen auch andere Autoren, die er durchaus schätzte, den Begriff „Arier“ als verfehlt und sprachen stattdessen von der „nordischen Rasse“ – Hans F. K. Günther genauso wie die Autoren des „Baur-Fischer-Lenz“. Joseph Adolf Lanz (1874–1954), der unter dem Namen Jörg Lanz-Liebenfels seit 1905 die Zeitschrift „Ostara“ herausgab, die Hitler in seiner Wiener Zeit gelesen haben soll, gab der „arischen“ bzw. „nordischen“ Rasse sogar eine völlig andere Bezeichnung: In einer 1908 erschienenen Ausgabe der „Ostara“ mit dem Titel „Beschreibende Rassenkunde“ wandte sich Lanz gegen die Benennung der „vornehmsten Rasse“ als „arisch“, „germanisch“ oder „nordisch“ und sprach stattdessen von der „asischen Rasse“¹¹⁹. Das Wort „asisch“ sollte laut Lanz für „heldisch“ stehen und war der nordischen Mythologie entlehnt, in der die Asen das „gewaltigste unter den Göttergeschlechtern“ darstellen¹²⁰. Doch weder Hitler noch andere völkische Autoren übernahmen Lanz' Bezeichnung. Selbst im späteren offiziellen rassenpolitischen Sprachgebrauch des Dritten Reichs wurden „Arier“ und „arisch“ weiter verwendet, wobei diese Begriffe zunehmend zu bloßen Synonymen für „Nichtjude“ und „nichtjüdisch“ wurden¹²¹.

Ähnliches gilt für den Begriff „jüdische Rasse“, den Hitler in „Mein Kampf“ durchgehend gebraucht. Dabei ignorierte er die seinerzeit – auch unter völkischen

¹¹⁷ Otto Dickel, *Die Auferstehung des Abendlandes. Die abendländische Kultur als Ausfluss des planetarischen Weltgefühls, Entwicklung und Zukunft*, Augsburg 1921, Zitat S. 66.

¹¹⁸ Vgl. Tyrell, *Vom „Trommler“ zum „Führer“*, S. 118.

¹¹⁹ Jörg Lanz-Liebenfels, *Beschreibende Rassenkunde* (Ostara Nr. 27) [1908], Rodaun 1913, S. 20. Zu Lanz und seinem vermeintlichen Einfluss auf Hitler vgl. Hamann, *Hitlers Wien*, S. 308–319.

¹²⁰ Eckart Peterich/Pierre Grimal, *Götter und Helden. Die klassischen Mythen und Sagen der Griechen, Römer und Germanen*, München 42004, Zitat S. 182.

¹²¹ Vgl. Cornelia Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus*, Berlin 2007, S. 54–62.

Autoren – bereits zum Gemeingut gewordene Auffassung, die Juden seien zwar ein Volk, aber keine Rasse. So schrieb Joseph Adolf Lanz, es sei „nicht zulässig“, von einer „jüdischen Rasse“ zu sprechen. In Wirklichkeit seien die Juden eine „mediterran-mongoloide Mischrasse“¹²². In Günthers „Rassenkunde des deutschen Volkes“ heißt es: „Die Wissenschaft aber hat festzustellen, daß die Juden *nicht* eine Rasse [...] bilden, sondern *ein Volk*. Das Judentum nämlich ist rassisch aus mehr einzelnen Rassen gebildet als irgend ein abendländisches Volkstum.“¹²³ Der Anthropologe Felix von Luschan (1854–1924), ein scharfer Kritiker der damals kursierenden Rassenbegriffe, schrieb in seinem Buch „Völker, Rassen, Sprachen“ (1922): „Sowenig als es eine indogermanische oder ‚arische‘ Rasse gibt, so wenig gibt es eine jüdische; es gibt auch keinen jüdischen Typus, sondern nur einen ganz allgemein *orientalischen*, an dem genau wie die Juden auch Griechen und Armenier und in geringerem Maße auch viele andere Vorderasiaten beteiligt sind.“¹²⁴

Offensichtlich waren solche wissenschaftlichen Erkenntnisse und Diskurse Hitler gleichgültig, wenn sie sich propagandistisch nicht verwerten ließen. Die Vermengung der für ihn zentralen Begriffe „Rasse“ und „Jude“ lag ganz in seiner Logik, die Kräfte möglichst auf einen Gegner zu konzentrieren. In „Mein Kampf“ schreibt er dazu, „eine Vielzahl von innerlich verschiedenen Gegnern“ müsse „immer zusammengefaßt werden, so, daß in der Einsicht der Masse der eigenen Anhänger der Kampf doch nur gegen einen Feind allein geführt wird“¹²⁵. So entwickelten sich „Jude“ und „jüdisch“ letztendlich zu Chiffren für alles, was die Nationalsozialisten bekämpften. Laut einer Aufzeichnung des Unternehmers Eduard August Scharer (1880–1932) sagte Hitler bereits im Dezember 1922: „Kampf gegen das Judentum ist eines der Hauptmomente in der Orientierung der Massen der nationalsozialistischen Partei. Dieses Schlagwort kann nicht aufgegeben werden, denn dadurch wird erreicht, daß die Massen in jedem Gegner, der aufgezeigt wird, ihren Todfeind sehen und sich danach einstellen.“¹²⁶

Nicht nur in Bezug auf die Begrifflichkeiten, sondern auch bei den verschiedenen Klischees und Topoi bediente sich Hitler bei seiner Gegenüberstellung von „Ariern“ und Juden in „Mein Kampf“ des Repertoires rassistischer Autoren des 19. Jahrhunderts. So findet sich seine Unterscheidung zwischen „kulturschöp-

¹²² Jörg Lanz-Liebenfels, Einführung in die Rassenkunde (Ostara Nr. 26), Mödling ³1917, Zitate S. 2; ders., Rassen-Psychologie des Erwerbslebens, Bd. 1 (Ostara Nr. 40), Rodaun 1910, Zitat S. 7. Vgl. dazu auch John M. Efron, Defenders of the Race. Jewish Doctors and Race Science in Fin-de-Siècle Europe, New Haven 1994, S. 3; Benoit Massin, From Virchow to Fischer. Physical Anthropology and „Modern Race Theories“ in Wilhelmine Germany, in: George W. Stocking (Hrsg.), Volksgeist as Method and Ethic. Essays on Boasian Ethnography and the German Anthropological Tradition, Wisconsin 1996, S. 79–154, hier S. 90; Brigitte Fuchs, „Rasse“, „Volk“, Geschlecht. Anthropologische Diskurse in Österreich 1850–1960, Frankfurt a. M. 2003, S. 149 f.

¹²³ Günther, Rassenkunde des deutschen Volkes, Zitat S. 435 f. (Hervorhebungen im Original).

¹²⁴ Felix von Luschan, Völker, Rassen, Sprachen, Berlin 1922, Zitat S. 166 (Hervorhebung im Original).

¹²⁵ Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, Zitat S. 123 f.

¹²⁶ Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, Zitat S. 775.

ferischen“ und „kulturtragenden Rassen“ bereits bei Gobineau, ebenso die Beschreibung der Entstehung von „Hochkulturen“ und ihres späteren Niedergangs¹²⁷. In „Mein Kampf“ heißt es beispielsweise: „Es ist also kein Zufall, daß die ersten Kulturen dort entstanden, wo der Arier im Zusammentreffen mit niederen Völkern diese unterjochte und seinem Willen untertan machte.“¹²⁸ Auf welche Kulturen Hitler anspielt, geht aus Gobineaus „Versuch über die Ungleichheit der Menschrasen“ hervor. Dort liest man, es gebe nur zehn große Zivilisationen der Menschheit, die alle durch den Einfluss der „Arier“ entstanden seien, und zwar in Indien, Ägypten, Assyrien, Griechenland, China, Italien, Germanien und Amerika (Nordamerika, Mexiko und Peru). Über Europa schrieb Gobineau, es gebe „keine wahrhafte Zivilisation bei den europäischen Völkern, wenn die arischen Zweige nicht die Herrschaft gehabt haben“¹²⁹.

Andere Passagen des Kapitels „Volk und Rasse“ erinnern an weitere Aussagen rassistischer Autoren des 19. Jahrhunderts. So greift Hitler auf die Metapher der Ratte zurück, um ein besonders widerwärtiges Bild „des Juden“ heraufzubeschwören: „Der Jude bleibt nur einig, wenn eine gemeinsame Gefahr ihn dazu zwingt oder eine gemeinsame Beute lockt; fallen beide Gründe weg, so treten die Eigenschaften eines grassesten [sie!] Egoismus in ihre Rechte, und aus dem einigen Volk wird im Handumdrehen eine sich blutig bekämpfende Rotte von Ratten.“¹³⁰ Ähnlich lesen sich Aussagen des Journalisten Wilhelm Marr (1819–1904), der die Juden in seinen Schriften aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ebenfalls als Ratten bezeichnet und behauptet hatte: „Man sagt zwar, die Juden hielten unter sich zusammen, aber dies Zusammenhalten ist mehr eine Absonderung mittels ihrer heimtückischen Gesinnung, die Gleiche zu Gleichen gesellt und nicht verhindert, daß sie sich unter einander betrügen.“ Nur wenn die Juden „ihr exceptionelles Judenthum bedroht“ wähennten, so Marr weiter, würden sie sich „zusammenballen“¹³¹. Dabei übersahen Marr und Hitler den eklatanten Widerspruch zwischen dem vermeintlichen jüdischen Egoismus und dem angeblichen Streben nach Weltherrschaft, welches „die Juden“ über Parteien, Stände, Klassen, Kontinente und Jahrhunderte wie kein anderes Volk zusammenschweiße – ein Vorwurf, der im Kapitel „Volk und Rasse“ immer wieder auftaucht. Im Gegensatz dazu hatte Houston Stewart Chamberlain in „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ bemerkt: „Durch rein egoistische Interessenberechnung gründet man nicht eine Nation, welche die Zerstreung überlebt; es ist ein Urteilsfehler, das zu glauben.“¹³² Hans F. K. Günther lobte wiederum die „Rassentreue“ und das „Ras-

¹²⁷ Gobineau, Versuch über die Ungleichheit der Menschenrasen, Bd. 1, S. 42, S. 230, S. 287 u. S. 289, sowie Bd. 4, S. 318–321.

¹²⁸ Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, Zitat S. 312.

¹²⁹ Gobineau, Versuch über die Ungleichheit der Menschenrasen, Bd. 1, Zitat S. 289.

¹³⁰ Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, Zitat S. 319.

¹³¹ Wilhelm Marr, Der Judenspiegel, Hamburg 51862, Zitate S. 39; ders., Goldene Ratten und rohe Mäuse, Chemnitz 1880, S. 7, S. 10 u. S. 17–20; Religion und Race im Judencharakter, in: Die Deutsche Wacht. Monatszeitschrift für nationale Entwicklung 2 (1880/81), S. 322–335, Zitat S. 330.

¹³² Chamberlain, Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, Zitat S. 537.

senbewusstsein“ der Juden, das sie letztlich – auch ohne vermeintliche „Weltverschwörung“ – zum Erfolg führen werde. Mit einem Kunstgriff löste Günther dabei den Widerspruch auf, dass es nach seinen eigenen Worten eigentlich keine „jüdische Rasse“ gebe, er jedoch von einem jüdischen „Rassenbewusstsein“ sprach: Die religiös begründeten „Auslesevorgänge“, so Günther, hätten „zur Anbahnung einer gewissen Rasse zweiter Ordnung geführt“¹³³.

Lobende Worte über die Juden, wie sie sich bei Günther und Chamberlain gelegentlich finden, kommen in Hitlers „Mein Kampf“ allerdings nicht vor. Auch von diesen beiden Autoren überimmt er lediglich jene Aussagen, die in sein Weltbild passten – etwa Chamberlains Vorwurf, die jüdische Religion verfolge „nur praktische Zwecke [...], durchaus keine ideale [sic!]: sie soll für das Wohlergehen auf dieser Welt sorgen und zielt namentlich auf Herrschaft und Besitz; ausserdem soll sie das Wohlergehen in der künftigen Welt verbürgen“. Die jüdische Religion, so Chamberlain weiter, sei „nackter Materialismus“¹³⁴. Hitler geht noch einen Schritt weiter und setzt die Zweckmäßigkeit der jüdischen Religion nicht nur mit wirtschaftlichem Erfolg, sondern auch mit gesellschaftlichem und „rassischem“ Zusammenhalt in Verbindung: „Die jüdische Religionslehre ist in erster Linie eine Anweisung zur Reinhaltung des Blutes des Judentums sowie zur Regelung des Verkehrs der Juden untereinander, mehr aber noch zur übrigen Welt, zu den Nichtjuden also. Aber auch hier handelt es sich keineswegs um ethische Probleme als vielmehr um außerordentlich bescheidene wirtschaftliche.“¹³⁵

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Hitler und Chamberlain findet sich in der Behauptung, die Fürsten seien am Niedergang der Völker schuld, weil sie sich mit den Juden verbündet hätten¹³⁶. Auch die Aussagen zu jüdisch-christlichen Mischehen sind ähnlich. Hitler bezichtigt „den Juden“ der „strengste[n] Abschließung seiner Rasse“: „Wohl hängt er seine Frauen manchmal einflußreichen Christen an die Rockschoße, allein er erhält seinen männlichen Stamm grundsätzlich immer rein. Er vergiftet das Blut der anderen, wahrt aber sein eigenes. Der Jude heiratet keine Christin, sondern immer der Christ die Jüdin“¹³⁷. Die Bas-

¹³³ Günther, Rassenkunde des deutschen Volkes, Zitat S. 471.

¹³⁴ Chamberlain, Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, Zitate S. 465 u. S. 475 (Hervorhebung im Original).

¹³⁵ Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, Zitat S. 324.

¹³⁶ Vgl. Chamberlain, Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, S. 399f., und Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 328f.

¹³⁷ Diese Behauptung Hitlers wurde bereits in einer Kritik an „Mein Kampf“ widerlegt, die im Oktober 1925 erschien: „Ein jeder kennt wohl aus seinem eigenen Bekanntenkreis genug Beispiele für das Gegenteil. Sollte es sich um Ausnahmen handeln? Als echter Völkischer verzichtet der Herr Schriftsteller [Hitler] auf Beweise, und es ist darum gut, die Statistik zu befragen. Sie beweist natürlich – das Gegenteil.“ Tatsächlich wurden im Deutschen Reich allein zwischen 1901 und 1925 insgesamt 30.121 Mischehen zwischen Christen und Juden geschlossen, davon 17.823 mit jüdischem Ehemann und christlicher Ehefrau.“ Ludwig Kaempfer, Adolf Hitlers Lehren über Juden und Judentum. (Ein Beitrag zur Kritik seines Buches), in: Abwehr-Blätter. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus 35 (1925), S. 96–100; Kerstin Meiring, Die Christlich-Jüdische Mischehe in Deutschland 1840–1933, Hamburg 1998, S. 95.

tarde aber schlagen dennoch nach der jüdischen Seite aus. Besonders ein Teil des höheren Adels verkommt vollständig.¹³⁸ Chamberlain erklärte gleichermaßen: „Während die Vermischung vorgeht, bleibt aber der grosse Hauptstamm der reinen, unvermischten Juden unangetastet.“ Das jüdische „Gesetz in seiner strengsten Fassung“, fuhr er fort, gestatte Juden zwar keine Ehe mit Nichtjuden. In der Praxis würde allerdings nur den Söhnen verboten, Nichtjüdinnen zu heiraten. Die Töchter dürften hingegen Mischehen eingehen. „Das ist auch eine vollkommen richtige Auffassung. Durch die Ehe der Tochter mit einem Goy [Nichtjuden] wird die Reinheit des jüdischen Stammes in keiner Weise alteriert, während dieser Stamm dadurch Fuss fasst im fremden Lager [...]. So wurde und so wird noch heute die jüdische Rasse rein erhalten: Töchter aus dem Hause Rothschild haben Barone, Grafen, Herzöge, Fürsten geheiratet, sie lassen sich ohne Umstände taufen; kein Sohn hat je eine Europäerin gehehlicht; thäte er es, er müsste aus dem Hause seiner Väter und aus der Gemeinschaft seines Volkes ausscheiden.“ Durch die Mischehen der Jüdinnen mit „Indoeuropäern“, so Chamberlain weiter, würden diese mit jüdischem Blut „infiziert“; „[g]inge das ein paar Jahrhunderte so fort, es gäbe dann in Europa nur noch ein einziges rassenreines Volk, das der Juden, alles Übrige wäre eine Herde pseudohebräischer Mestizen, und zwar ein unzweifelhaft physisch, geistig und moralisch degeneriertes Volk“¹³⁹. Hitler hatte offenbar Chamberlains Behauptungen vor Augen, als er über „den Juden“ schrieb: „Er wird auf dieser Welt ewig nur der Herr von Bastarden sein. So versucht er planmäßig, das Rasseniveau durch eine dauernde Vergiftung der einzelnen herunterzusenken.“¹⁴⁰

In seinem Entwurf „des Juden“ als Feindbild lehnt sich Hitler auch an Aussagen Hans F. K. Günthers an. So betont er in „Volk und Rasse“: „Sein Leben innerhalb anderer Völker kann auf die Dauer nur währen, wenn es ihm gelingt, die Meinung zu erwecken, als handle es sich bei ihm eben um kein Volk, sondern um eine wenn auch besondere ‚Religionsgemeinschaft‘.“¹⁴¹ In Günthers „Rassenkunde des deutschen Volkes“ heißt es, das Judentum sei kein Glaubensbekenntnis, sondern „ein rassenhaft-bedingtes, klar abgesondertes Volkstum“¹⁴². Wie stark Hitler sich letztlich direkt an Chamberlain und Günther orientierte, bleibt allerdings meist unklar. Das liegt zum einen daran, dass viele antisemitische Topoi bereits in der rassistischen Literatur des 19. Jahrhunderts verbreitet waren. Zum anderen erschien um 1920 gerade in Hitlers Münchner Umfeld eine regelrechte Flut antisemitischer Schriften, in denen die alten Stereotypen, vermischt mit neuen Klischees, wieder auftauchten¹⁴³. So finden sich etwa Behauptungen wie jene, „die Juden“ seien arbeitsscheu und unfähig zu staatlicher Organisation, bereits in

¹³⁸ Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, Zitat S. 334.

¹³⁹ Chamberlain, *Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts*, Bd. 1, Zitate S. 383–385.

¹⁴⁰ Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, Zitat S. 345.

¹⁴¹ Ebenda, Zitat S. 323.

¹⁴² Günther, *Rassenkunde des deutschen Volkes*, Zitat S. 479.

¹⁴³ Vgl. dazu Plöckinger, *Unter Soldaten und Agitatoren*, S. 251 ff.

den Schriften von Wilhelm Marr¹⁴⁴. Verbreitet wurden sie später unter anderen von Heinrich Claß (1868–1953), dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbands, der unter dem Pseudonym Daniel Frymann 1912 das Buch „Wenn ich der Kaiser wär“ verfasste, das auch Hitler stark beeindruckt haben soll¹⁴⁵. Aber vor allem in den Schriften von Hitlers Mentor Dietrich Eckart und des NS-Chefideologen Alfred Rosenberg tauchen solche Behauptungen auf¹⁴⁶.

Andere antisemitische Topoi lassen sich ebenfalls bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen, so etwa Hitlers Behauptung, „daß es eine jüdische Kunst niemals gab und demgemäß auch heute nicht gibt; daß vor allem die beiden Königinnen aller Künste, Architektur und Musik, dem Judentum nichts Ursprüngliches zu verdanken haben“¹⁴⁷. Bereits Hartwig von Hundt-Radowsky (1780–1835), einer der radikalsten Judenhasser seiner Zeit, hatte in seinem „Judenspiegel“ von 1819 behauptet: „Selbst schaffen können die Juden, als Künstler, vollends nichts, denn so stark auch ihre physische Zeugungskraft ist, so sehr fehlt es ihnen an aller geistigen Schöpferkraft. [...] Die Kinder Israel können nur nachäffen und nachahmen, allein ihre Nachäffungen sind, gleich ihnen, gemeine, widerliche Karrikaturen [sic!].“¹⁴⁸ Berühmter noch ist in diesem Zusammenhang Richard Wagners Aufsatz „Das Judentum in der Musik“ (1850): „Unsere ganze europäische Civilisation und Kunst ist aber für den Juden eine fremde Sprache geblieben [...]. In dieser Sprache, dieser Kunst kann der Jude nur nachsprechen, nachkünsteln, nicht wirklich redend dichten oder Kunstwerke schaffen.“¹⁴⁹ Wagners Aufsatz wurde einer der bekanntesten und einflussreichsten antisemitischen Texte, die den Juden die Fähigkeit absprachen, eigene kulturelle Leistungen hervorzubringen. Noch in einem Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 19. April 1922 heißt es, Wagners „Das Judentum in der Musik“ sei „heutzutage mehr als je aktuell“¹⁵⁰. Es liegt nahe, dass Hitler diese bekannte Schrift gelesen hatte, als er „Mein Kampf“ verfasste, zumal er Wagner als seinen Lieblingskomponisten verehrte. Darauf deuten auch andere Stellen im Kapitel „Volk und Rasse“ hin, etwa die Passage, in der er

¹⁴⁴ Vgl. Marr, Der Judenspiegel, S. 21 u. S. 40; ders., Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum. Vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet, Bern ⁸1879, S. 6; ders., Goldene Ratten und rothe Mäuse, S. 1.

¹⁴⁵ Vgl. Daniel Frymann, Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig ⁵1914; vgl. dazu Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939, Wiesbaden 1954, S. 192; Johannes Leicht, Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012, S. 287 f.

¹⁴⁶ Vgl. Dietrich Eckart, Das Judentum in und außer uns. Grundsätzliche Betrachtung, in: Auf gut deutsch. Wochenschrift für Ordnung und Recht I (1919), S. 28–32, S. 45–48, S. 61–64, S. 79 f., S. 96 f., S. 109–112 u. S. 190–192; Alfred Rosenberg, Der staatsfeindliche Zionismus, auf Grund jüdischer Quellen erläutert, Hamburg 1922, S. 62 f.

¹⁴⁷ Hitler, Mein Kampf, Bd. I, Zitat S. 320.

¹⁴⁸ Hartwig von Hundt-Radowsky, Judenspiegel. Ein Schand- und Sittengemälde alter und neuer Zeit, Würzburg 1819, Zitat S. 90 f. (Hervorhebung im Original); vgl. dazu Peter Fasel, Revolte und Judenmord. Hartwig von Hundt-Radowsky (1780–1835), Berlin 2010, S. 127–217.

¹⁴⁹ Richard Wagner, Gesammelte Schriften und Dichtungen, Bd. 5, Leipzig ⁴1907, Zitat S. 71.

¹⁵⁰ Zit. nach „Richard Wagner und das Judentum in der Musik“, in: Völkischer Beobachter vom 19. 4. 1922.

die Fähigkeit der Juden, sich zu verstellen, an ihrer Sprachgewandtheit misst. Der Jude, so Hitler, könne „in tausend Sprachen reden“ und bleibe „dennoch immer der eine Jude“¹⁵¹. Ähnlich hatte Wagner behauptet: „Der Jude spricht die Sprache der Nation, unter welcher er von Geschlecht zu Geschlecht lebt, aber er spricht sie immer als Ausländer.“¹⁵²

Weitere ältere Autoren, die Hitler als Inspirationsquelle für „Volk und Rasse“ gedient haben dürften, sind Julius Langbehn (1851–1907), dessen Buch „Rembrandt als Erzieher“ (1890) in völkisch-antisemitischen Kreisen breit rezipiert wurde¹⁵³, und Eugen Dühring (1833–1921), der in seinen Schriften einen radikalen Rassenantisemitismus vertrat. Dühring schrieb 1881 über die Juden: „[A]llein bei sich selbst würden sie einander zur Speise werden, da ihnen diejenige anderer Völker alsdann fehlte. So etwas wie ein internirter [sic!] Judenstaat bedeutete daher Ausrottung der Juden durch die Juden.“¹⁵⁴ Eine ähnliche Formulierung findet sich in „Volk und Rasse“: „Wären die Juden auf dieser Welt allein, so würden sie ebensosehr in Schmutz und Unrat ersticken wie in haßerfülltem Kampfe, sich gegenseitig zu übervorteilen und auszurotten versuchen.“¹⁵⁵ Wiederrum muss offen bleiben, ob Hitler Eugen Dührings Aussagen unmittelbar aus dessen Schriften übernahm oder nur indirekt durch die zahllosen antisemitischen Schriften rezipierte, die nach dem Ersten Weltkrieg vor allem in München gedruckt wurden, darunter Titel wie „Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik“ des österreichischen Juristen und Politikers Friedrich Wichtl (1872–1922)¹⁵⁶, „Judas, der Weltfeind“, verfasst von dem bayerischen Heimatdichter Franz Schröngamer-Heimdal (1881–1962)¹⁵⁷, und „Judas Schuldbuch“ des sächsischen Finanzbeamten Paul Bang alias Wilhelm Meister (1879–1945)¹⁵⁸. Diese Schriften finden sich alle auf der Liste der „Bücher, die jeder Nationalsozialist kennen muß“. Dass sie in Hitlers Umfeld auch gelesen wurden, belegt ein Schreiben von Rudolf Heß vom 6. Mai 1920, in dem er seinem Onkel ankündigte, er werde ihm „Judas Schuldbuch“ schicken, das er selbst gerade gelesen habe¹⁵⁹. In Hitlers „Mein Kampf“ finden sich mehrere Passagen, die an Formulierungen aus Bangs Hetzschrift erinnern, etwa die Behauptung, das Streben der Juden nach Emanzi-

¹⁵¹ Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, Zitat S. 330f.

¹⁵² Wagner, *Gesammelte Schriften und Dichtungen*, Bd. 5, Zitat S. 70.

¹⁵³ Julius Langbehn, *Rembrandt als Erzieher. Von einem Deutschen*, Leipzig 1906.

¹⁵⁴ Eugen Dühring, *Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage. Mit einer weltgeschichtlichen Antwort*, Karlsruhe 1881, Zitat S. 110.

¹⁵⁵ Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, Zitat S. 319f.

¹⁵⁶ Friedrich Wichtl, *Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik. Eine Untersuchung über Ursprung und Endziele des Weltkrieges*, München 1919.

¹⁵⁷ Franz Schröngamer-Heimdal, *Judas, der Weltfeind. Was jeder über die Juden wissen muß. Die Judenfrage als Menschheitsfrage und ihre Lösung im Lichte der Wahrheit*, München 1919.

¹⁵⁸ Wilhelm Meister, *Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung*, 3. u. 4. verbess. Auflage, München 1919.

¹⁵⁹ Vgl. Durchschlag eines Briefs von Rudolf Heß an seinen Onkel Adolf, 6. 5. 1920, in: Bundesarchiv Bern, Nachlass Rudolf Heß, J. I. 211, 1989/148, Bd. 25: Privater Schriftwechsel 1920, Mappe 1, 17.–24. 3. 1920.

pation sei in Wirklichkeit ein Streben nach der Weltherrschaft, oder die Aussage, dass „der Jude [...] niemals im Besitze einer eigenen Kultur war“¹⁶⁰. Aus Friedrich Wichtls Pamphlet „Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik“ dürfte sich Hitler wiederum Anregungen für seine abfälligen Bemerkungen über die Freimaurer geholt haben¹⁶¹, und von Franz Schrönghamer-Heimdal könnte außerdem seine falsche Behauptung stammen, die Juden seien die Erfinder des Zinses¹⁶².

Eine der schaurigsten Passagen aus dem Kapitel „Volk und Rasse“ enthält gleich eine ganze Reihe absurder antisemitischer Topoi, die bereits zu der Zeit, als Hitler „Mein Kampf“ verfasste, widerlegt waren: „Der schwarzhaarige Judenjunge“, so Hitler, „lauert stundenlang, satanische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blute schändet und damit seinem, des Mädchens Volke raubt.“¹⁶³ Der „schwarzhaarige Jude“ hielt sich als Topos in NS-Schriften auch in den folgenden Jahren. Alfred Rosenberg schrieb 1932: „Es ist kein Zufall, wenn der Träger des Ehrengedankens ein schlanker, hoher, helläugiger, kraftvoller Mensch ist, die Nachkommen des Vaters Jakob aber krumme, plattfüßige, schwarze, krauslockige Gestalten.“¹⁶⁴ Dabei hätte bereits die Kenntnis von Günthers „Rassenkunde des deutschen Volkes“ Hitler und andere Völkische davon abhalten müssen, lächerliche Klischees zu verbreiten wie jene, dass „schwarzhaarige Judenjungen“ planmäßig „arische“ Mädchen vergewaltigen würden. In einem Anhang mit dem Titel „Rassenkunde des jüdischen Volkes“, der von Günther ab 1930 auch stark erweitert als eigenständige Monografie herausgegeben wurde, heißt es: „Der Farbe nach ist das Haar bei der Mehrzahl der Juden dunkel, entweder braun oder schwarz. Doch findet sich eine auffallend große Anzahl rothaariger Juden, und auch das blonde Haar ist im jüdischen Volk so stark vertreten, dass in südeuropäischer Umwelt die Juden hie und da hellhaariger sind als ihre nichtjüdische Umgebung.“¹⁶⁵ Bereits 1886 hatte der Arzt und Anthropologe Rudolf Virchow (1821–1902) eine Untersuchung der Augen-, Haar- und Hautfarbe jüdischer Schulkinder veröffentlicht, die in den Jahren 1875/76 im ganzen Deutschen Reich durchgeführt worden war. Von den 75.377 begutachteten Schülern hatten nur 8.644 schwarze Haare (11,5 Prozent); hingegen waren 24.154 Kinder blond (32 Prozent), die übrigen braun- oder rothaarig¹⁶⁶. Bemerkenswerterweise hatten 8.421 der blonden jüdischen Kinder auch blaue Augen und

¹⁶⁰ Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, S. 318 (Zitat) u. S. 331. Vgl. dazu Meister, *Judas Schuldbuch*, S. 34 u. S. 42.

¹⁶¹ Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, S. 333; Wichtl, *Weltfreimaurerei*, beispielsweise S. 151.

¹⁶² Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, S. 327; Schrönghamer-Heimdal, *Judas, der Weltfeind*, S. 27.

¹⁶³ Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, Zitat S. 344.

¹⁶⁴ Alfred Rosenberg, *Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus. Grundlagen der deutschen Wiedergeburt*, München ³1932, Zitat S. 13.

¹⁶⁵ Günther, *Rassenkunde des deutschen Volkes*, Zitat S. 442.

¹⁶⁶ Vgl. Rudolf Virchow, *Gesamtbericht über die in der deutschen anthropologischen Gesellschaft veranlassten Erhebungen über die Farbe der Haut, der Haare und der Augen der Schulkinder in Deutschland*, in: *Archiv für Anthropologie* 16 (1886), S. 275–475, hier S. 474f.

entsprachen damit weitgehend dem „arischen“ bzw. „nordischen“ Schönheitsideal. In Bezug auf Straftaten heißt es zudem bei Günther: „Hingegen sind [die Juden] in Deutschland an gewissen anderen Sittlichkeitsstraftaten wie Notzucht, Unzucht mit Kindern und widernatürlicher Unzucht geringer beteiligt.“¹⁶⁷

Hitlers Behauptung, „der Jude“ würde das ahnungslose „arische“ Mädchen mit seinem Blut schänden und damit „des Mädchens Volk“ rauben, ist wiederum eine Anspielung auf die sogenannte Imprägnationstheorie: Um 1900 war unter Tierzüchtern die Vorstellung verbreitet, ein weibliches Tier würde bei seiner ersten Begattung vom Sperma des Männchens „imprägniert“. Selbst bei späteren Paarungen mit anderen Männchen brächte es fortan nur noch Jungtiere zur Welt, die Vererbungsmerkmale des ersten Männchens trügen. Von rassistischen Autoren wurde diese Vorstellung auf Menschen übertragen¹⁶⁸. Zwar wurde die „Imprägnationstheorie“ rasch in Frage gestellt, etwa von dem Königlich Sächsischen Landestierzuchtdirektor Gustav Pusch, der 1904 eine entsprechende Kritik in seinem „Lehrbuch der Allgemeinen Tierzucht“ veröffentlichte¹⁶⁹. Trotzdem hielt sich die „Imprägnationstheorie“ hartnäckig weiter. So behauptete etwa Joseph Adolf Lanz 1908: „Verkehrt [...] ein Weib mit mehreren Männern sexuell, so wirkt der Samen aller Männer infolge der von mir ‚physiologische Imprägnation‘ genannte[n] Erscheinung auf alle Kinder ein, die dieses Weib gebiert.“¹⁷⁰

Weite Verbreitung fand die „Imprägnationstheorie“ seit 1917 durch den Bestseller „Die Sünde wider das Blut“ des antisemitischen Schriftstellers Artur Dinter (1876–1948). Dieser schrieb, durch eine „aus unedlem männlichen Blute erzeugte Mutterschaft“ würde „der ganze Organismus des edelrassigen weiblichen Geschöpfes vergiftet und nach der unedlen Rasse hin verändert“. Danach könne das „edelrassige weibliche Geschöpf“ nur noch „unedle Nachkommen zur Welt [...] bringen, selbst im Falle der Befruchtung durch ein edelrassiges Männchen“. Besonders stark wirke dieses „Rassegesetz“ beim Menschen. „Nun ermesse man den Schaden“, so Dinter weiter, „der jahraus jahrein der deutschen Rasse durch die Judenjünglinge zugefügt wird, die jährlich tausende und abertausende deutscher Mädchen verführen!“¹⁷¹ Nachweislich schenkte Dinter Hitler im Januar 1927 ein persönlich gewidmetes Exemplar seines Romans, was aber nicht ausschließt, dass Hitler das Buch zu dieser Zeit bereits gelesen hatte oder andere Ausgaben davon besaß¹⁷². Von Dinter dürfte Hitler auch seine abfälligen Bemerkungen über die jüdische Religionslehre im Kapitel „Volk und Rasse“ übernommen haben, und zwar aus einem offenen Brief, den Dinter am 28. Januar 1919 an den

¹⁶⁷ Günther, Rassenkunde des deutschen Volkes, Zitat S. 447.

¹⁶⁸ Vgl. dazu Hermann Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1988, S. 109; Ute Planert, Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998, S. 91; Franz K. Stanzel, Telegonie – Fernzeugung. Macht und Magie der Imagination, Wien 2008, S. 41–45.

¹⁶⁹ Vgl. Gustav Pusch, Lehrbuch der Allgemeinen Tierzucht, Stuttgart 1904, S. 164–166.

¹⁷⁰ Jörg Lanz-Liebenfels, Rasse und Weib und seine Vorliebe für den Mann der minderen Artung (Ostara Nr. 21), Mödling ²1916, Zitat S. 10.

¹⁷¹ Artur Dinter, Die Sünde wider das Blut. Ein Zeitroman, Leipzig ¹⁶1921, Zitate S. 266.

¹⁷² Vgl. Gassert/Matern, The Hitler Library, S. 87.

Landes-Rabbiner für Sachsen-Weimar-Eisenach richtete und der von der Deutsch-völkischen Buchhandlung in Berlin als Broschüre unter dem Titel „Lichtstrahlen aus dem Talmud“ veröffentlicht wurde¹⁷³.

Neben Dinter kommen als Hitlers Stichwortgeber für die „Imprägnationstheorie“ auch Alfred Rosenberg und Julius Streicher in Frage. Rosenberg schrieb im April 1925 in seiner Zeitschrift „Der Weltkampf“: „Bekanntlich bemüht sich der schwarze Jude, möglichst viele blonde Frauen zu verseuchen.“¹⁷⁴ Streicher vertrat in seiner vulgär-antisemitischen Zeitung „Der Stürmer“ und in seinen Reden ebenfalls eifrig die Behauptung, Juden würden gezielt „arische“ Jungfrauen schänden, um sie mit ihrem Sperma zu „imprägnieren“, das ins Blut der Frauen überginge und dieses für immer „verdürbe“¹⁷⁵. Streichers radikaler Antisemitismus stieß selbst manche Völkische ab – nicht jedoch Hitler. Dieser bemerkte am 28. Dezember 1941: „Was Streicher im ‚Stürmer‘ getan hat: er hat den Juden zeichnerisch idealisiert; der Jude ist viel gemeiner, viel blutgieriger, satanischer, als Streicher ihn dargestellt hat.“¹⁷⁶

Andere Abschnitte des Kapitels „Volk und Rasse“ lassen dagegen stärkere Einflüsse von Theodor Fritsch und Dietrich Eckart erkennen. So erinnert Hitlers Polemik gegen einen jüdischen Nationalstaat in Palästina als „Organisationszentrale“ der jüdischen „internationalen Weltbegaunerei“ nicht nur an Passagen aus Artikeln in Fritschs Zeitschrift „Hammer“ von 1919/20, sondern auch an dessen Hetzschrift „Der falsche Gott“ von 1916¹⁷⁷. Die Behauptungen, dass die Juden eine „reine Rasse“ seien und ihnen „der Glaube an ein Jenseits vollkommen fremd“ sei, könnte Hitler hingegen von Dietrich Eckart übernommen haben¹⁷⁸. Eckarts Antisemitismus war allerdings nicht so radikal wie der seines Freundes und Schülers Adolf Hitler. Im Gegensatz zu Hitler stellte Eckart immer wieder den religiösen, weniger den „rassischen“ Gegensatz zwischen Juden und Christen in den Vordergrund. Außerdem betrachtete er die Juden als notwendiges Gegengewicht zu den „Ariern“ mit deren „Drang zur Weltüberwindung“. Laut Eckart

¹⁷³ Vgl. Artur Dinter, Lichtstrahlen aus dem Talmud. Offener Brief an den Landes-Rabbiner von Sachsen-Weimar-Eisenach, Berlin 1919, S. 5; Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 324.

¹⁷⁴ Alfred Rosenberg, Der Fall Bettauer. Ein Musterbeispiel jüdischer Zersetzungstätigkeit, in: Der Weltkampf 2 (1925), S. 337–351, Zitat S. 344.

¹⁷⁵ Vgl. etwa Der Stürmer Nr. 15/1923, „Jüdische Rassenschändung“, Nr. 26/1925, „Neuer Sittlichkeits-Skandal!“, Nr. 48/1925, „Schützt die deutsche Frau vor dem Tier im Juden“; Deutsche Volksgesundheit aus Blut und Boden vom 1. 1. 1935: „1935: Der Kampf geht weiter!“; Alexandra Przyrembel, „Rassenschande“. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003, S. 181; Franco Ruault, Tödliche Maskeraden. Julius Streicher und die „Lösung der Judenfrage“, Frankfurt a. M. 2009, S. 101, S. 115, S. 120 u. S. 344, Anm. 73; Daniel Roos, Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923–1945, Paderborn 2014, S. 264–270.

¹⁷⁶ Hitler, Monologe im Führerhauptquartier, Zitat S. 158.

¹⁷⁷ Vgl. Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 344; Theodor Fritsch, Der falsche Gott. Beweismaterial gegen Jahwe, Leipzig ⁹1924, S. 160; Reginald H. Phelps, Hitlers „grundlegende“ Rede über den Antisemitismus, in: VfZ 16 (1968), S. 390–420, hier S. 405 f.

¹⁷⁸ Vgl. Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 324 u. S. 330; Eckart, Das Judentum in und außer uns, S. 80 u. S. 95; ders., Das ist der Jude! Laienpredigt über Juden- und Christentum, München 1920, S. 4–6 u. S. 14.

gehöre das Judentum „zum Organismus der Menschheit“ wie „bestimmte Bakterien zum menschlichen Leib, und zwar ebenso notwendigerweise, wie diese“. Da „ohne Weltbejahung kein Dasein möglich“ sei, wäre auch „das Ende aller Zeiten“ gekommen, wenn „das Judentum unterginge“¹⁷⁹.

Den größten Einfluss auf Hitlers Antisemitismus dürfte Alfred Rosenberg gehabt haben. Zahlreiche Passagen des Kapitels „Volk und Rasse“ erinnern an Aussagen aus Rosenbergs frühen Schriften – und es ist sicherlich kein Zufall, dass Rosenberg auf der Liste der „Bücher, die jeder Nationalsozialist kennen muß“, von allen Autoren mit den meisten Titeln vertreten ist. Hitlers Darstellung des „Werdegangs des Judentums“ ist offenbar von Rosenbergs Schrift „Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten“ (1920) inspiriert¹⁸⁰. So behauptete Hitler, die Juden würden als Führer der Arbeiterbewegung und als Träger des Kapitalismus einen Scheinkampf gegen sich selbst inszenieren, um die nationale Wirtschaft zu zerstören; dabei würden sie die ahnungslosen Arbeiter als „Sturmbock“ benutzen¹⁸¹ – ein Schlagwort, das Rosenberg vier Jahre zuvor ebenfalls gebraucht hatte, als er schrieb: „Jedenfalls aber sind die Proletarier als die Sturmbocke ausersehen, um Hindernisse, die anders als durch Gewalt nicht zu beseitigen waren, durch Revolutionen über den Haufen zu werfen.“¹⁸² Dass ohnehin alle revolutionären Umstürze von Juden inszeniert worden seien, behauptete Rosenberg wiederum in seinem Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik“¹⁸³. Diese Schrift dürfte auf Hitlers eigene Meinung über die „Protokolle der Weisen von Zion“, eine der wichtigsten antisemitischen Schriften des 20. Jahrhunderts, starken Einfluss ausgeübt haben, was sich nicht zuletzt an manchen ähnlichen Formulierungen zeigt¹⁸⁴. In doppelter Hinsicht bemerkenswert ist Hitlers Beurteilung des russischen Bürgerkriegs: „Das furchtbarste Beispiel dieser Art bietet Rußland, in dem [der Jude] an die dreißig Millionen Menschen in wahrhaft satanischer Wildheit teilweise unter unmenschlichen Qualen tötete oder verhungern ließ, um einem Haufen jüdischer Literaten und Börsenbanditen die Herrschaft über ein großes Volk zu sichern.“¹⁸⁵ Zum einen erinnert diese Formulierung sehr stark an eine entsprechende Bemerkung in Rosenbergs „Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik“: „Ein Beispiel monumentalster Art dieser jüdischen Weltzerstörung bietet uns Rußland.“¹⁸⁶ Zum anderen orientierte er sich auch bei der Zahl der Opfer von Revolution und Bürgerkrieg in Russland an Rosenberg. Noch am 19. August 1921 hatte er auf einer

¹⁷⁹ Eckart, Das Judentum in und außer uns, Zitate S. 80 u. S. 95.

¹⁸⁰ Vgl. Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 326–335; Alfred Rosenberg, Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten, München 1920.

¹⁸¹ Vgl. Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 337.

¹⁸² Rosenberg, Die Spur des Juden, Zitat S. 99.

¹⁸³ Vgl. Alfred Rosenberg, Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik, München 1923, S. 31.

¹⁸⁴ Vgl. Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 325, S. 337 u. S. 346; Rosenberg, Die Protokolle der Weisen von Zion, vor allem S. 41 u. S. 53.

¹⁸⁵ Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, Zitat S. 346.

¹⁸⁶ Rosenberg, Die Protokolle der Weisen von Zion, Zitat S. 41.

NSDAP-Versammlung in Rosenheim von 40 Millionen Toten in Russland gesprochen¹⁸⁷. Dagegen gab er die Zahl der Opfer ein Jahr später, auf einer NSDAP-Versammlung in München am 28. Juli 1922, mit 30 Millionen an¹⁸⁸. Diese revidierte Zahl, die später auch in „Mein Kampf“ Eingang fand, übernahm Hitler ganz offensichtlich aus Alfred Rosenbergs Schrift „Pest in Russland“ (1922)¹⁸⁹.

Allerdings rezipierte Hitler auch Rosenbergs Schriften selektiv, er übernahm nur das, was für ihn brauchbar war. Im Gegensatz zu Hitler, der christliches Gedankengut strikt verwarf, betrachtete Rosenberg ein von jüdischen und katholischen Einflüssen „gereinigtes“ Christentum als Religion, die dem „Empfinden“ der „slavo-kelto-germanischen Völker“ entspreche. Die Juden beschrieb er zwar genau wie Hitler als „Parasiten“ und „Träger des Zerstörungsgedankens“ – auch in seinem Hauptwerk „Der Mythus des 20. Jahrhunderts“ (1930) sprach er von dem „uns stets feindlichen Parasitenvolk“. Allerdings forderte er *noch* keine exterminatorischen Konsequenzen: „Wir müssen dem Juden als Menschen Schutz des Lebens, Gleichheit vor dem Strafrichter, Liebesdienste, wie jedem anderen Menschen gegenüber, erweisen, aber wir müssen unser Volkstum gesetzlich schützen, es in seiner Eigenart pflegen und läutern können, ohne daß ein fremder jüdischer, notwendig feindlicher Geist einen Einfluß erlangen darf.“¹⁹⁰ 21 Jahre später äußerte sich Rosenberg als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete freilich ganz anders. Die „Judenfrage“, so Rosenberg am 18. November 1941 in einer vertraulichen Rede, könne nur gelöst werden „in einer biologischen Ausmerzung des gesamten Judentums in Europa“¹⁹¹.

Überschätzte Einflüsse

In der Forschung wird Rosenbergs frühe Einwirkung auf Hitlers Weltanschauung bislang unterschätzt, während der Einfluss anderer Autoren weit überschätzt wird. Das trifft in erster Linie auf die beiden Ariosophen Guido List (1848–1919) und Joseph Adolf Lanz zu¹⁹². Vergleicht man das Kapitel „Volk und Rasse“ mit den Schriften von Guido List, ergeben sich nur relativ wenige Übereinstimmungen¹⁹³. Sollte Hitler in Wien tatsächlich Lists Schriften gelesen haben, können sie keinen großen Eindruck hinterlassen haben.

¹⁸⁷ Vgl. Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, S. 458.

¹⁸⁸ Vgl. ebenda, S. 663.

¹⁸⁹ Vgl. Alfred Rosenberg, Pest in Rußland! Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer, München 1922, S. 5 u. S. 78.

¹⁹⁰ Rosenberg, Die Spur des Juden, Zitate S. 68, S. 135, S. 150, S. 160 u. S. 163; ders., Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1932, Zitat S. 32.

¹⁹¹ Alfred Rosenberg, Die Tagebücher von 1934 bis 1944, hrsg. und kommentiert von Jürgen Matthäus und Frank Bajohr, Frankfurt a. M. 2015, Zitat S. 577.

¹⁹² Vgl. Hamann, Hitlers Wien, S. 293–319.

¹⁹³ Abgeglichen wurde das Kapitel „Volk und Rasse“ mit Guido List, Der Unbesiegbare. Ein Grundzug germanischer Weltanschauung, Wien 1898, sowie ders., Die Namen der Völkerstämme Germaniens und deren Deutung, Wien 1908.

Ähnliches gilt für Lanz, der auch in der jüngeren Forschungsliteratur immer wieder als Inspirationsquelle für Hitlers Weltanschauung genannt wird¹⁹⁴. Bei einem Abgleich von Hitlers Kapitel „Volk und Rasse“ mit Lanz' „Ostara“-Heften fallen deutlich mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten auf. Das beginnt bereits bei den verwendeten Begrifflichkeiten und geht beispielsweise mit der unterschiedlichen Vorstellung über das Verhältnis von Gott und Natur weiter: Hitler glaubte, die Natur sei Teil des göttlichen Wirkens und wolle die „Reinrassigkeit“ aller Lebewesen. Demgegenüber verhielten sich Gott und Natur laut Lanz diametral: Die göttliche Ordnung, so Lanz, verlange „Reinrassigkeit“, doch die Natur strebe gesetzmäßig danach, „stets neue Arten und Rassen durch Mischung hervorzubringen“¹⁹⁵. Ohnehin vertraten Lanz und Hitler ein unterschiedliches Grundkonzept: Für Hitler stand die Dichotomie „Arier“ versus „Jude“ im Zentrum, für Lanz hingegen waren die Juden keineswegs der Hauptfeind, sondern nur ein Gegner unter anderen. Den grundlegenden Dualismus sah Lanz zwischen Blondem und „Dunklen“, wobei mit „Dunklen“ sämtliche Nicht-Blonden gemeint waren. Dementsprechend nannte er seine „Ostara“-Reihe auch „Bücherei der Blondem“¹⁹⁶. Die „Dunklen“ betrachtete Lanz sämtlich als minderwertig – ein Konzept, das den dunkelhaarigen Hitler schwerlich angezogen haben dürfte.

Ein weiterer Autor, dessen Einfluss auf Hitler stark überschätzt wird, ist der Abenteuer-Schriftsteller Karl May (1842–1912). Bereits in einer kommentierten US-amerikanischen Ausgabe von „Mein Kampf“ von 1941 findet sich die Behauptung, Hitlers Aussagen über Amerika im Kapitel „Volk und Rasse“ seien von Karl Mays Romanen beeinflusst¹⁹⁷. Später wurden solche Ansichten unter anderem vom Hitler-Biografen Joachim Fest verbreitet¹⁹⁸. Sie finden sich aber auch in der modernen Forschungsliteratur¹⁹⁹. Zur Verbreitung solcher Fehlurteile könnte beigetragen haben, dass Karl Mays Witwe Klara, eine überzeugte Nationalsozialistin, nach Hitlers „Machtergreifung“ behauptete, ihr Mann sei „wie ein Wegbereiter für diese Hitlerzeit“ gewesen²⁰⁰. Dies war definitiv nicht der Fall, denn der bereits 1912 verstorbene Schriftsteller wandte sich ausdrücklich *gegen* Antisemitismus und betonte die ethische Einheit und Gleichheit aller Menschen. Zwar steht fest, dass Hitler viele Romane Karl Mays gelesen hat und davon begeistert war. So meinte er am 17. Februar 1942: „Ich würde den Karl May wieder erscheinen lassen, meine ersten geographischen Kenntnisse gehen darauf zurück! Ich habe ihn bei Kerzenlicht ge-

¹⁹⁴ Vgl. etwa Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005, S. 48.

¹⁹⁵ Vgl. Jörg Lanz-Liebenfels, Das Geschlechts- und Liebesleben der Blondem und Dunklen, 2 Bde. (Ostara Nr. 38 u. 39), Mödling ²1915, Bd. 1, S. 2 f., Bd. 2, Zitat S. 4.

¹⁹⁶ Vgl. Jörg Lanz-Liebenfels, Ostara. Bücherei der Blondem, Nr. 1: Die Ostara und das Reich der Blondem, Magdeburg 1922.

¹⁹⁷ Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf. Complete and Unabridged. Fully Annotated, New York 1941, S. 419, Anm. 13.

¹⁹⁸ Vgl. Fest, Hitler, S. 481 u. S. 615.

¹⁹⁹ Vgl. etwa Klaus P. Fischer, Hitler & America, Philadelphia 2011, S. 19–23.

²⁰⁰ Helmut Schmiedt, Karl May oder Die Macht der Phantasie. Eine Biografie, München 2011, Zitat S. 289 f.

lesen und mit einer großen Lupe bei Mondlicht!“²⁰¹ Hitlers Amerikabild, wie es in „Mein Kampf“ präsentiert wird, war aber nicht durch Karl May geprägt, und die entsprechenden Passagen aus dem Kapitel „Volk und Rasse“ finden keine Entsprechung in den Werken des berühmten Abenteuer-Schriftstellers²⁰².

Ein anderer Autor, dessen Einfluss auf Hitlers Amerikabild immer wieder hervorgehoben wird, ist der US-amerikanische Jurist Madison Grant (1865–1937)²⁰³. Grant, einer der radikalsten Vertreter von Rassentrennung und rassistisch-eugenischer Gesetzgebung in den USA, hatte 1916 ein viel beachtetes Buch mit dem Titel *The Passing of the Great Race* (deutsch: „Der Untergang der großen Rasse“) veröffentlicht²⁰⁴. Nachweislich besaß Hitler die deutsche Erstausgabe von Grants Buch, und Gedanken daraus finden sich tatsächlich in seinen späteren Schriften und Äußerungen²⁰⁵. Allerdings erschien die deutsche Ausgabe von Grants Buch erst, nachdem Hitler das Kapitel „Volk und Rasse“ verfasst hatte. Die englische Originalausgabe wurde zwar bereits vorher in Deutschland wahrgenommen, etwa von Günther in seiner „Rassenkunde des deutschen Volkes“. Die Bezüge sind jedoch marginal, und ein Einfluss von Grants Gedanken auf den ersten Band von „Mein Kampf“ ist sehr unwahrscheinlich.

Mangelnde Sprachkenntnisse dürften Hitler auch davon abgehalten haben, den damals sehr einflussreichen französischen Anthropologen Georges Vacher de Lapouge (1854–1936) zu rezipieren. Dessen Hauptwerk *L'Aryen. Son rôle social*, das 1899 in Frankreich erschien, soll Hitler laut Werner Maser „durchgearbeitet“ haben²⁰⁶. Das ist jedoch absurd, da Hitler keine Fremdsprachen beherrschte, die ihm eine Originallektüre ermöglicht hätten²⁰⁷. Die deutsche Ausgabe von Vacher de Lapouges Arbeit erschien erst 1939 unter dem Titel „Der Arier und seine Bedeutung für die Gemeinschaft“²⁰⁸.

²⁰¹ Vgl. Hitler, Monologe im Führerhauptquartier, Zitat S. 281. Zum Verhältnis Hitlers zu Karl May vgl. auch Gerhard Linkemeyer, Was hat Hitler mit Karl May zu tun? Versuch einer Klärung, Ubstadt 1987, S. 21–24 u. S. 50–55; Werner Graf, Adolf Hitler begegnet Karl May. Zur Lektürebibliografie des „Führers“, Baltmannsweiler 2012, S. 13 u. S. 76–78.

²⁰² Für diese Einschätzung danke ich den beiden Karl-May-Experten Dipl.-Ing. Hans Grunert, Radebeul, und Prof. Dr. Gert Ueding, Tübingen.

²⁰³ Vgl. Stefan Kühl, The Nazi Connection. Eugenics, American Racism, and German National Socialism, New York 1994, S. 85; Edwin Black, War against the Weak. Eugenics and America's Campaign to create a Master Race, New York 2003, S. 259 f.

²⁰⁴ Vgl. Madison Grant, Der Untergang der großen Rasse. Die Rassen als Grundlage der Geschichte Europas, München 1925.

²⁰⁵ Vgl. Philipp Gassert, Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945, Stuttgart 1997, S. 95 f.; Gassert/Mattern, The Hitler Library, S. 120; Ryback, Hitlers Bücher, S. 126–149.

²⁰⁶ Vgl. Georges Vacher de Lapouge, L'Aryen. Son rôle social, Cours libre de science politique, professé à l'Université de Montpellier (1889–1890), Paris 1899; Werner Maser, Hitlers Mein Kampf. Entstehung, Aufbau, Stil, Änderungen, Quellen, Quellenwert, kommentierte Auszüge, München 1966, S. 81 f.

²⁰⁷ Vgl. Rainer F. Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939, Stuttgart 2002, S. 52.

²⁰⁸ Vgl. Georges Vacher de Lapouge, Der Arier und seine Bedeutung für die Gemeinschaft. Freier Kursus in Staatskunde, gehalten an der Universität Montpellier 1889–1890, Frankfurt a. M. 1939.

Auch der Einfluss des Geopolitikers Karl Haushofer (1869–1946) auf Hitler wird oft überschätzt. Haushofer war keineswegs „Hitlers Lehrmeister“, wie gelegentlich behauptet wurde²⁰⁹. Das lässt sich an Hitlers Äußerungen zu Japan demonstrieren²¹⁰. Mit Haushofers Forschungen war Hitler ohne Zweifel vertraut, und zwar zum einen durch eigene Lektüre, zum anderen durch Rudolf Heß, der mit Haushofer befreundet war und zeitweilig als Assistent bei ihm arbeitete. Heß berichtete am 19. Mai 1924 in einem Brief aus Landsberg, Hitler würde gerade Haushofers „Japan-Buch“ lesen, womit dessen 1923 erschienene Arbeit „Japan und die Japaner“ gemeint war²¹¹. Hitler verdrehte aber Haushofers bewundernde Aussagen über Japan ins Gegenteil²¹². Haushofer hatte die gelungene Modernisierung Japans gerade auf die „Eigenschaften“ der Japaner zurückgeführt. Diese seien „in erster Linie einer sehr glücklichen Blutmischung zwischen dem malaisischen, dem mongolischen und dem Aino-Element“ zu verdanken. „Der so entstandene Rassenwert“, so Haushofer weiter, präge sich „vor allem in der japanischen Volksleistung“ aus²¹³. Hitler hingegen meinte, Japan verdanke seine technische und kulturelle Weiterentwicklung allein „arischen“ Einflüssen aus Europa und den USA. Würden diese unterbleiben, würde die japanische Kultur „erstarrten und wieder in den Schlaf zurücksinken, aus dem sie [...] durch die arische Kulturwelle aufgeschreckt wurde“²¹⁴.

An diesem Beispiel zeigt sich noch einmal, wie selektiv Hitler die Literatur rezipierte. Selbst von Autoren, die nachweislich großen Einfluss auf ihn ausübten, wie Houston Stewart Chamberlain und Dietrich Eckart, übernahm er nur das jeweils in seine Weltanschauung Passende. So verwundert auch nicht, dass Hitlers eigene antisemitische Aussagen deutlich radikaler sind als fast alles, was die von ihm rezipierten Autoren geschrieben hatten. Es war letztlich eben doch eine eigene Weltanschauung, die Hitler aus den zahlreichen Versatzstücken früherer Autoren zusammenfügte.

Zusammenfassung

Hitlers Quellen für das Kapitel „Volk und Rasse“ aus „Mein Kampf“ auf die Spur zu kommen, ist nicht leicht. Zum einen nannte Hitler selten Autoren, die ihn inspiriert hatten, da er bemüht war, immer originär zu wirken. Zum anderen ver-

²⁰⁹ Vgl. Bruno Hipler, *Hitlers Lehrmeister. Karl Haushofer als Vater der NS-Ideologie*, St. Ottilien 1996.

²¹⁰ Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, S. 306–308.

²¹¹ Vgl. Karl Haushofer, *Japan und die Japaner. Eine Landeskunde*, Leipzig 1923; Heß, *Briefe*, S. 328. Der genaue Titel von Haushofers Buch, der aus dem Brief vom 19. 5. 1924 nicht eindeutig hervorgeht, ist angegeben in einem Brief von Heß an Ilse Pröhl vom 7. 9. 1923, in: Bundesarchiv Bern, Nachlass Rudolf Heß, J. I. 211, 1989/148, Bd. 31: *Privater Schriftwechsel 1923*, Dok. 22.

²¹² Für die aufschlussreichen Hinweise zu Japan, Haushofer und Hitler danke ich Prof. Dr. Klaus Vollmer, München.

²¹³ Karl Haushofer, *Dai-Nihon. Betrachtungen über Groß-Japans Wehrkraft, Weltstellung und Zukunft*, Berlin 1913, Zitate S. 7 f. u. S. 9.

²¹⁴ Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 1, Zitat S. 307.

wendete er meist nur Versatzstücke aus den Büchern und Aufsätzen, die er las, und ignorierte alles, was nicht in sein vorgefertigtes Weltbild passte. Mit Hilfe der wenigen Hinweise auf Autoren, die Hitler selbst gegeben hat, vor allem aber mit Hilfe der Briefe seines Privatsekretärs Rudolf Heß, der Reste von Hitlers ehemaliger Bibliothek und schließlich durch einen recht mühsamen Abgleich des Kapitels „Volk und Rasse“ mit den Büchern und Aufsätzen in Periodika, die damals in der völkischen Szene beworben wurden, gelingt es aber doch, etwas Licht in das Dunkel um seine Quellen zu bringen. Auf diese Weise kristallisieren sich stärkere Einflüsse von Richard Wagner, Houston Stewart Chamberlain, Julius Langbehn, Heinrich Claß, Theodor Fritsch, Erwin Baur, Eugen Fischer und Fritz Lenz sowie Paul Bang, Dietrich Eckart, Otto Hauser, Hans F. K. Günther und Alfred Rosenberg heraus. Außerdem zeigt sich, dass der Einfluss einiger Autoren, die in der Literatur immer wieder als Hitlers Stichwortgeber genannt werden, zum Teil weit überschätzt wird. Dazu gehören Guido List, Joseph Adolf Lanz, Karl May, Georges Vacher de Lapouge, Karl Haushofer und – zumindest für den ersten Band von „Mein Kampf“ – Madison Grant. Viele Parallelen zeigen sich indes zwischen Hitlers Kapitel „Volk und Rasse“ und den Werken einiger der namhaftesten rassistischen Schriftsteller des 19. Jahrhunderts wie Joseph Arthur de Gobineau, Wilhelm Marr und Eugen Dühring. Allerdings muss offen bleiben, ob Hitler mit deren Schriften unmittelbar vertraut war oder ihre Gedanken lediglich durch die unzähligen antisemitischen Schriften rezipierte, die kurz nach dem Ersten Weltkrieg vor allem in München erschienen.

Auffällig ist, dass Hitler weitaus einseitiger und radikaler argumentierte als die meisten Autoren, die ihn nachweislich oder wahrscheinlich beeinflussten. Aus deren Bausteinen schuf sich Hitler seine eigene, mörderische Weltanschauung, deren zentrales Ideologem der gnadenlose Judenhass war. Dabei baute er die Figur „des Juden“ als homogenes Feindbild und Antityp zu dem „rassereinen“, kulturschöpferischen „Arier“ auf. Theodor Fritsch, dessen Schriften Hitler nachweislich las, hatte in seinem „Handbuch der Judenfrage“ geschrieben, die „Judenfrage“ könne nur „ein überragender genialer Geist mit unbegrenztem Mute“ lösen, „der eigentliche Drachentöter, der wahre Siegfried“²¹⁵. Offensichtlich sah sich Hitler in der Rolle dieses Siegfried, die „Lösung der Judenfrage“ betrachtete er als sein Lebenswerk.

²¹⁵ Fritsch (Hrsg.), Handbuch der Judenfrage, Zitate S. 408.

„Vergangenheitsbewältigung“ war in den 1950er und 1960er Jahren eine Sache aufgeklärter Geister. Wirklich? Axel Schildt, renommierter Historiker aus Hamburg, entdeckte eine Variante der besonderen Art, die nach 1945 der NS-affine Schriftsteller und Publizist Kurt Ziesel erfand. Ziesel, später Geschäftsführer der „Deutschland-Stiftung“, griff bevorzugt liberale, aber auch konservative Intellektuelle mit belasteter Vergangenheit an, die nach dem Zweiten Weltkrieg einflussreiche Positionen in Presse und Rundfunk erlangten, ohne ihre Verstrickungen im „Dritten Reich“ thematisiert zu haben. Ziesels ebenso infame wie gut dokumentierte Angriffe fanden viel Beifall bei Vertriebenenverbänden und Teilen der CSU, während die Betroffenen und ihre Netzwerke ratlos waren und keine angemessene Antwort fanden, wie Axel Schildt eindrucksvoll zeigen kann.

Axel Schildt

Im Visier: Die NS-Vergangenheit westdeutscher Intellektueller

Die Enthüllungskampagne von Kurt Ziesel in der Ära Adenauer

Im letzten Drittel der 1950er Jahre begann die breite kritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik, die Aufdeckung belasteter Biografien, und es fanden Aufsehen erregende Prozesse gegen Täter statt, die sich längst als geachtete Bürger in der Wiederaufbau-Gesellschaft eingerichtet hatten¹. Die zunehmende Thematisierung der NS-Vergangenheit wird vor allem mit einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit, nicht zuletzt infolge eines generationellen Wandels in den Redaktionen der Zeitungen, des Rundfunks und Fernsehens, in Zusammenhang gebracht². Ein wichtiger Motivstrang bleibt dabei allerdings in der Regel ausgeklammert, obwohl er bis in die Gegenwart mediale Aufmerksamkeit erregt, nämlich die rechtskonservative Skandalisierung der Karriere jener Schriftsteller und Publizisten im „Dritten Reich“, die zwischenzeitlich nicht nur ihren Frieden mit der Bundesrepublik gemacht hatten, sondern sogar liberale Positionen vertraten, ohne allerdings ihre früheren Überzeugungen je zu erwähnen und ihre Lernprozesse zu erklären. Ein prominenter Traditionsbewahrer konservativ-revolutionären Erbes, Armin Mohler, argumentierte 1978 rückblickend:

„Wenn es heute in der Bundesrepublik keine konservative Presse von Belang gibt, so ist daran in erster Linie ein Schlag von Publizisten schuld, die zu den Nutznie-

¹ Vgl. mit Hinweisen zur Forschungsliteratur Axel Schildt/Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009, S. 208 ff. – Der vorliegende Aufsatz entstand im Rahmen eines größeren Projekts zur Geschichte der deutschen Intellektuellen nach dem Zweiten Weltkrieg, gefördert von der Fritz Thyssen- und der VolkswagenStiftung.

² Vgl. Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006.

bern des Dritten Reiches zählten und das dann nach 1945 durch eine krieche-
rische Willfähigkeit gegenüber den Parolen und Reizwörtern der Reeducation
wettzumachen suchten.³

Das polemische Argumentationsmuster der feigen Anpassung an den „Zeitgeist“
kehrt in den vergangenheitspolitischen Debatten seit Ende der 1950er Jahre
immer wieder. So wurde in der „Fischer-Kontroverse“, der Historikerdebatte um
die deutsche Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, von natio-
nalkonservativen Historikern Anfang der 1960er Jahre der Eindruck erweckt, der
frühere NS-Karrierist Fritz Fischer habe aus opportunistischen Gründen das La-
ger der nationalen Historiografie verraten; in Privatbriefen bezeichnete ihn sein
Kontrahent Gerhard Ritter abschätzig als „Konvertiten“⁴.

Wer sich hingegen weigerte, seine „Gesinnung“ der neuen Zeit anzupassen,
dem wurde in der konservativ geprägten Öffentlichkeit der Wiederaufbaujahre
eher Respekt gezollt. Carl Schmitt, der einstige „Kronjurist“ des NS-Regimes, wur-
de auch von seriösen Medien umworben und publizierte nicht nur in der Wo-
chenzeitung *Die Zeit*⁵; der Philosoph Martin Heidegger, ein unbelehrbarer Antise-
mit, der sich als Rektor der Universität Freiburg den Nationalsozialisten angedient
hatte, erhielt vom Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* noch Mitte der 1960er Jahre
Gelegenheit zu einem privilegierten Weißwäscher-Interview⁶.

Das Motiv von konservativen Publizisten, die NS-Belastung einiger Intellektuel-
ler zu enthüllen, speiste sich nicht aus dem Drang nach Aufklärung über den Na-
tionalsozialismus oder nach Skandalisierung von menschlichen Charakterschwä-
chen, sondern primär aus dem Kampf gegen den Liberalismus, den publizistische
Beobachter in den 1950er Jahren auf dem Vormarsch sahen. Insofern war es kein
Wunder, dass von konservativer Seite die NS-Vergangenheit gerade jener Intellek-
tuellen ausgeleuchtet wurde, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg im publizis-

³ Armin Mohler, *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, München 1978, S. 155.

⁴ Konrad Jarausch, *Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fi-
scher-Kontroverse*, in: Martin Sabrow u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große
Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 20–40, Zitat S. 23; vgl. Christoph Cornelißen,
Gerhard Ritter. *Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001, S. 597 ff.

⁵ Vgl. Carl Schmitt, *Im Vorraum der Macht*, in: *Die Zeit* vom 29. 7. 1954. Diese Veröffentlichung
führte allerdings zu schweren Verwerfungen in der Redaktion und zum temporären Abschied
von Marion Dönhoff; vgl. Axel Schildt, *Immer mit der Zeit: Der Weg der Wochenzeitung DIE
ZEIT durch die Bonner Republik – eine Skizze*, in: Christian Haase/Axel Schildt (Hrsg.), *DIE
ZEIT und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbe-
waffnung und Wiedervereinigung*, Göttingen 2008, S. 9–27, hier S. 20f.; weitere Beispiele bei
Kai Burkhardt (Hrsg.), *Carl Schmitt und die Öffentlichkeit. Briefwechsel mit Journalisten,
Publizisten und Verlegern aus den Jahren 1923–1983*, Berlin 2013; Reinhard Mehring,
Der esoterische Diskurspartisan: Carl Schmitt in der Bundesrepublik, in: Thomas Kroll/Tilman
Reitz (Hrsg.), *Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland. Verschiebungen im politi-
schen Feld der 1960er und 1970er Jahre*, Göttingen 2013, S. 232–248.

⁶ Vgl. Lutz Hachmeister, *Heideggers Testament. Der Philosoph, der Spiegel und die SS*, Berlin
2014.

tischen Mainstream bewegten oder gar als liberal bzw. linksliberal galten. Solchen „Heuchlern“ und „Opportunisten“ wurde mit tiefer Verachtung begegnet.

Für diesen Strang der öffentlichen Thematisierung biografischer Belastungen steht am Anfang und exemplarisch das Buch „Das verlorene Gewissen“⁷ von Kurt Ziesel.

1. Zur Biografie von Kurt Ziesel (1911–2001)⁸

Ziesel, geboren in Innsbruck, trat 1930 dem NS-Studentenbund und 1931 der NSDAP bei. Schon damals engagierte er sich publizistisch in der Parteipresse, bis 1933 als regelmäßiger Mitarbeiter der *Deutschoesterreichischen Zeitung* in Wien. Nach deren Verbot wechselte er nach Deutschland, er ging zunächst zur *Preußischen Zeitung* in Königsberg. Wegen der Beziehung zu einer jüdischen Frau, der Weitergabe von „Greuelnachrichten“ und wegen „jugendlicher Wichtigtuerei“ verlor er im April 1934 seinen Posten als Redakteur, er saß mehrere Wochen in Untersuchungshaft und wurde aus der NSDAP ausgeschlossen. Nach einer Intervention von Rudolf Hess, an den er als „alter Kämpfer“ appelliert hatte, ihn und seine Familie, seine Ehefrau sei mit zweitem Kind schwanger, nicht „verhungern“ zu lassen, wurde der Parteiausschluss einige Monate später, Ende 1934, rückgängig gemacht. Ziesel fand im Herbst 1935 erneut eine Anstellung als Redakteur der Parteipresse, diesmal bei der *Westfälischen Landeszeitung Rote Erde* in Dortmund – auch diesen Arbeitsplatz verlor er bald wegen Unstimmigkeiten. Zugleich schrieb er für etliche andere Blätter, darunter den *Völkischen Beobachter*, den *Westdeutschen Beobachter* in Köln, die *Münchner Neuesten Nachrichten*, die *NSZ-Rheinfront* und den *Stuttgarter NS-Kurier*.

Bei seinen publizistischen Beiträgen ging es vor allem um die Schilderung der „deutschen Kultur“ im Abwehrkampf gegen jüdische Einflüsse. Eine dezidiert antisemitische Stoßrichtung besaß auch der *Hanseatendienst* in Hamburg, ein „Zeitschriftendienst für die gesamte Presse“, als dessen Verleger Ziesel von 1936 bis 1939 amtierte. Nach dem „Anschluss“ Österreichs wurde er zudem Redakteur des *Neuen Wiener Tagblatts*, außerdem arbeitete er als Korrespondent für nationalsozialistische Blätter im „Altreich“. Charakteristisch für Ziesels publizistischen Stil war eine radikale Polemik, die treffend als „verbale Judenverfolgung“⁹ bezeichnet wor-

⁷ Vgl. Kurt Ziesel, *Das verlorene Gewissen. Hinter den Kulissen der Presse, der Literatur und ihrer Machtträger von heute*, München 1957; zitiert wird aus der textidentischen zweiten Auflage vom Januar 1958.

⁸ Zur Biografie von Ziesel vgl. Dieter Bamberg, *Die Deutschland-Stiftung e.V. Studien über Kräfte der „demokratischen Mitte“ und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Meisenheim am Glan 1978, S. 353 ff.; ergiebig für die literaturgeschichtliche Einordnung vor allem Stefan Busch, „Und gestern, da hörte uns Deutschland“. NS-Autoren in der Bundesrepublik. Kontinuität und Diskontinuität bei Friedrich Griese, Werner Beumelburg, Eberhard Wolfgang Möller und Kurt Ziesel, Würzburg 1998, S. 209 ff.; in den beiden genannten Werken finden sich alle Zitate und zugehörigen Nachweise zu seiner Karriere im „Dritten Reich“; vgl. auch Hans Sarkowicz/Alf Mentzner, *Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon*, Berlin 2011, S. 637 ff.

⁹ Busch, *NS-Autoren in der Bundesrepublik*, S. 212.

den ist. Immer wieder forderte er das Eingreifen von Partei und Staat, etwa gegen die „jüdisch verseuchten Schreiberseelen“ der *Frankfurter Zeitung*. Wegen des durchweg denunziatorischen Tons seiner Artikel kam es bisweilen auch zu Streitigkeiten innerhalb des nationalsozialistischen Kulturbetriebs. Als etwa ein Verlag einen seiner Aufsätze wegen zu geringen Umfangs nicht in eine bestimmte Reihe aufnehmen wollte, beschwerte sich Ziesel umgehend bei der Reichsschrifttumskammer, hier werde gegen ihn „mit echt jüdischer Methode“ vorgegangen. Er zögerte auch nicht, selbst namhafte und vom NS-Regime wohlgelittene Schriftsteller wie Manfred Hausmann mit antisemitisch begründeten Beschuldigungen zu verfolgen. Dies führte dazu, dass er im „Dritten Reich“ in eine ganze Reihe von Auseinandersetzungen verstrickt war, die auch vor Gericht ausgetragen wurden.

Mitte der 1930er Jahre begann Ziesel parallel zur politischen Publizistik eine literarische Karriere. Sein erster Roman „Verwandlung der Herzen“ erschien 1938 und erlebte bis 1943 drei Auflagen sowie zwei Feldausgaben mit einer Gesamtauflage, wenn man Ziesels Angaben folgt, von 350.000 Exemplaren. Die Handlung des Buches drehte sich um einen tapferen nationalsozialistischen Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs, der als Krüppel vegetierte; das Buch fiel in das Genre der damals üblichen Trivalliteratur mit politisch-propagandistischen Anklängen. Auch sein zweiter, ebenso erfolgreicher Roman „Der kleine Gott“ (1939) transportierte „nationalsozialistische Ideologie in der Form schlichter Unterhaltungsprosa“¹⁰, er brachte es bis 1944 auf drei Auflagen und zwei Feldausgaben. Hier feierte Ziesel die „Liebeskraft des Weibes“ und die Mutterschaft als deren Erfüllung. Der Roman wurde in der SS-Zeitung *Das Schwarze Korps* lobend besprochen, weil er den Lebensborn-Gedanken literarisch sinnfällig zum Ausdruck bringe. Einige Beiträge in literarischen Sammelwerken festigten Ziesels Position als junger und äußerst produktiver Schriftsteller, der von den Feuilletons enthusiastisch gefeiert wurde. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs gehörte er, gerade 28jährig, bereits zur Elite des NS-Literaturbetriebs.

1940 wurde Ziesel zur Wehrmacht eingezogen. Er betätigte sich als Kriegsberichterstatter und bewies, dass er auch an einer Sinngebung des Krieges zu arbeiten verstand. Mit der 500 Seiten starken Anthologie „Krieg und Dichtung“ feierte er im selben Jahr einen weiteren schriftstellerischen Erfolg. Hier stellte er seine eigene Prosa in die große Tradition deutscher Klassik.

Im August 1941, nur wenige Wochen nach Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, beantragte Ziesel beim Reichspropagandaministerium, zwecks „seelischer Auswertung des Kriegserlebnisses“, einen Wagen mit Chauffeur, um die gesamte Ostfront abfahren und einen „einzigartigen Eindruck von der Gesamtfront [...] vermitteln“ zu können. Im März 1942 wurde Ziesel als „Sonderführer“ zur „Berichterstaffel des OKH“ abkommandiert. Dort entdeckte er Anfang 1943 seine Berufung als Gutsbesitzer, der „dem Lande gebieten“ und publizistisch die Liebe zum „Osten“ pflegen wolle. 1943 ließ er sich von der Ostfront auf den Balkan versetzen. Bis zum Ende des Krieges hielt auch seine erzählerische Produktivität an.

¹⁰ Ebenda, S. 246.

Über Ziesels Aktivitäten in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist wenig bekannt. Zeitweise bewirtschaftete er in Österreich einen Hof, den er bereits Ende der 1930er Jahre besessen hatte. Seine Bücher waren dort allerdings verboten, auch wurde ihm untersagt, als Redner aufzutreten. Diese Interimszeit endete 1948; in den 1950er Jahren verlegte Ziesel seinen Lebensmittelpunkt nach München, er behielt aber seinen Wohnsitz in Österreich.

Seine Versuche, als Mitarbeiter der *Süddeutschen Zeitung* Fuß zu fassen, wurden sehr bald unterbunden, wie und von wem genau liegt weitgehend im Dunkeln. Ende 1951 schrieb der Verleger Kurt Desch jedenfalls an Max Stefl, Bibliotheksrat an der Staatsbibliothek in München, anerkannter Experte für das Werk von Adalbert Stifter und hervorragender Kenner der lokalen intellektuellen Szene:

„Daß man im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung so unauffällig wie möglich Kulturpolitik zu machen versucht, das wissen wir schon lange. Die Taktik ist ganz einfach: auf der einen Seite unterbleiben die Dinge, die jene Herren im Feuilleton nicht gerne sehen, hören und lesen möchten. Das fällt ja einem grossen Leserkreis nicht besonders auf. Auf der anderen Seite ermöglicht man waschechten Nazis ab und zu mit ein paar Giftspritzen in die falsche, d.h. in die ‚richtige‘ Richtung zu schiessen. [...] Es ist immerhin erfreulich, daß durch unsere Intervention die Dinge doch zur Sprache gekommen sind und daß Dr. Schöningh Ihnen nunmehr Weisung gegeben hat, daß von jenem Herrn Ziesel keine Zeile mehr in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht wird.“¹¹

Ein namentlich gezeichneter Artikel von Kurt Ziesel im Feuilleton der *Süddeutschen Zeitung* des Jahres 1951 ließ sich nicht ermitteln. Von 1952 bis 1963 gab er in Salzburg im Eigenverlag einen *Europäischen Kulturdienst* heraus, der in einem Artikel der in Düsseldorf erscheinenden katholischen Wochenzeitung *Michael* bereits auf Grund der Titelwahl in die Nähe der „Neofaschisten“ gerückt wurde, die das Modewort „europäisch“ für sich entdeckt und ein Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes, einen Bücherdienst *Die Europäische Nationale*, die Zeitschrift *Nation Europa* und andere mit diesem Begriff getarnte Unternehmen gegründet hätten. Der Schlusssatz des Artikels lautete: „Gehört nun Herr Ziesel selbst zu den Dummen oder ist er – wir wagen es ihn zu fragen – nur charakterlos?“¹²

Die angestrebte Aufnahme in den Bayerischen Schriftstellerverband blieb Ziesel ebenfalls verwehrt. Er selbst behauptete, seine Mitgliedschaft sei auf Veranlassung von Max Stefl, der im Aufnahmeverfahren als „politischer Berater“ fungierte und den Weisungen des Schriftstellers Hermann Kasack gefolgt sei, verhindert worden. Die Begründung, er, Ziesel, besitze die österreichische Staatsbürgerschaft, könne nur als vorgeschoben angesehen werden, zumal er auch in München residiere.¹³ Diese Darstellung wurde von Stefl öffentlich zurückgewiesen; die

¹¹ Kurt Desch an Max Stefl, 9.11.1951, in: Monacensia. Literaturarchiv und Bibliothek, NL Max Stefl, MSt B 105.

¹² E.P. (= Eric A. Peschler), Die falschen Europäer, in: *Michael* vom 23. 8. 1953.

¹³ Ziesel, *Gewissen*, S. 134.

Ablehnung sei in der Vorstandssitzung des Schutzverbands Deutscher Schriftsteller im Oktober 1954 beschlossen, aber Kasack von ihm erst am 20. Februar 1955 davon in Kenntnis gesetzt worden¹⁴. Kasack könne also gar nicht seine Hände im Spiel gehabt haben.

Es muss ungeklärt bleiben, ob die Darstellung von Kasack und Stefl den Tatsachen entspricht. Jedenfalls galt Ziesel bereits Mitte der 1950er Jahre als rechtsgerichteter Quertreiber und unbelehrbarer Nationalsozialist. Kasack rückte in diesem Zusammenhang auch den Verleger Georg von Holtzbrinck, Mehrheitseigner von *Christ und Welt*, in dessen Verlag Deutsche Volksbücher einige der Romane Ziesels erschienen waren, in die Nähe „rechtsgerichteter Kreise“¹⁵. Ziesel ließ solche Angriffe nicht auf sich sitzen. Nachdem er erfahren hatte, dass Stefl in einem Brief an Walburga Rucker, der Frau des bayerische Kultusministers August Rucker, vor ihm gewarnt hatte, erhielt Stefl ein Einschreiben. Ziesel verwahrte sich darin gegen die „ungeheuerliche Verleumdung“ und „Unverschämtheit“ der Behauptung, dass er seine „alten Ideale weiter propagiere“. Tatsächlich ginge es ihm um Fragen der Moral:

„Ich richte mich in meinem öffentlichen Kampf gegen alle jene Leute, die in einem unversöhnlichen Haß unentwegt gegen Menschen losgehen, die einmal geirrt haben, dabei aber haargenau jene Nazimethoden des geistigen und wirtschaftlichen Terrors und der anonymen Verleumdung anwenden wie die Nazis.“¹⁶

Ziesel stellte Stefl ein Ultimatum, innerhalb von acht Tagen in entsprechender Ausführlichkeit seinen Brief an Walburga Rucker „zu widerrufen und sein Bedauern über diese Verleumdung auszusprechen“¹⁷, ansonsten werde er die Angelegenheit vor Gericht bringen.

Wie in den 1930er Jahren versuchte Ziesel auch in den 1950er Jahren parallel zu seiner politischen Publizistik, die sich als Mixtur von abendländisch-europäischer Ideologie, radikalem Antibolschewismus und kämpferischem Anti-Liberalismus verorten lässt, auch literarisch wieder Fuß zu fassen. Nach Aufhebung der Publikationssperre war sein Roman „Der kleine Gott“ bereits 1948 in einem österreichischen Verlag neu aufgelegt worden. 1952 erschien sein erster Nachkriegsroman „Daniel in der Löwengrube“, der manche zeitgenössische Beobachter irritierte und vermuten ließ, der Autor sei politisch-moralisch geläutert. Der Roman handelt von einem nichtjüdischen Künstler, Daniel Gurett, der versehentlich in

¹⁴ Erklärung von Max Stefl, 10.2.1958, in: Monacensia. Literaturarchiv und Bibliothek, Nl. Max Stefl, MSt B 225.

¹⁵ Hermann Kasack an Walburga Rucker, 16.5.1955, in: Ebenda, Nl. Max Stefl, MSt B 480; Walburga Rucker hatte Ziesel auf einer Reise zufällig kennengelernt. Er berichtet selbst davon, dass Rucker, der ihn in die literarische Gesellschaft Münchens einführen wollte, daraufhin ungünstige Informationen über ihn erhielt; vgl. Ziesel, *Gewissen*, S. 54 ff.

¹⁶ Kurt Ziesel an Max Stefl, 23.5.1955, in: Monacensia. Literaturarchiv und Bibliothek, Nl. Max Stefl, MSt B 480. Beigelegt war u. a. ein Schreiben von Walter von Molo an Rucker, in dem er sich mit warmen Worten für Ziesel einsetzte, mit dem er seit 1933 befreundet sei.

¹⁷ Ebenda.

ein jüdisches Ghetto gerät, sich dort mit dessen Bewohnern identifiziert und mit diesen zusammen umgebracht wird. „Daniel in der Löwengrube“ bewegte sich zwischen aufgesetztem Philosemitismus und antisemitischen Ressentiments, wobei die Verantwortung für den Holocaust, so drückte Ziesel es in einem seiner späteren Bücher aus, Hitler allein trug. Was dieser „mit seinem Mord an den Juden nicht nur ihnen, sondern auch uns, dem deutschen Volk, getan hat“, sei „unfaßbar“¹⁸. Sofern überhaupt rezensiert, wurde der Roman unter Hinweis auf die Biografie Ziesels meist verrissen¹⁹. Dennoch erreichten dieser und seine folgenden Romane, die zwischen 1954 und 1957 erschienen, jeweils Auflagen im fünfstelligen Bereich²⁰.

In späteren autobiografischen Einlassungen bezeichnete sich Ziesel gern als „gründlich geheilten Nationalsozialist“, wobei er stets seine zahlreichen Konflikte innerhalb des NS-Regimes bemühte. Er gab sie als politisch widerständige Aktivitäten aus, um sich als zwar jugendlich verführten, aber bald zum moralisch aufrechten Streiter gegen das NS-Regime gewandelten Schriftsteller darzustellen. Dies folgte einem zeitgenössisch durchaus geläufigen Narrativ. Einen Schritt weiter ging er allerdings, wenn er seinen Ausschluss aus den intellektuell tonangebenden Medien damit begründete, dass deren Schlüsselpositionen durchweg von jenen besetzt seien, die sich unter Hitler opportunistisch als Nationalsozialisten aufgespielt hätten und nun ebenso opportunistisch die demokratische Fahne hissen würden. In Ziesels Sicht bildeten sie die Basis eines linken Meinungskartells, von dem die „Gefahr“ ausgehe, in die „die freie Welt durch die innere Fäulnis der westdeutschen Demokratie in ihrer Gesamtheit verstrickt ist“²¹. Immer wieder betonte er „die Fragwürdigkeit unserer heutigen Pressefreiheit“, den „Terror dieser entarteten Freiheit“, die „systematische Zerstörung von Glaube, Werten, Nationalgefühl und sauberer Staatsgesinnung“, die durch die „Meinungsgangster“ in der „Lizenzpresse“ begonnen worden sei²². Von diesen Leuten, die ihre Überzeu-

¹⁸ Kurt Ziesel, *Die verratene Demokratie*, München ²1961, S. 25; zur Interpretation von „Daniel in der Löwengrube“ vgl. differenziert Busch, *NS-Autoren in der Bundesrepublik*, S. 269 ff.

¹⁹ Eine der wenigen Ausnahmen ist die hymnisch lobende Rezension von J.O. Zöller, *Erkenntnis und Einkehr*, in: *Neues Abendland* 7 (1952), S. 701 f., die indirekt den versteckten Antisemitismus des Romans bestätigt; die Anregung sei von einer Passage in Ernst Jüngers „Strahlungen“ ausgegangen, in der es um jüdische Polizisten geht, die mit der Ergreifung von Juden in den Ghettos beauftragt, auch deutsche und polnische Nichtjuden eingeliefert hätten. Ziesel habe ein „Epos vom Schicksal des jüdischen und des deutschen Volkes“ geliefert, die „unterm gleichen Joch“ gelitten hätten.

²⁰ Vgl. Kurt Ziesel, *Das Leben verläßt uns nicht*, Stuttgart 1954; ders., *Und was bleibt ist der Mensch*, Stuttgart 1954; ders., *Die goldenen Tage. Roman der Insel Rhodos*, Stuttgart 1954; ders., *Solange wir lieben. Roman*, Stuttgart 1957; vgl. Busch, *NS-Autoren in der Bundesrepublik*, S. 230 ff., insbes. S. 285.

²¹ *Salzburger Volksblatt* vom 6. 3. 1959, zit. nach Bamberg, *Deutschland-Stiftung*, S. 364.

²² Vgl. den Nachweis dieser Zitate aus dem Europäischen Kulturdienst, der Deutschen Zeitung (Stuttgart) und der rechtskatholischen Deutschen Tagespost (Würzburg), in: Ebenda, S. 365 u. S. 368.

gungen verraten hätten, sei er nach Kriegsende systematisch boykottiert worden, sie wollte er öffentlich bloßstellen und damit empfindlich treffen²³.

Im Folgenden sollen zunächst die Muster der Argumentation Ziesels skizziert werden. Danach stehen die Gegenstrategien der von Ziesel wegen ihres Verhaltens im „Dritten Reich“ beschuldigten Intellektuellen im Mittelpunkt der Betrachtung. Die Auseinandersetzungen zwischen diesen und ihrem Ankläger waren schon für die Zeitgenossen kaum zu überblicken. Es gab nicht nur öffentliche Stellungnahmen, sondern zugleich zahlreiche juristische Gefechte sowie nicht öffentlich erörterte Abwehr- und Abgrenzungsmaßnahmen gegen Ziesel, die zugleich als Selbstverständigung jener linken und liberalen Intellektueller zu lesen sind, die sich publizistisch mit dem Nationalsozialismus eingelassen hatten und denen nun, im Abstand von mehr als einem Jahrzehnt, einstmals von ihnen verfasste Texte vorgehalten wurden.

2. „Das verlorene Gewissen“

Seine Kampagne begann Ziesel mit dem Enthüllungsbuch „Das verlorene Gewissen“. Das Buch, das im Dezember 1957 im Münchner F.J. Lehmanns Verlag erschien, eine zweite Auflage wurde nur sechs Wochen nach der ersten ausgeliefert, die fünfte im Herbst 1958, die achte nach weiteren zwei Jahren, erregte von allen seinen Büchern das größte öffentliche Aufsehen²⁴. In seinem voluminösen Werk über die politische Rechte in der Bundesrepublik schrieb der amerikanische Historiker Kurt P. Tauber, gemessen an der Zahl öffentlicher Kontroversen stehe Ziesel ganz oben in der Rangliste rechter Publizisten, sein Buch habe eingeschlagen „like a bomb-shell“²⁵.

Es war kein Zufall, dass Ziesel in seinem Enthüllungsbuch als ersten, und zwar in relativ respektvollem Tonfall, Rudolf Pechel hervorhob. Der 76-jährige Pechel galt als Symbolfigur des aufrechten Widerstands gegen Hitler und das NS-Regime. Ursprünglich aus konservativ-revolutionären Kreisen um Arthur Moeller van den Bruck kommend, hatte er die politisch-literarische Zeitschrift *Deutsche Rundschau* von 1919 bis zu seiner Festnahme durch die Gestapo im April 1942 als Chefredakteur und später als Verleger geleitet²⁶. Trotz enger Verbindungen zu Carl Goerdeler und anderen Akteuren des konservativen Widerstands war Pechel vom Volksgerichtshof im Februar 1945 „mangels Beweisen“ überraschend freigesprochen

²³ Vgl. Norbert Frei/Johannes Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, München 2011, S. 195.

²⁴ Vgl. Ziesel, *Gewissen*. Zum Lehmanns Verlag, der eine beträchtliche Belastung aus dem „Dritten Reich“ aufwies und in dem eine ganze Reihe ehemals nationalsozialistischer Schriftsteller publizierten, vgl. Sigrid Stöckel (Hrsg.), *Die „rechte“ Nation und ihr Verleger. Politik und Popularisierung im J.F. Lehmanns Verlag 1890–1979*, Berlin 2002.

²⁵ Kurt P. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945*, 2 Bde., Wesleyan University Press 1967, S. 563.

²⁶ Die Texte von Pechel in der *Deutschen Rundschau* während der NS-Zeit sind exemplarisch für die zeitgenössische „verdeckte Schreibweise“ analysiert worden von Heidrun Ehrke-Rotermund/Erwin Rotermund, *Zwischenreiche und Gegenwelten. Texte und Vorstudien zur „verdeckten Schreibweise“ im „Dritten Reich“*, München 1999, S. 25 ff.

worden. Als Mitbegründer der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone hatte er sich bald enttäuscht von der Parteipolitik distanziert, seit 1946 führte er – mit britischer Lizenz – die *Deutsche Rundschau* fort. Pechel engagierte sich im Kalten Krieg an exponierter Stelle für die westliche Freiheit, er gehörte zum führenden Kreis des zunächst gesamt- dann westdeutschen PEN-Clubs²⁷ und saß im deutschen Exekutivkomitee des 1950 gegründeten Kongresses für Kulturelle Freiheit²⁸. Seine radikale antikommunistische Begrifflichkeit, etwa hinsichtlich der Charakterisierung der DDR als KZ, stand für eine Semantik der Gleichsetzung der Totalitarismen²⁹. Pechels *Deutsche Rundschau* überlebte in den 1950er Jahren wohl nur durch großzügige Subventionen des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, ein Teil der Auflage wurde in die DDR geschmuggelt, und zahlreicher Abonnements Bonner Stellen³⁰.

Ziesels Enthüllungsbuch zeigte Pechel als konservativ-revolutionären Befürworter der NS-Machtergreifung – mit der Pointe, dass dessen Artikel in der *Deutschen Rundschau* „uns jungen Nationalsozialisten auch die letzten Zweifel an Hitler und der nationalsozialistischen Revolution genommen“ hätten³¹. Mit einem Zitat Pechels aus dem Aprilheft 1933, das den überschwänglichen Geist der „nationalen Revolution“ transportiert und Genugtuung über den Untergang der linken und jüdischen Literaten ausgedrückt hatte³², legitimierte Ziesel seine eigene Karriere. Ausdrücklich verteidigte er Pechels Position gegenüber dem Nationalsozialismus.

²⁷ Vgl. Sven Hanuschek, Geschichte des bundesdeutschen PEN-Zentrums von 1951 bis 1990, Tübingen 2004, S. 45.

²⁸ Vgl. Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive. Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 308 ff.

²⁹ Vgl. dazu die aufschlussreiche Auswahl: Rudolf Pechel, Deutsche Gegenwart. Aufsätze und Vorträge 1945–1952, Darmstadt u. a. 1953; vgl. auch die ältere Studie von Rosemarie Schäfer, Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“ 1946–1961. Zeitgeschehen und Zeitgeschichte im Spiegel einer konservativen politischen Zeitschrift. Eine Studie zur konservativen Publizistik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1975; zur Konstruktion eines über das Weltkriegsende hinausreichenden „Widerstands“ bei gleichzeitiger Wendung zum Westen vgl. Alexander Gallus, Von der „Konservativen Revolution“ zur westdeutschen Demokratie. Rudolf Pechels *Deutsche Rundschau* und die Wandlungen des Konservatismus (1919–1961), in: Tilman Mayer (Hrsg.), Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer, Bonn 2009, S. 62–84; Claudia Kemper, Rudolf Pechels intellektuelle Grundposition als Widerstand „mit dem Rücken zur Wand“, in: Alexander Gallus/Axel Schildt (Hrsg.), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930, Göttingen 2011, S. 164–180.

³⁰ Vgl. Schäfer, Rudolf Pechel, S. 209 ff.

³¹ Ziesel, Gewissen, S. 17.

³² Dieser Text fehlt in der Aufsatzsammlung von Rudolf Pechel, Zwischen den Zeilen. Der Kampf einer Zeitschrift für Freiheit und Recht. 1932–1942, Wiesenheid 1948; sein „kultureller“ Antisemitismus, der auch in anderen Texten aufschien, ging einher mit der Unterstützung der jungkonservativen Koalitionskreise im Hitler-Kabinetts um Franz von Papen und Edgar Julius Jung, die 1934 ausgeschaltet wurden; vgl. Volker Mauersberger, Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“ 1919–1933. Eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik (1918–1933), Bremen 1971.

„Ihm schwebte wohl vor, durch sein publizistisches Wirken, in kritischer Bejahung und zu stets mahnender Anteilnahme bereit, seinen Beitrag zu leisten zu einer idealen Entwicklung des neuen nationalen Staates im Sinne der seit eh und je verfochtenen Ideale. Er hat dies auch jahrelang bis weit in die Kriegsjahre hinein getan, immer mutig gegen Mißstände und Gefahren der Entwicklung ankämpfend, aber grundsätzlich das Ganze bejahend.“³³

Angesichts dieses Opfermuts könne er, Ziesel, nicht verstehen, warum Pechel nun auf der Seite jener Opportunisten stehe, die aufrechte Männer in den Dreck zögen:

„Weder ein Kolbenheyer oder Hans Grimm, weder Zillich, Johst, Agnes Miegel, Alverdes, Ina Seidel, weder Carossa noch Jünger noch Benn haben irgendwo und irgendwann Verbrechen Hitlers verherrlicht oder selbst Verbrechen begangen. Sie haben an Hitler geglaubt, haben bestenfalls, nachdem der Weg, den er nahm, selbst für die politisch ja meistens etwas unreifen Poeten nicht mehr zu verkennen war, weiter geschwiegen oder sich eingeredet, nach dem Krieg würde man alles ändern, aber kein einziger von ihnen war ein bewußter Barbar, Kriegshetzer oder Mörder.“³⁴

Diese Schriftsteller seien nun „aus ihren Häusern verjagt, in Lager gesteckt“, ihre „Bücher verboten“ worden; „die feilen Opportunisten der Presse haben sie in der niedrigsten Weise beschimpft, minderwertige Literaten, deren Tätigkeit sich hauptsächlich auf pornographische Machwerke und Modebücher erstreckt“³⁵, hätten sie straflos verfolgen dürfen. Dass dies schlicht falsch war und schon gar nicht für die Medienstars Jünger und Benn galt und dass auch die übrigen Genannten bald wieder ihr – meist nun älteres – Publikum fanden, störte Ziesel nicht. Die Zusammenziehung mehrerer Begriffe zu einer Aussage, hier der „bewußte Barbar, Kriegshetzer oder Mörder“, war typisch für seine Montagetechnik aus Fakten, Lügen und Halbwahrheiten. Dass einer der von ihm verteidigten Schriftstellerinnen und Schriftsteller ein Mörder gewesen sei, hatte niemand behauptet, auch nicht, dass sich jemand von ihnen bewusst als Barbar stilisiert hätte; aber den Führer als genialen Feldherrn und die Schönheit seines Krieges hatten einige von ihnen – wie auch Ziesel selbst – tatsächlich besungen³⁶. Um die eigene Opferrolle zu unterstreichen, zitierte er aus dem Jahrgang 1956 der *Deutschen Rundschau*, allerdings ohne Seitenangabe, den auf Kolbenheyer gemünzten Satz: „Die braunen Ratten müssen endlich und endgültig totgeschlagen werden.“³⁷

³³ Ziesel, *Gewissen*, S. 127.

³⁴ Ebenda, S. 102.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Vgl. Ernst Loewy, *Literatur unterm Hakenkreuz. Das Dritte Reich und seine Dichtung. Eine Dokumentation*, Frankfurt a. M. 1990, S. 161 ff.; Uwe-Karsten Ketzels, *Literatur und Drittes Reich*, Schernfeld 1992, S. 172 ff.; Eva Horn, *Literatur und Krieg*, in: Wilhelm Haefs (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Exil 1933–1945*, München 2009, S. 287–309; Sarkowicz/Mentzner, *Schriftsteller*.

³⁷ Ziesel, *Gewissen*, S. 17.

Unter die schlimmsten Opportunisten reihte Ziesel, in diesem Fall wohl nicht ganz unzutreffend, Hans Friedrich Blunck ein, den ersten Vorsitzenden der Reichsschrifttumskammer, der in der *Zeit* 1957 Gelegenheit erhalten hatte, sich von seiner politischen Verantwortung rein zu waschen³⁸. Blunck sei aber nur ein Beispiel für all jene Schriftsteller, die „Freundschaft, Treue, Charakter und Gewissen“ nur als „Zweckbegriffe“ ansehen würden³⁹. Aufgedeckt wurde die Vergangenheit des Literaten Jürgen Eggebrecht, der für das intellektuelle Nachtprogramm des NWDR und das Dritte Programm des NDR arbeitete; 1958 wurde er in den PEN-Club aufgenommen. Mit ihm wollte Ziesel sogar eng befreundet gewesen sein, und zwar im Krieg, als er selbst in einer Propagandakompanie der Wehrmacht diente und Eggebrecht dort der „oberste Zensurpapst des OKW“⁴⁰ gewesen sei. Dieser habe damals ein Buch von ihm, den Roman „Der Vergessene“, bewusst nicht für die Truppe genehmigt, und nach dem Krieg habe Eggebrecht als einflussreicher Rundfunk-Redakteur dafür gesorgt, dass über seine Publikationen nicht berichtet werden konnte.

Zu diesem angeblichen Schweigekartell zählte Ziesel auch Walter Hilpert, vor 1945 beim Reichssender Königsberg, nach 1945 ebenfalls beim NWDR und 1956 der erste Intendant des NDR, sowie Wolfgang Weyrauch, der ihn im *Reich* 1941 hymnisch rezensiert⁴¹ und sich nach dem Krieg als Lektor beim Rowohlt Verlag und im Grünwalder Kreis⁴² als „Neudemokrat“ geriert habe. Auch einige Feuilletonchefs der größten deutschen Blätter wurden dem Publikum als vormals geradezu fanatische Parteigänger Hitlers vorgestellt, darunter Bruno E. Werner vom *Tagesspiegel*, der über ein Jahrzehnt und fast bis zum Schluss den Kulturteil der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* geleitet hatte und „einer der treuesten und eifrigsten Diener der nationalsozialistischen Kulturpolitik“ gewesen sei, so treu, „daß er trotz seiner nicht rein arischen Abstammung seinen Posten behalten durfte“⁴³. Paul Hühnerfeld, zunächst bei der *Zeit*, dann bei der *Welt*, war zwar 1945 noch zu jung für publizistische Jugendsünden, aber sein „diktatorisches Regiment“ sei „vermutlich [...] noch ein letzter Rest aus den Jahren der Hitlerjugend“⁴⁴. Der *Zeit*-Redakteur Josef Müller-Marein wurde als „ein Star unter den Kriegsberich-

³⁸ Allerdings handelte es sich lediglich um einen Leserbrief: Hans Friedrich Blunck, Leserbrief (Überschrift: Blunck stellt klar), in: *Die Zeit* vom 16. 5. 1957; vgl. bereits die Memoiren: Ders., *Unwegsame Zeiten*, Mannheim 1952.

³⁹ Ziesel, *Gewissen*, S. 27.

⁴⁰ Ebenda, S. 29.

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 31

⁴² Der Grünwalder Kreis war eine Gründung Hans Werner Richters von 1956, dem eine Arbeits- teilung von literarischer Kritik in der Gruppe 47 und politischem Engagement in der neuen Organisation vorschwebte. Die wichtigste Aktivität des Grünwalder Kreises vollzog sich im Rahmen des Clubs Republikanischer Publizisten, der sich explizit auf die Gefahr von rechts konzentrierte und mit einem eigenen Pressedienst bis zum Beginn der 1960er Jahre bestand; vgl. Dominik Geppert, *Alternativen zum Adenauerstaat. Der Grünwalder Kreis und der Gründungskonsens der Bundesrepublik*, in: Michael Hochgeschwender (Hrsg.), *Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche der Adenauerzeit*, Bonn 2011, S. 141–152.

⁴³ Ziesel, *Gewissen*, S. 34.

⁴⁴ Ebenda, S. 111.

tern der Luftwaffe⁴⁵ ebenso aufs Korn genommen wie sein Kollege Walter Abendroth (1896–1973), der als „besonders betonter Fanatiker von Rasse und Volkstum im Bereich der Musik“ vorgestellt wurde. Von diesem zitierte Ziesel aus einem Aufsatz in der Zeitschrift *Deutsches Volkstum* 1939, in dem es um die Geschichte der Intellektuellen in ihrer Beziehung zum Volk ging:

„Allein von diesem berechtigten Selbstbewußtsein des wahrhaft Überlegenen bis zur anmaßenden Lostrennung des ‚Denkfatzken‘ von jeder natürlichen Bindung von Blut, Art und Schicksal seines Volkes, bis zur snobistischen Uninteressiertheit an der Arbeit und den Kämpfen, die doch seiner eigenen Erhaltung und Seinsmöglichkeit dienten, ist noch ein weiter Schritt. Viele ‚Intellektuelle‘ haben ihn in entscheidenden geschichtlichen Augenblicken zu tun sich nicht entblödet. Sie waren dabei, ob mit oder ohne eigenes Wissen, willkommene Opfer der jüdischen Strategie. Dem Juden selbst ist Intellektualität ein wirksames Zersetzungswerkzeug, ein Sprengstoff zur Aufteilung der beherrschten Völker in machtlose Klassen.“⁴⁶

Angegriffen wurde schließlich auch ein besonders prominenter Intellektueller, Karl Korn, der Feuilletonchef der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der in Goebbels' Wochenzeitung *Das Reich* für kurze Zeit bereits die gleiche Funktion ausgeübt hatte; dort sei gut gezahlt worden, man habe in vornehmem Ton schreiben können und sei vom Dienst an der Front befreit gewesen:

„Und so eilten sie also alle herbei, die ganze „innere Emigration“: Herr Korn, Herr Süskind, Herr Petersen, Herr Weyrauch, Herr Schüddekopf und wie sie sonst alle heißen, die heute behaupten, Widerstandskämpfer gegen Goebbels und Hitler gewesen zu sein.“⁴⁷

Den Gipfel der Heuchelei erblickte Ziesel in der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, wo die karrieresüchtigen Opportunisten der NS-Zeit nun das Terrain beherrschten, wie deren Präsident Hermann Kasack oder Kasimir Edschmid, die sich im nach hinein als Verfolgte des „Dritten Reiches“ stilisierten, was angesichts ihrer wirklichen Rolle grotesk wirkte⁴⁸.

⁴⁵ Ebenda, S. 112.

⁴⁶ Zit. nach ebenda, S. 113; der sich durch die Texte Abendroths ziehende Antisemitismus ist in den letzten Jahren des Öfteren thematisiert worden.

⁴⁷ Ebenda, S. 115.

⁴⁸ Die Invektiven Ziesels gegen diese beiden Autoren waren völlig überzogen: Beide waren 1933 in Ungnade gefallen, die Bücher von Edschmid wurden verbrannt, Kasack verlor seinen Posten beim Rundfunk und damit seine Haupteinnahmequelle; vgl. Sarkowicz/Mentzner, Schriftsteller, S. 218 ff. u. S. 373 ff.; der Angriff gegen die Darmstädter Akademie sollte im Übrigen wohl indirekt auch Pechel treffen, der Anfang der 1950er Jahre deren Präsident gewesen war.

3. Die öffentliche Resonanz und die Reaktion der Beschuldigten

Die Anschuldigungen Ziesels, seine Gegenüberstellung von meist klar belegten und markanten Zitaten vor und nach 1945, die Verachtung gegenüber dem Opportunismus von Konvertiten, die in seinen Augen vorher wie nachher ihre mediale Macht missbrauchten, das hohe Lied auf charakterfeste Geister, die nicht abgeschworen hatten, erregten nicht nur die Aufmerksamkeit des Publikums, sondern sorgten auch für Unruhe unter den Beschuldigten selbst, die sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt daran gewöhnt hatten, dass nach ihren Biografien nicht gefragt wurde.

Die öffentlichen Reaktionen auf seine Enthüllungen dokumentierte Ziesel umgehend in einem weiteren Buch im gleichen Verlag auf über 200 Seiten⁴⁹. Daraus lassen sich, dem Titel „Die Geister scheiden sich“ folgend, unschwer die Meinungsfrenten rekonstruieren. Im ersten Teil präsentierte Ziesel Briefe an ihn⁵⁰. Dabei fällt auf, dass die Zuschriften von Politikern ausnahmslos aus dem Regierungslager kamen, darunter die Freidemokraten Franz Blücher, Max Becker, Ewald Bucher und Hermann Schwann sowie Werner Dollinger, Freiherr Karl Theodor zu Guttenberg und Franz Josef Strauß von der CSU. Strauß gratulierte Ziesel, und damit brachte er die allgemeine Stoßrichtung der akklamierenden Zuschriften zum Ausdruck, „zu dem Mut, in ein Wespennest hineinzustechen. Von der Redlichkeit Ihres Wollens bin ich schon deshalb überzeugt, weil Ihnen das Buch angesichts der von Ihnen selbst geschilderten Situation in der deutschen Presse und Literatur sicher nicht nur Freunde einbringen wird.“; die Gratulation wiederholte Strauß zur zweiten Auflage, die das Bild abrunde, und noch einmal zur vierten Auflage, die beweise, „daß Ihre mutige Schrift in allen Kreisen Anklang und gute Aufnahme gefunden hat“⁵¹.

Unter den Briefen von Schriftstellern dominierten Lobeshymnen von Angehörigen der Literaturelite des „Dritten Reiches“. Manfred Hausmann, den Ziesel – wie erwähnt – vor 1945 angegriffen hatte, schrieb: „Ich beneide Sie nicht um Ihre Herkules-Arbeit im Augias-Stall.“⁵² Bernt von Heiseler gebrauchte das gleiche Bild: „Aber der Mut des Verfassers verdient Bewunderung und Dank. Denn die Stallhüter bei Augias bringen es ja so heraus, als sei alles in bester Ordnung, und es gehört etwas dazu, ihnen ins Gesicht so deutlich zu sagen, wie es im Stall aussieht.“⁵³ Erwin Guido Kolbenheyer sprach von einer „mutigen Kampfschrift wider die Korruption“⁵⁴, Bruno Brehm, Hans Grimm und einige andere zeigten sich ebenfalls begeistert.

⁴⁹ Vgl. Kurt Ziesel, *Die Geister scheiden sich. Dokumente zum Echo auf das Buch „Das verlorene Gewissen“*. Eine Auswahl aus über 3.000 in- und ausländischen Pressestimmen und aus Tausenden von Briefen an den Verfasser. Die Reaktion der Betroffenen, München 1959.

⁵⁰ Im Inhaltsverzeichnis heißt es: „Eine auszugsweise Auswahl von Tausenden von Briefen an den Verfasser und den Verlag“.

⁵¹ Franz Josef Strauß an Kurt Ziesel, 18.2., 9.5. und 30.5.1958, in: Ziesel, *Geister*, S.21.

⁵² Ebenda, S.30.

⁵³ Ebenda, S.31.

⁵⁴ Ebenda.

Wohl um den Anschein der Ausgewogenheit zu verwecken, kam auch Hans Werner Richter von der Gruppe 47 zu Wort:

„Ihr Buch habe ich gelesen. Ich werde in nächster Zeit ausführlich darauf antworten. [...] Es geht mir dabei um Klärung all der Dinge, die Sie in Ihrem Buch aufgegriffen haben. Sie schreiben z. B. von der ‚verkommenen Mißwirtschaft‘ der Linksintellektuellen. Aber wenn ich mir die Namen jener Publizisten ansehe, die Sie in Ihrem Buch angreifen, so handelt es sich fast ausschließlich um konservative Kräfte, zumindest um Leute, die 1933 im konservativen Lager standen. Die ‚Links-Intellektuellen‘ verschwanden damals fast ganz von der Bühne. Sie kamen auch nach 1945 niemals wieder voll zum Zuge, jedenfalls nicht in einem ‚herrschenden und machtausübenden Sinn‘. [...] Oder wollen Sie etwa sagen, daß Leute wie Zehrer, Wirsing, Süskind, Sperr, Korn usw. ‚Linksintellektuelle‘ sind?“⁵⁵

Es ist auffallend, dass Ziesel zwar Briefe von konservativen und nationalliberalen Politikern, Vertriebenenfunktionären, rechtskatholischen Publizisten wie Emil Franzel oder Herbert Grabert, Herausgeber der *Deutschen Hochschullehrerzeitung*, des Organs der nach 1945 „amtsverdrängten“ Personen, erhielt, aber kaum ein namhafter Intellektueller oder Gegenwartsschriftsteller an ihn schrieb. Hans Werner Richter war die eine Ausnahme, die zweite noch überraschendere war Kurt Hiller⁵⁶. Der Zuspruch dieses Linksintellektuellen, der als radikaler Pazifist, unabhängiger Sozialist und maßgeblicher Mitarbeiter der *Weltbühne* in der Weimarer Republik prominent geworden war, stellte für Ziesel eine Art wertvoller Trophäe dar. Er veröffentlichte Hillers Brief unter der Überschrift „Emigrant, Jude, Linkssozialist“:

„Sehr geehrter Herr Ziesel. Sie und ich arbeiten von diametralen Denkpunkten aus. Das hindert mich nicht, viererlei zu erkennen: Ihren Willen zur Wahrheit, die Fundiertheit und Redlichkeit Ihres Hasses, Ihre (wie Sie die Dinge nun mal sehen) wirkliche Vaterlandsliebe und Ihre Ausdruckskraft. Ich bin Ihr Gegner, nicht Ihr Feind. Und eine besondere Freude machten Sie mir durch die wuchtige Sachlichkeit, mit der Sie einige Herren entlarvten, die mir schon immer – teils kraft Wissen, teils per Witternase – Brechmittel waren.“⁵⁷

Hiller stürzte sich, wie es seine Art war, für Ziesel sogar in das Kampfgetümmel. Dem Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung*, Werner Friedmann, der Ziesel in einem Brief an Hiller als „Verleumder“ bezeichnet hatte⁵⁸, schrieb er, dass er den

⁵⁵ Ebenda, S. 34 (Brief vom 24. 2. 1958).

⁵⁶ Vgl. Kai-Uwe Scholz, Hiller und Ziesel – oder „Zu allererst antikonservativ“? In: Rüdiger Schütt/Wolfgang Beutin (Hrsg.), *Zu allererst antikonservativ. Kurt Hiller (1885–1972)*, Hamburg 1998, S. 132–153; zur Biografie Hillers vgl. Daniel Münzner, Kurt Hiller. *Der Intellektuelle als Außenseiter*, Göttingen 2015.

⁵⁷ Ziesel, Geister, S. 25 (Brief o.D.).

⁵⁸ Ebenda, S. 200 (Brief vom 4. 3. 1958).

von Friedmann angekündigten Strafprozess gegen Ziesel begrüße. Verliere dieser, sei er erledigt, aber daran glaube er nicht:

„Der Schmock, welcher schreiben kann rechts und schreiben kann links, je nach dem Bezahler, ist ja ein seit Gustav Freytag nicht etwa ausgestorbener Typus. Beschert uns das Schicksal morgen eine klerikalfaschistische Diktatur, so wird der Völkischquasselnde von vorgestern und seriöse Liberaldemokrat von heute morgen klerikalfaschistisch phrasieren; und kommt übermorgen ein neuer Nazismus, dann wird er wieder Nazikotz produzieren; davon zu schweigen, daß, falls Ulbricht übermorgen ganz Deutschland beherrschen sollte (was UNO oder Juno verhindern möge), besagter Typ natürlich linientreu-kommunistisch husten wird. Er widert mich heftiger an als: Hitler mit Ulbricht multipliziert, das Ganze hoch Adenauer.“⁵⁹

Den Brief Friedmanns hatte Hiller an Ziesel weiter gegeben, so dass nun Friedmann zur Vermeidung einer Anzeige vom Begriff „Verleumder“ abrücken musste⁶⁰. Friedmanns Vorwurf, es sei nicht loyal gewesen, den Brief Ziesel zugänglich zu machen, beantwortete Hiller mit Beschimpfungen, die als Ergänzung seiner Philippika gegen den Opportunismus der Intellektuellen verstanden werden kann. Er halte zu seinem „Freund Ziesel“, „von welchem mich politisch einiges trennen mag, ethisch enorm viel verbindet. [...] Ein rechter Charakter ist mir erheblich lieber als ein linkes Schwein.“⁶¹

Mit Ziesel und Hiller hatten sich zwei markante Quertreiber unterschiedlicher politischer Lager gefunden. Seit der Kontaktaufnahme durch Hiller im Februar 1958 tauschten sich die beiden ein Jahrzehnt lang immer wieder aus. Bereits im zweiten Brief lud Hiller zu einem Meinungs austausch über die Frage nach Hamburg, „ob zwischen den Anständigen rechts und den Anständigen links jenseits des nur Charakterlichen, das sie verbindet, wohl auch eine ideologische Brücke möglich sei“⁶². Das Gespräch, das im Frühjahr 1958 in Hamburg stattfand, hatte Ziesel „sehr bewegt“. Er versuchte sich auch für die Einsichtnahme in den Brief von Friedmann an Hiller zu revanchieren, indem er sich bemühte, Hillers Broschüre „Rote Ritter“, eine Abrechnung mit Kommunisten im Exil, in einer aktualisierten Ausgabe bei Lehmanns erscheinen zu lassen⁶³. Außerdem bot er Hiller an, kleine Glossen für seinen *Europäischen Kulturdienst* zu schreiben, allerdings könne er kaum ein Honorar dafür zahlen⁶⁴. Im März 1961 stellte er ihm sogar in

⁵⁹ Kurt Hiller an Werner Friedmann, 1.4.1958, in: Kurt Hiller Gesellschaft, Neuss (künftig: KHG), Mappe Süddeutsche Zeitung.

⁶⁰ Werner Friedmann an Kurt Hiller, 22.7.1958, in: Ebenda.

⁶¹ Kurt Hiller an Werner Friedmann, 23.7.1958, in: Ebenda.

⁶² Kurt Hiller an Kurt Ziesel, 15.2.1958, in: KHG, Mappe Kurt Ziesel.

⁶³ Kurt Ziesel an Kurt Hiller, 7.5.1958, in: Ebenda; vgl. Kurt Hiller, *Rote Ritter. Erlebnisse mit deutschen Kommunisten, Gelsenkirchen 1951* (Neuausgabe West-Berlin 1980); interessant ist an der verworrenen Geschichte um diese Publikation, dass Pechel den Ruhr-Verlag in Gelsenkirchen Hiller empfohlen hatte, mit dem dieser dann in permanentem Streit lag.

⁶⁴ Kurt Ziesel an Kurt Hiller, 13.11.1958, in: KHG, Mappe Kurt Ziesel.

Aussicht, als dezidierter Linker in einem „großen neuen deutschen Nachrichtenmagazin“, für das er, Ziesel, als Chefredakteur vorgesehen sei, regelmäßig eine Kolumne schreiben zu können. Dieses Nachrichtenmagazin, das er für den Mai 1961 ankündigte, sollte es dann allerdings nicht geben. Ziesel unterstrich dabei aber noch einmal seinen Standpunkt, in dem er sich mit Hiller einig wusste: „Ich möchte [...] die Anständigen in allen Parteien und allen Richtungen ermutigen und die Schweine von Links und Rechts skalpieren.“⁶⁵

Ein überraschendes Forum bot sich Ziesel, wahrscheinlich auf Vermittlung Hillers, in Gestalt der von vielen Intellektuellen gelesenen Monatszeitschrift *Konkret*, die in Hamburg erschien und – bis 1964 – klandestin aus der DDR subventioniert wurde⁶⁶. Ziesel zeigte sich sehr erfreut, gerade in dieser Zeitschrift zu Wort zu kommen, deren „Tendenz vielfach in Widerspruch zu meinen eigenen kulturellen und politischen Auffassungen“ stehe. Er sehe darin „eine in der heutigen Publizistik selten gewordene Fairneß und Redlichkeit, dem Andersdenkenden Raum zur Vertretung seiner Ansichten zu geben. Das erfüllt mich mit Hochachtung.“⁶⁷ Allerdings erschienen in der *Konkret* begleitend auch Rezensionen zu Ziesels Schriften, die ihn in „seinem braunen Mantel“ zeigten⁶⁸.

Von der *Konkret* abgesehen, war das Presseecho auf das „Verlorene Gewissen“, auch wenn Ziesel es nicht zugeben mochte, für ihn enttäuschend. Zunächst war von vielen Blättern nur berichtet worden, dass es auf Grund einer einstweiligen Verfügung keine zweite Auflage geben werde. Dadurch sollte der Eindruck vermittelt werden, der ganze Text sei unseriös und man müsse sich nicht damit befassen. Dabei handelte es sich aber um eine voreilige oder falsche Meldung, wenige Wochen später erschien die zweite Auflage. Ziesel selbst gab an, sein Buch sei von 70 Prozent der deutschen Zeitungen positiv besprochen worden, allerdings nicht von den großen Blättern⁶⁹.

In Wahrheit lag aber außer einer wohlwollenden Rezension von Walter Görnitz in der *Welt*, die auf den Inhalt des Buches kaum einging⁷⁰, nichts vor, das Ziesel in „Die Geister scheiden sich“ hätte dokumentieren können. Darüber täuschte auch der Abdruck zahlreicher Artikel aus zweit- und drittrangigen Blättern nicht hinweg. Weder die *Süddeutsche Zeitung*, die *Zeit*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, der *Tagesspiegel*, der *Rheinische Merkur* noch der *Spiegel*, der sich ansonsten ungern einen Skandal entgehen ließ und sogar die Fahnen erhalten hatte, wollten sich mit dem Buch befassen. Zudem beklagte sich Ziesel über die „Funkstille des

⁶⁵ Kurt Ziesel an Kurt Hiller, 14. 3. 1961, in: Ebenda.

⁶⁶ Vgl. Alexander Gallus, Zeitschriftenporträt: „konkret“, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 13 (2001), S. 227–249; Frederik Obermaier, Sex, Kommerz und Revolution. Vom Aufstieg und Untergang der Zeitschrift „konkret“ (1957–1973), Marburg 2011.

⁶⁷ Kurt Ziesel, „Den Schmutz beim Namen nennen“, in: *Konkret*, Nr. 3, 1958 und Nr. 5, 1958; das Zitat zu Beginn des Beitrags.

⁶⁸ Rezension zu Kurt Ziesel, *Das verlorene Gewissen*, in: *Konkret*, Nr. 5, 1958; in Nr. 7, 1958, wurde an Ziesels „Krieg und Dichtung“ (1940) als „agitatorisches NS-Schrifttum“ erinnert.

⁶⁹ Vgl. Ziesel, *Geister*, S. 76.

⁷⁰ Vgl. ebenda, S. 78–80.

Meinungsmonopols⁷¹ der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, von denen allein Radio Bremen eine Besprechung gebracht hatte. Einige Blätter, deren Redakteure Ziesel persönlich angegriffen hatte, wie etwa den Kulturredakteur Wilhelm Westecker von *Christ und Welt*, brachten abfällige Artikel⁷², ansonsten galt Ziesel meist als eitler Angeber und Denunziant, dem man keine Aufmerksamkeit verschaffen wollte.

Nicht einmal die sozialdemokratische Presse mochte die Angriffe gegen konservative Kollegen für sich nutzen. Rolf Schroers, Mitglied der Gruppe 47, nannte Ziesels Buch im *Neuen Vorwärts* „eine Denunziation“ und „Schmähschrift“, die einen „pathologischen Defekt des Autors“ zeige; im *Hamburger Echo* war von dem „SA-Schläger-Ton“ Ziesels die Rede⁷³. Selbst die Ost-Berliner *Weltbühne* bekundete, kein „Kapital schlagen [zu] wollen aus dem Zieselschen Pamphlet“. Sie wandte sich allerdings gegen die Strategie des „Totschweigen[s]“ und fragte in einem weiteren Artikel auf Grund einer Zuschrift von Rudolf Pechel, der die Zurückhaltung der „anständigen Presse“ gelobt hatte, warum denn die „anständige Presse“ geschwiegen habe – doch wohl, weil man sich über peinliche Tatsachen nicht äußern mochte⁷⁴.

Das Verteidigungskartell derjenigen, die das „Verlorene Gewissen“ entweder nicht erwähnten oder auf den wesentlichen Punkt, die inkriminierten Biografien der westdeutschen publizistischen Crème, nicht eingingen, war nahezu geschlossen. Es konnte aber nicht verhindern, dass das Buch insgeheim doch, zumal in intellektuellen Kreisen, gelesen wurde. Hans Werner Richter reichte die Verschweigestrategie deshalb nicht aus, er wollte Kurt Ziesel inhaltlich widerlegen. Dieser hatte sich bei Richter, in dem er den verantwortlichen Redakteur der *Kultur*⁷⁵ vermutete, darüber beschwert, dass das „Verlorenes Gewissen“ dort von einem NS-belasteten Redakteur, Josef Winckler, verrissen worden war, der schon seinen Roman „Daniel in der Löwengrube“ heftig kritisiert hatte:

„Sollte jedoch diese Mentorschaft oder Verantwortlichkeit nicht mehr bestehen, so glaube ich, dass es an der Zeit wäre, dass ein Mann wie Sie endlich aufstünde und gegen diese verkommene Misswirtschaft der Links-Intellektuellen unseres bundesrepublikanischen Konsumvereines ein Wort sagen würde, das die anständigen Menschen auch auf Ihrer politischen Seite längst erwarten.“⁷⁶

Richter bestätigte in freundlichem Ton, mit der *Kultur* seit einem Jahr nichts mehr zu tun zu haben. Er habe Ziesels Buch gelesen und werde ausführlich darauf antworten, was Ziesel in der Hoffnung bestärkte, „einen Aufstand der Anstän-

⁷¹ Ebenda, S. 142.

⁷² Vgl. ebenda, S. 170.

⁷³ Ebenda, S. 176 u. S. 166.

⁷⁴ Ebenda, S. 179–182, hier S. 181.

⁷⁵ Die *Kultur* erschien monatlich – mit wechselnden Untertiteln – von 1952–1962 im Zeitungsformat, zeitweise als Sprachrohr der Gruppe 47, zuletzt im Münchner Verlag Kurt Desch.

⁷⁶ Kurt Ziesel an Hans Werner Richter, 11. 2. 1958, in: Archiv der Akademie der Künste, Berlin (künftig: AdK), Hans Werner Richter Archiv, 3665.

digen über alle politischen Fronten hinweg“ organisieren zu können⁷⁷. Am Ende stand eine Einladung zu einer gemeinsamen Diskussion über Ziesels Buch, die dieser ebenso annahm wie die Bedingungen, die Richter gestellt hatte:

„Sie ist privat und nicht öffentlich. Weder von Ihrer, noch von unserer Seite sollte sie publizistisch verwertet werden. [...] Es werden etwa 20 bis 30 von mir eingeladene Angehörige des Grünwalder Kreises daran teilnehmen. [...] Nochmals bitte ich Sie, daß wir in diesem Fall vorerst jeden publizistischen Tam-Tam vermeiden. Ich werde alle Teilnehmer darauf verpflichten.“⁷⁸

In einem Brief an Jürgen Eggebrecht, den Ziesel besonders radikal angegriffen hatte, erläuterte Hans Werner Richter seine Strategie, wobei er subtil seine Kritik am bisherigen Umgang mit den Vorwürfen des Schriftstellers erkennen ließ:

„Lieber Jürgen, nach längerer Überlegung bin ich nun doch zu der Ansicht gekommen, daß ein längeres Schweigen zu Ziesel nicht mehr möglich ist. Da von der Seite der unmittelbar Betroffenen keine Antwort kommt, werde ich nun antworten. Das Buch wird überall gelesen, nicht nur in den Kreisen der Rechten und findet leider, leider sogar auf der Linken oft ein positives Echo. Es ist also gefährlich. Vorläufig sind folgende Überlegungen da.

1. Ich werde hier im bayerischen Rundfunk eine Entgegnung von etwa 30 Minuten bringen. Frage: Willst Du sie für den NDR übernehmen? [...]
2. Im Club der Publizisten⁷⁹ wurde beschlossen, daß es unbedingt notwendig sei, einen „Anti-Ziesel“ zu schreiben. Kuby spricht deshalb bereits mit Ullstein, es ist aber auch bei Desch möglich. Diesen ‚Anti-Ziesel‘ würde ich ebenfalls selbst schreiben, natürlich mit Unterstützung von allen Seiten. Mein Mitarbeiter wäre Theo Pirker.
3. Ziesel hat mir geschrieben. Er will sich dem Grünwalder Kreis zu einer Diskussion stellen. Es ist möglich, daß ich darauf eingehe. Die Diskussion wäre hier in München in einem geschlossenen Kreis (wahrscheinlich in den nächsten vierzehn Tagen). Hast Du Lust daran teilzunehmen?⁸⁰

Eine Einladung zu diesem Treffen, das am 12. März 1958 um 20 Uhr im Hotel Platzl stattfand, erhielten vor allem die Münchner Publizisten aus Richters politischem Bekanntenkreis, darunter Erich Kuby⁸¹, aber auch Rudolf Pechel, dem gegenüber sich Richter ähnlich äußerte wie bei Eggebrecht: Er sei doch zu der Ansicht gekommen, „daß man den Ziesel anfassen muß, wenn auch mit der

⁷⁷ Kurt Ziesel an Hans Werner Richter, 26. 2. 1958, in: Ebenda, 3665.

⁷⁸ Hans Werner Richter an Kurt Ziesel, 4. 3. 1958, in: Ebenda, 3670; vgl. Busch, NS-Autoren in der Bundesrepublik, S. 222 f.

⁷⁹ Gemeint ist der Club republikanischer Publizisten, siehe dazu auch. Anm. 42.

⁸⁰ Hans Werner Richter an Jürgen Eggebrecht, 2. 3. 1958, in: AdK, Hans Werner Richter Archiv, 3442–3443.

⁸¹ Hans Werner Richter an Erich Kuby, 4. 3. 1958, in: Ebenda, 3666–3667.

Kneifzange“⁸². In einem weiteren Schreiben an Pechel, der sich nicht dazu entschließen konnte, der Einladung Folge zu leisten und persönlich mit Ziesel zu sprechen, betonte Richter:

„Weiter bin ich der Meinung, daß nach dieser ‚Diskussion‘ der publizistische Angriff gegen Ziesel erfolgen muß, aber nicht aus der Defensive heraus, sondern offensiv und zwar von allen Seiten. Wir kommen nicht darum herum, die Methode seiner Diffamierung nun auf ihn anzuwenden, und zwar in voller Schärfe. Was ich in dieser Hinsicht tun kann, werde ich tun. Auch mir ist bewußt, daß Ziesel durch seine Angriffe ins öffentliche Gespräch kommen will, aber er ist es bereits. Sein Buch wird nicht nur überall gelesen, sondern leider, leider auch geglaubt. [...] Er ist ein Schwein, eine Art Freisler der Publizistik, aber er richtet Unheil an, verheerendes Unheil.“⁸³

Über den Ausgang des Treffens am 12. März 1958 finden sich keine weiteren Quellen; offenbar wurde die vereinbarte Vertraulichkeit eingehalten. Auch danach begegnete man sich bisweilen auf Veranstaltungen in der Stadt, Stefl hielt sogar den brieflichen Kontakt mit Ziesel aufrecht. Nach einem Vortrag Ziesels schrieb Stefl ihm einen eng getippten sechsseitigen Brief, in dem er auch begründete, warum er nach der Veranstaltung nicht mit ihm Kaffee trinken wollte. Er habe eine „Sportpalastrede en miniature“ gehalten, „Intellektuelle“ kämen bei ihm nur als Schimpfwort vor. Die Kritik an seinen Gegnern bestehe nicht darin, ihnen „Nazismus“ vorzuwerfen, sondern nur, „den Nazismus verraten zu haben“. Seine Angriffe auf linke Intellektuelle seien unehrlich, denn er definiere nicht, was „links“ sei. „Ist Herr Korn links? Herr Süskind? Herr Weyrauch? Ist die *Süddeutsche Zeitung* links? Ist die SPD links?“ Er, Ziesel, greife die „Afterlinke“ an, „um die Linke zu treffen“⁸⁴. Aber mit Argumenten ließ sich angesichts restlos verhärteter Meinungsfronten nichts mehr ausrichten, die Auseinandersetzungen verlagerten sich deshalb in den folgenden Jahren auf das juristische Feld.

Im letzten Kapitel seiner Dokumentation „Die Geister scheiden sich“ kommentierte Ziesel die Reaktionen der wichtigsten Betroffenen: Rudolf Pechel, Hermann Kasack, Bruno E. Werner, Karl Korn, W.E. Süskind und Werner Friedmann, deren Rechtfertigungsversuche er genüsslich sezierte. Allein Pechel hatte sich öffentlich – in seiner *Deutschen Rundschau* und in einem Schreiben an die *Weltbühne* in der DDR – zur Wehr gesetzt. Aber nicht nur dieses Schreiben bot eine Vorlage für Ziesel. Auch die Argumente aus der *Deutschen Rundschau* vom Februar 1958 waren leicht zu widerlegen. Pechel bezeichnete das „giftige Buch“ als ein „Omelette aus faulen Eiern mit der Wiederholung einiger längst widerlegter Vorwürfe“ und führte als Beweis dafür an, dass er bereits 1922 bei Begegnungen mit Hitler „einen so nachhaltigen Eindruck von der Minderwertigkeit dieses Mannes“ be-

⁸² Hans Werner Richter an Rudolf Pechel, 4. 3. 1958, in: Ebenda, 3669.

⁸³ Hans Werner Richter an Rudolf Pechel, 10. 3. 1958, in: Ebenda.

⁸⁴ Max Stefl an Kurt Ziesel, 29. 2. 1960, 9. 4. 1960, in: Monacensia. Literaturarchiv und Bibliothek, N1. Max Stefl, MSt B 225.

kommen habe, „daß ich auch nicht einen Augenblick irgendwelche Sympathien für diese Bewegung“ entwickeln konnte⁸⁵. Mehr als ein von Hilflosigkeit bestimmtes Ablenkungsmanöver aber war das nicht. Denn Pechels Behauptung gab Ziesel die Gelegenheit, auf dessen Artikel in der *Deutschen Rundschau* aus dem Frühjahr 1933 hinzuweisen, die vor Begeisterung für den nationalen Aufbruch sprühten und die Ausschaltung der jüdischen Intellektuellen begrüßten.

Selbst im eigenen Lager erzeugten diese Artikel Irritationen. Mit besonderer Bitterkeit registrierte Pechel, dass ausgerechnet Joachim Günther, Chefredakteur der *Neuen Deutschen Hefte*, den er seit den 1930er Jahren gut kannte, sich auf die Seite Ziesels stellte. Dies spreche „nicht nur gegen seine Urteilsfähigkeit, sondern auch gegen seinen Charakter und bedeutet für mich den völligen Bruch mit ihm“⁸⁶. Pechels letzte Lebensjahre waren überschattet von dem Rechtsstreit, den er mit Ziesel führte. In einem Schreiben an Bundespräsident Theodor Heuss, den er gut kannte, kündigte er, nicht frei von Larmoyanz, seine baldige Übersiedlung in die Schweiz an:

„Gerade Sie werden mich verstehen, daß ich nach der langen Zeit, während der ich wirklich in vorderster Linie gegen die Strömungen gekämpft habe, in deren Ablehnung ich mich mit Ihnen immer verbunden fühlen durfte, nun mich aus der Front zurückziehen und mehr Distanz zu allen den Beschimpfungen und Verleumdungen, die mir im letzten Jahre zuteil geworden sind, gewinnen will. Im Grunde berührt mich aller dieser Schmutz nicht. Es ist nur lästig, daß bei dem langsamen Gang der Gerichte dieser Schmutz zunächst einmal in der Öffentlichkeit unwiderlegt da ist und ich zur Vermeidung des Verdachts, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen, gehandikapt bin, publizistisch allen diesen Blödsinn zu widerlegen.

Es kommt hinzu, daß die Strafanzeige gegen Ziesel und den Verlag Lehmann[s:] an die Staatsanwaltschaft in München von der hiesigen Staatsanwaltschaft weitergeleitet wurde und daß die Münchner Staatsanwaltschaft [...] wenig geneigt scheint, gegen ehemalige Nazis vorzugehen. Denn es ist schon länger als ein halbes Jahr her, daß die Entscheidung der Münchner Staatsanwaltschaft aussteht. Ich versuche, ohne Bitterkeit jetzt Deutschland zu verlassen und will dabei in Kauf nehmen, der Welt abhanden zu kommen.“⁸⁷

Nicht mit einem Satz rechtfertigte oder erklärte Pechel seine Artikel zur „nationalen Revolution“ von 1933, die Ziesel die Gelegenheit für seine Invektiven gegeben hatten. Den Rechtsstreit gegen Ziesel gewann Pechel nicht. Am 29. Dezember 1960 erging die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft München zur Beleidigungsklage. Schon zuvor hatte sein Rechtsanwalt ihm geraten:

⁸⁵ Zit. nach Ziesel, Geister, S. 184.

⁸⁶ Rudolf Pechel an Wolfdietrich Schnurre, 10.4.1960, in: Bundesarchiv (künftig: BArch) Koblenz, Nl. Rudolf Pechel, II/7.

⁸⁷ Rudolf Pechel an Theodor Heuss, 25.5.1959, in: Ebenda, I/73.

„Bitte, regen Sie sich nicht zu sehr auf, es hat keinen Zweck und Ziesel ist es nicht wert. Eines Tages wird ihm in irgendeiner Form das Genick gebrochen, und ich möchte versuchen zu erreichen, dass er als lästiger Ausländer ausgewiesen wird.“⁸⁸

Ein Jahr später starb Pechel in der Schweiz.

4. Der Fall Karl Korn

Sehr betroffen reagierte auch Karl Korn auf die Enthüllungen, obwohl sie in seinem Fall zunächst wenig konkret waren. Dass er als „einstiger literarischer Star“ von *Das Reich* zum „Kulturpapst“ der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* geworden war⁸⁹, wusste man. In diesem Fall führte Ziesel die Auseinandersetzung indirekt, indem er den Jahrgang 1942 des NS-Organs betrachtete. Zu diesem Zeitpunkt war Korn allerdings nicht mehr für dessen Feuilleton verantwortlich gewesen⁹⁰. Ansonsten wurden ihm die Mitarbeit an einer Schulungsreihe der Wehrmacht und sein Rang als Sonderführer der Wehrmacht vorgehalten. Insofern fand seine Kollegin Margret Boveri⁹¹, die Korn 1934 als Volontärin beim *Berliner Tageblatt* kennengelernt hatte, es „sehr betäubend“, dass Korn gegen Ziesel den Rechtsweg beschreiten wollte:

„Hat er denn ausser seinem Buch noch etwas gegen Sie gemacht? Das Buch (Exemplar von Heuss) habe ich fast ganz gelesen, und da er Sie immer nur als Kulturpapst angreift, ohne etwas von Ihnen zu zitieren, fand ich das nicht so schlimm. Anfang September war ich in München mit Fracklers zusammen, und er erzählte mir, dass Süsskind nichts gegen Ziesel unternommen habe. Und der hätte ja doch wohl mehr Grund gehabt, wenn überhaupt.“⁹²

Korn informierte auch Theodor Heuss, dessen Amtszeit als Bundespräsident wenige Wochen später endete, von seiner Absicht, gegen Ziesel gerichtlich vorzugehen, und bat ihn, „mir in einem Brief zu bestätigen, was Sie von dem Journalisten

⁸⁸ RA Werner Hennemann an Rudolf Pechel, 25. 11. 1960, in: Ebenda, II/78; in dieser Akte weitere Unterlagen zum Rechtsstreit mit Ziesel.

⁸⁹ Vgl. Ziesel, *Gewissen*, S. 41, S. 114f. u. S. 165f.

⁹⁰ Vgl. die Darstellung von Karl Korn, *Lange Lehrzeit. Ein deutsches Leben*, München 1979, S. 260 ff.

⁹¹ Vgl. Heike Görtemaker, *Ein deutsches Leben. Die Geschichte der Margret Boveri, 1900–1975*, München 2005, S. 286 ff.; Boveri fühlte sich auch durch die Affäre Ziesel, in die sie wegen einer eidesstattlichen Aussage zugunsten Korns verstrickt war, animiert zu eigenen Recherchen über die publizistische Landschaft Berlins im „Dritten Reich“, die gerade eine kritische Darstellung gefunden hatte; vgl. Peter de Mendelssohn, *Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse*, Berlin 1959; Margret Boveri, *Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler*, Freiburg i. Br. 1965.

⁹² Margret Boveri an Karl Korn, 15. 11. 1958, in: Deutsches Literaturarchiv, Marbach (künftig: DLA), A: Karl Korn.

Karl Korn im ‚Dritten Reich‘ wissen.“ Heuss tröstete Korn brieflich am 5. August 1959:

„Ich bin selber wegen der etwa drei Aufsätze, die ich im „Reich“ veröffentlicht habe und wegen einiger Buchrezensionen oft genug in der sowjetzonalen Presse und später in dem billigen Nationalismus, der sich in einigen deutschen Zeitschriften wieder bemerkbar macht, als Mitkämpfer von Goebbels angeprangert worden.“

Er selbst, Heuss, sei von Korn und Margret Boveri zur Mitarbeit aufgefordert worden, habe sich aber zurückgezogen, als Goebbels anfang, das *Reich* zu seiner Tribüne zu machen⁹³. Unter nicht geklärten Umständen gelangte der Brief von Heuss in Ziesels Hände, der ihn in seinem *Europäischen Kulturdienst* veröffentlichte⁹⁴.

An Unterstützung für Korn mangelte es auch sonst nicht. Ohne den Namen Ziesel überhaupt zu erwähnen, drückte Kasimir Edschmid, Generalsekretär des PEN-Zentrums der Bundesrepublik, der angesehensten Schriftstellervereinigung also, der nicht gerade zu den guten Bekannten Korns zählte, aber in Ziesels Entüllungsbuch ebenfalls Erwähnung gefunden hatte, seine Solidarität mit Korn aus, indem er die gemeinsame Situation als Schriftsteller im „Dritten Reich“ beschwor, die niemand beurteilen könne, der nicht dabei gewesen sei:

„Denn sehr vielen Menschen ist es ja heute schwer klar zu machen, dass gewisse Dinge, die zur Selbsterhaltung oder zur Tarnung nötig waren, damals jedermann als solche begreiflich waren. Man wusste ja, wen man vor sich hatte und wer es war, der schrieb. Aus dem Klima der damaligen Umstände herausgerissen, wirken die Sätze natürlich ganz anders auf diejenigen, die bösen Willens sind.“⁹⁵

⁹³ Das Zitat aus dem Brief von Korn an Heuss, 1.8.1959 und der Abdruck der Antwort, 5.8.1959, in: Theodor Heuss. Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959, hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker u. a., Berlin/Boston 2013, S. 581 f.; zur Mitarbeit von Heuss am Reich vgl. Reiner Burger, Theodor Heuss als Journalist. Beobachter und Interpret von vier Epochen deutscher Geschichte, Münster u. a. 1999, S. 329 ff.; Goebbels veröffentlichte seine antisemitischen Leitartikel, stets auf der ersten Seite, seit Dezember 1940, Heuss' letzter Artikel im Reich erschien am 2. 2. 1941.

⁹⁴ Die Legende vom Reich, in: *Europäischer Kulturdienst* 8 (1959), Nr. 8; vgl. Heuss, Bundespräsident, S. 581; in einem weiteren Artikel seines Blattes setzte sich Ziesel auch mit der Mitarbeit von Heuss am Reich auseinander. Der Artikel wurde vom Reichsruf, dem Zentralorgan der Deutschen Reichspartei, einer Vorgängerin der NPD, über zwei Nummern hinweg dokumentiert; Kurt Ziesel, Heuss: „unbewältigte Vergangenheit“, in: *Reichsruf*, Nr. 5 vom 30. 1. und Nr. 6 vom 6. 2. 1960; Heuss wandte sich daraufhin mit einem längeren Schreiben an dessen Herausgeber Adolf von Thadden, das wiederum im Reichsruf, Nr. 8 vom 20. 2. 1960, veröffentlicht wurde; vgl. Theodor Heuss. Privatier und Elder Statesman. Briefe 1959–1963, hrsg. u. eingel. von Frieder Günther, Berlin/Boston 2014, S. 161–168.

⁹⁵ Kasimir Edschmid an Karl Korn, 27. 10. 1959, in: DLA, A: Kasimir Edschmid; Edschmid, der ebenso wie Korn von Ziesel belastet worden war, empfing wiederum von Rudolf Krämer-Badoni zwei Jahre später einen Trostbrief, dessen Argumente mit denen von ihm selbst an Korn nahezu identisch waren; Rudolf Krämer-Badoni an Kasimir Edschmid, 7. 12. 1961, in: Eben- da.

Auch der ehemalige Nationalrevolutionär Ernst Niekisch, unter den Nationalsozialisten inhaftiert und wegen seiner Zugehörigkeit zur SED nach 1945 im Westen weithin boykottiert, spendete Trost und riet zur Gelassenheit: „Ich kenne Ihre Sensibilität und fürchte, daß Sie sich durch die Ziesel'sche Aktion tiefer berühren ließen, als es nötig war.“⁹⁶ In seiner Antwort gab Korn zu,

„dass diese ekelhafte Geschichte mit dem Ziesel an mir nagt. [...] Mit meinen Freunden bin ich der Ansicht, dass hier nicht meine Person gemeint ist – die ist uninteressant. Es soll eine erste Bresche geschlagen werden, und dann soll es an ein Aufräumen gehen. Man will an die Leute heran, die den Nationalsozialismus jung und unerfahren erlebt haben und für immer kuriert sind. Was Sie mir schrieben, hat mir wohlgetan. Wenn ich auch kein Held war, so war ich auch kein Lump.“⁹⁷

Korn wehrte sich nur gegen biografische Unrichtigkeiten mit einer Unterlassungsklage beim Landgericht München, aber dieser wurde nur zum kleineren Teil stattgegeben; die meisten Behauptungen von Ziesel betrafen nachweisbare Tatsachen⁹⁸. Der Lehmanns Verlag verbreitete das Urteil, gegen das Korn umgehend Berufung einlegte, sofort in der Öffentlichkeit. Als erste Zeitung informierte *Die Welt* über Ziesels Sieg⁹⁹. Nur mühsam ließ sich Korn von seinem Mitherausgeber bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Erich Welter, davon überzeugen, dass eine Gegendarstellung nicht sinnvoll sei, weil die öffentliche Aufmerksamkeit damit nur gesteigert werde. Allerdings übernahmen bald auch andere Blätter die Meldung.

Korns juristisches Vorgehen barg zugleich das Risiko, dass man sich näher mit seinen Texten aus dem *Reich* beschäftigen würde. Im Herbst 1959 zirkulierte in Kollegenkreisen sein Artikel „Der Hofjude“, der wegen seiner antisemitischen Tendenz nicht zu entschuldigen war. In einer Besprechung von Harlans „Jud Süß“-Film hatte Korn alle einschlägigen Klischees bemüht. Er hatte von der „fremden Rasse“, die in „das Gefüge des deutschen Wirtschaftskörpers“ eindrang, gesprochen, von der „Rachelust einer Unterwelt, die das Sendungsbewußtsein des ‚ausgewählten‘ Volkes in talmudischen Nihilismus verkehrt hatte“, so dass es zum Bündnis von „jüdischer Machtgier und dem talmudischen Haß“ mit einem „volksfremden Fürsten“ kommen konnte; und in einer Zeit des beginnenden Massenmordes an den Juden formulierte Korn: „Man spürt und erkennt aus diesem Film, daß das jüdische Problem in Deutschland innerlich bewältigt ist.“¹⁰⁰

In großer Sorge sandte Korn eine Kopie an den gerade aus dem Amt geschiedenen Theodor Heuss, der sich allerdings der Bitte, auch diesen Artikel wohlwol-

⁹⁶ Ernst Niekisch an Karl Korn, 25. 11. 1959, in: BAArch Koblenz, N1. Ernst Niekisch, 22 c.

⁹⁷ Karl Korn an Ernst Niekisch, 25. 11. 1959, in: Ebenda.

⁹⁸ Vgl. zum Fortgang der juristischen Streitigkeiten Marcus M. Payk, *Der Geist der Demokratie. Intellektuelle Orientierungsversuche im Feuilleton der frühen Bundesrepublik*; Karl Korn und Peter de Mendelssohn, München 2008, S. 319 ff.

⁹⁹ Vgl. „Der Streit Karl Korn – Kurt Ziesel“, in: *Die Welt* vom 13. 10. 1959.

¹⁰⁰ Karl Korn, *Der Hofjude*. Veit Harlans Film „Jud Süß“ im Ufa-Palast am Zoo, in: *Das Reich* vom 29. 9. 1940.

lend zu begutachten, verschloss: „Aber auf die Jud Süß-Sache kann ich mich nicht einlassen“; bei aller Hilfsbereitschaft „gegen subalterne Amokläuferei“ wolle er dafür nicht in eine „Kronzeugenschaft“ geraten¹⁰¹. Von seinem Freund Walter Dirks erhoffte sich Karl Korn mehr Zuspruch. Um Rat gebeten, antwortete Dirks:

„Ich sage Ihnen aufrichtig, daß mich der Text doch erschreckt hat. Es hat sich nichts in meiner Haltung zu Ihnen und zu dem Problem geändert, aber ich sehe nach der Lektüre des Artikels die Schwierigkeit um einige Grade größer. Ich bleibe bei meiner Meinung, daß man in dieser Sache nur mit offenen Karten spielen kann, was für Sie freilich eine Einschränkung erfahren muss, soweit es den forensischen Bereich betrifft, im dem Sie sich mit Klauen und Zähnen wehren müssen. Es würde aber, glaube ich, auch Ihrem berechtigten Kampf dienen, wenn Sie eine Form fänden, indirekt zu erkennen zu geben, daß Sie von dem Artikel abrücken. [...] Ich überlege ständig, wie ich Ihnen am besten Flankenhilfe geben möchte, zu der ich mich in der dreifachen Solidarität der Demokratie, des Berufs und der Freundschaft genötigt fühle. Ob in irgendeinem Stadium der Sache ein ‚Offener Brief‘ an Sie denkbar wäre? Zu publizieren in der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘? In den ‚Frankfurter Heften‘?“¹⁰²

Dirks mochte zwar erschrocken gewesen sein, aber er gab keine weiteren Erläuterungen dazu, sondern konzentrierte sich ganz darauf, wie mit diesem zusätzlichen Problem von Korn in dessen Rechtsstreit mit Ziesel und in der Öffentlichkeit umzugehen sei. Offenbar war die generationelle Kollegialität, Dirks und Korn kannten sich seit den 1930er Jahren gut, in diesem Fall ausschlaggebend. Korn war Dirks für den Rat dankbar, wollte aber vor dem bevorstehenden Berufungstermin im einstweiligen Verfügungsverfahren „Herrn Ziesel die bloße Flanke“ nicht darbieten¹⁰³. Überdies versuchte er sich an einer Interpretation seines Artikels, der „juristisch nicht unter die schrecklichen Dinge der sogenannten Endlösung gestellt werden kann und darf“. Vielmehr habe er damals „subjektiv ehrlich geglaubt, mit ein paar zweideutigen Wendungen eine Gesamtbetrachtung des Films anbringen zu können, die für die Verfolgten regelrecht hilfreich gedacht war“, indem der Eindruck erweckt wurde, dass sie doch längst erledigt waren¹⁰⁴.

Einen Monat später gelangte Korns Artikel in die Presse. Nachdem er in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die Schändung der gerade eingeweihten Kölner Synagoge an Weihnachten 1959 durch Neonazis angeprangert hatte, zitierte die anfangs zweimal wöchentlich, Ende der 1950er Jahre täglich in Stuttgart erscheinende *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung*, die sich in „verbissener Rivalität“¹⁰⁵ mit der *FAZ*

¹⁰¹ Theodor Heuss an Karl Korn, 28. 10. 1959, in: Günther (Hrsg.), Heuss. Privatier, S. 114f.

¹⁰² Walter Dirks an Karl Korn, 9. 11. 1959, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg (künftig: AdsD), NI. Walter Dirks, 120 A.

¹⁰³ Presseerklärung des J.F. Lehmanns Verlags vom 22. 10. 1959 zum Urteil des Landgerichts München vom 12. 10. 1959, in: BArch Koblenz, NI. Ernst Niekisch, 22 c.

¹⁰⁴ Karl Korn an Walter Dirks, 19. 11. 1959, in: AdsD, NI. Walter Dirks, 120 A.

¹⁰⁵ Payk, Geist, S. 320; vgl. zur Konkurrenz der beiden Blätter auch „Deutsche Zeitung. Schillernde Feder“, in: Der Spiegel vom 20. 1. 1960.

als legitime Erbin der *Frankfurter Zeitung* profilieren wollte, einige Sätze aus Korn's Artikel im *Reich*. Korn antwortete darauf in der *Deutschen Zeitung* mit den gleichen Argumenten, er habe Schlimmeres verhüten wollen, wie gegenüber Walter Dirks. Dann folgten eine Replik der Redaktion und der Abdruck von Leserzuschriften, darunter – gekürzt – auch eine von Walter Dirks¹⁰⁶. Die Presse stieg ansonsten nicht darauf ein, aber die Fakten waren damit doch in der Welt. Der verärgerte Erich Welter machte Korn den Vorwurf, er habe mit seiner Reaktion den Chefredakteur des Stuttgarter Blatts, Hans Hellwig, „diesen Schmierfinken, hoffähig gemacht“¹⁰⁷. In der zweiten Nummer des Jahrgangs 1960 der *Frankfurter Hefte* dokumentierte Walter Dirks den Fall, indem er Korn's Artikel zur Schändung der Synagoge und seine eigene Zuschrift an die *Deutsche Zeitung* vollständig abdruckte. Dirks' Position resultierte aus christlicher Barmherzigkeit. Er wolle nicht „jene Sätze von 1940“ verteidigen oder entschuldigen, „sich aber trotzdem mit dessen Verfasser und mit jedem, der damals, obwohl Nazi-Gegner, Fehler gemacht hat, im Bewußtsein der Schuld und Reue solidarisch“ erklären. Den Kritikern warf er vor, das Maß zu verlieren, „wenn Sie einen Journalisten, der einmal entgleist ist, mit den moralischen Urhebern des Antisemitismus der Nazijahre identifizieren“. Mit einer solchen „Hexenjagd“ und „pharisäischen Attacken auf Mitschuldige“ werde „unsere Verstrickung in jene Schuld“ nur verfestigt, anstatt „uns von ihr zu befreien“¹⁰⁸.

Korn empfand die Unterstützung durch Dirks als „wichtig und wohltuend“¹⁰⁹:

„Ich habe Ihre noble Bekundung der Solidarität mit großer Freude gelesen und wiedergelesen. Das ist alles so durchdacht und hilfreich und richtig, daß es mir auch für die jetzt kommenden prozessualen Auseinandersetzungen überaus willkommen und nützlich ist. Der ganze Fall ist ja eigentlich ohne mein Zutun so merkwürdig exemplarisch, wie auf einmal ein vollkommen vereinzelter Schriftsatz unter die Schatten von Auschwitz gerät und wie sich die Jahre gleichsam rückwärts drehen!“¹¹⁰

Post erhielt Dirks wegen seines Artikels auch von Theodor W. Adorno, dem es ein Bedürfnis war, „Ihnen zu sagen, daß ich jedem Ihrer Worte bis in die Nuancen hinein zustimme“. Er glaube auch, dass sie sich einig seien in einem Punkt, den Dirks wohl aus „strategischen Gründen“ nicht genannt habe:

¹⁰⁶ Vgl. Karl Korn, Die Untat in Köln, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28.12.1959; „Moralische Urheber“, in: *Deutsche Zeitung* vom 30.12.1959; „Karl Korn's verdeckter Widerstand“ (Leserbriefe), in: *Deutsche Zeitung* vom 8.1.1960; Korn bedankte sich 8.1.1960 bei Dirks für dessen Beitrag, in: AdsD, Nl. Walter Dirks, 123 A.

¹⁰⁷ Erich Welter an Karl Korn, 9.1.1960, zit. nach Payk, Geist, S. 321.

¹⁰⁸ Walter Dirks, Wie wir unsere Vergangenheit bewältigen. Bericht in fremder, eigener und allgemeiner Sache, in: *Frankfurter Hefte* 15 (1960), S. 81–84. In diesem Sinne schrieb Dirks am 25.4.1960 an die Redaktion der *Deutschen Zeitung*: „Ich kann nur den Rigorismus nicht mitmachen, mit dem Sie Herrn Korn auf eine Sünde festlegen, die er vor fast 20 Jahren begangen hat. Ich gebe Ihnen aber auch Recht, wenn Sie voraussetzen, daß zur notwendigen Klärung auch gehört, daß nichts verborgen wird.“ In: AdsD, Nl. Walter Dirks, 122 A.

¹⁰⁹ Karl Korn an Walter Dirks, 21.1.1960, in: AdsD, Nl. Walter Dirks, 123 A.

¹¹⁰ Karl Korn an Walter Dirks, 12.2.1960, in: Ebenda.

„daß die Leute, die hinter derartigen Dingen stehen, die unbelehrbaren Nazis sind, die einem bis ins Innerste anständigen Menschen wie Korn die Sünden vorwerfen, die sie selber begingen, weil sie nicht ertragen können, daß er besser ist als sie.“¹¹¹

Seinen Brief an Dirks schickte Adorno auch Korn zu, weil er ihm vielleicht „ein wenig Freude“ bereiten könne:

„Und wenn Sie meinen, daß ich in Ihrer Angelegenheit öffentlich etwas tun kann, dann lassen Sie es mich wissen. Der Sache nach ist dem, was Dirks schrieb, nichts hinzuzufügen; vielleicht könnte aber irgendwo, Gott sei's geklagt, mein Name in abstracto einigen Einfluß üben.“¹¹²

In seinem Dankeschreiben betonte Korn, das Schlimmste sei „diese ekelhafte moralische Anrühigkeit“¹¹³, unter der er leide. Zudem dürfte er Kenntnis davon gehabt haben, dass sich das Herausbergremium der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schwer damit tat, ob das Blatt über den Ausgang des Prozesses schweigen sollte. Dolf Sternberger hielt ein Verschweigen für „verhängnisvoll“, er sprach sich gegen eine „kurzsichtige Loyalität“ gegenüber Korn aus¹¹⁴. Einen Monat später konnte dieser endlich aufatmen. An Dirks schrieb er voller Freude: „Vorläufig ist die Schlacht geschlagen! Immerhin hat das Oberlandesgericht München dem Ziesel acht Infamien untersagt.“ Lediglich als „Handlanger des Antisemitismus“ durfte er wegen der Filmkritik im *Reich* weiterhin bezeichnet werden, wobei das Gericht andere Artikel von Korn relativierend herangezogen hatte. Nun aber sei er „mit den Nerven ziemlich strapaziert“ und müsse ausspannen¹¹⁵.

5. Die politischen Lager ordnen sich – das Auslaufen der Kontroverse in den 1960er Jahren

Die politische Position von Ziesel im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik, die auch in seinem Enthüllungsbuch durchscheint, lässt sich beschreiben als Mixtur aus abendländisch-europäischer Ideologie, radikalem Antibolschewismus und Antiliberalismus, die am rechten Rand der Vertriebenenverbände, der CSU und der von rechtskonservativen Katholiken dominierten Abendländischen Akade-

¹¹¹ Theodor W. Adorno an Walter Dirks, 15. 2. 1960; Walter Dirks an Theodor W. Adorno, 23. 2. 1960, in: AdsD, Nl. Walter Dirks, 122.

¹¹² Theodor W. Adorno an Karl Korn, 15. 2. 1960, in: AdK, Theodor W. Adorno Archiv.

¹¹³ Karl Korn an Theodor W. Adorno, 22. 2. 1960, in: Ebenda.

¹¹⁴ Dolf Sternberger an Benno Reifenberg, 21. 2. 1960, in: DLA, A: Dolf Sternberger.

¹¹⁵ Karl Korn an Walter Dirks, 28. 3. 1960, in: AdsD, Nl. Walter Dirks, 123 A, beiliegend ein ausführlicher Bericht von Karl Korn über den Prozessausgang an den hessischen Kultusminister Ernst Schütte. Schützenhilfe hatte Ziesel auch in diesem Prozess von Kurt Hiller erhalten, der Korns Artikel als „völlig eindeutiges Stück Judenhetze, absolut hitlersch, zwar gewiß nicht im porno-rabaukigen Streicherstil, aber sozusagen Pogromismus mit Schleiflack, gepflegtes Goebbelsdeutsch, giftrosa“ charakterisiert hatte; Kurt Hiller an Kurt Ziesel, 5. 12. 1959; Kurt Ziesel an Kurt Hiller, 9. 12. 1959 u. 30. 3. 1960, in: KHG, Mappe Kurt Ziesel.

mie beheimatet war. Allerdings war Ziesel dort nicht aktiv geworden, sondern hatte sich seine politisch überparteiliche und schriftstellerische Unabhängigkeit erhalten. Erst am Ende der 1950er Jahre vernetzte er sich in lockeren Vereinszusammenhängen¹¹⁶. 1958, im Erfolgsjahr seines Enthüllungsbuches, gehörte er mit dem sudetendeutschen Vertriebenenfunktionär Walter Becher¹¹⁷, dem in der abendländischen Bewegung (*Neues Abendland*, Abendländische Aktion, Abendländische Akademie) einflussreichen Juristen, dem CSU-Mitglied und Publizisten August Freiherr von der Heydte¹¹⁸, dem langjährigen CSU-Bundestagsabgeordneten Richard Jaeger und dem Journalisten Winfried Martini, der für *Christ und Welt*, den *Rheinischen Merkur* und die *Welt* schrieb und den Zeitgenossen als besonders „kalter Krieger“ galt, zu den Initiatoren einer rechtskonservativen Sammlungsbewegung „Deutscher Kreis 58“, der sich gegen die Zusammenschlüsse der Atomwaffengegner richtete¹¹⁹. Ein Jahr später gründete Ziesel mit Becher, dem sudetendeutschen Publizisten und vormaligen Chefredakteur der Zeitschrift *Neues Abendland*, Emil Franzel, und dem Verleger der *Passauer Neuen Presse*, Hans Kapfinger, einem engen politischen Freund von Franz Josef Strauß, ein nur kurze Zeit tätiges „Komitee zum Schutz der Bürger gegen Diffamierung durch die Linkspresse“¹²⁰, das als Kontrapunkt zum seit 1956 bestehenden linksliberalen Club Republikanischer Publizisten arbeiten sollte: Beobachtete dieser rechte Aktivitäten, sollte das Komitee die Linke beobachten – im Zentrum der Angriffe stand die *Süddeutsche Zeitung*¹²¹. 1960 hob Ziesel die heute noch bestehende „Ge-

¹¹⁶ Zum Kontext dieser zeitspezifischen Form der Organisierung vgl. Marcus M. Payk, Antikommunistische Mobilisierung und konservative Revolte. William S. Schlam, Winfried Martini und der „Kalte Bürgerkrieg“ in der westdeutschen Publizistik der späten 1950er Jahre, in: Thomas Lindenberger (Hrsg.), Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen, Köln u. a. 2006, S. 111–137.

¹¹⁷ Walter Becher (1912–2005) war einer der einflussreichsten Funktionäre der sudetendeutschen Vertriebenen, 1956–1958 Vorsitzender des rechtsextremen Witikobundes, in dem sich vor allem ehemalige NS-Funktionäre als „Gesinnungsgemeinschaft“ versammelten, um die Sudetendeutsche Landsmannschaft zu kontrollieren. Becher propagierte Ende der 1950er Jahre eine konservative Sammlungsbewegung mit der Bezeichnung „National-Demokratische Union“; seit 1967 Mitglied der CSU, seit 1968 Sprecher der Landsmannschaft; als Zwischenbilanz zur spät begonnenen Aufarbeitung der NS-Belastung der Vertriebenenfunktionäre vgl. Michael Schwartz (in Zusammenarbeit mit Michael Buddrus, Martin Holler und Alexander Post), Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“, München 2013.

¹¹⁸ Vgl. zur Biografie von der Heydtes Vanessa Conze, Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005, S. 63 ff.; zur „abendländischen“ Bewegung vgl. Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, S. 21 ff.

¹¹⁹ Vgl. Kurt Hirsch, Rechts von der CDU. Personen, Organisationen, Parteien. Ein Lexikon, München 1989, S. 60.

¹²⁰ Vgl. „Wer war Dr. W.B.?“, in: Der Spiegel vom 3. 6. 1959.

¹²¹ Zum Grünwalder Kreis siehe Anm. 42; nicht geklärt ist, seit wann Ziesel (Deckname: Zöllner) als Informant des BND arbeitete; vgl. Erich Schmidt-Eenboom, Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten, Köln 1998, S. 245 f.; ders., Geheimdienst, Politik und Medien. Meinungsmache Undercover, Berlin 2004, S. 105 u. S. 266 f.

sellschaft für Freie Publizistik“ mit aus der Taufe, die eine ganze Reihe von vormaligen Funktionären des NS-Medienapparats, darunter der Leiter des rechtsextremen Druffel-Verlags und der ehemalige stellvertretende Reichspressechef Helmut Sünderman, versammelte¹²². Ein Jahr später holte Franz Josef Strauß den rührigen Publizisten Ziesel in die CSU-Wahlkampf-Mannschaft für die Bundestagswahl 1961. Der Wahlkampf war von giftigen Angriffen gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt begleitet, der als unehelicher Remigrant diffamiert wurde; dabei stand Hans Kapfinger mit Ziesel in der vordersten Reihe¹²³. In den kommenden Jahren festigten sich die für Ziesels Karriere überaus nützlichen Beziehungen zu Franz Josef Strauß und seiner Umgebung. Allerdings wurde zu Beginn der 1960er Jahre auch deutlich, dass sein Bekanntenkreis doch regional auf ein Münchner Milieu um sudetendeutsche Vertriebene und abendländisch-christsoziale Kreise begrenzt blieb¹²⁴, während sich nur wenige direkte Verbindungen zu anderen konservativen Kreisen der Bundesrepublik feststellen lassen. Viele Freunde hatte er angesichts seines streitbaren Charakters ohnehin nicht.

Dennoch erreichte Ziesel auch in den frühen 1960er Jahre weiterhin die von ihm gesuchte öffentliche Aufmerksamkeit der gesamten Bundesrepublik, etwa mit seinem Buch „Der rote Rufmord“, einer hemmungslosen Polemik gegen die Kritiker des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Theodor Oberländer, einen „alten Kämpfer“ der nationalsozialistischen Bewegung und Teilnehmer des Hitler-Putsches 1923, der vor allem auf Grund von Dokumenten aus der DDR mit Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg in Verbindung gebracht wurde¹²⁵. Auch die Veröffentlichung des „Roten Rufmords“ zog juristische Auseinandersetzungen nach sich. Der prominenteste Prozessgegner war Rudolf Augstein vom *Spiegel*, der ein Verbot des weiteren Vertriebs wegen der Aussage erwirkte, Augstein tarnte sich

„als einen armen verfolgten Juden, der sich mit seinem Blatt für die an ihm begangenen Verbrechen der Deutschen räche. Um diesen Eindruck noch zu verstärken, bediene er sich zuweilen des Pseudonyms Jens Daniel oder für die Arbeiten der Redaktion des Namens Moritz Pfeil, was dem Blatt das Ansehen gebe, zwei Juden als publizistische Stars zu beschäftigen.“¹²⁶

¹²² Vgl. Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 1, Opladen 1984, S. 47 ff.

¹²³ Vgl. Daniela Münkler, Willy Brandt und die „Vierte Gewalt“. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 126 ff.

¹²⁴ Für die Zeit um 1960 – die Sudetendeutschen wurden 1962 staatsoffiziell adoptiert – vgl. K. Erik Franzen, Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954–1974, München 2010, S. 280 ff.

¹²⁵ Vgl. Kurt Ziesel, Der rote Rufmord. Eine Dokumentation zum Kalten Krieg, Tübingen 1961. Das Buch schrieb Ziesel in Zusammenarbeit mit Oberländer; zu dessen Biografie vgl. Philipp-Christian Wachs, Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt a. M./New York 2000.

¹²⁶ Landgericht Hamburg, 17.7.1961 (Aktenzeichen 15 Q 316/61), in: Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucorius, Nl. Gerd Bucorius, 527 a; ein ähnliches Urteil ertritt auch Bucorius vor

Als rechter Polemiker genoss Ziesel durchaus die überregionale Aufmerksamkeit der Medien. 1963 war er sogar im Gespräch, als über die Nachfolge des fanatischen Antikommunisten William S. Schlamm als regelmäßiger Kolumnist der Illustrierten *Stern* zu entscheiden war, deren Chefredaktion sich von Ziesel verkaufsträchtiges Aufsehen versprach¹²⁷.

Vor diesem Hintergrund ging die erbitterte Auseinandersetzung um Ziesels „Verlorenes Gewissen“ in die letzte Runde. So intensiv die juristischen Kämpfe auch geführt worden waren, so mager war doch, sieht man von der Argumentation von Walter Dirks ab, die inhaltliche Kritik an Ziesel ausgefallen. Ansonsten war das Problem der biografischen NS-Verstrickungen mittlerweile hoch angesehener Publizisten in der Bundesrepublik nicht einmal angesprochen worden. Die Auseinandersetzung war über die Freude an der Entlarvung von Opportunisten auf der einen und hilfloser Leugnung und Abwehr der Fakten durch die Diskreditierung Ziesels auf der anderen Seite nicht hinausgekommen. Die Bereitschaft zu einer offenen Reflektion und Diskussion der NS-Belastung eines großen Teils der westdeutschen Publizisten und Schriftsteller, die nun zur intellektuellen Deutungselite der Bundesrepublik zählten, aber auch ihrer Neuorientierungen nach dem Zweiten Weltkrieg, war weder bei den Betroffenen selbst noch in der Öffentlichkeit besonders ausgeprägt. Eben deshalb fiel die Antwort auf Ziesel so hilflos aus.

Auch Hans Werner Richter machte seine Ankündigung einer ausführlichen Replik von 1958 nicht wahr. Ende 1960 entspann sich deshalb eine rege Korrespondenz zwischen Heinrich Böll und Hans Paeschke, dem Herausgeber der Zeitschrift *Merkur*, der Bölls Vorschlag, einen Artikel über Ziesel zu schreiben, aufgriff:

„Der Ziesel-Vorschlag ist sehr verlockend, wir haben in der ganzen Ziesel-Affäre bisher geschwiegen, etwas nach der Devise des Sprichworts: nur die Kälte bändigt den Kot. Aus einer gewissen Distanz, nachdem die schiefen Affären verraucht sind, könnte man natürlich anhand Ziesels allerlei Wichtiges im Sinne einer deutschen Symptomatologie sagen.“¹²⁸

Als Böll den vereinbarten Aufsatz einsandte, meinte Paeschke, er bedürfe einer „Reinigung der Gedanken“¹²⁹. Worum es bei diesem Einwand ging, wurde bald deutlich. Böll hatte auch die NS-Karrieren des Schriftstellers Ernst Jünger und des

dem Landgericht Hamburg, 26. 7. 1961 (Aktenzeichen 15 Q 302/61).

¹²⁷ Vgl. Hermann Schreiber, Henri Nannen. Drei Leben, München 1999, S. 86; zur ideologischen und konzeptionellen Verwandtschaft von Schlamm und Ziesel vgl. Susanne Peters, William S. Schlamm. Ideologischer Grenzgänger im 20. Jahrhundert, Berlin/Brandenburg 2013, S. 474 f.

¹²⁸ Hans Paeschke an Heinrich Böll, 10. 11. 1960, in: DLA, D: Merkur.

¹²⁹ Paeschke hatte das Manuskript von Böll zur Begutachtung an Hans Egon Holthusen gegeben, der es „nicht sehr doll, ziemlich verworren“ fand; mindestens müsse die „reichlich haltlose Invektive gegen Jünger raus“; Hans Egon Holthusen an Hans Paeschke, 16. 7. 1961, in: DLA, D: Merkur.

Literaturkritikers Friedrich Sieburg, der in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als Antipode von Karl Korn galt, erwähnt. Paeschke sah ein, dass

„Sieburg nicht eliminierbar ist, weil die entscheidenden Prämissen für den Standpunkt, von dem aus Sie über den Dreckfinken Ziesel reden, dem Sieburg-Beispiel verbunden sind. Meine zermürbenden Verhandlungen mit meinem Verlag machen es aber einfach unmöglich, in der nächsten Zeit Sieburg in dieser Weise im ‚Mercur‘ zu apostrophieren.“¹³⁰

Der Beitrag erschien schließlich, ein Jahr später, in der *Zeit*, ohne jede Erwähnung Jüngers oder Sieburgs. Eine herz hafte Polemik, in der Ziesel als Manipulateur vorgeführt und ihm die Fälschung von Fakten nachgewiesen worden wäre, war Bölls Sache allerdings nicht. Seltsam unkonkret, die Namen von Korn, Pechel und anderen Ziesel-Geschädigten tauchen nicht einmal auf, kritisierte Böll einerseits, dass „seriöse“ Zeitungen „schamhaft oder aus Geschmacksgründen“ Ziesels Buch übergangen hätten, andererseits charakterisierte er Ziesel als unglaubwürdig: Dieser steche in „die Wunde, die der Heilung bedarf; nur sind leider Stichel und Stecher nicht so rein, wie sie sich geben.“ Ziesel könne ihn erst überzeugen, wenn er auch die angreife, die sein literarisches Werk gelobt hätten, denn letztlich ginge es ihm doch nur um sich.

„Schlimm ist, daß Ziesel in seinen politischen Thesen partikelchenweise recht hat, daß aber, wer diese Partikel finden möchte, ein ganzes Kilo Unsinn mitschlucken muß. Seine wilden Vereinfachungen haben faschistische Züge [...]. Nichts wird durch Ziesel geheilt oder bereinigt.“¹³¹

Bölls Beitrag war zwar nicht das Schlusswort zur Debatte, aber die langjährigen Nachspiele fanden nur noch mäßiges Interesse. Ziesel sandte Marion Dönhoff 1963 eine Fotografie zu, die sie bei einer Familienfeier mit dem Grafen Helldorff, SA-Führer von Berlin 1933, zeigte. Die damit einhergehenden Unterstellungen lauteten, sie habe es damals für richtig befunden, „sich in dieser Form zu einer militanten NS-Formation zu bekennen“. Außerdem gebe es Hinweise, dass sie den ostpreußischen Gauleiter Koch, „einen der übelsten Nazibonzen“, zu einem Wohltätigkeitsfest eingeladen habe. Er wolle dies in seinem nächsten Buch erwähnen und bitte um Aufklärung¹³².

¹³⁰ Hans Paeschke an Heinrich Böll, 2.7.1961, in: DLA, D: Merkur. Im Hintergrund dieser Rücksichtnahme standen zähe Verhandlungen, den Merkur von der DVA abzulösen; dies gelang ein Jahr später, als die Zeitschrift schließlich (bis 1968) beim Kölner Verlag Kiepenheuer & Witsch unterkam.

¹³¹ Heinrich Böll, Der Schriftsteller und Zeitkritiker Kurt Ziesel. Versuch eines Beitrages zur sogenannten Bewältigung der Vergangenheit, in: *Die Zeit* vom 16. 3. 1962; vgl. zur Auseinandersetzung auch Kurt Ziesel, *Die Meinungsmacher*, München ²1988, S. 215 ff.

¹³² Vgl. Kurt Ziesel, *Der deutsche Selbstmord. Diktatur der Meinungsmacher*, Recklinghausen/Gelsenkirchen 1965, S. 309; im Zentrum der Angriffe dieser „Dokumentation“ stand der Spiegel, die NS-Vergangenheit spielte allerdings nicht mehr die zentrale Rolle.

Zur Überraschung Ziesels erklärte ihm Dönhoff, seinen Brief mit ihrer Antwort in der *Zeit* zu veröffentlichen. Die schneidende Entgegnung auf Ziesel, der in einem „flegelhaften Ton“ geschrieben habe, hob darauf ab, dass es diesem „gar nicht um Wahrheitsfindung, sondern in erster Linie um Einschüchterung“ gehe. Abgesehen davon, dass nicht sie für die Einladung Kochs, Ziesels Arbeitgeber, verantwortlich gewesen sei, sondern ihre nationalsozialistischen Verwandten, könne sie nur jedem raten, auf Briefe von Ziesel mit der „Zauberformel“ zu antworten: „Wir verweigern jede Aussage und machen Sie für alle Nachteile haftbar, die uns aus Ihrer Veröffentlichung erwachsen.“¹³³

Der vorletzte Akt im juristischen Streit zwischen Ziesel und der *Zeit*, der er vorwarf, „systematisch Rufmord“ gegen ihn zu betreiben, spielte 1964. Ziesel beschuldigte das Wochenblatt, es mache sich in seiner „Lügenberichterstattung“ zur „Handlangerin linksradikaler Verleumdungen“¹³⁴. Der Streit endete schließlich in einem „Nichtangriffspakt“ bzw. „Nichterwähnungspakt“¹³⁵. Ohnehin war die exklusive *Zeit*, in der Ziesel mit Enthüllungen als Überraschungseffekt aufwarten konnte, vorbei. Hans Werner Richter riet in einem Brief an Fritz J. Raddatz zur Gelassenheit: „Über Ziesel würde ich mich nicht aufregen. Ich glaube nicht, daß der Faschismus österreichischer Natur noch eine Chance hat.“¹³⁶ Die seit Mitte der 1960er Jahre tonangebenden Linksintellektuellen thematisierten zwar auch mitunter die NS-Vergangenheit prominenter Zeitgenossen, sie interessierten sich aber bald mehr für die Strukturen von Macht und Herrschaft im „Dritten Reich“ als für dessen Personal.

Ziesel stand im Zenit seiner Karriere, als er zum Generalsekretär der 1967 gegründeten Deutschland-Stiftung gemacht wurde, die Konrad Adenauer als Ehrenpräsident gewinnen konnte und einen nach ihm benannten Preis verlieh¹³⁷. Aber diese Stiftung repräsentierte eben nur einen minoritären Teil im konservativen Spektrum, angesiedelt am rechten Rand der Union. Auch das seit 1969 von Ziesel als zentrales Organ der Stiftung herausgegebene *Deutschland-Magazin*, die Auflage

¹³³ „Antwort an Ziesel. Ein Briefwechsel, der für sich selber spricht“, in: *Die Zeit* vom 9. 8. 1963; die Bezeichnung von (Erich) Koch als Ziesels Arbeitgeber bezieht sich auf dessen kurzzeitige Tätigkeit als Redakteur für die Preußische Zeitung in Königsberg, die der Gauleitung unterstand. Nach dem gleichen Muster bildlicher Konfrontation druckte die Deutsche National- und Soldatenzeitung vom 21. 2. 1964, Fotos des Zeit-Chefredakteurs Josef Müller-Marein mit den Fliegerhelden Mölders und Galland und brachte in diesem Zusammenhang ein antisemitisches Zitat von Müller-Marein, das seine Position in der Gegenwart unglaublich mache. Die daraufhin erwirkte Richtigstellung hob darauf ab, ob die mit den Fliegern abgebildete Person Müller-Marein sei; vgl. Deutsche National- und Soldatenzeitung vom 24. 4. 1964.

¹³⁴ Kurt Ziesel an die Rechtsabteilung der ZEIT, 14. 8. 1964, in: Marion Dönhoff Stiftung, NI, Marion Gräfin Dönhoff, F 0537.

¹³⁵ Die internen juristischen Erwägungen in: Ebenda; vgl. auch Karl-Heinz Janßen, *Die Zeit* in der ZEIT. 50 Jahre einer Wochenzeitung, Berlin 1995, S. 204 ff.

¹³⁶ Hans Werner Richter an Fritz J. Raddatz, 17. 1. 1964, in: Sabine Cofalla (Hrsg.), Hans Werner Richter. Briefe, München 1997, S. 494.

¹³⁷ Der erste Preisträger war im Gründungsjahr 1967 im Bereich Publizistik Armin Mohler; zur Deutschland-Stiftung vgl. die umfassende Untersuchung von Bamberg, Deutschland-Stiftung.

betrug zeitweise 100.000 Exemplare, war nur eine Stimme im Segment der konservativen Medien. Ziesels schrillen Attacken, etwa gegen den linken Meinungs-terror und „pornographische Literaten“¹³⁸, fehlte das lagerübergreifend aufrege Element seiner NS-Enthüllungen am Ende der 1950er Jahre; sie erreichten nur seine rechtskonservativen Anhänger, lösten aber keine größeren öffentlichen Irritationen mehr aus¹³⁹. Noch einmal erhielt Ziesel, ungewollt, eine gewisse Aufmerksamkeit der Medien, als er Helmut Kohl bei seinem Staatsbesuch in Israel Anfang 1984 begleiten und im Flugzeug des Bundeskanzlers Platz nehmen durfte. Der israelische Botschafter in Bonn protestierte gegen die Einreise des „Ex-Nazi“, die nur durch „Überlistung und Irreführung“ der Kontrolleure möglich geworden sei¹⁴⁰. Aber dies wurde nur als eine von vielen Facetten eines insgesamt unglücklich verlaufenen Staatsbesuchs registriert.

Die Methode Ziesels, die er in seiner Enthüllungskampagne angewandt hatte, überlebte allerdings den Urheber – das zeigen zahlreiche Veröffentlichungen zu einer tatsächlichen oder angeblichen NS-Belastung von liberalen oder sozialdemokratischen Publizisten und Schriftstellern wie Werner Höfer, Fritz Sängler, Walter Jens, Günter Grass und vielen anderen. Noch posthum erregt die Skandalisierung der Biografien gerade jener Schriftsteller und Publizisten, die sich in jungen Jahren für den Nationalsozialismus begeistert hatten, aber später, ohne ihre Verstrickungen zu thematisieren, zur meinungsbildenden Elite in der Bundesrepublik zählten, gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit. Die Methode Ziesels ist in das Arsenal dafür wirksamer Rezepte eingegangen.

¹³⁸ Ziesel erreichte 1969 gegen Günter Grass ein in der Öffentlichkeit heftig kritisierendes Urteil des Oberlandesgerichts München, nach dem dieser als „Verfasser übelster pornographischer Ferkeleien und Verunglimpfungen der katholischen Kirche“ bezeichnet werden durfte; vgl. die Erklärung des Deutschen PEN-Zentrums der Bundesrepublik vom 1. 8. 1969, in: AdK, Archiv PEN West, 92; die Dokumentation des F.J. Lehmanns Verlags wurde rezensiert von Gert Heidenreich, Parteipropaganda als Dokumentation. Wie ein Schriftsteller zum Ferkel erklärt wird, in: Die Zeit vom 13. 6. 1969. Den Artikel nahm Ziesel wiederum zum Anlass, wegen Verletzung des „Nichterwähnungspaktes“ mit einem Prozess zu drohen; Unterlagen in: Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucorius, Nl. Gerd Bucorius, 527 b.

¹³⁹ Für eine Auswahl seiner Schriften aus den 1970er und 1980er Jahren vgl. Kurt Ziesel, Wider den Zeitgeist. Die Demokratie auf dem Prüfstand, Herford 1992.

¹⁴⁰ Vgl. dazu Artikel im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10. 2. 1984; Kohl hatte Ziesel, neben Franz Josef Strauß, Karl Carstens, Axel Springer und anderen prominenten Konservativen, bereits zum 65. Geburtstag 1976 gratuliert, ebenso wie zu den folgenden „runden“ Geburtstagen.

Im Vietnamkrieg entlaubten die Amerikaner riesige Dschungelgebiete, sie wollten damit dem Vietcong Tarnungs- und Rückzugsräume nehmen. Das verwendete Herbizid „Agent Orange“ erwies sich indes als hoch toxisch. Nicht nur unzählige Vietnamesen, auch US-Soldaten erlitten dadurch schwere gesundheitliche Schäden, die sie zu juristischen Klagen auf Entschädigung veranlassten. In diesem Zusammenhang wirft eine Anfrage des Pentagon an das Auswärtige Amt aus dem Jahr 1983 Fragen auf: Haben deutsche Wissenschaftler, gar solche mit NS-Vergangenheit, das Gift entwickelt? Und wusste die US-Regierung vorab um die Wirkung von „Agent Orange“? Mechthild Lindemann hat sich auf eine akribische Spurensuche gemacht.

Mechthild Lindemann

Deutsche Wissenschaftler als Erfinder von „Agent Orange“?

Eine Spurensuche

Am 30. November 1961 traf Präsident John F. Kennedy eine weitreichende Entscheidung: Er folgte der Empfehlung seines Außenministers Dean Rusk sowie des stellvertretenden Verteidigungsministers Roswell Gilpatric und genehmigte die amerikanische Beteiligung an einem „selektiven und sorgfältig kontrollierten gemeinsamen Programm von Entlaubungsoperationen in Vietnam, das mit der Säuberung von Routen mit Schlüsselbedeutung beginnen und danach nur dann als Nahrungszug fortgesetzt werden soll, wenn sorgfältigste Umsiedlungsmöglichkeiten und alternative Lebensmittelversorgung geschaffen worden sind“¹. Ziel der unter Mitwirkung der südvietnamesischen Regierung geplanten und zunächst in deren Verantwortung liegenden Operation *Ranch Hand* war es, durch das Versprühen von Herbiziden aus der Luft Gebiete mit dichter Vegetation zu entlauben und dem vorrückenden nordvietnamesischen Gegner so die Tarnung zu erschweren, einen besseren Überblick über die Kampfzonen zu gewinnen sowie die eigenen Truppen und Nachschubwege besser schützen zu können². Die Strategie, so formuliert es David Zierler, war einfach: „der Guerilla ihren einzigen taktischen Vorteil mit Chemikalien, nicht mit Infanterie streitig zu machen“³.

¹ National Security Actions Memorandum Nr. 115, zit. nach William A. Buckingham, Jr., Operation Ranch Hand. The Air Force and Herbicides in Southeast Asia, 1961–1971, Washington D.C. 1982, S. 21.

² Vgl. Paul Frederick Cecil, Herbicidal Warfare. The RANCH HAND Project in Vietnam, New York/Westport/London 1986, S. 22–30; Alvin L. Young, The History, Use, Disposition and Environmental Fate of Agent Orange, New York 2009, S. 3.

³ David Zierler, The invention of ecocide: Agent Orange, Vietnam, and the scientists who changed the way we think about the environment, Athens/GA./London 2011, S. 2.

Zum Einsatz kamen in den Folgejahren die sogenannten *rainbow herbicides*⁴, deren Verbrauch ab 1965, dem Jahr, in dem erstmals amerikanische Bodentruppen nach Vietnam entsandt wurden, so stark anstieg, dass es zu Engpässen bei der Belieferung der amerikanischen Landwirtschaft mit Unkrautvernichtungsmitteln kam⁵. Die bis 1970/71 durchgeführten Aktionen unter dem Slogan *Only We Can Prevent Forests*⁶, bei denen mehr als 74 Mio. Liter Herbizide über Vietnam versprüht wurden⁷, verursachten nicht nur Umweltschäden erheblichen Ausmaßes⁸, sondern entwickelten sich auch zur Katastrophe für die in den mit Entlaubungsmitteln besprühten Gebieten lebende Zivilbevölkerung sowie die dort eingesetzten US-Soldaten. Eine Fernsehdokumentation unter dem Titel *Agent Orange: Vietnam's Deadly Fog*⁹ lenkte im Mai 1978 den Blick ehemaliger US-Vietnamkämpfer, die bei der Veterans Administration vergeblich um die Anerkennung von Spätfolgen ihres Einsatzes kämpften, auf die mögliche Ursache gesundheitlicher Probleme wie Hautveränderungen, Krebserkrankungen und eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von Missbildungen bei neu geborenen Kindern¹⁰ – Phänomene, die seit Ende der 60er Jahre auch aus Vietnam selbst gemeldet wurden. Aus der im Juli desselben Jahres eingereichten Klage des Soldaten Paul Reuter-shan, der seine Krebserkrankung darauf zurückführte, dass er während seines Einsatzes als Mitglied einer Helikopter-Besatzung mit dem „Agent Orange“-Sprühnebel in Kontakt gekommen war, entwickelte sich eines der bis dahin größten Zivilverfahren der amerikanischen Rechtsgeschichte. Zwar erlebte Reuter-shan, der noch im selben Jahr im Alter von nur 28 Jahren verstarb, die Eröffnung seines Verfahrens nicht mehr, doch machte ein Fernsehinterview sein Vorhaben publik und ermutigte andere ehemalige Soldaten zum Handeln. Von der Veterans Administration verdächtigt, gesundheitliche Probleme auf den Einsatz in Vietnam zurückzuführen, um Entschädigungszahlungen oder Unterstützungsleistungen zu erschleichen, schritten Veteranen, die diese Haltung und das fehlende

⁴ In den Jahren ab 1961 waren dies vor allem die nach der farblichen Kennzeichnung der Behälter benannten Agents Pink, Green und Purple, die ab 1965 durch Agent White und Agent Orange abgelöst wurden, sowie Agent Blue, ein seit 1962 im Rahmen der crop destruction eingesetztes Pflanzenvernichtungsmittel, mit dem die Ernährungsbasis der Vietcong reduziert werden sollte. Vgl. A. L. Young, *The military use of herbicides in Vietnam*, in: Ders./G. M. Reggiani (Hrsg.), *Agent Orange and its associated dioxin: assessment of a controversy*, Amsterdam/New York/Oxford 1988, S. 9–13; ders., *History*, S. 4–6.

⁵ Vgl. Edwin A. Martini, *Agent Orange: History, Science and the Politics of Uncertainty*, Amherst/Boston 2012, S. 36.

⁶ *Motto der Operation Ranch Hand*; vgl. Wilbur J. Scott, *Vietnam Veterans since the War. The Politics of PTSD, Agent Orange, and the National Memorial*, Norman/OK. 2004, S. 75.

⁷ Davon entfielen gut 43 Mio. Liter auf Agent Orange; vgl. Young, *History*, S. 5.

⁸ Mehr noch als durch die spray missions wurden die Umweltschäden durch die Lagerung bzw. Erosion der die Chemikalien enthaltenden Fässer und unsachgemäßen Umgang mit ihnen bei der Entsorgung sowie die Weiterverwendung von Behältern mit Restbeständen des Herbizids durch die vietnamesische Bevölkerung verursacht; vgl. Martini, *Agent Orange*, S. 29–31; Young, *History*, S. 124–134.

⁹ Vgl. ausführlich Martini, *Agent Orange*, S. 153–159.

¹⁰ Vgl. dazu Fred A. Wilcox, *Waiting for an Army to Die. The Tragedy of Agent Orange*, New York 1983.

Engagement von Kongress und Regierung für ihre Anliegen als „flagrante Verletzung des Pakts zwischen der Regierung und ihren Soldaten und als Teil eines generellen Musters der Gleichgültigkeit ihnen gegenüber in der amerikanischen Gesellschaft“ sahen¹¹, nun zur Tat. Mehrere tausend Betroffene klagten schließlich gegen die Produzenten des in Vietnam meist verwendeten Entlaubungsmittels „Agent Orange“, das wegen des häufig als Verunreinigung darin enthaltenen, hoch giftigen Tetrachlordibenzo-p-dioxin (TCDD)¹² für die Gesundheitsschäden als ursächlich galt. Nur mittelbar betroffen war die US-Regierung, die aufgrund der Rechtslage von den Vietnam-Veteranen nicht verklagt werden konnte. Jedoch verwiesen die betroffenen und hohe Entschädigungszahlungen fürchtenden Firmen – allen voran die Dow Chemical Company und die Monsanto Chemical Company als Hauptlieferanten – zu ihrer Verteidigung auf die Verantwortung der politischen und militärischen Führung. Denn diese habe, so die Argumentation der Industrie, die Produktion und den Einsatz des Herbizids in Vietnam im vollen Wissen um die Dioxin-Risiken befohlen¹³.

Nicht bekannt war bisher, dass sich auch die Bonner Diplomatie mit diesem Prozess beschäftigen musste: Im Verlauf des Verfahrens gerieten deutsche Wissenschaftler in den Fokus der amerikanischen Justiz. Der Versuch, die Hintergründe dieses – bislang in keiner Darstellung zu dem Prozess erwähnten – Vorgangs aufzuklären, führt nicht nur in chronologischer Hinsicht bis in die 1920er Jahre zurück, sondern auch in die „multiplen, durch Agent Orange hervorgebrachten Geschichten“¹⁴ im Schnittpunkt zwischen Diplomatie-, Wissenschafts-, Militär-, Wirtschafts-, Rechts- und Umweltgeschichte.

1983: Eine Anfrage aus den USA und die deutsche Diplomatie

„Das Pentagon benötigt in einer sehr dringenden vertraulichen Angelegenheit bis zum 2. Mai 1983 Angabe, ob folgende deutsche Wissenschaftler, mit denen es in den 60er Jahren in Verbindung gestanden hat, noch am Leben sind: Prof. Dr. Otto Klimmer, seinerzeit Pharmakologisches Institut der Universität Bonn; Prof. Dr. Wilhelm Neumann, seinerzeit Pharmakologisches Institut der Universität Würzburg; Dr. Wilhelm Sandermann, Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Institut für Holz- und Zellstoffchemie, Reinbek, Hamburg; Wolfgang Wirth, Direktor Pharmakologische Abteilung, Farbwerke Bayer, Elberfeld. Es wird gebeten, bei den Nachforschungen den Namen der anfragenden Stelle

¹¹ Scott, Vietnam Veterans, S. 75 f., Zitat S. 76.

¹² Mit dem Begriff „Dioxin“ ist in der folgenden Darstellung ausschließlich Tetrachlordibenzo-p-dioxin gemeint, das nur eines von vielen inzwischen identifizierten Dioxinen ist. – Zum Wissensstand über TCDD zum Zeitpunkt des Verfahrens vgl. Alastair Hay, *The Chemical Scythe. Lessons of 2,4,5-T and Dioxin*, New York/London 1982.

¹³ Vgl. Peter H. Schuck, *Agent Orange on Trial. Mass Toxic Disasters in the Courts*, Cambridge/MA./London 1986, S. 37–62.

¹⁴ Martini, *Agent Orange*, S. 5.

nicht zu nennen.¹⁵ Diese geheimnisvolle Anfrage des amerikanischen Verteidigungsministeriums, von Botschafter Peter Hermes am 25. April 1983 aus Washington übermittelt, stellte die Beamten im Auswärtigen Amt zunächst vor einige bürokratische Probleme. Das mit „Wissenschaft und Hochschulen“ befasste Referat 621 erklärte sich für „nicht zuständig, da vertrauliche Auskundsersuchen dieser Art nichts mit Wissenschaftsaustausch zu tun haben“. Er könne, vermerkte der stellvertretende Referatsleiter Walter Reppes, „die Vertraulichkeit der nachfragenden Stelle so auch nicht wahren, sondern müsste diese bei Nachfrage offenlegen, wenn der Wissenschaftsaustausch nicht belastet werden soll. Aus eigener Kenntnis“ sei dem Referat „über die o.g. Personen nichts bekannt“¹⁶.

Auch das vom Wissenschaftsreferat um Beteiligung gebetene, für die „Hilfe für Deutsche im Ausland“ zuständige Referat der Rechtsabteilung sah „kein[en] Anknüpfungsp[un]kt für irgendeine Zust[ändigkeit]“ und leitete die Anfrage umgehend zurück. Reppes entledigte sich der Sache schließlich mit der Bitte um Übernahme durch die Kollegen vom Amerika- bzw. NATO-Referat: „Es handelt sich dann wohl um politische u. verteidigungspol[itische] Kontakte.“¹⁷ Im Amerika-Referat wurden die von der Washingtoner Botschaft gewünschten Informationen dann aber rasch eingeholt: Schon am 28. April erteilte Referatsleiter Reinhold Schenk die Auskunft, dass drei der genannten Wissenschaftler „im Ruhestand“ lebten; Wilhelm Neumann sei verstorben¹⁸.

Dass sich hinter der Anfrage des amerikanischen Verteidigungsministeriums der Produzentenhaftungsprozess gegen die Hersteller von „Agent Orange“ und damit möglicherweise eine ziemlich brisante Form des Wissenschaftsaustauschs verbarg, ließen erst die Informationen erkennen, die gut drei Monate später aus Washington eintrafen. Am 8. August 1983 berichtete Gesandter Wiegand Pabsch, das zuständige Gericht habe „die Vorlage geheimer Dokumente über die Entwicklung von Agent Orange durch die Administration angeordnet. [...] Die Formel für Agent Orange soll nach Angaben des Pentagon auf die deutschen Wissenschaftler: Prof. Dr. Otto Klimmer, früher Pharmakologisches Institut der Universität Bonn; Dr. Wilhelm Sandermann, früher Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Institut für Holz- und Zellstoffchemie, zurückgehen. Der im Dienst der US Army stehende Wissenschaftler Dr. Friedrich W. Hoffmann habe 1962 von ihnen eine Formel erhalten, die in den USA zur Formel für Agent Orange weiterentwickelt worden sei. Das Pentagon bittet, Prof. Klimmer und Dr. Sandermann zu befragen, ob sie darauf bestehen, daß die US-Regierung ihre Anonymität in bezug auf die Mitwirkung bei der Entwicklung von Agent Orange weiterhin schützt. Gegebenenfalls würde die Administration die Herausgabe der sie betreffenden Dokumente unter Berufung auf das Executive Privilege

¹⁵ Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (künftig: PA AA), VS-Bd. 12425 (512), B 150, Aktenkopien 1983: Drahtbericht Nr. 1828 des Botschafters Hermes, Washington, vom 25. 4. 1983.

¹⁶ Ebenda, handschriftlicher Vermerk auf dem Drahtbericht (Hervorhebung gemäß Vorlage).

¹⁷ Ebenda, handschriftliche Vermerke auf dem Drahtbericht.

¹⁸ PA AA, VS-Bd. 12425 (512), B 150, Aktenkopien 1983: Drahterlass Nr. 484 vom 28. 4. 1983 an die Botschaft in Washington.

verweigern.“¹⁹ Keinen Zweifel hatte der Gesprächspartner im US-Verteidigungsministerium an den Folgen gelassen, sollten sich die Wissenschaftler auskunftsbereit zeigen: Zwar sei kaum damit zu rechnen, dass sie im Prozess selbst als Zeugen aussagen müssten. Allerdings „würde ihre Mitwirkung bei der Entwicklung von Agent Orange, das jetzt als gefährliches, umweltschädigendes Gift gilt und dessen Einsatz in Vietnam angeprangert wird, in Presse und Medien erörtert werden. Sie hätten Anfragen von Journalisten zu erwarten und würden als Erfinder von Agent Orange in die Geschichte eingehen.“²⁰

Bei dieser Sachlage hielt das Auswärtige Amt „Zurückhaltung bei Amtshilfe“ für geboten: Da die „Konsequenzen einer Involvierung deutscher Wissenschaftler im Prozess von hier aus nicht zu übersehen“ seien, ließ Vortragender Legationsrat Werner Pieck die Botschaft in Washington am 12. August 1983 wissen, solle sich die Rolle der Bundesregierung „auf Ermöglichung direkten Kontakts zwischen US-Stellen und Wissenschaftlern beschränken“. Man werde die Wissenschaftler fragen, ob ihre Anschriften an die amerikanischen Behörden weitergegeben werden dürften²¹. Intern sah Pieck nun doch „in erster Linie rechtliche Fragen zu klären“ und bat die Kollegen der Rechtsabteilung um Mithilfe: „Als deutsche Staatsbürger können die beiden Wissenschaftler erwarten, dass die Bundesregierung nicht ohne zureichende Gründe bei einer peinlichen oder zumindest doch, bei ihrem Alter, möglicherweise belastenden Befragung durch amerikanische Dienststellen mitwirkt.“ Zudem legten die Form des Vorbringens wie auch weitere Informationen aus der amerikanischen Hauptstadt den Verdacht nahe, dass es dem Pentagon ohnehin weniger um das Wohl der Wissenschaftler als in erster Linie darum gehe, „die Geheimpapiere nicht auszuliefern“²².

Gesandter Theodor Wallau hatte die Zentrale nämlich am 15. August wissen lassen, dass die Angelegenheit dem amerikanischen Militärgeheimdienst übertragen worden sei. Denn die Gespräche über die Formel für „Agent Orange“ seien seinerzeit „von ehemaligem deutschen Kollegen, der im Rahmen der ‚Operation Paper Clip‘ in die USA verbracht worden war“, geführt worden – möglicherweise ohne dass die Angesprochenen gewusst hätten, „zu welchem Zwecke sie in Anspruch genommen wurden“. Wallau hatte zudem darauf aufmerksam gemacht, dass nicht nur die Reputation deutscher Wissenschaftler und die Interessen der US-Geheimdienste sowie der amerikanischen Regierung tangiert waren, sondern auch das Ansehen der Bundesrepublik insgesamt Schaden nehmen könnte: Schließlich „könnten denkbare Schlagzeilen in amerikanischer Presse wie etwa ‚Agent Orange brainchild of German scientists‘ auch zu innenpolitischen Diskus-

¹⁹ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1983 (AAPD 1983), Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember 1983, bearb. von Tim Geiger, Matthias Peter und Mechthild Lindemann, München 2014, Dok. 231, S. 1183 f.

²⁰ Ebenda, S. 1185.

²¹ PA AA, VS-Bd. 12425 (512), B 150, Aktenkopien 1983: Drahterlass Nr. 903 vom 12. 8. 1983 an die Botschaft in Washington.

²² Ebenda, Aktenkopien 1983: Aufzeichnung von Pieck vom 19. 8. 1983 für Referat 512.

sionen in Bundesrepublik Deutschland führen, zumal einer der Betroffenen Bediensteter einer Bundesanstalt war“²³.

Das Auswärtige Amt bemühte sich nun seinerseits um schnellstmögliche Klärung der Hintergründe. Am 2. September ließ sich der Leiter des Referats „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht“, Götz von Boehmer, die Sachlage vom ehemaligen Leiter des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, Otto Rudolf Klimmer, schildern: „Er habe Anfang der 60er Jahre zusammen mit Prof. Dr. Wilhelm Neumann, Pharmakologisches Institut der Universität Würzburg, Direktor Wolfgang Wirth, Pharmakologische Abteilung der Farbwerke Bayer, und Prof. Dr. Oettel, Pharmakologische Abteilung der BASF, einer bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft angesiedelten Kommission für gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe angehört. Im Rahmen dieser Kommission habe Prof. Oettel über das Auftreten des hochgiftigen Stoffes Dioxin bei der BASF berichtet. Dieser Stoff sei bei der Herstellung unkrautvernichtender Mittel unbeabsichtigt entstanden, habe tödliche Unfälle verursacht und sei so giftig, daß das Gebäude, in dem der Stoff entstanden sei, zunächst versiegelt und später abgerissen werden mußte. Über den Unfall bei der BASF sei damals Stillschweigen bewahrt worden, doch seien einige Wissenschaftler, die mit der Herstellung von Pflanzenvernichtungsmitteln befaßt waren, gesprächsweise über die Gefahren zur Warnung unterrichtet worden. So sei auch der deutsch-amerikanische Wissenschaftler Dr. Friedrich Hoffmann, der sich auf einer wissenschaftlichen Besuchsreise befunden habe, ohne Hinweis auf den Unfall bei der BASF warnend unterrichtet worden.“ Derselbe Stoff sei später im italienischen Seveso²⁴ „in viel gefährlicherer Weise aufgetreten [...]. Prof. Klimmer bezeichnete die Verwendung des Stoffes in Vietnam als barbarisch.“²⁵

Für Boehmer gab es damit nur eine Antwort: Am 5. September teilte er der Botschaft in Washington mit, es könne „nicht im deutschen Interesse liegen, daß amerikanische Unterlagen über Dioxin oder Agent Orange, in denen die Namen deutscher Wissenschaftler genannt werden, einem amerikanischen Gericht und damit der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Es könnte sonst in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, als hätten deutsche Wissenschaftler bewußt und gezielt der amerikanischen Seite chemische Erkenntnisse für militä-

²³ PA AA, VS-Bd. 12937 (204), B 150, Aktenkopien 1983: Drahtbericht Nr. 3566 vom 15. 8. 1983 aus Washington.

²⁴ Bei der nahe Seveso gelegenen italienischen Firma ICMESA, die für ein französisches Tochterunternehmen der Firma Hoffmann-La Roche Trichlorphenol produzierte, war es am 10. 7. 1976 zu einer Betriebsstörung gekommen, durch die eine erhebliche Menge Dioxin freigesetzt worden war. Erst nach zehn Tagen wurden Behörden und die betroffene Bevölkerung informiert. Die Umgebung der Fabrik war in der Folgezeit teilweise unbewohnbar; bei der Bevölkerung traten Fälle von Chlorakne und gehäuft Fehlgeburten sowie Missbildungen bei Neugeborenen auf. 1980 wurde damit begonnen, den verseuchten Boden abzutragen. Vgl. Hay, *Chemical Scythe*, S. 197–227; G. M. Reggiani, *The Seveso, Italy, episode – July 10, 1976*, in: Young/Reggiani (Hrsg.), *Agent Orange and its associated dioxin*, S. 225–269; Stefan Bösch, *Risikogenese. Prozesse gesellschaftlicher Gefahrenwahrnehmung: FCKW, DDT, Dioxin und Ökologische Chemie*, Opladen 2000, S. 217–224.

²⁵ AAPD 1983, Bd. II, Dok. 253, S. 1282f.

rische Zwecke zur Verfügung gestellt.“ Die Bundesregierung wie die Wissenschaftler legten daher Wert darauf, dass die auf amerikanischer Seite offenbar vorhandenen Papiere im Prozess nicht vorgelegt würden; allerdings solle dies nicht damit begründet werden, dass eine Herausgabe von deutscher Seite nicht zugelassen werde²⁶.

Mit dem Bericht von Botschafter Hermes, dass er die „ablehnende Antwort der Wissenschaftler“ übermittelt habe, ohne die Position der Bundesregierung erwähnen zu müssen, und der Auskunft, dass „keine schriftlichen Erklärungen der Wissenschaftler mehr benötigt“ würden²⁷, war für das Auswärtige Amt der Fall anscheinend erledigt. Hinweise auf weitere Nachforschungen zum Sachverhalt gibt es in den Akten des Politischen Archivs jedenfalls nicht. Aus Sicht der deutschen Diplomatie war das vordringliche Ziel erreicht. Es war vermieden worden, dass die Bundesrepublik mit dem amerikanischen Herbizid-Einsatz in Vietnam in Verbindung gebracht wurde und die Bundesregierung, die der im „Raketenjahr“ 1983 aufgewühlten Öffentlichkeit ohnehin schon genügend Angriffsfläche bot, zusätzlich in die Kritik geriet. Die Frage, ob Klimmers Darstellung den Tatsachen entsprach, das heißt, ob Hoffmann tatsächlich nur allgemein vor der schädigenden Wirkung von Dioxin gewarnt worden war oder ob – gezielt oder möglicherweise unbeabsichtigt – eine zur Herstellung von „Agent Orange“ taugliche Formel an den Wissenschaftler aus Übersee weitergegeben worden war, wie das amerikanische Verteidigungsministerium nahelegte, stellten sich die Beamten offenbar ebenso wenig wie die Frage, was es mit dem offensichtlich dem US-Militärgeheimdienst nahestehenden „ehemaligen deutschen Kollegen“ auf sich hatte, warum er ausgerechnet zu den Mitgliedern einer DFG-Kommission für gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe Kontakt aufgenommen und was der Holzchemiker Sandermann mit dem Vorgang zu tun hatte. Wie lang der Schatten tatsächlich war, der infolge der amerikanischen Anfrage auf die Bundesrepublik und ihre Wissenschaftler hätte fallen können, entging den Bonner Diplomaten damit.

1957: Die Entdeckung des Dioxins in der Bundesrepublik

Einer der Betroffenen, Wilhelm Sandermann, meldete sich alsbald selbst zu Wort. Ob unter dem Damokles-Schwert, im Zuge des Prozesses in den USA gegen die „Agent Orange“-Produzenten doch als einer der „Väter“ des Entlaubungsmittels identifiziert zu werden, oder ob aufgerüttelt durch eine aktuelle Dioxin-Debatte in Hamburg, die mit dem zeitweisen Verschwinden der „Seveso-Fässer“ 1983²⁸ ih-

²⁶ Ebenda, S. 1283 f.

²⁷ PA AA, VS-Bd. 12425 (512); B 150, Aktenkopien 1983: Drahtbericht Nr. 3941 vom 7.9.1983 aus Washington.

²⁸ Im Auftrag der Firma Mannesmann Italia, die sechs Jahre nach dem Unfall in Seveso mit der Entsorgung des dioxinhaltigen Abfalls betraut wurde, übernahm am 10.9.1982 eine französische Firma den Abtransport von 41 giftmüllhaltigen Fässern. Über ihren Verbleib konnte in der Folgezeit jedoch keine Klarheit gewonnen werden. Seit dem Frühjahr 1983 fahndeten das Bundesministerium des Innern und die zuständigen Behörden der Bundesländer auch auf Sondermülldeponien im gesamten Bundesgebiet nach den „Seveso-Fässern“, die schließ-

ren Höhepunkt erreichte: Jedenfalls sah der ehemalige Direktor des Instituts für Holzchemie und chemische Technologie des Holzes an der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft und Emeritus der Universität Hamburg sich veranlasst, seine Darstellung der Entdeckung der Dioxin-Formel einem breiteren Fachpublikum zugänglich zu machen. Bald nachdem *Der Spiegel* im Dezember 1983 unter Hinweis darauf, dass das „Teufelszeug“ jahrzehntelang in der Hamburger Niederlassung der Firma Boehringer Ingelheim angefallen sei, über Funde dioxinhaltiger Giftstoffe auf der Mülldeponie in Hamburg-Georgswerder berichtet und auch den 30 Jahre zurückliegenden Vorfall bei der BASF erwähnt hatte²⁹, machte Sandermann Anfang 1984 in der Zeitschrift „Naturwissenschaftliche Rundschau“ die Geschichte seiner Entdeckung publik.

Dem Artikel zufolge³⁰ war Sandermann bei der Suche nach einem fungiziden Grundierungsmittel für Holz, das eigentlich quecksilberhaltige und andere giftige Stoffe enthaltende Verbindungen ersetzen sollte, 1957 auf die Verbindung 2,3,7,8-Tetrachlordibenzo-p-dioxin gestoßen. Dass es sich um den Stoff handelte, der für Fälle schwerer Chlorakne infolge des Unfalls bei der BASF 1953 und weiterer Vorfälle bei der Firma Boehringer Ingelheim 1952, 1954 und 1956 verantwortlich war, sei, so berichtete der Wissenschaftler, an der Hautklinik des Universitätskrankenhauses Hamburg-Eppendorf nachgewiesen worden, wo erkrankte Boehringer-Mitarbeiter behandelt worden waren, ebenso wie ein Angestellter der Bundesforschungsanstalt, der im Labor mit dem von Sandermann untersuchten Stoff in Berührung gekommen war. Eine Veröffentlichung seiner Erkenntnisse, so Sandermann, sei durch das damals von Heinrich Lübke geführte Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) unterbunden worden. Die vorgesetzte Stelle habe „jegliche weitere Arbeit mit halogenierten Dioxinen sowie Publikationen über die ungewöhnliche Giftwirkung“ verboten, allerdings trotz Bedenken eine Publikation über Sandermanns Ausgangsstoff Pentachlorphenol (PCP) zugelassen, „in die die Formel des TCDD ‚versteckt‘ ohne Hervorhebung seiner ungewöhnlichen Giftwirkung eingefügt wurde“³¹. Diese Giftwirkung wiederum sei, führte Sandermann weiter aus, von dem Dermatologen der Eppendorfer Klinik, Karl-Heinz Schulz, beschrieben worden. Die Erkenntnisse der beiden Wissenschaftler hätten kurze Zeit später Eingang in die amerika-

lich im Hinterhof einer ehemaligen Metzgerei im französischen Anguilcourt-le-Sart aufgefunden wurden. Vgl. dazu die Artikel „Wo wird Giftmüll aus Seveso gelagert?“, „Die Chronik eines Umweltskandals“ und „Im Schuppen, sechzig Meter von der Dorfschule, lagerten die Fässer“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 10. 1982, S. 9, vom 11. 4. 1983, S. 2, und vom 21. 5. 1983, S. 3.

²⁹ Vgl. „Blutender Berg“, in: *Der Spiegel* vom 19. 12. 1983, S. 26 f. Über den Unfall bei der BASF wurde ausgeführt, seinerzeit seien 55 Personen an Chlorakne erkrankt und „42 von ihnen bis zur Unkenntlichkeit entstellt“ worden.

³⁰ Vgl. Wilhelm Sandermann, Dioxin. Die Entdeckungsgeschichte des 2,3,7,8-Tetrachlordibenzo-p-dioxins (TCDD, Dioxin, Sevesogift), in: *Naturwissenschaftliche Rundschau* 37 (1984), S. 173–178.

³¹ Ebenda, S. 173. Gemeint ist offenbar der knappe Beitrag von Wilhelm Sandermann u. a., Über die Pyrolyse des Pentachlorphenols, in: *Chemische Berichte* 90 (1957), S. 690–692.

nischen „Chemical Abstracts“ gefunden und seien Fachleuten damit zugänglich gewesen³².

Dass die Darlegungen Sandermanns im zitierten Artikel und auch diejenigen Klimmers im Auswärtigen Amt zutreffend waren, lässt sich durch Akten des Bundesarchivs belegen. In der Tat hatte das BML am 25. Februar 1957 einen Forschungsantrag Sandermanns zur „Verbesserung des Schutzes von Bauholz“ zunächst befürwortet: Es handele sich um „grundlegende Forschungen, die für die Holzchemie von besonderer Bedeutung sind“³³. Die Quartalsberichte der Bundesforschungsanstalt für die Jahre 1957 und 1958 und insbesondere der Arbeitsbericht für den Zeitraum vom 1.1.1958 bis 31.12.1960 belegen die intensive Beschäftigung mit der „Chemie des Holzschutzes“ in Sandermanns Forschungsbereich, u. a. den „Nachweis der Nichteignung von Chlornaphthalin und Pentachlorphenol“ als Bläueschutzmittel und „Versuche zur Entwicklung neuer organischer Bläueschutzmittel“. Dafür seien 500 Stoffe, davon ca. 200 selbst synthetisierte, getestet und die „Zusammenhänge zwischen chemischer Konstitution und fungizider Wirkung“ erforscht worden³⁴. Eingestellt wurden die Arbeiten offenbar im Frühjahr 1960, nachdem die Hamburger Baubehörde bei einer wiederholten Begehung im ersten Quartal 1960 das Chemiegebäude der Holzchemiker für „zu stark belastet“ befunden hatte³⁵. Im Bericht des Sandermann-Instituts für das zweite Quartal 1960 hieß es dazu: „Synthesen neuer Holzschutzmittel können bei längerem Umgang mit solchen Stoffen zu Gesundheitsschädigungen führen. Deshalb werden diese Arbeiten nahezu eingestellt und nur noch gelegentlich in Diplomarbeiten ausgewertet werden.“³⁶

Etwa zeitgleich mit Sandermann befasste sich die von Klimmer erwähnte, 1955 vom Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gegründete Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe mit dem Problem. Der eigentliche Initiator der DFG-Kommission, Heinz Oettel³⁷, war Leiter des Gewerbehygienisch-Pharmakologischen Instituts bei den Badischen Anilin- und Soda-

³² Vgl. Sandermann, Dioxin, S. 173; Hay, Chemical Scythe, S. 91 f.

³³ Bundesarchiv (künftig: BArch) Koblenz, B 116/5499, Schreiben des Unterabteilungsleiters Kußmann.

³⁴ BArch Koblenz, B 116/5499, Arbeitsbericht der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, 1.1.1958 bis 31.12.1960, S. 31. Quartalsberichte für 1957 und 1958 finden sich in: Ebenda, bzw. in B 116/5498.

³⁵ BArch Koblenz, B 116/5499, Vierteljahresbericht der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Institut für Holzchemie, 1.1. bis 31.3.1960.

³⁶ Ebenda, Vierteljahresbericht der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Institut für Holzchemie, 1.4. bis 30.6.1960.

³⁷ Oettel hatte 1953 angeregt, analog zu den amerikanischen „Threshold Limit Values“ für toxische Arbeitsstoffe eine europäische „Maximale Arbeitsplatz-Konzentrations-Liste“ (MAK-Liste) zu erstellen und eine Kommission zur Prüfung entsprechender Werte zu bilden. Vgl. Mechthild Amberger-Lahrman/Dietrich Schmähl (Hrsg.), Gifte. Geschichte der Toxikologie. Berlin u. a. 1988, S. 217. Das daraufhin 1954 gegründete und zunächst bei der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz angesiedelte MAK-Gremium wurde im folgenden Jahr u. a. aus Kostengründen der DFG angetragen; am 26.10.1955 konstituierte sich die entsprechende Senatskommission in München. Materialien dazu in: BArch Koblenz, B 227/162581.

fabriken (BASF) in Ludwigshafen. Er berichtete in der zweiten Sitzung der Kommission am 22. März 1957 in Bad Godesberg über „Gesundheitsgefahren beim Umgang mit chlorierten cyclischen Kohlenwasserstoffen“, die bislang zum Beispiel in einigen Holzschutzmitteln enthalten gewesen seien. Dass bei Produktionsprozessen auch mit „Pentachlorphenol, bei dem sonst diese Effekte unbekannt sind“³⁸, ein Stoff mit verheerenden Folgen entstehen konnte, schilderte Oettel am Beispiel des Unfalls bei der BASF im November 1953. Während der Chlorierung von Diphenyloxyden seien 8 bis 14 Tage nach „exothermer Zersetzung eines Ansatzes im Autoklaven“ bei mehreren Personen schwere Hauterscheinungen aufgetreten, die einige Zeit später „in das typische Bild einer Pernakrankheit“³⁹ übergingen“. Das Zersetzungsprodukt sei so toxisch gewesen, dass die in dem Gebäude gehaltenen Versuchskaninchen auch dann noch an Lebernekrosen verstarben, nachdem die gesamte Installation, Fußböden und Fenster erneuert worden waren. Der Sohn eines Arbeiters sei erkrankt, „nur weil er einige Male den bereits dreimal gewaschenen Schal seines Vaters getragen hatte“. Offenbar, so resümierte Oettel, liege hier ein Stoff vor, „dessen Wirkung alles bisher Bekannte übertrifft“. Ähnliche Vorfälle habe es sechs Jahre zuvor in den USA gegeben, und auf einem Dermatologenkongress hätten die Hamburger Mediziner Joseph Kimmig und Karl-Heinz Schulz „über ähnliche Zwischenfälle in einem anderen Werk bei der Herstellung von Trichlorphenol“ berichtet. Nach dem Stoff aber werde noch geforscht⁴⁰. Ein Jahr später hieß es in der Niederschrift über die dritte Kommissionssitzung am 28. März 1958 in Bad Godesberg zum selben Thema lapidar: „Der bei der letzten Sitzung erwähnte hochtoxische Stoff ist inzwischen identifiziert, doch erscheinen nähere Angaben als unzweckmäßig.“⁴¹

Sandermanns inzwischen gemachte Entdeckung wurde also sehr wohl registriert, ihre Folgen aber erörterten selbst Fachleute allenfalls intern und außerhalb des Protokolls. Angesichts der „außerordentlich niedrige[n] Wirkungs-dosis von 2–5 Gamma/kg“ und der Tatsache, dass die Substanz offenbar schon durch Verunreinigungen in Vorprodukten entstand, „die durch Chlorierung giftig wer-

³⁸ Ebenda, Niederschrift über die zweite Sitzung der DFG-Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe am 22. 3. 1957 in Bad Godesberg, S. 16.

³⁹ Die Chlorakne-ähnliche Krankheit war im Ersten Weltkrieg bei Arbeitern aufgetreten, die bei der Herstellung von Gasmasken Filterstoffe verwendeten, die mit perchlorierten Naphthalinen getränkt waren. Das Krankheitsbild der Chlorakne selbst war erstmals 1899 vom Frankfurter Dermatologen Karl Herxheimer beschrieben worden, der erkrankte Beschäftigte einer Chlor-Alkali-Elektrolyse-Anlage behandelt hatte. Vgl. Bösch, Risikogenese, S. 196 u. S. 200.

⁴⁰ BArch Koblenz, B 227/162581, Niederschrift über die zweite Sitzung der DFG-Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe am 22. 3. 1957 in Bad Godesberg, Anlage VI. Für eine Schilderung der gesundheitlichen Folgen des BASF-Unfalls für sich und seine Familie durch einen der zur Kesselreparatur eingesetzten Bauschlosser vgl. Wilhelm Werz, „Wir durften keinen Arzt aufsuchen“. Ein Betroffener berichtet über seine Dioxin-Krankheit, in: Hans-Dieter Degler/Dieter Uentzelmann (Hrsg.), Supergift Dioxin. Der unheimliche Killer, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 41–43.

⁴¹ BArch Koblenz, B 227/162582, Niederschrift über die dritte Sitzung der DFG-Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe, S. 7.

den⁴², veranlasste die DFG-Kommission im Oktober 1958 immerhin, Hersteller chlorierter aromatischer Kohlenwasserstoffe von den Gewerbeaufsichtsämtern ermitteln und ihnen Warnungen hinsichtlich der Toxizität und Unberechenbarkeit des festgestellten Stoffes zukommen zu lassen. Zwei Jahre später setzte sie sich zudem dafür ein, dass Folgen des Umgangs mit chlorierten Kohlenwasserstoffen auf die Liste der Berufskrankheiten genommen wurden⁴³.

Doch woher rührte das ungewöhnliche, von Sandermann erwähnte Schweigebot, das offenkundig nicht nur die Hamburger Bundesforschungsanstalt ein Vierteljahrhundert einhielt? Kam es tatsächlich auf Drängen des Industriellen Ernst Boehringer zustande, der als Produzent u. a. von Holzschutzmitteln seine Firmeninteressen gefährdet sah, wie *Der Spiegel* 1984 und erneut 1991 berichtete⁴⁴? Auszuschließen ist der Versuch eines mächtigen Lobbyisten, die Politik in seinem Sinne zu beeinflussen, sicher nicht, zumal Boehringer vom mangelhaften Wissen über Dioxin profitierte: Die Firma unterrichtete die einschlägig produzierenden US-Betriebe über die deutschen Erkenntnisse zu den Risiken⁴⁵ und verkaufte 1964 wesentliches Know-how zur Herstellung von 2,4,5-Trichlorphenol, der Grundlage für einen der beiden Bestandteile von „Agent Orange“⁴⁶, an die amerikanische Dow Chemical Company und damit einen der Hauptproduzenten⁴⁷.

⁴² Ebenda, undatierte Aufzeichnung des Ministerialrats Freytag, Bundesministerium für Arbeit, über die vierte Sitzung der DFG-Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe am 10./11. 10. 1958 in Würzburg.

⁴³ BAArch Koblenz, B 227/162583, Niederschrift über die fünfte Sitzung der DFG-Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe am 25./26. 3. 1960 in Bad Godesberg, besonders S. 11–13.

⁴⁴ Vgl. „Auffallend, diese Parallele zu Seveso“, in: *Der Spiegel* vom 25. 6. 1984, S. 73–85. Im Juli 1991 legte der Spiegel nach und berichtete von einer dezidierten Weisung Boehringers an die in seiner Firma tätigen Wissenschaftler, „auf Herrn Professor Oettel/BASF Einfluss zu nehmen, um ihn von der Beschäftigung mit diesem Thema mit dem Ziele einer Veröffentlichung abzuhalten“. „Das war der Tod persönlich“, in: Ebenda vom 29. 7. 1991, S. 102–106, Zitat S. 106.

⁴⁵ Vgl. dazu Rainer Paul, „Zu tödlich für die Kriegführung“. Das Dioxin-Gift Agent Orange als chemische Waffe in Vietnam, in: Degler/Uentzelmann (Hrsg.), *Supergift Dioxin*, S. 115 f.

⁴⁶ Agent Orange bestand aus 2,4-D (2,4-Dichlorphenoxyessigsäure) und 2,4,5-T (2,4,5-Trichlorphenoxyessigsäure), die beide als Herbizide im zivilen Gebrauch waren. Problematisch war der Bestandteil 2,4,5-T: Bei seiner Herstellung konnte während des Veresterungsprozesses durch zu hohe Temperaturen Dioxin freigesetzt werden. Vgl. dazu G. M. Reggiani, *Historical overview of the controversy surrounding Agent Orange*, in: Young/Reggiani (Hrsg.), *Agent Orange and its associated dioxin*, S. 39. Berichte über embryoschädigende Wirkungen von 2,4,5-T bei Nagetieren im Jahr 1969 veranlassten Präsident Richard Nixon zum Erlass von Restriktionen für die Verwendung des Herbizids im zivilen wie militärischen Gebrauch, die schließlich zur Beendigung der Entlaubungsmissionen in Vietnam führten. Vgl. Hay, *Chemical Scythe*, S. 147–163; Young, *History*, S. 121–123.

⁴⁷ Vgl. Schuck, *Agent Orange on Trial*, S. 87, der nur allgemein von einer deutschen Firma spricht, die für 35000 Dollar ihr Testverfahren zum Nachweis von Dioxin an Dow Chemical verkauft habe. Demgegenüber schreiben Hans-Dieter Degler und Dieter Uentzelmann, Boehringer habe sein Produktionsverfahren für 2,4,5-Trichlorphenol an Dow Chemical weitergegeben; vgl. dies., „Seit Jahren (Vietnam) eng zusammengearbeitet“. Betriebsverbot für

Auch lieferte Boehringer offenbar auf Umwegen Vorprodukte⁴⁸. Allerdings bedurfte es des Einflusses der Industrie in diesem Fall anscheinend nicht. So begründete das BML das Forschungsverbot 1957 laut Sandermann damit, „dass das billig herzustellende TCDD von militärischer Seite als Kampfstoff eingesetzt werden könne“⁴⁹. Vor dem Hintergrund der Jahre 1956/57 mit den hitzigen Debatten um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen mochte sich die Bundesregierung wohl nicht dem Verdacht aussetzen, unter dem Deckmantel der Holz- und Pflanzenschutz-Forschung die Entwicklung von – noch dazu geächteten chemischen – Kampfstoffen zu fördern. Dies hätte die Position der Bundesrepublik im westlichen Bündnis-system gefährden können, die gerade einmal zwei Jahre zuvor unter ausdrücklichem Verzicht auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen errungen worden war⁵⁰. Für die Entscheidungsträger im BML lag, das zeigt das Verbot weiterführender Dioxin-Forschung in ihrem Verantwortungsbereich, ein Zusammenhang auf der Hand, der von den überwiegend juristisch geschulten Beamten im Auswärtigen Amt 25 Jahre später wohl nicht reflektiert, zumindest aber nicht offen thematisiert wurde: derjenige der „janusköpfigen Entwicklung und Anwendung von Giftgasen“ im zivilen wie auch militärischen Bereich⁵¹.

Allerdings stand dieser letztlich sehr wohl hinter dem Bemühen der Diplomaten, die Bundesrepublik und ihre Wissenschaftler aus einer öffentlichen Debatte um „Agent Orange“ herauszuhalten, in der nicht selten aus dem Blick geriet, dass nicht die Substanz per se, sondern darin keineswegs generell enthaltenes, aber eventuell durch Verunreinigung bei der Herstellung entstandenes Dioxin die Toxizität verursachte, und in der – nicht zuletzt durch die massive Ausweitung der Operationen seit 1965 – die Grenzen zwischen Herbizid- und Kampfstoff-Einsatz verschwammen⁵². Was 1961/62 als begrenztes Entlaubungsprogramm begon-

Boehringer – Wende in der westdeutschen Chemiepolitik?, in: Dies. (Hrsg.), Supergift Dioxin, S. 79. Der von Schuck angegebene Kaufpreis spricht allerdings eher für den Erwerb des Testverfahrens durch die amerikanische Firma. Das von Dow Chemical produzierte Agent Orange wies, wie 1984 eingeleitete Untersuchungen des National Institute for Occupational Safety and Health in Cincinnati ergaben, tatsächlich kaum bzw. nicht nachweisbare Dioxin-Werte auf; anderes galt für die Firma Monsanto, die neben Dow der größte Lieferant für die U.S. Army war. Vgl. die Tabelle bei Young, History, S. 183, die für Monsanto-Proben Werte zeigt, die deutlich über der als unschädlich geltenden Grenze liegen.

⁴⁸ Vgl. „Auffallend, diese Parallele zu Seveso“, in: Der Spiegel vom 25. 6. 1984, S. 84.

⁴⁹ Sandermann, Dioxin, S. 173.

⁵⁰ Vgl. die Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. 9. bis 3. 10. 1954, die als Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle in den WEU-Vertrag vom 23. 10. 1954 einging, in: Bundesgesetzblatt 1955, Teil II, S. 269.

⁵¹ Angelika Ebbinghaus, Chemische Kampfstoffe in der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft, in: Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945, hrsg. von Dietrich Eichholtz, Berlin 1999, S. 171–194, Zitat S. 191.

⁵² So hieß es beispielsweise 1984 in einer Darstellung über die Beteiligung der deutschen chemischen Industrie am Agent Orange-Einsatz in Vietnam: „Hauptbestandteil der chemischen Waffe war 2,4,5-T, das als Verunreinigung Dioxin enthielt.“ Degler/Uentzelmann, „Seit Jahren (Vietnam) eng zusammengearbeitet“, in: Dies. (Hrsg.), Supergift Dioxin, S. 79 (Hervorhebung durch d. Verf.).

nen hatte, das ausschließlich auf die Vegetation in Vietnam abzielte und als unschädlich für Menschengalt⁵³ – schon dies erinnerte Mahner in der amerikanischen Administration „allzu sehr an einen Gaskrieg“⁵⁴ –, hatte seinen Charakter mit der Ausweitung auf Einsätze zur Vernichtung vor allem von Reisernnten (*crop destruction*) und schließlich mit dem seit 1965 exponentiell ansteigenden Herbizid-Gebrauch über Vietnam geändert⁵⁵. Und so galt es in den 80er Jahren auch für deutsche Journalisten als ausgemacht, dass 1959 „der Army-Spezialist für chemische Kriegsführung, Dr. Friedrich Hoffmann“⁵⁶, auf der „Suche nach neuen Wirkstoffen, die sich für den kriegsmäßigen Einsatz eignen könnten“⁵⁷, durch Europa gereist war. Wer aber war dieser ominöse deutsch-amerikanische Spezialist, und welche Gründe mochte er gehabt haben, ausgerechnet Kontakt zu deutschen Gewerbetoxikologen zu suchen?

1946/47: Friedrich Wilhelm Hoffmann und die Operation „Paperclip“

Hoffmann war 1947 im Zuge der Operation „Paperclip“ in die USA gekommen. Präsident Harry S. Truman persönlich hatte das Projekt zur „exploitation of German scientific minds“ gebilligt, das als „einer der wichtigen Beiträge zur nationalen Sicherheit seit dem Ende des Kriegs in Europa“⁵⁸ galt. Hervorragende deutsche Wissenschaftler und Techniker aus sicherheitsrelevanten Bereichen sollten dem Zugriff potenzieller Gegner der USA entzogen werden – entweder durch Internierung oder aber durch Übersiedlung in die USA⁵⁹. Als wohl berühmtester

⁵³ Laut Zierler, *Invention of ecocide*, S. 68, bewog gerade die „distinction between antipersonnel and antiplant weapons“ Kennedy dazu, dem Herbizideinsatz in Vietnam zuzustimmen. Vgl. dazu auch Martini, *Agent Orange*, S. 13 u. S. 56 f.

⁵⁴ So der damalige Director of Intelligence and Research im amerikanischen Außenministerium, Roger Hilsman; vgl. ders., *To Move a Nation. The Politics of Foreign Policy in the Administration of John F. Kennedy*, Garden City/NY. 1967, S. 443. Für kritische Stimmen im Vorfeld der Entscheidung Kennedys vom November 1961 vgl. auch *Foreign Relations of the United States 1961–1963*, Bd. I: Vietnam 1961, Washington D.C. 1988, Dok. 264 u. Dok. 265, S. 639–642.

⁵⁵ Für Zierler weitete sich Operation Ranch Hand ab 1966 aus „to a scale of chemical warfare unseen since World War I“; ders., *Invention of ecocide*, S. 15 f., ähnlich S. 94. Martini, *Agent Orange*, S. 13–15, S. 55–60 u. S. 239–244, unterscheidet bei der rechtlichen und historischen Bewertung ausdrücklich zwischen den „defoliation missions“ und solchen zur „crop destruction“, weist aber zu Recht darauf hin, dass dies an den Folgen und der Verantwortung der amerikanischen Regierung dafür nichts ändere.

⁵⁶ „Wälder verhindern“, in: *Der Spiegel* vom 14. 5. 1984, S. 137.

⁵⁷ Paul, „Zu tödlich für die Kriegführung“, in: Degler/Uentzelmann (Hrsg.), *Supergift Dioxin*, S. 111.

⁵⁸ BArch Koblenz, OMGUS, POLAD, box 765, folder 23/POLAD: OMGUS an die Leiter der US-Militärbehörden in Bayern, Groß-Hessen, Württemberg-Baden, Bremen und Berlin (US-Sektor), 11. 12. 1946.

⁵⁹ Zu „Paperclip“ vgl. Tom Bower, *Verschworung Paperclip. NS-Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte*, München 1987; Linda Hunt, *Secret Agenda. The United States Government, Nazi Scientists and Project Paperclip 1945 to 1990*, New York 1991; Manfred Herrmann, *Projekt Paperclip – Deutsche Wissenschaftler in Diensten der U.S. Streitkräfte nach 1945*, Diss. Erlangen-Nürnberg 1999; Egmont R. Koch/Michael Wech, *Deckname Artischocke. Die ge-*

Repräsentant fand in diesem Rahmen auch der Raketenforscher Wernher von Braun mit seiner Arbeitsgruppe den Weg in die Neue Welt. Über den Chemiker Hoffmann ist dagegen nur wenig bekannt. Den Darstellungen der Journalisten Egmont R. Koch und Michael Wech sowie Linda Hunt zufolge avancierte der 1910 geborene Hoffmann, obwohl nicht Mitglied der NSDAP, sondern nur „einer von der nationalsozialistischen Ideologie geprägten Organisationen“, seit Juli 1943 zu einem der „führenden Giftgasforscher Nazi-Deutschlands an der Technischen Versuchsanstalt der Luftwaffe in Berlin-Gatow“, ehe er bei Kriegsende „kurzzeitig als Berater der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) in Berlin verpflichtet und dann für ‚Paperclip‘ ausgewählt“ wurde⁶⁰. Die angesichts der angegebenen Rolle Hoffmanns im Nationalsozialismus ungewöhnlich rasche Übernahme in die Dienste der amerikanischen Besatzungsmacht war möglicherweise dem Umstand zu verdanken, dass Hoffmanns Schwiegervater, der in Finanz- und Industriekreisen ausgezeichnet vernetzte ehemalige Zentrumsabgeordnete Erwin Respondek, die amerikanische Botschaft in Berlin nicht nur seit 1936 mit Wirtschaftsanalysen versorgt hatte, sondern sie 1941 über den geplanten deutschen Überfall auf die UdSSR unterrichtet und auch in der Folgezeit kriegsrelevante Informationen, etwa über deutsche Bemühungen um die Entwicklung von Kampfstoffen und über die Atomforschung, an die USA weitergegeben hatte⁶¹. Am 26. August 1946 erschien Hoffmanns Name erstmals auf einer Liste der für eine Übernahme in die USA in Frage kommenden Personen: Der bei der Chemical Section, Economic Division, OMGUS Berlin zu lokalisierende Wissenschaftler sei „wahrscheinlich der bestinformierte deutsche Chemiker, was organische Fluor-Verbindungen betrifft“⁶². Da Hoffmann offenbar den Kriterien entsprach – Teilnehmer des „Paperclip“-Programms mussten „herausragend auf ihrem Gebiet“ und „von den Joint Chiefs of Staff als erwünscht im Interesse der nationalen

heimen Menschenversuche der CIA, München 2002; und zuletzt Annie Jacobsen, *Operation Paperclip. The Secret Intelligence Program that Brought Nazi Scientists to America*, New York/Boston/London 2014.

⁶⁰ Koch/Wech, Deckname Artischocke, S. 128, in Anlehnung an Hunt, die Hoffmanns Nichtmitgliedschaft in der NSDAP und einen beantragten, aber nicht erfolgten Beitritt zur SA ebenso erwähnt wie seine Tätigkeit als „consultant for the Chemical Section of OMGUS in Berlin“; Hunt, *Secret Agenda*, S. 160. Im Bestand des Berlin Document Center im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde war keine Akte über Hoffmann zu ermitteln.

⁶¹ Vgl. John Van Houten Dippel, *Two Against Hitler. Stealing the Nazis' Best-Kept Secrets*, New York/Westport/London 1992. Dippel zufolge kam Hoffmann, der 1945 zunächst nach Würzburg zurückkehrte, dann aber angesichts der Bombenangriffe auf die Residenzstadt mit seiner Familie nach Südwestdeutschland übersiedelte, noch im selben Jahr nach Berlin. Möglich gemacht hatte dies seine Ehefrau, Respondeks Tochter Valeska, die ein Empfehlungsschreiben von Respondeks Kontaktmann Samuel E. Woods, dem amerikanischen Generalkonsul in Zürich, erwirkte. Vgl. ebenda, S. 131; vgl. auch Jacobsen, *Operation Paperclip*, S. 284.

⁶² BArch Koblenz, OMGUS, AGTS, box 4, folder 23, OMGUS AG: FIAT Personality List No. 3 vom 26. 8. 1946, am 11. 10. 1946 von M.C. Taylor, Headquarters U.S. Forces, European Theater, an den Director of Intelligence, Office of Military Government for Germany (US) übermittelt.

Sicherheit eingestuft“ sein⁶³ – konnte er vermutlich im August/September 1947, unmittelbar vor Beendigung der Operation „Paperclip“, in die USA übersiedeln⁶⁴. Zunächst damit beauftragt, für das Army Chemical Corps in Edgewood Arsenal, Maryland, zehn Tonnen der in Deutschland erbeuteten neuartigen und kampfstofffähigen Nervengifte Tabun und Sarin⁶⁵ zu analysieren und beschlagnahmte deutsche Dokumente dazu auszuwerten⁶⁶, geriet er Anfang der 50er Jahre in den Fokus des amerikanischen Geheimdienstes. Im Auftrag der CIA und zeitweilig getarnt als Wissenschaftler von der University of Delaware wurde er zunächst zum Reisenden in Sachen halluzinogener Pflanzen, die sich als „Wahrheitsdroge“ in Befragungen einsetzen ließen⁶⁷. Zu Beginn des Jahres 1959 wurde Hoffmann, wie erwähnt, als Abteilungsleiter für Wirkstoff-Forschung im Labor des Chemical Corps der US-Army in Edgewood Arsenal zwecks Suche nach militärisch nutzbaren Wirkstoffen nach Europa entsandt⁶⁸.

Was aber hätte den Chemiker veranlassen sollen, sich ausgerechnet an Wissenschaftler in der Bundesrepublik zu wenden, die der Produktion von Kampfstoffen ausdrücklich entsagt hatte, noch dazu an Mitglieder einer Kommission für gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe? Offenkundig ging es bei der Hoffmann-Mission weniger um chemische Kampfstoffe als um Informationen über wirksame Her-

⁶³ Ebenda, box 197, folder 1–14, OMGUS AG: Beschluss des State–War–Navy Coordinating Committee vom 1.8.1947 zur Beendigung der Operation „Paperclip“ bis 30.9.1947.

⁶⁴ Laut Jacobsen, Operation Paperclip, S. 283 f., war Hoffmann seit Februar 1947 in den USA tätig. Sein Name taucht allerdings im Juli 1947 noch auf einer Liste „Scientists on Order for eventual Shipment to the United States“ auf; BArch Koblenz, OMGUS, 3, box 167–2, folder 29, OMGUS CAD Ps.Br. Möglicherweise nahm Hoffmann den Umweg über Großbritannien. Bower, Verschwörung Paperclip, S. 354, gibt an, dass er zu einer Gruppe von Experten für chemische und biologische Kriegführung gehört habe, „deren Ankunft aus England nicht bekanntgegeben wurde“ und deren Namen „absichtlich auf keiner der ‚bisherigen Zuteilungslisten‘ erschienen“ war, weil sie in den USA anonym bleiben sollten.

⁶⁵ Bei den Bemühungen, „importunabhängige Pflanzenschutzmittel“ zu entwickeln, hatte der bei den IG-Farbenwerken in Leverkusen bzw. Wuppertal-Elberfeld tätige Chemiker Gerhard Schrader 1934 „die ungemein toxischen Eigenschaften der organischen Phosphorsäure-derivate“ entdeckt. Vgl. Olaf Groehler, Der lautlose Tod. Einsatz und Entwicklung deutscher Giftgase von 1919 bis 1945. Reinbek bei Hamburg 1989, S. 116. Der von Schrader entwickelte Stoff Tabun erwies sich als äußerst wirksames Nervengift und wurde 1937 dem Heereswaffenamt (HWA) in Berlin bzw. dem diesem unterstellten Heeresgasschutzlaboratorium in Spandau zwecks Prüfung auf Kampfstofftauglichkeit zur Verfügung gestellt. Ende 1938/Anfang 1939 entwickelte Schrader das noch erheblich giftigere Nervengas Sarin, dessen Herstellungsanleitung im Juni 1939 an das HWA ging. Vgl. Groehler, Der lautlose Tod, S. 117 bzw. S. 161; Ebbinghaus, Chemische Kampfstoffe, in: Eichholtz (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft, S. 183 f.; Florian Schmaltz, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005, S. 445–447.

⁶⁶ Vgl. Hunt, Secret Agenda, S. 160 f.; Koch/Wech, Deckname Artischocke, S. 128. Laut Jacobsen, Operation Paperclip, S. 283–285, war Hoffmann mit der Synthetisierung von Tabun beauftragt.

⁶⁷ Vgl. Koch/Wech, Deckname Artischocke, S. 130–132; Jacobsen, Operation Paperclip, S. 384 f.

⁶⁸ Vgl. Paul, „Zu tödlich für die Kriegführung“, in: Degler/Uentzelmann (Hrsg.), Supergift Dioxin, S. 111.

bizide, Insektizide und wachstumshemmende Chemikalien⁶⁹. Deren Einsatz von Sprühflugzeugen aus wurde seinerzeit von der amerikanischen Luftwaffe an verschiedenen Standorten in den USA für zivile Zwecke durchgeführt, aber durchaus auch mit Blick auf eine militärische Verwendung getestet⁷⁰. Der Name Wilhelm Neumann war für amerikanische Stellen in diesem Zusammenhang vielleicht schon deshalb nicht unbekannt, weil er – gemeinsam mit seinem inzwischen verstorbenen akademischen Lehrer Ferdinand Flury und unter Mitwirkung von Wolfgang Wirth und Otto Klimmer – das Kapitel „Toxikologie“ in der „Review of German Science“ verfasst hatte, die nach Kriegsende für die Field Information Agency, Technical (FIAT) der amerikanischen Besatzungsmacht⁷¹ erstellt und 1948 veröffentlicht worden war⁷². Zwei Jahre vor Kennedys Entscheidung für Entlaubungsoperationen in Vietnam und sechs Jahre vor dem Beginn des „Agent Orange“-Einsatzes durch die USA war das, was Hoffmann von den deutschen Ansprechpartnern an Erkenntnissen über das erst zwei Jahre zuvor entdeckte Dioxin vermittelt werden konnte – nämlich dass es bei der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln auftreten konnte und äußerst toxisch war, ohne dass klar war, wodurch dieser Prozess verursacht wurde –, eher begrenzt. Die Auskünfte ließen sich auch gute 20 Jahre später kaum als Kooperation bei der Entwicklung von „Agent Orange“ interpretieren. Zudem gab Hoffmann die Informationen über die Gefährlichkeit des Stoffes sehr wohl weiter, und zwar mit der Empfehlung, auf einen militärischen Einsatz solcher Mittel zu verzichten. Der Bericht wurde von seinen Vorgesetzten ignoriert oder geriet in Vergessenheit⁷³; jedenfalls wurde in Fort Detrick weiter an der Entwicklung von „tactical herbicides“ gearbeitet, das heißt an „Herbiziden und Rezepturen, die vom US-Verteidigungsministerium speziell für die Verwendung in Kampfoperationen entwickelt wurden“⁷⁴. Die politischen Entscheidungsträger in Washington waren über die Risiken offensichtlich nicht orientiert und gingen zudem davon aus, dass es sich bei den schließlich in

⁶⁹ Die Journalistin Annie Jacobsen ist – allerdings ohne nähere Begründung – der Ansicht, dass sich hinter Hoffmanns Beschäftigung mit Insektiziden, Schädlingsbekämpfungsmitteln und Wachstumshemmern in Wirklichkeit die Arbeit an Tabun verbarg; vgl. dies., Operation Paperclip, S. 285.

⁷⁰ Vgl. Buckingham, Air Force and Herbicides, S. 6–8; Cecil, Herbicidal Warfare, S. 17–19. Eine aufschlussreiche Darstellung der Erforschung und Entwicklung von Herbiziden in den USA seit den 40er Jahren mit Blick auf eine militärische Verwendung gibt Zierler, Invention of ecocide, S. 33–47.

⁷¹ Die am 14. 7. 1945 vom Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force ins Leben gerufene FIAT sollte die technologische bzw. wissenschaftliche Aufklärung in der amerikanischen und zunächst auch britischen Besatzungszone bündeln. Sie stellte ihre Tätigkeit am 30. 6. 1947 ein. Vgl. Herrmann, Project Paperclip, S. 17–20.

⁷² Vgl. Naturforschung und Medizin in Deutschland 1939–1946. Für Deutschland bestimmte Ausgabe der FIAT Review of German Science, Bd. 63: Pharmakologie und Toxikologie, Teil III, hrsg. von Fritz Eichholtz, Wiesbaden 1948, S. 145–254.

⁷³ Vgl. Paul, „Zu tödlich für die Kriegführung“, in: Degler/Uentzelmann (Hrsg.), Supergift Dioxin, S. 111.

⁷⁴ Young, History, S. 1.

Vietnam eingesetzten Herbiziden um Mittel handelte, die großflächig auch in der amerikanischen Landwirtschaft zur Verwendung kamen⁷⁵.

Neben der eher unverfänglichen Erklärung für die Verbindung zu den deutschen Wissenschaftlern ist allerdings auch ein anderes Narrativ möglich, das in das Bild der – die Verwendung von „Agent Orange“ als chemische Kriegführung wertenden – Presseberichterstattung der 80er Jahre gepasst hätte. Hoffmann hätte sich nämlich auch deshalb an Neumann, Wirth und Klimmer gewandt haben können, weil er tatsächlich, wie von Wallau in dem zitierten Telegramm⁷⁶ angegeben, ein ehemaliger Kollege war. Hoffmann hatte im Dezember 1937 eine Stelle an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg angetreten; allerdings ist aktentmäßig nicht belegt, worin seine Tätigkeit bestand⁷⁷. Trifft Linda Hunts Angabe zu, dass er Giftgase und Toxine „für die Chemiewaffenlabors der Universität Würzburg“ synthetisiert habe⁷⁸, besteht zumindest Grund zu der Annahme, dass er mit dem Institut zu tun hatte, an dem zum fraglichen Zeitpunkt Neumann und Klimmer tätig waren und an dem sich Wirth 1935 habilitiert hatte: dem Institut für Pharmakologie und Toxikologie, das schon in den 20er Jahren „einer der zentralen wissenschaftlichen Anlaufpunkte der Reichswehr“⁷⁹ gewesen war. Hatte sich Hoffmann an die ehemaligen Kollegen gewandt, weil er sie aus den 30er Jahren als Kampfstoff-Experten kannte?

Vergangenheiten

Tatsächlich kam der Leiter des Würzburger Pharmakologischen Instituts, Ferdinand Flury, wohl keineswegs erst durch die „politische Entwicklung in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre“ dazu, sich und seine Mitarbeiter nach den „im Ersten Weltkrieg erworbenen Erfahrungen mit Kampfstoffen erneut in den Dienst des Schutzes auf dem militärischen, diesmal aber auch auf dem zivilen Sektor zu stellen“⁸⁰. Flury hatte vielmehr schon von 1916 bis 1920 als Mitarbeiter bei Fritz Haber am Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie eine Abteilung geleitet, die sich unter dem Deckmantel der Gewerbehygiene der Untersuchung potenzieller neuer Kampfstoffe auf ihre physiologische und toxische Wirkung widmete⁸¹. Darüber hinaus befasste er sich mit der insbesondere

⁷⁵ Vgl. Martini, Agent Orange, S. 13 u. S. 241.

⁷⁶ PA AA, VS-Bd. 12937 (204), B 150, Aktenkopien 1983: Drahtbericht Nr. 3566 vom 15. 8. 1983 aus Washington.

⁷⁷ Laut schriftlicher Auskunft des Universitätsarchivs der Julius-Maximilians-Universität Würzburg vom 14. 10. 2013 ist Hoffmanns Verpflichtung in einer Aktennotiz erwähnt; genauere Angaben zur Art seiner Tätigkeit fehlen aber, da keine Personalakte mehr vorhanden ist.

⁷⁸ Hunt, Secret Agenda, S. 160.

⁷⁹ Groehler, Der lautlose Tod, S. 72.

⁸⁰ So die etwas euphemistische Formulierung bei Dietrich Henschler, Pharmakologie und Toxikologie in Würzburg (1872–1965), in: Athineos Philippu (Hrsg.), Geschichte und Wirken der pharmakologischen, klinisch-pharmakologischen und toxikologischen Institute im deutschsprachigen Raum, Innsbruck 2004, S. 661.

⁸¹ Vgl. Margit Szöllösi-Janze, Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie, München 1998, S. 353–355.

für die Sicherung der Lebensmittelversorgung und Gesunderhaltung der Soldaten im Feld relevanten „Bekämpfung von Schädlinginsekten“ – einem Bereich, der nach dem Krieg nahtlos in die zivile Nutzung überführt werden konnte. Auf dem Feld der chemischen Schädlingsbekämpfung machte sich Flury 1919 einen Namen: Auf der Suche nach einem Stoff, der für die großräumige Bekämpfung von Schädlingen durch Gase, zum Beispiel in Mühlen, Schiffen und Fabriken, geeigneter war als die unfallträchtige, weil weitgehend geruchslose Blausäure, fand er gemeinsam mit Albrecht Hase eine Substanz, die bald „Zyklon“ genannt wurde und in ihrer Fortentwicklung als Zyklon B in deutschen Vernichtungslagern Anwendung finden sollte⁸².

1920 übernahm Flury das Institut für Pharmakologie und Toxikologie in Würzburg und setzte hier seine Arbeiten zur „Erforschung der Wirksamkeit zur Schädlingsbekämpfung geeigneter chemischer Stoffe auf den tierischen und menschlichen Organismus“ fort; darüber hinaus wurden aber auch Untersuchungen von Substanzen auf ihre Eignung als Kampfstoffe durchgeführt⁸³. Die Ausrichtung zielte, wie Flury am 28. April 1928 auf der Jahresbesprechung der wissenschaftlichen Mitarbeiter für Gaskampf und Gasschutz im Heereswaffenamt unumwunden zugab, dabei keineswegs nur auf den Gasschutz, sondern sehr wohl auch in den offensiven – und durch den Versailler Vertrag verbotenen – Kampfstoffbereich⁸⁴. Flurys Assistent Wirth führte schon seit 1924 Versuche für die Reichswehr durch und nahm zwischen 1926 und 1932 mehrfach als Beobachter an Kampfstoff-Feldversuchen in Tomka, der geheimen Versuchsstelle von Reichswehr und Roter Armee im sowjetischen Gebiet Saratov, teil⁸⁵. Zwar beschloss die sowjetische Regierung bald nach dem Amtsantritt Adolf Hitlers die Einstellung dieser Zusammenarbeit⁸⁶; das Würzburger Institut aber behielt auch in der Zeit des Nationalsozialismus ausreichende Möglichkeiten, um seine „zentrale Position bei der Koordinierung der Kampfstoff-Forschung“⁸⁷ zu wahren. Die Art der Forschungen ist nicht zweifelsfrei feststellbar, da militärisch relevante Untersuchungen geheim gehalten wurden und die Unterlagen des Instituts der Zerstörung Würzburgs am Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer fielen⁸⁸. Ein erheblicher Teil der For-

⁸² Vgl. ebenda, S. 462–464.

⁸³ Groehler, *Der lautlose Tod*, S. 70 (Zitat) u. S. 73.

⁸⁴ Vgl. Stefanie Kalb, Wilhelm Neumann (1898–1965) – Leben und Werk unter besonderer Berücksichtigung seiner Rolle in der Kampfstoff-Forschung, Diss., Würzburg 2005, S. 14.

⁸⁵ Vgl. Ernst Klee, *Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945*, Frankfurt a. M. 2001, S. 299.

⁸⁶ Ende Mai/Anfang Juni 1933 beschloss die sowjetische Regierung, die gemeinsamen Versuchsstationen stillzulegen. Vgl. *Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven*, Bd. 1: 30. Januar 1933–31. Dezember 1934, hrsg. von Sergej Slutsch und Carola Tischler unter Mitarbeit von Lothar Kölm, München 2014, Dok. 109 u. Dok. 110, S. 427–434.

⁸⁷ Szöllösi-Janze, *Fritz Haber*, S. 353.

⁸⁸ So die schriftliche Mitteilung des Universitätsarchivs Würzburg vom 14.10.2013. Vgl. zur Quellenproblematik beim Thema Kampfstoff-Entwicklung auch Christoph Kopke/Gebhard Schultz, *Menschenversuche mit chemischen Kampfstoffen bei Wehrmacht und SS. Ein Forschungsbericht*, in: *Medizin und Verbrechen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Walter*

schungsarbeit erfolgte jedoch im Auftrag der Wehrmacht – wenn auch die von Alexander Neumann angegebenen „fast [...] 100%“⁸⁹ sicherlich zu hoch gegriffen sind⁹⁰.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass die hier interessierenden Würzburger Wissenschaftler – wie auch ihr akademischer Lehrer Ferdinand Flury – zu den 85 Prozent an Universitäten und Kaiser-Wilhelm-Instituten tätigen Pharmakologen gehörten, die nach 1933 der NSDAP bzw. der SA beitraten; überwiegend sicherlich in der Hoffnung, auf diesem Wege ihre Karrierechancen zu verbessern⁹¹. Dies galt im übrigen auch für Oettel und Sandermann: Dem 1903 in Thüringen geborenen Pharmazeuten und Mediziner Heinz Oettel, der bereits als Jugendlicher Mitglied des Deutschnationalen Jugendbundes gewesen war, diente der Beitritt zur NSDAP am 1. Mai 1933 bzw. zur SA im folgenden Monat ganz offensichtlich als Karriere-Sprungbrett. Zunächst außerplanmäßiger Assistent am Pharmakologischen Institut der Universität Berlin, wurde er 1935 planmäßiger Assistent und habilitierte sich im Februar 1936⁹². Noch im selben Jahr übernahm er die Vertretung des Lehrstuhls für Pharmakologie an der Tongji-Universität in Shanghai, wo er schließlich ab 1941 die Deutsche Medizinische Akademie und zusätzlich „die wohl populärste Organisation der Shanghaier Nationalsozialisten: den Musikzug der SA“ leitete⁹³. Wilhelm Sandermann, Jahrgang 1909, trat der NSDAP 1938 vor der Rückkehr von einem zweijährigen Stipendienaufenthalt in Schweden und dem Eintritt als Chefchemiker in die Spangenberg-Werke in Hamburg bei⁹⁴, vielleicht, um sich die Möglichkeit einer akademischen Karriere offenzuhalten. Neben seiner Tätigkeit in der Industrie von 1938 bis 1947 konnte er sich jedenfalls 1941 an der Technischen Hochschule in Dresden habilitieren⁹⁵. Wilhelm Neumann, Jahrgang 1898, kam über die Mitgliedschaft im „Stahlhelm“ seit 1933 im Folgejahr zur SA und wurde 1937, im Jahr seiner Habilitation, auch Mitglied in der NSDAP⁹⁶. Der gleichaltrige Wolfgang Wirth trat 1933

Wuttke, hrsg. von Christoph Kopke, Ulm 2001, S. 239; Günter Nagel, *Wissenschaft für den Krieg. Die geheimen Arbeiten der Abteilung Forschung des Heereswaffenamtes*, Stuttgart 2012, S. 373.

⁸⁹ Alexander Neumann, „Arztum ist immer Kämpfertum“. Die Heeressanitätsinspektion und das Amt „Chef des Wehrmachtssanitätswesens“ im Zweiten Weltkrieg (1939–1945), Düsseldorf 2005, S. 281.

⁹⁰ Ein Teil der Forschungsaufträge an das Würzburger Institut wurde vom Reichsarbeitsministerium bzw. von einzelnen Firmen erteilt. Vgl. Kalb, Wilhelm Neumann, S. 48–51.

⁹¹ Auf den überdurchschnittlich hohen Anteil von NSDAP-Mitgliedern unter den Pharmakologen – gegenüber 53 % bei den Biochemikern, 54,7 % bei den Psychologen und 57,6 % bei den Biologen – weist Ute Deichmann, *Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit*, Weinheim u. a. 2001, S. 206 f., hin.

⁹² BAArch Berlin-Lichterfelde, R 4901/25158, Angaben im Fragebogen der Deutschen Dozentenchaft.

⁹³ Astrid Freyisen, *Shanghai und die Politik des Dritten Reiches*, Würzburg 2000, S. 231.

⁹⁴ BAArch Berlin-Lichterfelde, Berlin Document Center, Zentrale Mitgliederkartei der NSDAP, Signatur 31XX 00011.

⁹⁵ Vgl. dazu H. H. Dietrichs, Prof. Dr. phil. Wilhelm Sandermann 60 Jahre, in: *European Journal of Wood and Wood Products* 28 (1970), H. 4, S. 155.

⁹⁶ Vgl. Kalb, Wilhelm Neumann, S. 20–22.

– zwei Jahre vor seiner Habilitation – der SA bei⁹⁷, ebenso der wesentlich jüngere Otto Rudolf Klimmer, Jahrgang 1911, der zu diesem Zeitpunkt noch sein Medizinstudium in Würzburg absolvierte. Er gab später an, „stets ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus“ gewesen zu sein. Als Student habe er aber der SA beitreten müssen, „da vom Wintersemester 1933 ab an der Universität Würzburg ‚Formationszwang‘ bestand“⁹⁸. Wie Neumann wurde Klimmer 1937 – nunmehr bereits als Volontärassistent bei Flury – Mitglied der NSDAP⁹⁹. Nach dem Krieg erklärten beide dies übereinstimmend damit, dass die Mitglieder der SA-Reserve 1937 „automatisch in die Partei überführt worden“¹⁰⁰ seien.

Neumann hatte nach Kriegs- und Wehrdienst von 1916 bis 1919 ein Studium der Chemie an der Friedrich-Wilhelm-Universität in seiner Heimatstadt Berlin absolviert und dort im August 1923 zum Dr. phil. promoviert, ehe er 1924 als Privatassistent von Flury nach Würzburg kam. Dort arbeitete er im Auftrag der Schering AG an Studien zu Herzglykosiden. Parallel studierte er von 1929 bis 1934 Humanmedizin, erhielt im Juni 1934 seine Approbation als Arzt und promovierte im Oktober desselben Jahres bei Flury zum Dr. med. Zwar zielten sowohl die Dissertation von 1934 „Beiträge zur Chemie und Pharmakologie der Digitalisstoffe“ als auch die 1936 vorgelegte Habilitationsschrift „Vergleichende Untersuchung über die Wirksamkeit von natürlichen und synthetischen Derivaten des k-Strophanthidins“ auf die Nutzbarmachung der pharmakologischen Erkenntnisse in der Medizin ab¹⁰¹; dennoch hatte Neumann neben seinen Studien zu Herzmitteln auch „an der Kampfstoff-Forschung und gewerbetoxikologischen Forschung wesentlichen Anteil“¹⁰². So hatte er laut Schreiben vom 23. Mai 1936, mit dem Flury die zur Habilitation seines Schülers eingereichte Veröffentlichungsliste kommentierte, „eine große Anzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen ausgeführt, deren Veröffentlichung aus Gründen der Landesverteidigung vorläufig nicht möglich ist“¹⁰³. Auch Neumanns Habilitationsvortrag am 25. Juni 1936 über „Toxikologische Probleme in der modernen Schädlingsbekämpfung“ ließ die Beschäftigung mit Flurys Spezialgebiet, der Gasforschung, erkennen und erntete großes – aus heutiger Perspektive eher zweifelhaft klingendes – Lob des Dekans der Medizinischen Fakultät, Hermann Groll: Neumann habe nicht nur gut verständlich

⁹⁷ Vgl. Wolfgang Woelk, Der Pharmakologe und Toxikologe Wolfgang Wirth (1898–1996) und die Giftgasforschung im Nationalsozialismus, in: Ders./Frank Sparing/Karen Bayer/Michael G. Esch (Hrsg.), Nach der Diktatur. Die Medizinische Akademie Düsseldorf vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1960er Jahre, Essen 2003, S. 269–287, hier S. 273.

⁹⁸ Universitätsarchiv Würzburg, Zentralverwaltung, Personalakte Otto Rudolf Klimmer (ZV PA Klimmer): Lebenslauf vom 4. 2. 1953.

⁹⁹ Ebenda, Erklärung Klimmers vom 15. 6. 1941 sowie das Personalblatt vom 15. 12. 1945.

¹⁰⁰ Universitätsarchiv Würzburg, Zentralverwaltung, Personalakte Wilhelm Albert Neumann (ZV PA Neumann): Neumann an Rektor Josef Martin, 2. 4. 1948. Die entsprechende Aussage von Klimmer, er sei „mit den übrigen SA-Männern“ ohne eigenes „Zutun in die NSDAP überführt“ worden, in: Ebenda, ZV PA Klimmer: Lebenslauf vom 4. 2. 1953.

¹⁰¹ Vgl. Kalb, Wilhelm Neumann, S. 7–10 u. S. 37.

¹⁰² Ebenda, S. 51. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang wohl in erster Linie Neumanns Arbeiten zu Reizstoffen; vgl. ebenda, S. 104f.

¹⁰³ Ebenda, S. 163, Abbildung des Schreibens von Flury vom 23. 5. 1936.

auch für Laien referiert, sondern es verstanden, „insbesondere auch die große Bedeutung der Bekämpfung von Schädlingen für unser deutsches Volk hervorzuheben“¹⁰⁴. Nach einem öffentlichen Vortrag über „Die Pharmakologie der Schlafmittel“ und versehen mit der Einschätzung von Gaudozentebund und Rektorat, dass er „charakterlich, weltanschaulich und politisch [...] uneingeschränkt zuverlässig“ sei¹⁰⁵, wurde Neumann am 17. Juni 1937 zum Dozenten ernannt. Gute zwei Jahre später, im November 1939, erhielt er nach 15 Jahren als Privatassistent Flurys endlich eine Stelle als planmäßiger Assistent am Pharmakologischen Institut, wurde 1942 zum außerplanmäßigen Professor ernannt und blieb bis zu seiner Entlassung im Januar 1946 am Lehrstuhl¹⁰⁶.

Weniger Glück in dieser Hinsicht hatte Otto Klimmer. Seit 1936 Privatassistent bei Flury, wurde er zwar im September 1939 „vom Oberkommando des Heeres für Arbeiten am Pharmakologischen Institut Würzburg vom Dienst bei der Luftwaffe zurückgestellt“¹⁰⁷. Neben Studien zum Wirkungsmechanismus organischer Lösungsmittel, darunter Halogenkohlenwasserstoffe, bestand ein wesentlicher Teil von Klimmers Arbeiten „in wissenschaftlichen therapeutischen und toxikologischen Untersuchungen auf dem Gebiete des Gasschutzes und der Landesverteidigung“, in erster Linie „über Wiederbelebungsmitel, Narkose und Therapieveruche der verschiedensten Art bei Vergiftungen durch gasförmige und flüssige Kampfstoffe. Ferner Arbeiten zur Aufklärung der Wirkung des Bleitetraäthyls. [...] Diese Untersuchungen, die zum größten Teil für die Militärärztliche Akademie durchgeführt wurden, sind zur Veröffentlichung nicht freigegeben.“¹⁰⁸ Unmittelbar nach seiner Habilitation am 16. Juli 1941 mit einer von Flury als „Musterbeispiel gründlicher und exakter Arbeit“ und „ganz hervorragende wissenschaftliche Leistung“ bewerteten Studie über „Vergiftungen durch Verbrennungsgase“¹⁰⁹ wurde Klimmer dann aber zur Gasschutzschule der Luftwaffe nach Berlin-Kladow abkommandiert¹¹⁰. 1944 konnte er noch die Lehrbefugnis erwerben, wobei ihm möglicherweise die NSDAP-Mitgliedschaft zugutekam: Der Kandidat, schon während des Habilitationsvortrags 1941 „in Form der Rede etwas befangen“¹¹¹, zeigte auch in seiner Probevorlesung über „Bedingungen und Methoden der Arzneimittelauswertung“ und der Diskussion am 13. bzw. 15. Dezem-

¹⁰⁴ Universitätsarchiv Würzburg, ZV PA Neumann: Bericht Grolls vom 30.6.1936.

¹⁰⁵ Ebenda, Bericht des Rektorats (Entwurf) vom 6.7.1936; ähnlich die Berichte des Gaudozentebundführers Branscheidt vom 3.6. bzw. 4.12.1936.

¹⁰⁶ Vgl. Kalb, Wilhelm Neumann, S.26f.

¹⁰⁷ Universitätsarchiv Würzburg, ZV PA Klimmer: Lebenslauf vom 15.6.1941.

¹⁰⁸ Ebenda, Bericht Klimmers über seine wissenschaftliche Tätigkeit (Hervorhebung in der Vorlage).

¹⁰⁹ Ebenda, Gutachten Flurys vom 19.6.1941. Die Studie wurde 1943 im Springer Verlag unter dem Titel „Beitrag zur Kenntnis der Vergiftungen durch Verbrennungsgase“ veröffentlicht.

¹¹⁰ Universitätsarchiv Würzburg, ZV PA Klimmer: Personalblatt Klimmers vom 15.12.1943. Die Tätigkeit in Kladow ist auch erwähnt bei Günther W. Gellermann, Der Krieg, der nicht stattfand. Möglichkeiten, Überlegungen und Entscheidungen der deutschen Obersten Führung zur Verwendung chemischer Kampfstoffe im Zweiten Weltkrieg, Koblenz 1986, S.110.

¹¹¹ Universitätsarchiv Würzburg, ZV PA Klimmer: Bericht der Medizinischen Fakultät vom 25.7.1941 zur wissenschaftlichen Aussprache über den Habilitationsvortrag vom 16.7.1941.

ber 1943 eine „gewisse Ungewandtheit“¹¹², so dass sie nur als „genügend“ bewertet wurde. Für ihn sprach aber neben der zweifelsfrei vorhandenen wissenschaftlichen Qualifikation die politische Haltung: „Weltanschaulich, politisch und charakterlich entspricht Dr. Klimmer den Anforderungen an einen Hochschullehrer des neuen Staates. Seine Einsatzbereitschaft für den Nationalsozialismus steht außer Frage.“¹¹³ Seine später behauptete entschiedene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus wusste Klimmer offenbar – ebenso wie Neumann – gut zu verbergen.

Insbesondere Klimmers Ausführungen zu seinen Studien belegen, dass die Aufträge für den Würzburger Lehrstuhl zu einem erheblichen Teil von der Militärärztlichen Akademie in Berlin kamen, an der inzwischen Wolfgang Wirth tätig und „zu einem der mächtigsten und einflussreichsten Männer auf dem Gebiet der Kampfstoffforschung“¹¹⁴ geworden war. Wirth hatte von 1919 bis 1924 in München und Würzburg Chemie und von 1925 bis 1931 Medizin in Berlin und Würzburg studiert, wo er zugleich seit 1927 Assistent am Pharmakologischen Institut war. 1935 habilitierte er sich bei Flury mit einer für dessen Forschungsinteressen einschlägigen Arbeit unter dem Titel „Experimentelle Studien zur Behandlung von Vergiftungen durch Blausäure-Einatmung“¹¹⁵. Da in Würzburg keine Aussicht auf eine Planstelle bestand, wechselte Wirth 1936 zum Heereswaffenamt in Berlin, für das er, wie erwähnt, bereits früher als Kampfstoffexperte im Rahmen der geheimen Zusammenarbeit mit der Roten Armee tätig gewesen war. Hier war er zunächst mit dem Aufbau einer toxikologischen Abteilung am Heeresgasschutzlaboratorium in der Zitadelle Spandau befasst¹¹⁶, das ab 1936 – nicht zuletzt als Ersatz für die nunmehr fehlenden Erprobungsmöglichkeiten in Tomka – „zu einem speziellen Kampfstoffforschungsinstitut“¹¹⁷ ausgebaut wurde. 1938 übernahm er die Leitung der Gastherapeutischen Abteilung und deren Ausbau zum Institut für Allgemeine Pharmakologie und Wehrtoxikologie an der Militärärztlichen Akademie in Berlin, dessen Leitung er von 1941 bis 1945 innehatte; außerdem fungierte er 1942/43 als Leiter der Lehrgruppe C, zu der neben seinem Institut neun weitere gehörten. Parallel dazu behielt er als Leiter der für Toxikologie der Kampfstoffe zuständigen Gruppe VII der Gasschutzabteilung im Heereswaffenamt (Wa Prüf 9) nicht nur die Zuständigkeit für das entsprechende Labor in Spandau, sondern auch für Versuche an der Heereserprobungsstelle Raubkammer. Außerdem war er innerhalb der Heeresanitätsinspektion für den Gasschutz zuständig¹¹⁸. Als

¹¹² Ebenda, Bericht des Dekans der Medizinischen Fakultät vom 27. 12. 1943.

¹¹³ Ebenda, Rektoratsbericht vom 28. 1. 1944 über die öffentliche Lehrprobe Klimmers am 13. und 15. 12. 1943.

¹¹⁴ Neumann, *Arzttum*, S. 280. Zur Tätigkeit Wirths an der Medizinischen Akademie vgl. auch Schmaltz, *Kampfstoff-Forschung*, S. 461–464.

¹¹⁵ Vgl. Klee, *Deutsche Medizin*, S. 299; Woelk, Wolfgang Wirth, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Nach der Diktatur*, S. 272 f.

¹¹⁶ Vgl. Klee, *Deutsche Medizin*, S. 300.

¹¹⁷ Neumann, *Arzttum*, S. 277.

¹¹⁸ Vgl. Woelk, Wolfgang Wirth, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Nach der Diktatur*, S. 273 f.; Klee, *Deutsche Medizin*, S. 300 f.

Multifunktionär in Sachen Toxikologie der Kampfstoffe besaß Wirth offensichtlich so viel Einfluss, dass er nicht nur dem Pharmakologischen Institut an seiner ehemaligen Alma mater Forschungsaufträge verschaffen konnte. Er schaffte es auch, den im September 1943 wegen seiner Mitarbeit in der linken Widerstandsgruppe „Europäische Union“ verhafteten und drei Monate später zum Tode verurteilten Robert Havemann, der 1936 und 1938 bereits Forschungsarbeiten für die Militärärztliche Akademie und das Heereswaffenamt durchgeführt hatte¹¹⁹, mit kriegswichtigen Forschungen zu beauftragen. Er habe dadurch nach Havemanns eigener Aussage „ganz entscheidend dazu beigetragen“, dass dieser vor der Hinrichtung bewahrt wurde¹²⁰. Andererseits brachte es die Zuständigkeit für die Therapie von Kampfstoffverletzungen mit sich, dass Wirth 1939 mit Menschenversuchen im KZ Sachsenhausen in Berührung kam: Er nahm als Beobachter an Versuchen teil, bei denen die Wirksamkeit von Mitteln zur Behandlung von Hautverletzungen durch Senfgas (Lost) an Häftlingen getestet wurde¹²¹. Zuständig war Wirth zudem für Versuchsreihen zur Wirkungsweise der neuen, kampfstofftauglichen Nervengase Tabun und Sarin¹²², die nach Kriegsende, wie erwähnt, die Neugier des amerikanischen Chemical Corps weckten.

Studien zur Wirkungsweise von Tabun und Sarin vergab Wirth allerdings offenbar nicht an sein ehemaliges Institut in Würzburg, sondern an Universitätsinstitute in Münster bzw. Leipzig, Danzig, Düsseldorf und Marburg¹²³. Am Flury-Institut widmete man sich eher der Behandlung bzw. der Untersuchung der Folgen von Gasvergiftungen¹²⁴, und Neumann betonte 1946 wohl zu Recht, dass das Institut sich nicht mit der Entwicklung von Kampfstoffen befasst und auch keine führende Rolle „auf dem Gebiet des sogen. Chemischen Krieges“ innegehabt habe¹²⁵. Dass Institutsdirektor Flury – zusammen mit Wirth und Neumann – in einem Schreiben Anfang 1945 offen gegen einen Einsatz chemischer Kampfstoffe durch

¹¹⁹ Vgl. Woelk, Wolfgang Wirth, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Nach der Diktatur, S. 284 f.

¹²⁰ Robert Havemann, Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 56–59, Zitat S. 59.

¹²¹ Vgl. Kopke/Schultz, Menschenversuche, in: Kopke (Hrsg.), Medizin und Verbrechen, S. 247–249; Woelk, Wolfgang Wirth, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Nach der Diktatur, S. 277 f.

¹²² Vgl. Schmaltz, Kampfstoff-Forschung, S. 461–463; vgl. dazu auch Anm. 65.

¹²³ Vgl. Schmaltz, Kampfstoff-Forschung, S. 463–477; bei den von Nagel, Wissenschaft für den Krieg, besonders S. 53–57 bzw. S. 571–575, genannten Universitätsinstituten, die mit dem Heereswaffenamt kooperierten, fehlt jeder Hinweis auf die Universität Würzburg.

¹²⁴ Vgl. Neumann, Arztum, S. 278 f. Einerseits hebt Neumann stark auf Überlegungen zur Führung eines offensiven Gaskriegs ab und nennt Flury als Befürworter; andererseits gibt er aber an, dass an dessen Pharmakologischem Institut vorwiegend zur Narkose gasvergifteter Personen sowie zu den Wirkungen verschiedener Kampfstoffe und den daraus entstehenden gesundheitlichen Schädigungen geforscht wurde, was sich mit den Angaben von Klimmer über seine Studien deckt.

¹²⁵ Erklärung Neumanns vom 4. 4. 1946 zur Arbeit des Pharmakologischen Instituts auf dem Kampfstoffgebiet, zit. nach Kalb, Wilhelm Neumann, S. 46. Kalb lässt offen, ob die Kampfstoff-Forschung des Würzburger Instituts eher „offensiv oder defensiv einzuordnen“ sei; ebenda, S. 126.

die Wehrmacht eingetreten sein soll, beruht allerdings ausschließlich auf Aussagen der Beteiligten¹²⁶; Belege dafür fehlen¹²⁷.

Im Frühjahr 1945 nach Würzburg versetzt, geriet Wirth am 16. April 1945 in Erlangen in amerikanische Kriegsgefangenschaft¹²⁸. Am 9. August 1945 wurde er – zeitgleich mit Flury und eine Woche vor Tabun- und Sarin-Entdecker Gerhard Schrader – nach Schloss Kransberg bei Kronberg im Taunus überstellt¹²⁹, wo im „Camp Dustbin“ deutsche Spitzenkräfte aus Wissenschaft, Technik und Rüstung vernommen wurden¹³⁰. Seine zweifelsohne bedeutsame Rolle für die nationalsozialistische Kampfstoff-Forschung suchte Wirth offenbar herunterzuspielen: Erst 1951 gab er seine Anwesenheit bei den Versuchen an Häftlingen des KZ Sachsenhausen zu, die er während seiner Befragung im Februar 1947 im Zusammenhang mit dem Nürnberger Ärzteprozess vehement, obwohl unter Eid stehend, geleugnet hatte. Auch an Wissen über Menschenversuche andernorts mochte Wirth sich offenbar nur ungern erinnern¹³¹. Nach zweijähriger Haftzeit konnte Wirth ins Berufsleben zurückkehren, wobei seine Netzwerke sich als hilfreich erwiesen: Ab 1948 arbeitete er in der Pharmakologischen Abteilung der Farbenwerke Bayer in Wuppertal, seit 1954 als Leiter des Pharmakologischen Labors und damit erneut als Kollege von Schrader¹³². Auch wenn Wirth die Rückkehr in eine akademische Karriere versagt blieb, erhielt er doch seine *Venia legendi* zurück und konnte sich als außerplanmäßiger Professor an der Medizinischen Akademie in Düsseldorf und Verfasser mehrerer Lehrbücher auch in der Nachkriegszeit einen Namen als Experte in toxikologischen Fragen machen – etwa auch durch die Mitarbeit in der mehrfach erwähnten DFG-Kommission, in der er erneut auf die ehemaligen Würzburger Kollegen Neumann und Klimmer traf.

¹²⁶ Klee, *Deutsche Medizin*, S. 303, nennt – allerdings ohne nähere Quellenangabe – eine eidesstattliche Erklärung Flurys von 1946, der zufolge Wirth eine entsprechende Denkschrift angeregt und, nach Mitzeichnung durch Flury und Neumann, an General Hermann Ochsner weitergeleitet habe. Woelk, Wolfgang Wirth, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Nach der Diktatur*, S. 286, Anm. 94, gibt unter Berufung auf einen Nachruf für Wirth von 1996 an, dass die Denkschrift Hitlers Leibarzt Karl Brandt übergeben worden sei. Kalb, Wilhelm Neumann, S. 47, zitiert die Aussage Neumanns aus seinem Spruchkammerverfahren, dass er mit Flury eine entsprechende Stellungnahme und damit „ein offenes Bekenntnis zu dem [...], was man damals Defaitismus nannte“, abgegeben habe.

¹²⁷ Vgl. Woelk, Wolfgang Wirth, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Nach der Diktatur*, S. 286.

¹²⁸ Vgl. Klee, *Deutsche Medizin*, S. 301; Woelk, Wolfgang Wirth, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Nach der Diktatur*, S. 274. Zur Inhaftierungspraxis der amerikanischen Besatzungsmacht vgl. zuletzt Andrew H. Beattie, Die alliierte Internierung im besetzten Deutschland und die deutsche Gesellschaft. Vergleich der amerikanischen und der sowjetischen Zone, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 62 (2014), S. 239–256.

¹²⁹ BArch Koblenz, OMGUS, AG 45, box 41, folder 16, OMGUS AG: Bericht vom 13. 12. 1945 über die in „Camp Dustbin“ Inhaftierten.

¹³⁰ Vgl. Klaus-Dietmar Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995, S. 566.

¹³¹ Vgl. Klee, *Deutsche Medizin*, S. 302; Kopke/Schultz, *Menschenversuche*, in: Kopke (Hrsg.), *Medizin und Verbrechen*, S. 248f. bzw. S. 255f., Anm. 43; Woelk, Wolfgang Wirth, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Nach der Diktatur*, S. 277–281.

¹³² Vgl. ebenda, S. 274f.

Diese beiden hatten, wenn auch auf Umwegen, die Wiederaufnahme ihrer Universitätskarrieren geschafft. Der im Januar 1946 aus dem Universitätsdienst entlassene Neumann war bis 1948 bei der Firma Heinrich Mack in Illertissen tätig, deren Inhaber, Karl August Forster, in den 20er Jahren Assistent bei Flury gewesen war. Hier arbeitete Neumann u. a. mit Karl Zeile zusammen, dem späteren Leiter der wissenschaftlichen Abteilung der Firma Boehringer Ingelheim¹³³, also jener Firma, die so vehementes Interesse an einer Geheimhaltung der Erkenntnisse zu Dioxin zeigen sollte. Die Rückkehr an die Universität, die mit der Wiedererlangung der Lehrbefugnis 1948 und der Ernennung zum ordentlichen Professor für Pharmakologie und Toxikologie in Würzburg im folgenden Jahr schließlich gelang, gestaltete sich für Neumann durchaus mühsam: Der Entnazifizierungsreferent im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus teilte keineswegs die Einschätzung der Würzburger Spruchkammer, die Neumann – nicht zuletzt aufgrund einer Reihe von Zeugenaussagen zu seinen Gunsten – „in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht“ hatte¹³⁴. Er bezweifelte die Aussage des Wissenschaftlers, „Nationalsozialist im Sinne des berüchtigten Wortes sei er nie gewesen“ und nur deshalb der NSDAP beigetreten, „um seine Stellung an der Universität Würzburg als Dozent halten zu können“¹³⁵, und hielt dem entgegen, dass Neumann deutlichen Indizien zufolge „eher als zuverlässig im Sinne des Nationalsozialismus gegolten habe“. Treffe aber seine Aussage zu, dass er wegen seiner Stellung an der Universität 1937 NSDAP-Mitglied geworden sei, dann habe er „zu diesem Zeitpunkt seine heute verfochtene antinationalsozialistische Haltung um eines persönlichen Vorteils willen verkauft“¹³⁶. Neumann wies dies in einer Stellungnahme an Rektor Josef Martin vom 2. April 1948 mit dem bereits zitierten Argument der automatischen Überführung der SA-Reserve in die Partei sowie der Aussage scharf zurück, er habe seine Karriere als Wissenschaftler aus Neigung und nicht wegen persönlicher Vorteile verfolgt – wofür auch die Tatsache spreche, dass er bis 1939 auf die Assistentenstelle habe warten müssen¹³⁷. Der Referent hatte offenbar einen empfindlichen Punkt getroffen: Selbst wenn die behauptete politische Distanz zum Nationalsozialismus zutrifft, hatte der Wissenschaftler in der nicht ganz abwegigen Annahme, dass sein Verbleib bzw. Fortkommen an einem erheblich von Forschungsaufträgen aus Berlin lebenden Institut von der Parteimitgliedschaft abhing, durchaus aktiv mit dem NS-Regime kooperiert.

Dies galt auch für Klimmer, der nach kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft im August 1945 entlassen und von der Spruchkammer in Lohr am Main am 10. Oktober 1947 als Mitläufer eingestuft wurde, da er „nur nominell am Natio-

¹³³ Vgl. Kalb, Wilhelm Neumann, S. 39.

¹³⁴ Universitätsarchiv Würzburg, ZV PA Neumann: Spruchkammerurteil vom 3. 3. 1947 (rechtskräftig am 6. 4. 1947); vgl. auch Kalb, Wilhelm Neumann, S. 27–35.

¹³⁵ Universitätsarchiv Würzburg, ZV PA Neumann: Spruchkammerurteil vom 3. 3. 1947.

¹³⁶ Ebenda, ZV PA Neumann: mit Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus am 13. 3. 1948 an den Rektor der Universität Würzburg, Martin, übermitteltes Gutachten des – namentlich ungenannten – Entnazifizierungsreferenten.

¹³⁷ Ebenda, Stellungnahme Neumann an Martin.

nalsozialismus teilgenommen“ habe¹³⁸. Klimmer schlug sich mit verschiedenen Tätigkeiten und Praxisvertretungen durch, ehe er am 1. Januar 1949 eine Facharzt-ausbildung zum Internisten am Marien-Hospital in Brühl begann. Im November 1952 eröffnete sich die Aussicht auf eine Stelle am Pharmakologischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, so dass Klimmer sich mit der Bitte um Wiederverleihung der *Venia legendi* an den Dekan der Würzburger Medizinischen Fakultät wandte¹³⁹. Die Fakultät kam seinem Wunsch am 28. Januar 1953 nach; ein Jahr später, unmittelbar nach seiner Einstellung als Assistent am 1. Februar 1954, erfolgte die Umhabilitation nach Bonn¹⁴⁰. Über seine Tätigkeit von 1933 bis 1945 und die damalige Haltung zum Nationalsozialismus legte Klimmer in einem Lebenslauf vom 4. Februar 1953 mit ähnlichen Argumenten wie Neumann Rechenschaft ab. Zu seiner Tätigkeit als Volontär-bzw. Privatassistent von Flury von 1937 bis 1941 führte er aus, er habe „vor allem auf dem Gebiete der Gewerbetoxikologie und Gewerbehygiene gearbeitet. Daneben liefen Arbeiten auf allen Gebieten der Toxikologie, u. a. auch über Gasschutz.“¹⁴¹ Wie der Wissenschaftler seine frühere Tätigkeit tatsächlich bewertete, muss offen bleiben. Auffällig ist immerhin, dass nach dem Wechsel an die Bonner Universität mit Ausnahme der Habilitation von 1944 jeglicher Hinweis auf seine Würzburger Jahre aus Klimmers Eintrag in „Kürschners Gelehrtenkalender“ verschwand¹⁴².

Schlussbetrachtung

Ob die zuständigen Referenten im Auswärtigen Amt 1983 bei der Bearbeitung der Anfrage aus den USA die angesichts des Alters der Forscher nicht ganz abwegige Vermutung hatten, dass findige Journalisten bei Personenrecherchen auf frühere NSDAP-Mitgliedschaften stoßen und eine Vergangenheitsdebatte in der Bundesrepublik losretzen könnten, ist aus den Dokumenten nicht ersichtlich. Für die Beamten garantierte jede Nennung eines bundesdeutschen Wissenschaftlers im Zusammenhang mit „Agent Orange“, schon wegen der öffentlichen Wahrnehmung von dessen Verwendung in Vietnam als Kampfstoff-Einsatz, eine schlechte Presse. Dass die von der Botschaft in Washington befürchtete Schlagzeile auch „Agent Orange brainchild of Nazi Germany’s chemical warfare specialists“ hätte lauten können, war den Diplomaten dabei offenbar nicht einmal bewusst.

Inwieweit die noch lebenden Wissenschaftler – Neumann war 1965 verstorben – tatsächlich die Befürchtung hatten, dass ihre Verwicklung in den „Agent Orange“-Prozess ihre Vergangenheit nach fast 40 Jahren wieder ans Licht holen

¹³⁸ Universitätsarchiv Würzburg, ZV PA Klimmer: Sühnebescheid für Klimmer vom 13. 10. 1947.

¹³⁹ Ebenda, Klimmer, z.Z. Marienhospital Brühl, an Dekan Schuermann, 5. 11. 1952.

¹⁴⁰ Ebenda, Dekan Schuermann an Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 29. 1. 1953; Klimmer an Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 10. 5. 1954.

¹⁴¹ Ebenda, Lebenslauf vom 4. 2. 1953.

¹⁴² Vgl. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender. Lexikon der lebenden deutschsprachigen Wissenschaftler, achte Ausgabe, hrsg. von Gerhard Oestreich, Berlin 1954, S. 1175, bzw. neunte Ausgabe, hrsg. von Werner Schuder, Berlin 1961, S. 995.

könnte, ist nicht bekannt. Verständlicherweise mochten sie nicht in die hitzige publizistische Diskussion um die Folgen des militärischen Gebrauchs von Herbiziden in Vietnam geraten. Ob dieses Risiko bestand, lässt sich im Nachhinein schwer beurteilen. Schlagzeilen wie die hypothetisch formulierte hätten jedenfalls in die gut zehn Jahre zuvor eröffnete wissenschaftliche Debatte in den USA um die ökologischen Folgen des Herbizid-Einsatzes in Vietnam gepasst: Schon im Februar 1970 hatte Arthur Galston, Lehrstuhlinhaber für Botanik an der Yale University, auf einer Konferenz über „War Crimes and the American Conscience“ das amerikanische Vorgehen in bewusster Anknüpfung an den Begriff des Genozids als „ecocide“ bezeichnet, und drei Jahre später sprach Richard Falk, Professor für Internationales Recht an der Universität Princeton, von einem „Ausschwitz for environmental values“¹⁴³.

Indessen wäre der erste Teil der hypothetischen Schlagzeile wohl falsch gewesen. „Agent Orange“ war – das sei noch einmal betont – kein neuartiger chemischer Kampfstoff, für dessen Entwicklung das Know-how ehemaliger deutscher Experten auf diesem Gebiet vielleicht nützlich oder gar erforderlich gewesen wäre. Selbst wenn es – anders als von der politischen Führung angenommen und lange auch in der wissenschaftlichen Literatur kolportiert – kein handelsübliches und auch im zivilen Gebrauch befindliches Entlaubungsmittel, sondern ein eigens vom Army Chemical Corps entwickeltes taktisches Herbizid war¹⁴⁴, spricht nichts für die Annahme, dass die deutschen Wissenschaftler über den einschlägig tätigen Hoffmann tatsächlich der Forschung in Fort Detrick zugearbeitet hätten. Von anders gelagerten Forschungsinteressen¹⁴⁵ einmal abgesehen: Dass die USA auf diesem Gebiet deutsche „Entwicklungshilfe“ benötigt hätten, darf bezweifelt werden, zumal die Bestandteile von „Agent Orange“ als solche längst im zivilen Gebrauch erprobt und für unbedenklich befunden worden waren¹⁴⁶. Die Rolle der deutschen Wissenschaftler beschränkte sich also wohl tatsächlich auf die Weitergabe der wenigen Erkenntnisse zu den von Dioxin ausgehenden Gefahren, die sie 1959 hatten und die sie offenbar auch nicht aktiv vertieften. Da sie kaum mit der Entwicklung des ab 1965 eingesetzten „Agent Orange“ in Verbindung zu bringen waren, erscheint die vom amerikanischen Verteidigungsministerium bzw. den involvierten militärischen Stellen aufgebaute Drohkulisse, sie könnten als Väter des Entlaubungsmittels in die Geschichte eingehen, mehr als aufgebauscht.

Ihr in der Rückschau so unscheinbar daherkommender Hinweis auf die Risiken, mit denen der Produktionsprozess derartiger Herbizide durch die Freisetzung des hochgiftigen Dioxin behaftet sein konnte, barg für die gerichtliche Auseinandersetzung um „Agent Orange“ allerdings durchaus Brisanz. In einem

¹⁴³ Zierler, *Invention of ecocide*, S. 19 u. S. 25.

¹⁴⁴ Vgl. Young, *History*, S. 1.

¹⁴⁵ Neumann beschäftigte sich in den 50er Jahren schwerpunktmäßig mit der Wirkungsweise von Bienengiften; vgl. die Veröffentlichungsliste bei Kalb, Wilhelm Neumann, S. 91–94. Zu Sandermanns Forschungsarbeiten vgl. die Liste bei Dietrichs, Sandermann 60 Jahre, S. 156–159.

¹⁴⁶ Vgl. Young, *History*, S. 1 f. Zur Änderung dieser Einschätzung für 2,4,5-T ab 1969 vgl. Anm. 46.

Prozess, in dem „die Fragen, wann und wie genau die Chemieunternehmen und die Regierung von der toxischen Wirkung des Herbizids Kenntnis erhielten und was sie wussten, zu zentralen Themen des Streitverfahrens und der Debatten wurden“¹⁴⁷, konnte ihren Aussagen nämlich sehr wohl erhebliche Bedeutung zukommen. Als letzte lebende Zeugen wären sie in der Lage gewesen, die Informationen des Hoffmann-Berichts – der Chemiker war 1967 einem Krebsleiden erlegen¹⁴⁸ – zu untermauern und so die von den „Agent Orange“-Herstellern vertretene Verteidigungsposition zu stützen, dass sie nach Vorgaben des Militärs produziert hätten und zudem die amerikanische Regierung – mindestens aber die Militärführung – frühzeitig über die mit dem Herbizid-Einsatz verbundenen Dioxin-Risiken informiert gewesen sei. Schon am 20. Mai 1983 war der Vorsitzende Richter, George C. Pratt, auch ohne weitere Bestätigung zu der Einschätzung gelangt, dass die Regierung aufgrund des Berichts von Hoffmann über die Folgen von Industrieunfällen in der Bundesrepublik Bescheid gewusst habe. Der Bericht vermittele außerdem „erstaunliche Informationen“ über die Toxizität von Dioxin, die Tests in Edgewood Arsenal in den frühen 1960er Jahren, und die Mitte bis Ende der 1960er Jahre vorhandenen Kenntnisse über das Problem der Dioxinkontamination bei den im Dienst der Regierung stehenden Wissenschaftlern“. Kurzum: „Er schloss, dass ‚unwidersprochene und unbestrittene Belege [...] enthüllen, dass die Regierung und das Militär ziemlich umfassende Kenntnisse besaßen, die darauf hinwiesen, dass die Verwendung von Agent Orange in Vietnam beträchtliche, wenn auch unbestimmte, Schadensrisiken für unser militärisches Personal schuf.“¹⁴⁹ Mit Blick auf die noch ausstehende förmliche Eröffnung des Prozesses lag es offenkundig im Interesse amerikanischer Stellen, die deutschen Wissenschaftler von einer Aussage abzuschrecken, die diese Position gestützt und der Militärführung klar eine Mitverantwortung zugewiesen hätte.

Das grundlegende Problem der klagenden Vietnam-Veteranen hätten allerdings auch die Aussagen der Wissenschaftler nicht gelöst. Für eine erfolgreiche Entschädigungsklage musste nicht nur bewiesen werden, dass bestimmte Gesundheitsschäden und Erkrankungen tatsächlich ausschließlich auf den Kontakt mit „Agent Orange“ zurückzuführen waren¹⁵⁰. Es war auch der Nachweis zu erbringen, wann, wo, wie lange und in welcher Konzentration die Geschädigten mit „Agent Orange“ bzw. dem darin enthaltenen Dioxin in Berührung gekommen waren und welche der beklagten Firmen für die jeweilige Verunreinigung verantwortlich war. Nicht nur angesichts kaum zu rekonstruierender Einsatzbedingungen war dies ein schier unmögliches Unterfangen: Hinzu kam die Durchmischung unterschiedlich dioxin-kontaminierter „Agent Orange“-Lieferungen verschiedener Hersteller. Obwohl nämlich Dow Chemical im März 1965, also zu

¹⁴⁷ Schuck, Agent Orange on Trial, S. 17.

¹⁴⁸ Vgl. Dippel, Two against Hitler, S. 145.

¹⁴⁹ Schuck, Agent Orange on Trial, S. 99.

¹⁵⁰ Ebenda, S. 185, Schuck spricht vom „schwierigsten und am schwersten handhabbaren Bestandteil von Sammelklagen auf Entschädigung in Vergiftungsfällen wie bei Agent Orange – der Schwierigkeit, die genaue Ursache von Verletzungen nachzuweisen, die nicht spezifisch für eine bestimmte Substanz sind“.

Beginn des „Agent Orange“-Einsatzes in Vietnam, seine von Boehringer Ingelheim übernommenen Erkenntnisse zu den Dioxin-Risiken im Herstellungsverfahren an die wichtigsten Mitbewerber um Regierungsaufträge – allerdings nicht an die Regierung selbst – weitergegeben hatte, hatten die informierten Konkurrenten offenbar keine Notwendigkeit gesehen, an ihrem Produktionsverfahren etwas zu ändern. Zudem wurden in Zeiten höchsten militärischen Bedarfs Mitte der 60er Jahre offensichtlich auch die Herstellungsstandards nicht immer konsequent eingehalten¹⁵¹. Immerhin fand dies seinen Niederschlag in dem Vergleich, den Richter Jack B. Weinstein, der noch 1983 den Vorsitz im Verfahren übernommen hatte, unmittelbar vor Prozess-Eröffnung am 7. Mai 1984 durchdrückte. Er verpflichtete die „Agent Orange“-Produzenten zur Gründung eines Entschädigungsfonds in Höhe von 180 Millionen Dollar, in den die Firmen abhängig von der Menge des gelieferten Herbizids und des darin potenziell enthaltenen Dioxins einzuzahlen hatten¹⁵² – freilich unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass dies kein Schuldeingeständnis der Hersteller bedeutete. Weinstein ermöglichte damit Zahlungen an Betroffene, die diese vor Gericht nicht nur aus den genannten Gründen kaum hätten durchsetzen können¹⁵³.

Weder die wissenschaftliche noch die öffentliche Debatte um die Schädlichkeit von „Agent Orange“ sowie um die Verantwortung für dessen Verwendung und die Folgen waren allerdings damit beendet. Die Frage, welche Krankheiten als Folge von Dioxin-Kontakt einzustufen seien, wurde heftig weiter diskutiert¹⁵⁴. Sie steht bis heute auf der Agenda der amerikanischen Regierung, die 1984 mit dem „Veterans Dioxin and Radiation Exposure Compensation Act“ über den „Agent Orange Act of 1991“ schließlich doch dafür sorgte, dass neben Chlorakne eine Reihe weiterer Erkrankungen als Folge des Herbizid-Einsatzes anerkannt und Vietnam-Veteranen dafür entschädigt wurden – nunmehr völlig unabhängig davon, ob sie überhaupt mit verunreinigtem „Agent Orange“ in Kontakt gekommen sein konnten¹⁵⁵. Während eine Vielzahl von Forschungsprojekten, seit dem Jahr 2000 auch

¹⁵¹ Vgl. Martini, Agent Orange, S. 146–148, bzw. Zierler, Invention of ecocide, S. 8. Zum unterschiedlichen Dioxin-Gehalt in den Agent-Orange-Lieferungen verschiedener Hersteller vgl. Anm. 47.

¹⁵² So war für die Dow Chemical Company, bei deren Produktionsprozess das Dioxin-Risiko relativ gering war, bei 28,6 % des Lieferanteils eine Beteiligung von 19,5 % am Entschädigungsfonds vorgesehen. Die Monsanto Chemical Company, die den Hinweisen von Dow zu den Produktionsrisiken nicht gefolgt war und deren Agent Orange-Lieferungen daher potenziell eher verunreinigt waren, sollte bei einem Anteil von 29,5 % der Lieferungen 45,5 % der Summe des Fonds aufbringen. Der Rest verteilte sich, ebenfalls abhängig von Liefermenge und Dioxin-Verunreinigungen, auf die übrigen fünf beklagten Firmen. Vgl. Schuck, Agent Orange on Trial, S. 156, und zur abschließenden Regelung S. 165–167.

¹⁵³ Hinzu kamen u. a. die unüberschaubaren Kosten des Verfahrens und die Meinungsverschiedenheiten der Anwälte; vgl. Schuck, Agent Orange on Trial, S. 62–64, S. 73–75, S. 83–85 u. S. 102–110.

¹⁵⁴ Zu den Debatten vgl. vor allem den Sammelband von Young/Reggiani (Hrsg.), Agent Orange and its associated dioxin; Young, History, besonders S. 165–169; Martini, Agent Orange, S. 171–179.

¹⁵⁵ Vgl. Young, History, S. 169.

in amerikanisch-vietnamesischer Kooperation, sich mit den ökologischen Auswirkungen des Herbizid-Einsatzes in Vietnam befassen¹⁵⁶, gilt für gesundheitlich Geschädigte in der vietnamesischen Zivilbevölkerung bislang allerdings weiterhin der „double-standard of proof“¹⁵⁷: Ihre 2004 eingereichte Klage gegen die Herstellerfirmen von „Agent Orange“ wurde im Folgejahr von eben jenem Richter Weinstein abgewiesen, der 1984 den Vergleich für die Vietnam-Veteranen erwirkt hatte. Sein Urteil begründete er u. a. wie folgt: „Agent Orange und die anderen Mittel [...] sollten als Herbizide und nicht als Gifte eingestuft werden. Obwohl ihre unerwünschten Wirkungen auf Menschen und Land im Ergebnis möglicherweise denen von Giften entsprochen haben, verändern solche kollateralen Folgen nicht den Charakter der Substanz für den hier in Rede stehenden Zusammenhang.“¹⁵⁸

Herbizid, Umweltgift oder Kampfstoff? Der Fall „Agent Orange“ schärft zum einen das Bewusstsein für die Risiken neuer, zunächst als unschädlich eingeschätzter Technologien. Vor allem aber verweist er eindrucklich auf das Problem des „dual use“ von Giftstoffen für zivile und militärische Zwecke und den schmalen Grat, auf dem Wissenschaft, Politik und Industrie sich hier bisweilen bewegen. Das Thema bleibt im 21. Jahrhundert hochaktuell – nicht nur für die Weltmacht USA.

¹⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 303–324.

¹⁵⁷ Martini, Agent Orange, S. 230.

¹⁵⁸ Zit. nach ebenda, S. 223.

■ Wer an die Geschichte Österreichs nach 1945 denkt, verbindet damit nicht unbedingt Kriegswaffenproduktion, Waffenexporte und illegalen, aber politisch gedeckten Waffenhandel. Gerade in der Ära des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky galt die Alpenrepublik als Motor einer ausgleichenden Friedenspolitik zwischen den Machtblöcken. Dass das aber nur die halbe Wahrheit ist, unterstreicht Thomas Riegler mit der eindringlichen Schilderung eines Skandals, der Österreichs Politik in ihren Grundfesten erschüttert hat. Neue Quellen geben den Blick frei auf ein kompliziertes Geflecht aus politischen Interessen, wirtschaftlichen Problemen und sozialpolitischen Handlungszwängen, das für die Entscheidungsträger letztlich wichtiger war als Recht, Gesetz und Moral. ■

Thomas Riegler

„Macht's es unter der Tuchent“

Die Waffengeschäfte der österreichischen Verstaatlichten Industrie und der Noricum-Skandal

1. Der Skandal und die Zweite Republik

Der Noricum-Skandal hat das politische System der Zweiten Republik zwischen 1985 und 1993 nachhaltig erschüttert. Sieht man von journalistischen und politikwissenschaftlichen Arbeiten¹ ab, so fehlt eine quellengestützte Aufarbeitung der Causa bislang. Der Skandal entzündete sich an illegalen Waffengeschäften mit Irak und Iran, die sich im Ersten Golfkrieg zwischen 1980 und 1988 bekämpften. Lieferantin war die Noricum Maschinenhandels GmbH, eine Tochterfirma der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke-Alpine Montan AG (VOEST-Alpine AG), die das Schwergewicht der Verstaatlichten Industrie – der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (ÖIAG) darstellte². Das Geschäft umfasste 353 weitreichende Haubitzen³, die dazugehörige Munition und

¹ Vgl. Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hrsg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Neuauflage Innsbruck 2007; Kurt Tozzer/Günther Kalinger, Todesfalle Politik. Vom OPEC-Überfall bis zum Sekyra-Selbstmord, St. Pölten 1999; Christian Dickinger, Die Skandale der Republik: Haider, Proksch & Co, Wien 2001.

² Die Verstaatlichte Industrie geht auf zwei Gesetze aus den Jahren 1946/47 zurück. Betroffen waren vor allem das Bankenwesen, die Eisen- und Stahlindustrie, die Chemie- und Erdölindustrie sowie die Elektrizitätswirtschaft. 1967 wurde die Verstaatlichte Industrie in der Österreichischen Industrieverwaltungs-GmbH (ÖIG) neu organisiert, drei Jahre später erfolgte der Umbau in die Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (ÖIAG). Die Belegschaften der ÖIAG-Betriebe zählten in den 1970er Jahren etwa 125.000 Arbeiter, rund 20 % der österreichischen Industriebeschäftigten. 2015 wurde die ÖIAG in die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (ÖBIB) umgewandelt.

³ Laut dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Noricum-Skandal gelangten 213 Gun Howitzer Noricum, kurz GHN-45, über Jordanien in den Irak, 140 GHN-45 in den Iran. Bericht des parlamentarischen NORICUM-Untersuchungsausschusses, 1235 der Beilagen

Zubehör. Dabei verstieß die Noricum gegen das österreichische Kriegsmaterial-exportgesetz, das den Waffenverkauf an kriegführende Staaten untersagte. Nachdem die Geschäfte Ende der 1980er Jahre sukzessive öffentlich wurden, stellte sich die Frage nach der politischen und strafrechtlichen Verantwortung, die 1989/90 im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses und zwischen 1991 und 1993 in mehreren Prozesse gegen Manager und Ex-Politiker geklärt wurde.

Dieser Beitrag untersucht die Thematik unter folgenden Gesichtspunkten: Erstens geht es darum, den Noricum-Skandal im Zusammenhang mit dem postindustriellen Wandel in Österreich zu verstehen. Zweitens soll die Causa als Fortführung einer Reihe problematischer österreichischer Rüstungsexporte nach Lateinamerika und in den Nahen Osten betrachtet werden. Drittens werden die Rahmenbedingungen aufgrund des Kriegsmaterialexportgesetzes und der österreichischen Neutralität aufgezeigt. Die arbeitsmarktpolitische Prämisse der Rüstungsproduktion und betriebswirtschaftliche Überlegungen führten hier fast zwangsläufig zum Konflikt. Abschließend gilt es, viertens, die politisch-juristischen Konsequenzen zusammenzufassen.

Die Quellenlage gestaltet sich schwierig: Viele relevante Unterlagen des Untersuchungsausschusses oder einschlägige Bestände des Archivs der Republik (AdR) unterliegen laut österreichischem Bundesarchivgesetz wegen personenbezogener Daten anstatt der Schutzfrist von 30 jener von 50 Jahren. Die Auswertung von Gerichtsakten ist dagegen möglich – allerdings stellt der Umfang der Unterlagen zum sogenannten Managerprozess (insgesamt 147 Bände) eine nicht unbeträchtliche Herausforderung dar. Darüber hinaus wurden vereinzelt Aktenteile aus Gründen der Geheimhaltung in einem separaten Ordner abgelegt, dessen Verbleib sich nicht klären ließ. Weitere Primärquellen für diesen Aufsatz stammen unter anderem aus der 1984 gegründeten Stiftung Bruno Kreisky Archiv (StBKA), das den politischen und persönlichen Nachlass des langjährigen Bundeskanzlers⁴ umfasst. Darunter befindet sich beispielsweise das Tagebuch von Josef Staribacher (SPÖ), das dieser über seine Amtszeit als Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie (1970 bis 1983) führte. Diese Aufzeichnungen ermöglichen einen subjektiven Blick in das Innenleben der Regierung Kreisky, in deren letzte Amtsperiode die Expansion der österreichischen Rüstungsproduktion fiel.

zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP, <http://www.ejournal.at/Info/0010014/noricum.pdf>, S. 42 ff. [Letzter Zugriff 25. 11. 2015].

⁴ Dr. Bruno Kreisky (1911–1990) war zwischen 1970 und 1983 Bundeskanzler der Republik Österreich. 1971, 1975 und 1979 erreichte er mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) jeweils die absolute Mehrheit. Innenpolitisch führte Kreisky Anfang der 1970er Jahre umfangreiche Reformen durch, etablierte einen Wohlfahrtsstaat und schärfte das außenpolitische Profil Österreichs.

2. Die österreichische Waffenindustrie

Wie der damalige freie Sozialwissenschaftler Peter Pilz⁵ 1982 in seinem Buch „Die Panzermacher“ betonte, war Rüstungsproduktion in Österreich Anfang der 1980er Jahre grundsätzlich „nichts Neues“: „Schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde im Kernland der damaligen Monarchie sukzessive mit der Produktion all dessen begonnen, was später im Ersten und im Zweiten Weltkrieg, zu millionenfachem Einsatz kommen sollte.“ Nach 1945 musste die Waffenproduktion eingestellt werden – bis mit der Neugründung des Bundesheers 1955 auch wieder Kriegswaffen erzeugt wurden⁶. Zu Beginn der 1970er Jahre waren aber nur mehr zwei Betriebe – die Steyr-Daimler-Puch AG und die Hirtenberger Patronenfabrik – stärker auf diesem Feld tätig. 1975 exportierte Österreich Kriegsmaterial im Ausmaß von 0,8 Prozent seiner Exporte. 1979, nachdem die VOEST-Alpine ihr Engagement massiv ausgeweitet hatte, sollten es bereits 1,2 Prozent sein⁷.

Mitte der 1980er Jahre waren rund 15.000 österreichische Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Waffenproduktion abhängig. Die Branche wurde mehrheitlich von ÖIAG-Unternehmen dominiert: Ende der 1980er Jahre entfielen bereits 86 Prozent des Umsatzes auf die VOEST-Alpine⁸ mit ihren Tochtergesellschaften – der Noricum Maschinenhandels GmbH, der Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik AG, den Österreichischen Schiffswerften AG Linz-Korneuburg, der Ennstaler Metallwerke GmbH und der Vereinigten Edelstahlwerke AG (VEW)⁹. Ein weiterer gewichtiger Faktor war die eisenverarbeitende Steyr-Daimler-Puch AG, Anfang der 1980er Jahre das drittgrößte Industrieunternehmen Österreichs und mehrheitlich im Besitz der Staatsbank Creditanstalt¹⁰. Daneben traten folgende Mitspieler auf: Glock¹¹, Voere, die Südsteirische Metallindustrie, Dynamit-Nobel, die Swarovski-Werke und die ÖAF-Gräf & Stift AG¹². Von den Produkten her entwickelte sich der Steyr-Daimler-Puch-Jagdpanzer „Kürassier“ zum Exportschlager in Staaten der „Dritten Welt“: „Die Wanne, die

⁵ Dr. Peter Pilz zog 1986 für die Grüne Alternative in den Nationalrat ein – zwei Jahre später war er Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Causa Noricum. Aktuell fungiert er als Sicherheitssprecher der Grünen.

⁶ Peter Pilz, *Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte*, Wien 1982, S. 5–12, Zitat S. 5.

⁷ Vgl. ebenda, S. 13.

⁸ Vgl. Hubertus Czernin/Otmar Lahodynsky, *Geschäfte mit Krisen*, in: *profil* vom 24. 2. 1986, S. 12–16, hier S. 14.

⁹ Vgl. Lucian O. Meysels/Hubertus Czernin, *Feuer frei!*, in: *Wochenpresse* vom 6. 7. 1982, S. 14–17, hier S. 16 f.

¹⁰ Vgl. Czernin/Lahodynsky, *Geschäfte mit Krisen*, in: *profil* vom 24. 2. 1986, S. 14.

¹¹ Glock hatte zunächst Feldmesser für das Bundesheer produziert – 1983 bestellte das Verteidigungsministerium 20.000 der neuentwickelten Glock 17-Pistolen, womit der Aufstieg des Unternehmens begann; vgl. Paul M. Barrett, *Glock. The Rise of America's Gun*, New York 2013, S. 6–17. Aktuell setzt Glock „selbst vorsichtigen Schätzungen zufolge“ jährlich über 100 Millionen Euro um. Firmengründer Gaston Glock zählt mit einem geschätzten Vermögen von annähernd einer Milliarde Euro zu den reichsten Österreichern; vgl. Steffen Fründt, *Die geheimnisvolle Glock-Fabrik in Deutsch Wagram*, in: *Die Welt* vom 12. 3. 2012.

¹² Vgl. *Der Spiegel* vom 21. 9. 1987: „Fast Hochverrat“, S. 149 f.

vorne 2-cm-Panzersprenggranaten trotz, liefert die VOEST. Ein 300 PS starker Steyr-Dieselmotor macht den 17-Tonnen-Panzer, ‚der sich auch für alltägliche militärische Aufgaben wunderbar eignet‘ [...] 67 Stundenkilometer schnell“, berichtete das Magazin *profil*, Werbematerial des Steyr-Konzerns zitierend. Mit Handfeuerwaffen – Jagdgewehren und dem Armee-Universal-Gewehr (Steyr AUG) – setzte Steyr-Daimler-Puch alleine im ersten Halbjahr 1980 1,5 Milliarden Schilling um. Der Rüstungssektor wurde als wichtige Stütze des gesamten Konzerns angesehen: Der Umsatz mit Kriegsmaterial war innerhalb von fünf Jahren von 100 Millionen auf drei Milliarden Schilling (1980) gestiegen und machte somit 20 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Von den 23.000 Beschäftigten von Steyr-Daimler-Puch waren 2.000 direkt in die Erzeugung von Gewehren, Militär-LKW und Panzern eingebunden¹³. Blickt man auf die großen Rüstungsexporteure blieb Österreich freilich eine vernachlässigbare Größe: 1978 rangierte das Land mit 120 Millionen US-Dollar in Rüstungsexporten weit hinter den USA (6.700 Millionen US-Dollar), Frankreich (1.350 Millionen US-Dollar), Großbritannien (1.100 Millionen US-Dollar) und der Bundesrepublik Deutschland (1.100 Millionen US-Dollar). Allerdings machte Österreich im Vergleich zu anderen neutralen Rüstungsexporturen wie Schweden (100 Millionen US-Dollar) und der Schweiz (40 Millionen US-Dollar) deutlich mehr Umsatz¹⁴. Während also die Produktion schrittweise ausgeweitet wurde, entwickelten sich die Erträge rückläufig: Nach dem Boomjahr 1978 mit 7,8 Milliarden Schilling Umsatz waren es 1984 unter vier Milliarden Schilling. Im Vergleich zur gesamten Industrieproduktion waren die Waffenschmiede zu diesem Zeitpunkt mit 0,7 Prozent „Umsatzzwerge“¹⁵.

Der Hauptgrund für den relativ späten Aufbau eines Rüstungssektors lag in der wirtschaftlichen Entwicklung: Ab Mitte der 1970er Jahre wurde Österreich vom postindustriellen Wandel erfasst. Die Wachstumsraten sanken jährlich von 5 Prozent in den 1960er Jahren auf niedrige 2,6 Prozent in den 1970er Jahren¹⁶. Der Ölpreisschock von 1973/74 und die damit verbundene Erhöhung der Energiepreise hatte gerade die grundstoffzeugenden Zweige der Industrie, und hier den Stahl- und Eisenbereich, getroffen – Sektoren, in denen die Verstaatlichte Industrie ihre traditionellen Schwerpunkte hatte¹⁷. Der Kapazitätsabbau war so umfassend, dass die Staaten der Europäischen Gemeinschaft 1984 weniger Stahl produzierten als 30 Jahre zuvor¹⁸. Angesichts dieser massiven Verschlechterung der internationalen Konjunktur stieß der Austro-Keynesianismus an seine Grenzen. Darunter versteht man eine wirtschaftspolitische Kombination aus expansiver

¹³ Otmar Lahodynsky, Flucht ins Ausland, in: *profil* vom 11. 8. 1980, S. 39 ff., hier S. 40.

¹⁴ Vgl. Pilz, *Die Panzermacher*, S. 17.

¹⁵ Czernin/Lahodynsky, *Geschäfte mit Krisen*, hier S. 16.

¹⁶ Vgl. Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, S. 136.

¹⁷ Stiftung Bruno Kreisky Archiv (künftig: StBKA), VI.I Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik, Box 170, Dringliche Anfrage im Bundesrat, 22. 10. 1981.

¹⁸ Vgl. Georg Turnheim, *Die Reorganisation und Sanierung der verstaatlichten Industrie als Voraussetzung für deren Privatisierung (Periode 1986 bis 1990)*, in: Ders. (Hrsg.), *Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008*, Wien 2009, S. 85–101, hier S. 87.

Budgetpolitik, wirtschaftsfördernden Maßnahmen, Hartwährungspolitik und sozialpartnerschaftlicher Lohn- und Preispolitik – um die Kaufkraft zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten, was sich jedoch zunehmend schwierig gestaltete¹⁹.

Im Winter 1980/81 überschritt die Arbeitslosenzahl erstmals die symbolisch wichtige Marke von 100.000 Personen. Eine Serie von Firmenzusammenbrüchen brachte Österreichs zweitgrößtes Kreditinstitut, die Länderbank, ins Wanken, während die VOEST-Alpine 1981 das bis dahin schlechteste Betriebsergebnis schrieb²⁰. 1982/83 sollten sich die Rahmenbedingungen durch den zweiten Ölshock zusätzlich eintrüben – die Arbeitslosigkeit stieg 1982 auf 3,5 Prozent²¹. Der „Kampf um Vollbeschäftigung“ sei dementsprechend zur „staatspolitischen Leitlinie, ja nachgerade zum Dogma geworden“, so der Kreisky-Biograph Wolfgang Petritsch²². Diese Priorität bestätigte auch der langjährige Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB), Anton Benya, 1990 als Zeuge im Zuge des Noricum-„Managerprozesses“: „Die Regierung war daran interessiert, ganz gleich, ob das bei der Voest-Alpine oder bei privaten Firmen war: Beschäftigung! Beschäftigung, Beschäftigung für die Menschen.“ Auf Nachfrage des vorsitzenden Richters, ob diesbezüglich auch Druck seitens der Gewerkschaft ausgeübt wurde, antwortete Benya: „Wenn man selbst einmal einige Male arbeitslos gewesen ist, und zwar in der 1. Republik, und weiß, was es bedeutet, wenn die Leute arbeiten wollen, um ihre Familien ernähren zu können, dann sagt man: Das Wichtigste ist, den Leuten eine Arbeit zu geben ansonsten entstehen Notstandsgebiete.“²³ Ähnlich äußerte sich eine weitere Zeugin, die SPÖ-Nationalratsabgeordnete Jolanda Offenbeck – die Sicherung von Arbeitsplätzen sei ein „wesentliches Anliegen“ gewesen, „daß man gesagt hat: ‚Arbeitslosigkeit führt zu Radikalisierung usw.‘ Wir kennen das doch noch aus den Dreißigerjahren. Das wollte man nie haben, und daher war dies eigentlich einer der wesentlichen Bestandteile unserer Politik, nämlich die Arbeitsplätze zu sichern, damit keine Massenarbeitslosigkeit entsteht.“²⁴

Als die Stahlkrise und der damit verbundene Nachfrageeinbruch ab Mitte der 1970er Jahre die Strukturschwächen einzelner VOEST-Alpine-Standorte offenlegte, reagierte man mit einer Diversifikationsstrategie – also mit dem Einstieg in neue Produktionsbereiche und Technologien, darunter auch die Waffenproduktion. In einem diesbezüglichen Vorstands-Dokument von 1979 heißt es: „Es hat sich gezeigt, dass die Werke Ferlach, St. Aegy, Eisenerz, Liezen und Kindberg auch bei normalem Konjunkturverlauf nur mit relativ hohen Verlusten zu führen wären, und wir waren daher gezwungen, eine Änderung der Produktionsstruktur dieser Betriebe herbeizuführen.“ Das Werk Liezen galt als

¹⁹ Vgl. Liselotte Douschan, Anton Benya. Österreichischer Gewerkschafts- und Nationalratspräsident, Wien 2011, S. 197–200.

²⁰ Vgl. Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. Die Biografie, St. Pölten 2010, S. 136 f.

²¹ Vgl. Douschan, Anton Benya, S. 202.

²² Petritsch, Bruno Kreisky, S. 269.

²³ Landesgericht Wien (künftig: LG Wien), 30 Vr 305/87, Bd. 196, S. 6469 f., Protokoll der Hauptverhandlung, 3. 10. 1990.

²⁴ Ebenda, Bd. 192, S. 460 f., Protokoll der Hauptverhandlung, 3. 9. 1990.

eines der „größten Sorgenkinder“. Um den Standort und dessen Arbeitsplätze zu erhalten, wurde Waffenherstellung als „optimale Lösung“ ins Auge gefasst. Darin sah man die Möglichkeit, „Liezen langfristig zu sanieren und gleichzeitig durch Abgabe der Gießerei den Standort Traisen abzusichern“²⁵. Schon ab 1978 begann daher Generaldirektor Heribert Apfalter, den Rüstungsgüterverkauf auszuweiten. Zu diesem Zeitpunkt produzierte das Unternehmen bereits Sprenggranatkörper, Panzerwannen, Panzer-Turmoberteile und -aufbauten, Kettenglieder und verschiedene Lafettenkomponenten²⁶. Nun wurde am 1. September 1979 ein eigener Geschäftsbereich, die „Wehrtechnik“, installiert. Der Vorstand war überzeugt, dass man als Hütten- und Verarbeitungsbetrieb produktionstechnisch „beste Voraussetzungen“ mitbrächte. Außerdem würden sich besonders günstige Marktchancen bieten, „sofern es gelingt, komplette Waffensysteme auf Basis eigener Technologie zu fertigen und anzubieten“²⁷. Als Verkaufsschiene wurde die Noricum Maschinenhandels GesmbH in Liezen aufgebaut. Gemäß Vorstandsbeschluss sollte die Noricum „a) den Vertrieb der wehrtechnischen Produkte des VA-Konzerns [Voest-Alpine] an alle Kunden und b) den Vertrieb sonstiger Produkte des VA-Konzerns an das Österr.[eichische] Bundesheer und ausländische Militärs durchführen“²⁸. Der Vorstand begründete seine Entscheidung grundsätzlich damit, dass „die staatliche und geopolitische Situation Österreichs“ eine eigenständige Produktion von „Verteidigungsgeräten“ erfordere und dies „geradezu zwangsläufig Exportaktivitäten nach sich ziehen“ würde – „mit allen volkswirtschaftlichen Auswirkungen (Arbeitsplätze, Handelsbilanz, Image: Österreich als Lieferant hochtechnischer Geräte usw.)“. Die Sparte Wehrtechnik ermögliche „einen indirekten Zugang zu modernster Anwendungstechnologie und damit den Ausgangspunkt für Innovationen im zivilen Bereich (z.B. Mikroelektronik, Präzisionstechnik)“. Eine „größere Programmbreite“ der Verstaatlichten Industrie würde zudem den Vorteil bieten, „künftige Konjunkturschwankungen abzufangen“²⁹.

Die Entscheidung für die Wehrtechnik kam im Kontext der bis dahin überschaubaren Waffenproduktion einem Kulturwandel gleich, der in der pazifistisch geprägten und politisch neutralen Zweiten Republik von Beginn an Widerspruch provozierte. Selbst intern gab es Widerstände: In einer Aufsichtsratssitzung meinte etwa der ÖIAG-Vorstandsvorsitzende Oskar Grünwald, dass die Waffenproduktion „wahrscheinlich einfach notwendig“ sei – allerdings müsse in einem Land „mit so großer katholischer und sozialistischer Tradition getrachtet werden [...], nur soweit als unbedingt notwendig auf diesem Sektor tätig zu werden, im übrigen aber den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktivitäten in größtmöglichem Umfang auf zukunftssträchtige zivile Produkte zu legen. Dies umso mehr, als die

²⁵ Ebenda, Bd. 143, S. 619–641, Aktivitäten der VOEST-Alpine auf dem Gebiet der Wehrtechnik, 19. 10. 1979.

²⁶ Ebenda, Bd. 143, S. 691, Bericht für Herrn Generaldirektor Dkfm. APFALTER, 14. 5. 1979.

²⁷ Ebenda, Bd. 143, S. 619–641, Aktivitäten der VOEST-Alpine auf dem Gebiet der Wehrtechnik, 19. 10. 1979.

²⁸ Ebenda, Bd. 143, S. 565, Aktenvermerk, 28. 8. 1981.

²⁹ Ebenda, Bd. 143, S. 555, Argumentation Wehrtechnik, 4. 5. 1982.

Fertigung militärischer Produkte auf Grund des relativ geringen Eigenbedarfs immer exportorientiert und damit auch außenpolitisch brisant sein wird.“³⁰

Die Haltung der Regierungspartei SPÖ in der Rüstungsfrage war von Widersprüchen gekennzeichnet. Im Parteiprogramm von 1978 fand sich die Forderung, dass die „Macht der Rüstungsindustrie beseitigt“ und „Initiativen für Abrüstung“ gesetzt werden sollten³¹. Für die Regierung wog die arbeitsmarktpolitische Prämisse dennoch mehr als ideologische Vorbehalte. Handelsminister Josef Staribacher beispielsweise vertrat die Ansicht, „dass wir so wie andere Staaten unbedingt die Interessen der österreichischen Industrie bei Waffenverkäufen wahrnehmen müssen. Ideologisch mag man als Sozialist und, wie ich mich auch bezeichnen darf, als Pazifist zu diesen Problemen stehen, wie man will. Die wirtschaftliche Notwendigkeit für die Steyrer-Werke und auch für andere Produzenten wie Hirtenberg, Assmann, usw. entweder alte Absatzgebiete zu bewahren oder was noch wichtiger ist, neue wie z. B. eben Tunesien dazuzugewinnen, sind aus arbeitsmarktpolitischen Gründen unbedingt notwendig.“³² In der Partei gab es viele, die diese pragmatische Sichtweise nicht teilten. Aber wie der damalige SPÖ-Jugendfunktionär Fritz Edlinger³³ rückblickend betonte, waren die innerparteilichen Auseinandersetzungen rund um das Atomkraftwerk Zwentendorf (1978) und die Besetzung der Hainburger Au (1984) „viel härter“ als die Konflikte „rund um die Waffengeschäfte“: „Diese wurden vom Gewerkschaftsflügel quasi unter dem Teppich forciert. Außerdem hat sich Kreisky da persönlich nicht so engagiert. Er hatte ja ein Vertrauensverhältnis zu Anton Benya, und da ist viel im Vorhinein ausgeräumt worden. Der Protest gegen die Waffengeschäfte ist also rein von den SPÖ-Jugendorganisationen und darüber hinaus in Bündnissen mit außerhalb der SPÖ stehenden Gruppierungen getragen worden. Es ist ja auch bei den Waffengeschäften um die Exportchancen einer überschaubaren Anzahl von Betrieben gegangen – im Unterschied etwa zur Energiefrage, die aus Sicht der Gewerkschaften die gesamte industrielle Zukunft Österreichs betroffen hat.“³⁴

Bei der Auswahl des Produkts ging man seitens der VOEST-Alpine davon aus, dass gerade weitreichende Kanonen gute Absatzchancen haben würden. Im Mai und November 1979 kam es zum Abschluss zweier entsprechender Lizenzverträge mit der kanadischen Space Research Cooperation³⁵. Firmengründer Gerald Bull³⁶

³⁰ Ebenda, Bd. 143, Protokoll für die 2. Sitzung des Aufsichtsrates der VOEST-ALPINE AG im Geschäftsjahr 1981, 7. 7. 1981.

³¹ Otmar Lahodynsky, Weine nicht, Argentinien, in: profil vom 29. 6. 1981, S. 12–14.

³² StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 19. 1. 1977 (Rechtschreibfehler im Original korrigiert).

³³ Fritz Edlinger war von 1971–1973 Bildungssekretär der Sozialistischen Jugend Österreich und anschließend bis 1976 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wiener Institut für Entwicklungsfragen. Seit 1996 ist er Generalsekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen.

³⁴ Interview mit Fritz Edlinger, 19. 9. 2012.

³⁵ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 6.

³⁶ Dr. Gerald Bull (1928–1990) war ein kanadischer Ingenieur und wurde am 22. 3. 1990 in Brüssel ermordet – angeblich weil er für den Irak eine „Supergun“ geplant und zur Einsatzreife gebracht hatte (Projekt Babylon); vgl. William Lowther, Arms and the Man. Dr. Gerald

galt damals als führende Autorität auf dem Gebiet der Artillerietechnologie. Die VOEST-Alpine erwarb von Bull für 400 Millionen Schilling die Lizenz zur Erzeugung der *Gun Howitzer Noricum*-Kaliberlänge 45, kurz GHN-45. Hierbei handelte es sich angeblich um „die beste Kanone der Welt“ – eine gezogene 155-mm Haubitze, die sowohl mit konventioneller Munition als auch mit taktischen Nuklearwaffen bestückt werden konnte. Mit einer Reichweite von 39 km übertraf die GHN-45 die Schussweiten sämtlicher Konkurrenzprodukte um fast 10 km³⁷. Mit einer Spezialmunition (base bleed) ließ sich die Reichweite sogar auf 45 km steigern. „Die Geschäftsanbahnung mit Gerald Bull ist auf ganz normalem Weg gelaufen“, betonte der ehemalige Noricum-Geschäftsführer Peter Unterweger im Interview: „Einer unserer Leute hat ihn kennengelernt und eine weltweite Lizenzproduktion besprochen. Viel konnte man mit Bull ohnehin nicht reden, denn er trank pro Tag ungefähr eineinhalb Flaschen Whisky. Aber Bull war definitiv ein absolut genialer Waffentechniker. Seine Entwürfe haben alles in den Schatten gestellt, was es damals international in Sachen Artillerie gegeben hat. Da sind die Idee und der Gedanke gereift, dass man das in Liezen machen könnte, um die dortige defizitäre Produktion durch hochwertigen Maschinenbau zu substituieren. Dieser Entschluss hat nicht auf moralisch-ethischen Überlegungen basiert, sondern begründete sich schlicht einfach darin – mit der Einzigartigkeit der GHN-45 – zu punkten und Arbeitsplätze abzusichern. Die Reichweite der GHN-45 von 45 km ist übrigens auch bis heute nicht überboten worden.“³⁸

Mit der Fertigung der GHN-45 waren alleine in Liezen 1.600 Arbeiter beschäftigt. Die zur Kanone passende Spezialmunition, Treibladungen und Zünder wurden von der Hirtenberger Patronenfabrik hergestellt, von der die VOEST-Alpine im Juli 1981 mehr als 73 Prozent der Aktien gekauft hatte³⁹.

Seitens der politisch Verantwortlichen erkannte Bundeskanzler Kreisky im Einstieg der VOEST-Alpine in die Wehrtechnik eine „weitreichende unternehmerische Entscheidung, von der auch Rückwirkungen für die österreichische Außen- und Außenhandelspolitik erwartet werden können“. Er bat daher den Vorstand um Mitteilung, „wie sie das Risiko für einen gesicherten Absatz in Anbetracht der Beschränkungen sehen, die sich aus dem Status der immerwährenden Neutralität und den gegebenen gesetzlichen Normen in Österreich ergeben“⁴⁰. Wie aus dem Protokoll einer VOEST-Alpine-Vorstandssitzung hervorgeht, dürfte der Bundeskanzler die Weichenstellung zuvor schon gebilligt haben – so hieß es 1978 über ein „Gespräch mit Bundeskanzler Dr. Kreisky zum Thema Wehrtechnik“: Dieser „erachtet unsere Vorgangsweise als sinnvoll im Sinne der Strukturbereinigung und weist darauf hin, daß bei unserem Vorgehen darauf Bedacht genommen wer-

Bull, Iraq, and the Supergun, Toronto 1991; James Adams, Bull's Eye. The Assassination and Life of Supergun Inventor Gerald Bull, New York 1992.

³⁷ Rudolf Stoiber, Die Kanone, von der man spricht, in: profil vom 21. 1. 1985, S. 38 ff., hier S. 38.

³⁸ Interview mit Mag. Peter Unterweger, 9. 2. 2011.

³⁹ Vgl. Peter Pilz, Eskorte nach Teheran. Der österreichische Rechtsstaat und die Kurdenmorde, Wien 1997, S. 37.

⁴⁰ StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 19, Kreisky an den Vorstand der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft, 8. 10. 1979.

den soll, den österreichischen Staatsvertrag nicht zu verletzen und eine Kollision mit Hirtenberger und Steyr-Daimler-Puch zu vermeiden“⁴¹. Kreiskys Zweifel wurden genährt, als ihn der damalige österreichische Generalkonsul in New York, Thomas Nowotny, darüber informierte, dass die Space Research Cooperation „international schwer kompromittiert sei“ – und zwar wegen „Waffenschiebereien nach Südafrika“⁴². Laut eigenen Angaben warnte Kreisky den ÖIAG-Vorstand ebenso wie Apfalter „eindringlich vor den Risiken derartiger Geschäfte“. Verantwortliche der VOEST-Alpine versicherten daraufhin, „dass die Pressemeldungen über Gesetzesverstöße im Zusammenhang mit Geschäften mit Dr. Bull [...] jeder Grundlage entbehrten“⁴³.

In der SPÖ-Führung waren die Wehrtechnik-Befürworter in der Mehrzahl. Während einer Sitzung des erweiterten Parteipräsidiums brachte Kreisky Einwände vor – allerdings erfolglos: „Vor allem die Oberösterreicher, die Steirer und die Gewerkschafter habe ich gegen mich gehabt, die argumentiert haben, Liezen müsse zusperren. Ich habe massiven Widerstand von denen gehabt, die gesagt haben, nein, bitte, wir wünschen keine Einmischung. Die VOEST muß das selbst verantworten.“⁴⁴ Nach den Erinnerungen eines Sitzungsteilnehmers, des damaligen SPÖ-Zentralsekretärs Karl Blecha⁴⁵, gab es überhaupt nur zwei Gegenstimmen: „Von Heinz Fischer und mir. Alle anderen waren dafür. Kreisky hat sich wie immer mit seiner Meinung im Hintergrund gehalten – bis er gemerkt hat mit welcher Vehemenz Anton Benya und die verschiedenen Landesvorsitzenden für die Wehrtechnik eingetreten sind. Mein Argument dagegen war, dass man sich damit auf sumpfiges Gelände begibt. Denn als Produzent von Wehrtechnik hat man nur die Möglichkeit, Gewinne zu machen, wenn man exportiert. Und exportieren kann man die Waffen nur dorthin, wo sie gebraucht werden, d. h. dorthin, wo Krieg geführt oder ein solcher befürchtet wird – was im Falle Österreichs zwangsläufig Schwierigkeiten mit dem Neutralitätsstatus bedeutet. Das war für mich eine ganz klare Sache.“⁴⁶

Dass die Politik grünes Licht gegeben hatte, war später das Hauptargument bei der Verteidigung der angeklagten Noricum-Manager⁴⁷. Beim Wehrtechnik-Engagement sei „überhaupt kein Politiker dagegen“ gewesen, „vom Betriebsrat bis zur Regierung“, gab etwa Noricum-Gesamtprokurist Anton Elmer 1990 an: „Wenn ich jetzt höre, Kreisky war dagegen, dann möchte ich ein Zitat wiedergeben, was er wirklich zum Schluss gesagt hat: ‚Okay, macht's es, aber macht's es unter der

⁴¹ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 143, S. 717, Protokoll Vorstandssitzung der VOEST-Alpine, 21. 8. 1978.

⁴² StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 19, Nowotny an Kreisky, 18. 9. 1979.

⁴³ Ebenda, Box 19, undatiertes Schreiben.

⁴⁴ Rudolf Stoiber, Die Männer im Hintergrund, in: profil vom 4. 2. 1985, S. 42–45, hier S. 43.

⁴⁵ Karl Blecha war 1976–1981 Zentralsekretär der SPÖ und 1983–1989 Bundesminister für Inneres.

⁴⁶ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, 21. 3. 2011.

⁴⁷ Vgl. Basta, Nr. 7–8/1990: „Kanonen-Roundtable: Die Politiker haben alles eingefädelt...“, S. 40 ff.

Tuchent.⁴⁸ Kreisky bezichtigte Elmer der „Verleumdung“⁴⁹ und legte Wert darauf, „nicht der Diktator der Industrie“ gewesen zu sein⁵⁰. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss, der die Causa Noricum 1989/90 untersuchte, konnte jedenfalls „keine Einflussnahme“ von politischer Seite „gegen“ die Ausweitung der Waffenproduktion feststellen: „Bei mehreren offiziellen Auslandsbesuchen von Regierungsmitgliedern wurde sogar ausdrücklich auf diese Waffenproduktion hingewiesen.“⁵¹ Überhaupt konnten sich die Waffengeschäfte vielfältiger Subventionen erfreuen: Exportförderung, Exportgarantien durch die Kontrollbank⁵², Hilfen durch staatliche Banken sowie Unterstützung durch das Bundesheer, das Offiziere des Amts für Wehrtechnik regelmäßig für Präsentationszwecke im Ausland freistellte. Techniker des Bundesheers halfen bei der Entwicklung eines Sturmgewehrs, ebenso sprangen die Streitkräfte bei Lieferengpässen ein – so wurden etwa 1978 für einen Exportauftrag der Patronenfabrik Hirtenberger nach Bolivien 20 Millionen Schuss Munition aus Bundesheer-Magazinen bereitgestellt.⁵³

3. Waffenexport und gesetzliche Bestimmungen

Der Absatz von Waffen war für ein neutrales Land wie Österreich⁵⁴ nicht unproblematisch: Laut internationalem Recht verpflichtete das Haager Übereinkommen (1907) neutrale Staaten dazu, kein eigenes Kriegsmaterial an Kriegsführende abzugeben. Beschränkungen für den Handel mit Kriegsmaterial durch Private ergaben sich dadurch nicht, es bestand lediglich die Verpflichtung zur Gleichbehandlung der Kriegsparteien⁵⁵. In Österreich selbst verbot der § 320 des Strafgesetzbuchs unerlaubte Waffenexporte „während eines Krieges oder eines bewaffneten Konfliktes, an denen die Republik Österreich nicht beteiligt ist“ als „Neutralitätsgefährdung“⁵⁶. Die gesetzliche Regelung der Waffenexporte basierte bis Ende der 1970er Jahre auf einem deutschen Gesetz vom 6. November 1935 über die Aus- und Einfuhr von Kriegsgeräten, das durch eine Verordnung des Reichsministers

⁴⁸ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 189, S. 134f., Protokoll der Hauptverhandlung, 18. 4. 1990.

⁴⁹ StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 19, undatiertes Schreiben.

⁵⁰ Herbert Langsner, „Widersprüchliches Bild bleibt bestehen“, in: profil vom 2. 1. 1990, S. 13f., hier S. 13.

⁵¹ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 7.

⁵² Die Österreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft ist zentraler Finanz- und Informationsdienstleister für Exportwirtschaft und Kapitalmarkt.

⁵³ Vgl. Otmar Lahodnysky/Christian S. Ortner, Rüsten oder rosten, in: profil vom 6. 7. 1981, S. 31–34, hier S. 33.

⁵⁴ Mit dem Rückzug der alliierten Besatzungstruppen hatte 1955 Österreich seine „immerwährende Neutralität“ erklärt. Diese verpflichtete das Land zur Bündnisfreiheit und verbot die Stationierung ausländischer Truppen, den Besitz atomarer sowie anderer offensiver Waffen.

⁵⁵ Vgl. Wolfgang Brandstetter/Gerhard Loibl, Neutralität und Waffenexporte. Völkerrechtliche Überlegungen zum Tatbestand der „Neutralitätsgefährdung“, Wien 1990, S. 11f.

⁵⁶ Ebenda, S. 9f.

des Inneren vom 13. Februar 1939 über die Einführung des deutschen Waffenrechtes auf Österreich übertragen wurde⁵⁷. Erst 1977 wurde ein neues Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial beschlossen: Nach §1 waren Export, Import und Transit von Waffen nunmehr bewilligungspflichtig. Zuständig war der Bundesminister für Inneres im Einvernehmen mit den Bundesministern für Auswärtige Angelegenheiten und Landesverteidigung nach Anhörung des Bundeskanzlers. Die Bewilligung war gemäß § 3 Absatz 1 zu erteilen, „falls nicht die Ein-, Aus- oder Durchfuhr völkerrechtlichen Verpflichtungen oder außenpolitischen Interessen der Republik Österreich unter besonderer Bedachtnahme auf die immerwährende Neutralität zuwiderläuft oder ihr sicherheitspolizeiliche oder militärische Gründe entgegenstehen oder andere diesen vergleichbare gewichtige Bedenken bestehen“. In den Erläuterungen zum Kriegsmaterialexportgesetz finden sich beispielsweise Bedenken humanitärer Art – wenn etwa „Grund zur Annahme besteht, dass eine Kriegsmateriallieferung im Bestimmungsland zur Unterdrückung der Menschenrechte verwendet werden soll“. Darüber hinaus heißt es in den Erläuterungen: „Nicht bewilligt werden unter diesen Gesichtspunkten Exporte in Gebiete, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonst wie gefährliche Spannungen bestehen.“⁵⁸ 1982 wurde das Kriegsmaterialgesetz novelliert, und zwar unter anderem dahingehend, dass künftige Exporte untersagt würden, wenn in dem Bestimmungsland „[...] auf Grund schwerer und wiederholter Menschenrechtsverletzungen die Gefahr besteht, dass das gelieferte Kriegsmaterial zur Unterdrückung der Menschenrechte verwendet wird“. Als weitere Exporthindernisse galten: bewaffnete Konflikte, Kriegsgefahr, gefährliche Spannungen und Embargobeschlüsse des UN-Sicherheitsrats⁵⁹. Nach der Meinung von Experten ähnelten diese Bestimmungen jenen anderer neutraler Staaten wie der Schweiz und Schweden „weitgehend“. Österreich besaß damals unter den neutralen Staaten in Westeuropa also „keineswegs“ das strengste Exportrecht: „Vielmehr ist das Kriegsmaterial-Exportrecht Schwedens bzw. der Schweiz in einzelnen Bestimmungen strenger als jenes Österreichs“ – etwa wegen der obligatorischen Vorlage von Endverbraucherzertifikaten oder wegen der Möglichkeit, Waffenschmieden jederzeit behördlich kontrollieren zu können, die in der Schweiz bestand. Dafür waren Gründe für die Verweigerung eines Exports in allen drei Ländern praktisch „ident“⁶⁰.

Die Anwendung des Kriegsmaterialexportgesetzes stieß jedoch auf beträchtliche Schwierigkeiten – „indem es den Verkauf von Rüstungsgütern an die besten Kunden, nämlich ‚an Staaten, die das Zeug auch wirklich verwenden‘ (so Nationalratspräsident Leopold Gratz, SPÖ⁶¹) untersagte, forderte es zu Übertretungen

⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 98.

⁵⁸ Ebenda, S. 82–92, Zitate S. 82 u. S. 89.

⁵⁹ Ebenda, S. 105 f.

⁶⁰ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 170, S. 63, Vergleich des Kriegsmaterial-Exportgesetzes in Österreich, der Schweiz und in Schweden.

⁶¹ Mag. Leopold Gratz (1929–2006) war von 1973 bis 1984 Bürgermeister von Wien, danach Präsident des Nationalrats und zwischen 1986–1988 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

geradezu heraus“, befand *Der Spiegel*⁶². Auch der Noricum-Untersuchungsausschuss erkannte im Nachhinein ein zentrales „Spannungsfeld“: „Dem Sinn des Gesetzes standen wirtschaftliche Überlegungen auf bzw. von Seiten der Verstaatlichten Industrie, Arbeitsplätze zu sichern und positiv zu bilanzieren, gegenüber.“⁶³ Bei „exakter Auslegung des Gesetzes“ wären Exporte von Kriegsmaterial eigentlich „nahezu ausgeschlossen“ gewesen⁶⁴.

Der damalige Innenminister Erwin Lanc⁶⁵ (SPÖ) hatte sich schon bei der Entscheidung über das Gesetz 1977 im Parlament der Stimme enthalten: „Ich war immer ein Gegner dieses Kriegsmaterialexportgesetzes, weil es im wirklichen Ernstfall nicht vollziehbar ist. Es ist schon schwer genug, auf eigenem Territorium den Lauf der Dinge zu verfolgen – wenn es sich nicht um ganz große Sachen handelt. So wie andere Dinge geschmuggelt werden, können auch Waffen hinausgeschmuggelt werden. Ich habe daher seinerzeit versucht, den Prof. Ermacora⁶⁶, einen der Väter des Gesetzes, zu überzeugen, dass sie da quasi mit Kanonen auf Spatzen schießen. Aber es herrschte zwischen Regierung und Opposition Konsens, dass man da unbedingt gesetzliche Regelungen treffen muss, aus Gründen des Völker- und Menschenrechts und was es sonst noch für gute Gründe gibt. Ich habe gesagt: Dieses Gesetz ist in Wirklichkeit nicht vollziehbar, weil einfach die Voraussetzungen für die Kontrolle fehlen. Der österreichische Nationalrat kann ja nicht beschließen, dass sich ausländische Behörden administrativer Kontrolle unterziehen, ob irgendeine Sendung, die bewilligt wurde, auch tatsächlich ihren ursprünglich angegebenen Bestimmungsort erreicht und nicht einen anderen.“⁶⁷

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR, das sich für alles interessierte, ließ sich 1982 von einem verbündeten Dienst auch über die Novelle des Kriegswaffenexportgesetzes informieren. Das Dilemma der österreichischen Waffenindustrie wurde analysiert, und man erkannte ein Schlupfloch, das später im Zuge des Noricum-Skandals genutzt wurde. Export-Importeurfirmen würden keine Genehmigung für Waffengeschäfte erhalten, „wenn im Importeurland die Menschenrechte verletzt werden. Somit wird möglicherweise der Export von österreichischen Waffenexporteuren nicht erfüllt werden. Es wird erwartet, daß sie ihre Tätigkeit zum Verkauf von Waffen und Munition in solche Länder mit Hilfe von Drittländern, und insbesondere mit Hilfe von sozialistischen Ländern, aktivieren [...]. Die negative Handelsbilanz Österreichs zwingt die Regierung Österreichs jedoch, ihren eigenen Beschluß nicht strikte einzuhalten.“⁶⁸ Dass die

⁶² *Der Spiegel* vom 21. 9. 1987: „Fast Hochverrat“, S. 149f., hier S. 149.

⁶³ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 6.

⁶⁴ Ebenda, S. 5.

⁶⁵ Erwin Lanc (Jahrgang 1930) war von 1973 bis 1977 Bundesminister für Verkehr, von 1977 bis 1983 Bundesminister für Inneres und danach bis 1984 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

⁶⁶ Dr. Felix Ermacora war Nationalratsabgeordneter der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) von 1971 bis 1990.

⁶⁷ Interview mit BM a.D. Erwin Lanc, 3. 6. 2011.

⁶⁸ Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), MfS 415/84, Bl. 179, Information der

Schlussfolgerungen des MfS ins Schwarze trafen, zeigt sich schon daran, dass viele Exportanträge ungeachtet der komplexen Gesetzeslage bewilligt wurden: Zwischen 1978 und 1982 gab es in 873 Fällen grünes Licht, nur in 28 Fällen legte sich das Bundeskanzleramt quer, das Außenministerium in 25 Fällen und das Innenministerium in lediglich vier Fällen⁶⁹. Hier wird erneut die Dominanz arbeitsmarktpolitischer Erwägungen deutlich. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss stellte später fest, „dass bei der Bewilligung von Kriegsmaterialexporten nicht nur rechtliche, sondern oft auch riskante wirtschaftliche Erwägungen unter dem Titel der Sicherung von Arbeitsplätzen im Vordergrund standen. Es erscheint daher durchaus denkbar, dass dieser Umstand – bewusst oder unbewusst – die Bereitschaft zu genaueren Kontrollen und einer eingehenderen Prüfung von Kriegsmaterialexporten gemildert hat.“⁷⁰ Im Endeffekt stand die österreichische Waffenproduktion spätestens in den 1980er Jahren vor der Grundsatzentscheidung, wie die *Wochenpresse* ausführte: Den Waffenhandel zu liberalisieren „und damit auch an Diktatoren, kriegsführende Länder und Terroristen zu liefern oder die Waffenproduktion weitgehend einzustellen“⁷¹. Letztlich verblieb man beim status quo und prolongierte damit den Konflikt zwischen restriktiven Bestimmungen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten, der schließlich in den Noricum-Skandal mündete.

4. Waffenexporte vor dem Noricum-Skandal

Da der Markt in Europa Ende der 1970er Jahre im Wesentlichen gesättigt war, blieb die „Dritte Welt“ als der wichtigste Handelspartner für die österreichische Waffenindustrie. Nach Schätzungen des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI in Stockholm gingen Ende der 1970er Jahre rund 85 Prozent aller österreichischen Waffenausfuhren in Entwicklungsländer. Schweres Kriegsmaterial im Wert von über 400 Millionen US-Dollar (5,4 Milliarden Schilling) machte mehr als ein Prozent aller Exporte aus⁷². Schon im April 1976 schickte die Patronenfabrik Hirtenberger AG zehn Millionen Zündhütchen nach Chile, wo sich drei Jahre zuvor die Junta von Augusto Pinochet an die Macht geputscht hatte. „An Chile hat unser Unternehmen schon 1901 erstmals Munition geliefert“, erklärte Generaldirektor Herbert Hadwinger – „die leben doch dort schon seit 150 Jahren in einer permanenten Krise. Wenn wir nicht liefern, tun's andere.“⁷³ Nachträglich als „Neutralitätsbruch“ eingestuft wurde ein Verkauf von 600 Steyr-Mannlicher-Scharfschützengewehren (SSG) sowie 399.600 Schuss Munition nach Syrien. Die Lieferung wurde zunächst vom Zoll aufgehalten. Nachdem aber vom Verteidigungsministerium keine entsprechende Weisung erging, verließen die 555 Kisten

Sicherheitsorgane der VRB über den Verkauf von österreichischen Waffen, 1982.

⁶⁹ Vgl. Alfred Worm, „Nutz't's nix, schadt's nix!“, in: profil vom 16. 8. 1982, S. 14f., hier S. 14.

⁷⁰ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 9.

⁷¹ *Wochenpresse*, Nr. 18/1988: „Made in A“, S. 18f., hier S. 19.

⁷² Vgl. Austria Presse Agentur vom 15. 8. 1989: „Steigende Waffenexporte in die Dritte Welt“.

⁷³ Otmar Lahodynsky, Panzer als Entwicklungshilfe, in: profil vom 4. 8. 1980, S. 31–37, hier S. 34.

am 17. Dezember 1976 Österreich Richtung Jugoslawien, nur um Ende März 1977 wieder zurückgeschickt zu werden. Als offizieller Absender firmierte der Waffenhändler Alois Weichselbaumer, der die Munition aus Beständen des Bundesheeres erhalten hatte⁷⁴. Die Causa führte am 31. Mai 1977 zum Rücktritt von Verteidigungsminister Karl Lütgendorf⁷⁵. Sein Ministerium hatte in folgender Weise bei der „Ausfuhr von Waffen und Munition in ein Krisengebiet“ mitgewirkt: „a) Es hat einer österreichischen Firma Exporthilfe dadurch gegeben, dass es den für den Export erforderlichen Vormerkschein ausstellte. Damit ersparte sich die Firma die Einholung der Ausfuhrbewilligung des BMI [Bundesministerium für Inneres] (im Einvernehmen mit dem BMfAA [Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten]). b) Es hat die Munition aus seinen Beständen für den Export ‚leihweise‘ bereitgestellt. Die von der Firma Hirtenberger Patronenfabrik hergestellte Munition wird dem BMfLV [Bundesministerium für Landesverteidigung] von der Firma Steyr-Damiler-Puch ersetzt bzw. rückerstattet.“⁷⁶ In der Ministerratsitzung, in der die Demission Lütgendorfs besprochen wurde, meinte Kreisky, „dass halbe Wahrheiten viel schwerer zu vertreten sind als ganze Wahrheiten, und dass es Kleinigkeiten sind, die in der Politik eine große Rolle spielen können. Wie bei Lütgendorf z. B. dieses Munitionsereignis“⁷⁷.

Weitere geplante Syriengeschäfte, die Weichselbaumer vermittelt hatte und gegen die „keine neutralitätsrechtlichen Bedenken“ vorlagen, standen nach der Anzeige des Waffenhändlers durch das Verteidigungsministerium am 17. Januar 1977⁷⁸ kurzfristig auf der Kippe – so der Verkauf von 1.500 „Pinzgauer“-Militärgeländefahrzeugen in einer Auftragssumme von etwa 4,5 Milliarden Schilling⁷⁹. „Der Versuch der Steyr Werke, Weichselbaumer auszuzahlen, d. h. für diese Tätig-

⁷⁴ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung österreichischer Waffenexporte ins Ausland und insbesondere aller Umstände des Exportes von 600 Gewehren der Firma Steyr-Daimler-Puch sowie von 399 600 Stück Munition, 538 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP, S. 32–37.

⁷⁵ Karl Lütgendorf (1914–1981) war gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, vom 1. bis 20. 2. 1945, als Major im Generalstab der Abteilung „Fremde Heere Ost“ des späteren Chefs des Bundesnachrichtendienstes, Reinhard Gehlen, zugeteilt; vgl. Walter Blasi, Die Anfänge des militärischen Nachrichtendienstes in Österreich, in: Ders., u. a. (Hrsg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Geheimdienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien 2005, S. 123–138, hier S. 132. Zwischen 1971 und 1977 war Lütgendorf Bundesminister für Landesverteidigung. Er beging am 9. 10. 1981 Selbstmord. Der Bericht der Sicherheitsdirektion Niederösterreich vermerkt, dass hinsichtlich der Vermögensverhältnisse „und auch betr. eines Motivs für den Selbstmord“ keine Erhebungen durchgeführt wurden, „da es sich einwandfrei um einen Selbstmord handelt“, in: StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 13, Selbstmord des Karl Lütgendorf, GZ P 4200/81-SK/II-1.

⁷⁶ Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (künftig: ÖStA/AdR), Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Verkäufe österreichischer Waffen nach Syrien, Geschäftszahl 194.05.80/8-II.1/76, Mitwirkung des BMfLV, 15. 12. 1976.

⁷⁷ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 31. 5. 1977.

⁷⁸ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung österreichischer Waffenexporte ins Ausland, S. 42.

⁷⁹ ÖStA/AdR, Pol. Syrien, Zl. 7 – Res/76, Österreichische Botschaft Damaskus an Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 3. 5. 1976.

keit abzulösen, ist daran gescheitert, dass dieser ganz entschieden ablehnt“, notierte Minister Staribacher, der dem Steyr-Daimler-Puch-Generaldirektor eine diesbezügliche Aussprache mit Kreisky empfahl. „Malzacher wollte, dass die Regierung zur Kenntnis nimmt, dass er weiterhin Weichselbaumer einschalten muss und ihn deshalb deckt“, so Staribacher. Der Bundeskanzler wollte dem Firmenchef „weder etwas raten noch irgendetwas sagen“: „Geht nämlich das Geschäft schief, weil Weichselbaumer ausgeschaltet ist, dann wird man ihm die Verantwortung zuschieben. Geht das Geschäft aber gut und Weichselbaumer ist dabei, wird die ÖVP⁸⁰ ihn angreifen, dass er diesbezügliche Empfehlungen gegeben hat.“⁸¹ Kreisky betonte aber auch die „Wichtigkeit eines solchen Auftrags für die Auslastung der Steyr-Werke“ und machte schließlich den Vorschlag, die Angelegenheit dem Außenpolitischen Rat des Parlaments vorzulegen – ein Vorschlag, der „allseits“ angenommen wurde⁸². Staribacher führte Malzacher daraufhin zwecks Vermittlung „sofort“ zu Rudolf Sallinger, dem Obmann des Österreichischen Wirtschaftsbunds, einer Teilorganisation der ÖVP⁸³. Offenbar kam es auf diesem Wege zu einer Einigung, denn am 2. Februar 1977 bewilligte der Außenpolitische Rat mit den Stimmen aller drei im Parlament vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP und FPÖ) den „Pinzgauer“-Export⁸⁴.

Weniger problematisch verlief 1976/77 ein Geschäft über 45 „Kürassier“-Panzer für 811 Millionen Schilling mit Tunesien⁸⁵. Bis 1980 wurden außerdem 52.000 Sturmgewehre vom Typ Steyr AUG dorthin geliefert⁸⁶.

Als im Juni 1977 Kenneth Kaunda, der seit 1964 amtierende erste Präsident von Sambia, Österreich besuchte, erzählte er Kreisky unter vier Augen, dass ein „Überfall“ auf seinen Staat erwartet würde. Wie der eingeweihte Staribacher festhielt, wollte Kaunda in aller Eile über den Kauf österreichischer Panzer, Minen, Waffen und Munition verhandeln: „Da sie kein Geld haben, möchte Kreisky, dass z. B. Steyr-Daimler-Puch Waffenlieferungen wie Panzer und sonstiges zu Selbstkosten, d. h. ohne Gewinn gibt.“ Konkrete Verhandlungen wollte man aber erst beginnen, nachdem Kaunda Gelegenheit hatte, sich von den Waffen in der „Praxis“ zu überzeugen. Staribacher verständigte Verteidigungsminister Otto Rösch⁸⁷ (SPÖ) „sofort“, „dass am Montag eine Demonstration in der Heereskraftfahrtschule Baden erfolgen soll“. Als Rösch „mit Recht“ einwandte, dass wenig Zeit zur Vor-

⁸⁰ Die konservative Österreichische Volkspartei befand sich zwischen 1970 und 1987 in der Opposition.

⁸¹ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 26. 1. 1977.

⁸² StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 8, Aktenvermerk, 1. 2. 1977.

⁸³ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 26. 1. 1977.

⁸⁴ Vgl. Der Spiegel vom 14. 2. 1977: „Sturfighter Lü“, S. 115 f., hier S. 116.

⁸⁵ Vgl. Pilz, Die Panzermacher, S. 142.

⁸⁶ Vgl. Waffenexporte und Krieg. Rüstungsjahrbuch 4, hrsg. vom Stockholm International Peace Research Institute (SPRI), Reinbek bei Hamburg 1984, S. 222.

⁸⁷ Otto Rösch (1917–1995) war zwischen 1970–1977 Bundesminister für Inneres und 1977–1983 Bundesminister für Landesverteidigung.

bereitung gegeben sei, waren Kreisky und Außenminister Willibald Pahr⁸⁸ der Meinung, „das Militär müsste sowieso scheinbar in ständiger Alarmbereitschaft sein und [es] könnte überhaupt kein Problem darstellen, eine solche Veranstaltung zu organisieren“⁸⁹.

1978 erhielt Steyr-Daimler-Puch die Exportgenehmigung für 108 „Kürassier“, zehn Greif-Panzer, drei „Kürassier“-Schulungspanzer samt Ersatzteilen und Munition nach Marokko. Dass König Hassan II. seit 1975 einen Wüstenkrieg gegen die Befreiungsbewegung der besetzten Westsahara, Polisario, führte, wurde bei der Erteilung der Ausfuhrgenehmigung nicht berücksichtigt⁹⁰. Der Auftragswert betrug 2,3 Milliarden Schilling, 10 Prozent wurden bar bezahlt, für den Rest nahm Marokko einen Zehn-Jahres-Kredit bei der Creditanstalt auf. Doch die Schuldentrückzahlung kam bald ins Stocken, und 1979 erbeuteten Kämpfer der Polisario vier „Kürassier“-Panzer, was zu einem peinlichen Medienecho führte⁹¹. Nach dem Besuch einer Polisario-Delegation in Wien stimmte Österreich im Herbst 1979 einer UN-Resolution über die Unabhängigkeit der West-Sahara zu. Im Dezember desselben Jahres stoppte Kreisky jede weitere Militärhilfe an Marokko per Ministerratsbeschluss⁹². Als im Mai 1980 öffentlich wurde, dass dennoch 31 marokkanische Soldaten im Simmeringer Steyr-Panzerwerk ausgebildet wurden, antwortete Kreisky den Unterzeichnern einer Protestresolution: „Ich kann Sie versichern – und das gilt für die gesamte Bundesregierung – dass ich über keines der österreichischen Waffenexportgeschäfte glücklich bin, diese jedoch im Interesse der Landesverteidigung und der Sicherheit für notwendig halte.“⁹³

1979 kursierten Berichte, wonach China angeblich 300.000 Stück Steyr AUG kaufen wollte, doch ein sowjetisches Veto habe dies verhindert⁹⁴. Im Interview bestätigt der damals für die Bewilligung zuständige Innenminister Lanc, dass es ein solches Geschäftsvorhaben tatsächlich gegeben hatte: „Generaldirektor Michael Malzacher hat mich mit einem Riesenauftrag Chinas für Steyr-Sturmgewehre gequält. Er hat ganz offen damit gedroht, wenn er mir Dinge vorlegt, die nach dem Waffenexportgesetz zu bewilligen sind und ich diese nicht bewillige, dann [ver]klagt er die Republik. Da war ein ständiger Druck da, und Malzacher hatte die skurrilsten Ideen – so meldete er, dass ihm die chinesische Volksarmee eine Million Sturmgewehre abkaufen wolle. Da habe ich ihn gefragt, ob es beim ihm nicht richtig tickt – einen solchen Vorschlag zu machen, wo gerade eine Auseinandersetzung zwischen China und der Sowjetunion wegen der Grenzziehung am Ussuri stattgefunden hatte. Und in dieser Situation sollten wir einen solchen Ex-

⁸⁸ Dr. Willibald Pahr war parteiloser Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten von 1976 bis 1983.

⁸⁹ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 18. 6. 1977.

⁹⁰ Vgl. Lahodinsky, Panzer als Entwicklungshilfe, S. 37.

⁹¹ Vgl. Otmar Lahodinsky, Die Panzerfälle, in: profil vom 19. 5. 1980, S. 48 f.

⁹² Vgl. Otmar Lahodinsky, Kriegerische Entwicklungshilfe, in: profil vom 19. 5. 1980, S. 37 f.

⁹³ Lahodinsky, Panzer als Entwicklungshilfe, S. 37.

⁹⁴ Vgl. Alfred Worm, Heikle Waffengeschäfte, in: profil vom 3. 12. 1979, S. 63 f.

port bewilligen? Wie würden die Russen darauf reagieren? Das war eine Dummheit.“⁹⁵

Einen Schatten auf die österreichischen Exporte nach Lateinamerika warf die Tatsache, dass ausgerechnet der nach Bolivien geflohene NS-Kriegsverbrecher Klaus Barbie eine Bestellung von 30 „Kürassier“-Panzern für die bolivianische Armee eingefädelt hatte⁹⁶. Barbie, der im Februar 1979 die Vertretung von Steyr-Daimler-Puch in Bolivien übernommen hatte, kassierte eine monatliche Aufwandspauschale von 800 US-Dollar. Die Ausrüstung mit diesem damals „hochmodernen Panzertyp“ soll insgesamt 1,477 Millionen US-Dollar gekostet haben – Barbie erhielt eine Provision „zwischen 1–3%“⁹⁷. 17 ausgelieferte Panzer kamen im Rahmen des sogenannten Kokain-Putschs von Oberst Luis Garcia Meza im Juni 1980 zum Einsatz, um den letzten Widerstand der Bergarbeiter in Oruro, La Paz und Santa Cruz niederzuschlagen. Noch bevor die zweite „Kürassier“-Tranche unterwegs war, wurde die Exportgenehmigung zurückgezogen⁹⁸. Dafür bildete die Firma Hirtenberger seit August 1980 21 bolivianische Armeetechniker in der Munitionserzeugung aus. „Das is so a Art Entwicklungshilfe“, erklärte der Hirtenberger-Generaldirektor Hadwinger⁹⁹. Im August 1986 sollten erneut drei „Kürassiere“ zum Einsatz kommen, um eine Demonstration streikender Minenarbeiter in La Paz niederzuschlagen¹⁰⁰.

1978, auf dem Höhepunkt eines Grenzkonflikts zwischen Chile und Argentinien, lieferte Steyr-Daimler-Puch für 800 Millionen Schilling 57 „Kürassier“-Panzer nach Argentinien. Nach den Aufzeichnungen von Josef Staribacher, informierte Kreisky in einer Ministerratsvorbesprechung, dass „vom Völkerrechtsstandpunkt“ dagegen nichts einzuwenden wäre, „da sich Argentinien nicht im Krieg befindet“. Andere Staaten wie die Schweiz und Schweden würden davor zurückschrecken, die Junta zu beliefern, erwähnte Kreisky. Auch die USA hätten ein Embargo gegen argentinische Waffenlieferungen verhängt: „Österreich wird deshalb sowohl von der Welt, aber noch viel mehr innerösterreichisch ungeheure Proteste auslösen. Trotzdem möchte Kreisky eher liefern, um den Vorwurf, man hat für die Beschäftigten in Steyr nicht vorgesorgt, zu entgehen.“¹⁰¹ Als Chile daraufhin 1979 ebenfalls Panzer beziehen wollte, untersagte Kreisky zunächst die Exportförderung und die übliche Ausfallhaftung durch die Kontrollbank. Steyr-Daimler-Puch Generaldirektor Michael Malzacher ließ daraufhin mit Rückendeckung durch Finanzminister Hannes Androsch und ÖGB-Chef Benya eine andere Finanzierung ausarbeiten¹⁰². Kreisky signalisierte Zustimmung – unter der Bedingung einer schriftlichen Garantie, dass „diese Geräte nicht für Auseinandersetzungen im

⁹⁵ Interview Lanc, 11. 2. 2011.

⁹⁶ Vgl. Otmar Lahodynsky, Die Andenfestung, in: profil vom 3. 6. 1986, S. 44–48, hier S. 44f.

⁹⁷ Peter Hammerschmidt, Deckname Adler. Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste, Frankfurt a. M. 2014, S. 336.

⁹⁸ Vgl. Lahodynsky/Ortner, Rüsten oder rosten, S. 34.

⁹⁹ Pilz, Die Panzermacher, S. 123f.

¹⁰⁰ Vgl. Wochenpresse, Nr. 18/1988: „Made in A“, S. 18f., hier S. 18.

¹⁰¹ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 26. 9. 1978.

¹⁰² Vgl. Otmar Lahodynsky, Panzer auf Kredit, in: profil vom 18. 8. 1980, S. 20ff., hier S. 22.

Inneren verwendet werden“¹⁰³. Eine entsprechende Klausel wurde in den Vertrag eingefügt¹⁰⁴.

Das geplante Chile-Geschäft spaltete die SPÖ: Anfang August 1980 demonstrierten Tausende vor dem Bundeskanzleramt, darunter eine Abordnung jener 600 chilenischer Flüchtlinge, die nach dem Sturz Salvador Allendes 1973 in Österreich Asyl gefunden hatten. ÖGB-Funktionäre wie Alfred Dallinger, Helmut Braun und Sepp Wille und vor allem die SPÖ-Jugendorganisationen wandten sich eindeutig gegen den Export. Der Präsident der Eisenbahnergewerkschaft, Fritz Prechtel, kündigte sogar einen Transportboykott für Waffen nach Chile an¹⁰⁵. Gewicht hatte auch die Reaktion der Vorsitzenden des Bunds sozialistischer Freiheitskämpfer, Rosa Jochmann: „Als sie erfuhr, dass wir Waffen in eine Militärdiktatur liefern, sagte sie: Der Himmel soll sich verfinstern, weil mit einer derartigen Tat die absoluten Grundsätze des Sozialismus und der Solidarität gebrochen werden.“¹⁰⁶ Auf der anderen Seite drückte der Steyr-Daimler-Puch-Vorstand in einem persönlichen Schreiben an Kreisky vom 19. August 1980 seine Besorgnis über die ausstehende Bewilligung aus, „weil wir damit nicht nur die Sorge um die dabei direkt beschäftigten Mitarbeiter verbinden. Dies wären einige tausend Menschen. Vielmehr geht es um die Existenzfrage des Steyr-Daimler-Puch-Konzernes, die eben nur dann befriedigend beantwortet werden kann, wenn der vor einigen Jahren eingeleitete Umstrukturierungsprozess erfolgreich fortgeführt werden kann. Und das ist ohne Militärprogramm, allein mit den Ergebnissen der traditionellen Produkte, undenkbar.“ Der Vorstand betonte, es liege ihm fern, die Frage von Waffenexporten nach Chile „von ihrem politischen Stellenwert zu diskutieren“: „Vielmehr sind wir mit unserem Bericht bemüht, unserer übergroßen Sorge um unser Unternehmen Ausdruck zu verleihen. [...] Wir bitten Sie, uns die beantragte Exportgenehmigung zu erteilen.“¹⁰⁷

Zudem sprach der chilenische Botschafter im Außenamt vor und versicherte nochmals, dass die bei der Firma Steyr bestellten 106 Panzer, 124 Maschinenpistolen und 360 Pistolen „nur für den Gebrauch des chilenischen Heeres und ausschließlich für die Verteidigung des nationalen Territoriums der Republik Chile bestimmt seien“. Der Botschafter anerkannte „den moralischen Aspekt österreichischer Waffenlieferungen an Diktaturen, die eine österreichische Angelegenheit seien“, konnte aber nicht akzeptieren, „dass Chile als ein Sonderfall dargestellt werde, wo Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der Bevölkerung in zahlreichen Staaten und vor allem auch durch die Sowjetunion erfolgten“¹⁰⁸. Auch Benya plädierte Kreisky gegenüber für einen positiven Ab-

¹⁰³ „Kreiskys Chile-Sprüche“, in: profil vom 4. 8. 1980, S. 37.

¹⁰⁴ Vgl. Lahodynsky, Flucht ins Ausland, hier S. 39f.

¹⁰⁵ Vgl. Lahodynsky, Panzer auf Kredit, S. 20 ff.

¹⁰⁶ Auszug aus dem Protokoll des Nationalrats XV. GP – 123. Sitzung – 1. Juli 1982, in: Brandstetter/Loibl, Neutralität und Waffenexporte, S. 110–131, hier S. 121.

¹⁰⁷ StBKA, VII.1 Länderboxen, Chile Box 2, Schreiben Vorstand Steyr-Daimler-Puch an BK Kreisky, 19. 8. 1980.

¹⁰⁸ Ebenda, Chile Box 2, Vorsprache des chilenischen Botschafters beim Herrn Generalsekretär (Überreichung einer Endverbraucherbescheinigung der chilenischen Regierung),

schluss: Als exportorientiertes Land dürfe Österreich, „in einer wirtschaftlich schwierigen Situation, die bevorsteht, nicht zugunsten anderer Nationen, die bereit sind, jederzeit und überall hin Waffen zu exportieren, zurückstehen“. Sicher gebe es auch innerhalb des ÖGB „viele, die Bedenken haben, die haben ja wir beide auch, doch muss man darüber hinaus überlegen, wie es in der Metallindustrie in Österreich weitergehen soll, wenn man an einer – so hoffe ich im Interesse des Friedens – nur vorübergehenden Rüstungskonjunktur nicht auf einige Zeit einen gewissen Anteil nimmt“¹⁰⁹.

Am 20. August 1980 informierte Kreisky den Ministerrat. Nach den Tagebuchaufzeichnungen von Staribacher stellte der Bundeskanzler klar: „Die Lieferung der Panzer bedeutet ein Geschäft sehr großen Ausmaßes, das, wenn es nicht zustande kommt, für die Steyrer-Werke ungeheure Konsequenzen nach sich ziehen würde – und zwar nicht nur was die Erhaltung der Arbeitsplätze betrifft. Die materielle Bedeutung ist auch darin zu sehen, dass das Ausbleiben von Gewinnen andere Kooperationen z. B. mit Mercedes ernstlich gefährden würde.“ Von der Rechtslage her spreche laut Auskunft des Verfassungsdienstes¹¹⁰ nichts gegen die Lieferung, allenfalls „politische Gründe“. Kreisky warnte auch davor, dass die Steyr-Daimler-Puch AG im Falle einer negativen Entscheidung „enorme Schadenersatzforderungen“ geltend machen dürfte. Gegen das Chile-Geschäft spreche der Umstand, „daß in Chile Leute am Ruder sind, die nach einer zeitweiligen Milderung der Diktatur erneut eine verschärfte Gangart eingeschlagen hätten“. Erklärungen, die Panzer nicht intern einzusetzen, können demnach „nicht ernst genommen werden“. Was die innerparteiliche Opposition gegen das Geschäft angeht, so äußerte Kreisky die Vermutung, „dass der Protest, hätte man Lieferungen in kommunistische Länder vorgehabt, nicht so heftig ausgefallen wäre“. Allerdings würde bei einem Zustandekommen des Geschäfts der „internationale Widerhall“ für Österreich „negativ“ sein. Liefere Österreich nicht, würden Länder wie Israel, Japan und Frankreich „sofort“ einspringen. Deshalb sei die Entscheidung in diesem speziellen Fall „folgenscher“. Anschließend forderte Kreisky die versammelten Minister auf, sich zur Thematik zu äußern. Verteidigungsminister Rösch sprach „ein deutliches Ja zu den Lieferungen aus“, weil er auch das österreichische Bundesheer betroffen sah. „Als Gewerkschafter“ bekundete Bautenminister Karl Sekanina (SPÖ) ebenso Zustimmung, wenngleich „die allgemeine Stimmung“ derzeit „eher Nein als Ja“ sei. Innenminister Lanc dagegen betonte politische Argumente: „Sozialistische Vertrauensleute fragen rund heraus: Was ist in uns gefahren?“ Kreisky unterbrach ihn an dieser Stelle mit der Bemerkung, „es gäbe eben verschiedene Einstellungen auch in der Arbeiterschaft“. Zu einem „klaren Nein“ bekannte sich Justizminister Christian Broda: „Er sieht in der chilenischen Unterdrückung Parallelen zu den ungarischen Ereignissen in den 50er

11. 8. 1980.

¹⁰⁹ Ebenda, Chile Box 2, Anton Benya an BK Kreisky, 18. 8. 1980.

¹¹⁰ Dem Verfassungsdienst, einer Sektion des Bundeskanzleramts, obliegt die Vorbereitung von Gesetzen in Bereichen wie dem Bundesverfassungsrecht und dem Verwaltungsverfahrenrecht.

Jahren.“ Auch Staatssekretärin Anneliese Albrecht machte klar, dass es ihr „unmöglich“ sei, einem Geschäft zuzustimmen, „das darin besteht, einer menschenrechtsverletzenden Diktatur Waffen zu liefern“. Wissenschaftsministerin Herta Firnberg meldete sich ebenfalls „engagiert“ zu Wort und erklärte sich „außer Stande, dem Geschäft zuzustimmen“¹¹¹.

Auch bei einer Sondersitzung am folgenden Tag waren die Gegensätze laut Staribacher „unüberbrückbar“. Kreisky stellte fest, dass die für die Genehmigung zuständigen Bundesminister über die Panzertransporte entscheiden müssten; „diese kann man auch zu nichts zwingen“. Und „da Innenminister Lanc, welcher den Bescheid ausstellen müsste, eine solche Exportzustimmung nicht gibt, kann das Geschäft nicht zustande kommen“. Zwar hätten Außenminister Pahr und Verteidigungsminister Rösch keine Bedenken gehabt, aber der Innenminister habe die Möglichkeit, andere gleichwichtige Gründe zur Ablehnung heranzuziehen¹¹². Lanc, dem bei der Bewilligung eine Schlüsselrolle zukam, hatte sich quergelegt: „Ich habe auf Basis des Kriegsmaterialexportgesetzes zu erkennen gegeben, dass ein solcher Export nicht bewilligt werden kann – weil es nicht auszuschließen war, dass die Panzer zur Unterdrückung der demokratischen Opposition und sonstigen Menschenrechte eingesetzt würden. So eindeutig wie das in diesem Fall war, kam das für mich nicht in Frage. Anton Benya hat das anders gesehen. Für ihn waren die Arbeitsplätze, die durch Erzeugung dieser ‚Kettenfahrzeuge‘, wie Kreisky immer gesagt hat, in Steyr oder in Simmering gesichert wurden, wichtiger. Die Steyr-Werke wiederum brachten wirtschaftliche Schwierigkeiten und die damit verbundenen Exporteinbrüche ins Spiel. Außenminister Pahr hat argumentiert, dass man aus völkerrechtlicher Sicht, nach Argentinien nun auch Chile beliefern müsse. Aber es gab zwischen den beiden Ländern damals keinen virulenten Konflikt, während die Panzer in Argentinien bereits ‚intern‘ eingesetzt worden waren. Ich habe deutlich gemacht, dass ich das beschlossene Gesetz vollziehe, und wem das nicht gefällt, meine Funktion steht zur Verfügung! Da war mit der Diskussion dann Schluss. Benya hat danach für ein Jahr kaum mit mir geredet, aber das hat sich dann geklärt.“¹¹³ Seitens der Waffenproduzenten wurde die Entscheidung mit Sorge aufgenommen – so befürchtete der VOEST-Alpine-Vorstand „nachhaltige negative Auswirkungen auf alle zukünftigen Geschäftsabschlüsse mit ausländischen Militärs über wehrtechnische Produkte“. Im Rahmen einer Vorsprache bei Kreisky war laut Aktenvermerk folgendes zu „bemerken“: „Österreich wird als Waffenlieferant als unzuverlässig und unsicher abqualifiziert werden (wofür schon die Konkurrenz sorgen wird), nachdem gerade der Hinweis auf Neutralität und Stabilität bisher eines unserer stärksten Argumente im Wettbewerb gewesen ist. Erschwerend kommt noch dazu, daß die ganze Angelegenheit in der Öffentlichkeit ausgetragen und der Kunde diffamiert wurde, wo es sich doch bei Waffengeschäften um diskrete Geschäfte handeln sollte!“¹¹⁴

¹¹¹ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 20. 8. 1980.

¹¹² Ebenda, Eintrag vom 21. 8. 1980.

¹¹³ Interview Lanc, 3. 6. 2011.

¹¹⁴ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 143, S. 583 f., Aktenvermerk, 25. 8. 1980.

Nichts verdeutlicht die Widersprüchlichkeit der österreichischen Linie mehr, als dass 1981 ein weiterer Waffendeal der Steyr-Daimler-Puch AG nach Lateinamerika genehmigt wurde¹¹⁵. 108 „Kürassier“-Panzer und 10.000 105-Millimeter-Granaten wurden an Argentinien verkauft, wo seit 1976 nach einem Putsch ebenfalls eine Militärregierung herrschte und die linke Opposition in einem jahrelangen Bürgerkrieg zerschlagen wurde¹¹⁶. In das Land habe man „gerade noch“ liefern können, meinte Innenminister Lanc. Dorthin habe es bereits 1978/79 je eine Lieferung gegeben, und die argentinische Regierung habe bisher ihr Versprechen gehalten, die „Kürassiere“ nicht in der innenpolitischen Auseinandersetzung zu verwenden¹¹⁷. Dagegen sprach Fritz Prechtl, in einem Fernseh-Interview von einer „tiefgreifenden moralischen und politischen Angelegenheit“¹¹⁸. In Bezug auf die Protestbewegung gegen die Waffenexporte, die sich über die SPÖ-Jugendorganisationen hinaus aus unterschiedlichsten Strömungen speiste – von linksgerichteten Studenten, der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Aktion Österreichs über Organisationen wie Amnesty International, der Internationalen Versöhnungsbund bis hin zur Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) – stellte Prechtl fest: „Das ist keine Bewegung der Jusos. [...] Unsere Regierung will Arbeitsplätze sichern, aber diesen Menschen sind moralische Werte halt wichtiger.“¹¹⁹ Gewerkschaftsintern war Prechtls Linie jedoch umstritten – wie aus Staribachers Tagebuchaufzeichnungen hervorgeht: Als am 23. Juni 1981 Regierungs- und Gewerkschaftsvertreter die Materie besprachen, habe der damalige SPÖ-Klubobmann und seit 2004 Bundespräsident Heinz Fischer bei der Fraktionssitzung im ÖGB erlebt, „wie einheitlich die Gewerkschaftsfraktion für diese Waffenexporte eintritt und das Verhalten Prechtl's[,] in die Öffentlichkeit zu gehen und hier große Drohungen auszustoßen[,] die er niemals durchsetzen kann, heftigst kritisiert wird“. Vizekanzler Fred Sinowatz habe dann festgestellt, „dass die Regierung zu dem Exportbeschluss einheitlich stehe“. Am Abend desselben Tages versuchten dann laut Staribacher „50 Studenten und sicherlich kath. und soz. Jugendliche[,] die Verladung der Panzer zu verhindern und das Gleis zu blockieren“ – damit war die „gefürchtete Konfrontation“ eingetreten, aber „Gott sei Dank glimpflich verlaufen“¹²⁰. Der Journalist Christian Ortner schilderte diese Konfrontation vor den Steyr-Daimler-Puch-Werkstoren in Wien-Simmering folgendermaßen: „Rund 300 stramme Steyr-Arbeiter erledigen die Arbeit der Polizei und schlagen alles kurz und klein, was irgendwie pazifistisch aussieht. [...] Wenige Mi-

¹¹⁵ Der deutsche Botschafter in Wien berichtete am 24.6.1981: „Bundeskanzler Kreisky hatte sich massiv für den Panzerexport eingesetzt und damit jeglichen Widerstand bereits im Keime erstickt“, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981, Bd. II: 1. Mai bis 30. September 1981, bearb. von Daniela Taschler, Matthias Peter und Judith Michel, München 2012, S. 1448, Anm. 34.

¹¹⁶ Vgl. Joachim Riedl/Josef Votzi, Panzer für Antisemiten?, in: profil vom 22.6.1981, S. 20f.

¹¹⁷ Austria Presse Agentur vom 23.6.1981: „Waffenexport-Diskussion geht weiter“.

¹¹⁸ Arbeiter-Zeitung vom 23.6.1981: „Prechtl zu Panzerexporten: ‚Tiefgreifend moralische Sache‘“.

¹¹⁹ „Das ist keine Bewegung der Jusos“, in: profil vom 29.6.1981, S. 14f., hier S. 15.

¹²⁰ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 23.6.1981.

nuten nach der Schlacht rollt der Zug mit rund 30 Panzern aus dem Werksgelände. Jubel und Erleichterung unter den Metallarbeitern: Die Panzer sind draußen, die langhaarigen Demonstrierer können sich auf der anderen Straßenseite bei der Rettung die Wunden verbinden lassen. Die Dividende ist gesichert.¹²¹ Steyr-Daimler-Puch-Generaldirektor Malzacher wollte jedenfalls nicht neuerlich den „Buhmann“ abgeben: „Schau'n Sie, ich würde lieber Fahrräder oder Wälzlager verkaufen. Aber von der moralischen Seite her bewege ich mich im Rahmen der Gesetze. Und die letzte Verantwortung trägt immerhin die Regierung, die diese Exporte ja bewilligen muß.“¹²² Bei Ausbruch des Falkland-Kriegs zwischen Argentinien und Großbritannien stoppte man 1982 die Lieferung der zweiten Serie von 28 Panzern für rund 850 Millionen Schilling – die Steyr-Daimler-Puch laut einem Informanten „wie einen Bissen Brot“ gebraucht hätte.¹²³ Im Rückblick betrachtet, war das Argentinien-Geschäft einer der letzten großen Panzerdeals: Bereits 1983 wurden bei Steyr-Daimler-Puch nur mehr 25 Panzer gefertigt, im Jahr darauf waren es zwei Stück. Statt 245 Monteuren (1980) waren 1985 nur mehr 50 im Simmeringer Werk im Einsatz. Dafür belasteten alleine die Zinsen für die Panzerproduktionskredite die jährliche Bilanz mit 300 Millionen Schilling. Kreisky kam nicht umsonst zum Schluss: „Der Export von Waffen ist das schlechteste Geschäft, das es gibt. Warum? Wenn nämlich diese Waffen verschlissen und gebraucht werden, dürfen wir sie nicht liefern. Und wenn sie nicht gebraucht werden, verrotten sie in irgendwelchen Magazinen.“¹²⁴

Trotz dieser beträchtlichen Schwierigkeiten wurde am Waffenexport aus arbeitsmarktpolitischen Gründen festgehalten. Als am 30. April 1981 in der SPÖ-Zentrale die Kommission zur Antragsprüfung der Abänderungsanträge zum Wirtschaftsprogramm zusammentrat, sprach sich Kreisky „sehr eingehend und dezidiert“ für den Ausbau der Rüstungsindustrie aus, weil diese einen Aktivposten für die Betriebe darstelle: „Sowohl die Voest-Alpine in Liezen als auch Steyr-Daimler-Puch insbesondere für die Panzerfertigung gewinnt aus den Exporten die notwendigen finanziellen Mittel, um die anderen nicht kostendeckenden Produktionen damit zu subventionieren.“ Kreisky, hielt Staribacher fest, „verniedlicht z. B. jetzt die Kürassiere als Nichtangriffswaffe, die ja hauptsächlich dazu dient, Personen zu transportieren“. Darüber und über viele andere Punkte habe es „natürlich irrsinnig lange Diskussionen“ gegeben: Eine „junge Genossin“ aus der Sozialistischen Jugend wollte ihm „allen Ernstes“ einreden, die „Friedensproduktion“ von Steyr-Daimler-Puch-Rädern auszubauen „und auf die Rüstung [zu]verzichten“¹²⁵. Ein anderes Mal – im Rahmen der Ministerratsitzung vom 4. Mai 1982 – reagierte Kreisky „sehr emotionell“ auf einen Vorschlag eines Parteifreundes, des Grazer Vizebürgermeisters Alfred Stingl. Den Notizen Staribachers

¹²¹ Christian S. Ortner, Mir bringen euch um, in: profil vom 29. 6. 1981, S. 12 f., hier S. 13.

¹²² Arbeiter-Zeitung vom 23. 6. 1981: „Pechtl zu Panzerexporten: ‚Tiefgreifend moralische Sache‘“.

¹²³ Erhard Stackl, Panzer auf Bestellung, in: profil vom 30. 8. 1982, S. 12 f., hier S. 12.

¹²⁴ Otmar Lahodynsky/Hubertus Czernin, Rosten statt Rüsten, in: profil vom 17. 6. 1985, S. 26.

¹²⁵ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 30. 4. 1981.

zufolge hatte dieser die Einsetzung einer Kommission im Parteivorstand für ein „Umrüstungskonzept der verstaatlichten[,] aber auch teilweise privaten Industrie“ gefordert. Kreisky erwähnte als Gegenargument die Entscheidung der VOEST-Alpine, in Liezen Kanonen zu erzeugen, um die Gießerei „in einer ungeheuren schwierigen Situation“ zu erhalten – genauso habe Steyr-Daimler-Puch die Panzerproduktion („Kreisky spricht immer nur von Kettenfahrzeugen“) deshalb aufgenommen und weiter ausgebaut, „weil es für sie der ertragreichste Zweig ist“. Daher sei er „strikte gegen diese Konzeption eines Umrüstungskonzepts“ und lehne die sich daraus ergebende „riesige Diskussion in sozialistischen Parteigremien“ ab. Auf der anderen Seite setzte sich der Bundeskanzler für die Verschärfung des Waffenexportgesetzes ein, um Staaten, die die Menschenrechtskonvention verletzen, auszuschließen¹²⁶.

5. Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik

Als kleines Industrieland war Österreich überproportional vom Außenhandel abhängig. Deshalb war die Politik auch stetig bemüht, sich nach Absatzmärkten umzusehen, wobei der Nahe Osten besonders interessant war. Dorthin hatte Bundeskanzler Kreisky im Zuge seiner „aktiven Neutralitätspolitik“ gute Kontakte geknüpft – um zur Entspannung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern beizutragen und damit auch das Terrorrisiko für Österreich zu mindern¹²⁷. Darüber hinaus bot diese Politik die Möglichkeit, wirtschaftlich zu profitieren. Noricum-Geschäftsführer Peter Unterweger sagte vor Gericht aus, dass Kreisky die Industrie über Generaldirektor Apfalter „immer wieder ermuntert“ habe, in Libyen und den arabischen Golfstaaten Geschäftsbeziehungen anzuknüpfen: „Sein eigener Bekanntheitsgrad, und das muß man ja bedenken, war im arabischen Raum einfach derartig gigantisch; dort war, ich will es nicht übertreiben, Kreisky ein Haushaltswort; dort kannte man den Bundeskanzler einfach überall und er war ein absoluter Wegbereiter für alle Exportgeschäfte der österreichischen Industrie dort hin.“¹²⁸ Darunter fiel natürlich auch der Waffenhandel, und hier ergaben sich problematische Zwangslagen, die nicht nur aus der Gesetzeslage resultierten. So berichtete Herbert Grubmayr, ehemaliger Botschafter im Irak, im „Managerprozess“ Anfang der 1990er Jahre über entsprechende Bemühungen österreichischer Firmen, Ende der 1970er Jahre bei Großprojekten zum Aufbau der irakischen Infrastruktur berücksichtigt zu werden. Einmal, bei einem große-

¹²⁶ Ebenda, Eintrag vom 4.5.1982.

¹²⁷ Österreich fungierte als Transitland für die jüdische Emigration aus Osteuropa nach Israel, wovon ein beträchtliches Risiko ausging, wie die Geiselnahme von Marchegg 1973 zeigte; vgl. dazu Thomas Riegler, Das „Spinnennetz“ des internationalen Terrorismus. Der „Schwarze September“ und die gescheiterte Geiselnahme von Schönau 1973, in: VfZ 60 (2012), S. 579–601, hier S. 600. 1986 betonte Kreisky, dass eben wegen seiner Nahostpolitik Hunderttausende Juden nach Israel ausgewandert seien, „ohne dass jeden Monat in Schwechat [Flughafen Wien] eine Bombe explodiert ist“. Hans Rauscher, Bruno Kreisky, 75, verteidigt sein problematisches Erbe, in: Kurier vom 22. 1. 1986.

¹²⁸ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 182, S. 853f., Protokoll der Hauptverhandlung.

ren Mittagessen in der Botschaft, kam ein Bediensteter und sagte: „Herr Kreisky ist am Telefon“. Grubmayr glaubte zunächst an einen „Scherz“: „Es war wirklich der Bundeskanzler und er hat mir gesagt: ‚Schauen Sie, hier vor mir steht eine Menge Generaldirektoren der österreichischen Industrie, die sagen mir, daß im Irak nichts weitergeht, daß es große Schwierigkeiten mit den Projekten gibt. Was können Sie mir raten, daß wir hier einen Dammbbruch machen?‘“ Grubmayr wollte am Telefon „nicht so explizit sein“. Erst als kurze Zeit später Staatssekretär Adolf Nussbaumer die Botschaft besuchte, sagte er: „Wenn Sie sicher sein wollen, einen Zivilauftrag dieser Größe zu bekommen, müssen Sie Waffen liefern.“¹²⁹

Ein besonderes Vertrauensverhältnis verband Kreisky mit dem libyschen Oberst Muammar al-Gaddafi, der damals als der „Schutzpatron“ des internationalen Terrorismus galt. Schon 1976 hatte Gaddafis Stellvertreter Abdel Salam Jalloud im Rahmen einer offiziellen Visite die Weichen für eine Kooperation gestellt, die 1981 im Auftrag an die VOEST-Alpine zum Bau des Stahlwerks Misurata, des damals größten Schwerindustriekomplexes in Afrika, gipfelte¹³⁰. 1982 führte Gaddafis erste Visite in ein westliches Land nach Österreich. Den dreitägigen Staatsbesuch hatte VOEST-Alpine-Generaldirektor Apfalter eingefädelt¹³¹. In den Medien wurde über den erfolgreichen Abschluss eines Waffengeschäfts spekuliert¹³², was auch in den Unterlagen des MfS Niederschlag fand: „Ungeachtet dessen, dass die Regierung Österreichs diese Meldungen offiziell zurückwies, verfügen wir über Informationen, die darauf hinweisen, dass während des Besuchs von Gaddafi eine Übereinkunft über den Verkauf von 200 österreichischen Panzern ‚Kürassier‘ getroffen wurde.“¹³³ Es gibt keinen Beleg dafür, dass das Geschäft in dieser Form zustande kam. Dafür besuchte 1984 der nunmehrige Alt-Bundeskanzler Kreisky für drei Tage Tripolis, um bei Gaddafi für Wirtschaftsinteressen zu werben: Steyr-Daimler-Puch wollte Libyen LKW, Traktoren und Panzer mit einem Auftragswert zwischen zwei und drei Milliarden Schilling verkaufen. „Ich habe von mir aus nie aktiv Waffengeschäfte entriert“, stellte Kreisky dazu klar und fügte hinzu: „Ich will aber nicht bestreiten, dass ich ersucht wurde, meine freundlichen Dienste einzusetzen.“¹³⁴ Am 20. November 1984 wurde dann der größte Rüstungsdeal in der Geschichte der VOEST-Alpine mit Libyen vereinbart. Für ge-

¹²⁹ Ebenda, Bd. 200, S. 7108 f., Protokoll der Hauptverhandlung, 12. 10. 1990.

¹³⁰ Austria Presseagentur vom 6. 2. 1981: „Libysche Stahlwerksaufträge für VOEST und deutsche Anlagenbauer?“.

¹³¹ Ende Januar 1982 wandte sich Kreisky brieflich an Gaddafi: „Generaldirektor Apfalter hat mir über sein interessantes Gespräch mit Ihnen ausführlich berichtet. Auch ich bin davon überzeugt, daß nun ein direkter Kontakt zwischen uns die beste Gelegenheit böte, alle Aspekte einer verstärkten wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit Libyens mit Österreich sowie die Lage im Nahen Osten überhaupt ausführlich zu erörtern. In diesem Sinne möchte ich Sie daher bitten, eine Einladung zu einem Besuch in Österreich annehmen zu wollen“, in: StBKA, VII.1 Länderboxen, Libyen, Box 2.

¹³² Kurier vom 10. 3. 1982: „Gespräche auch über Steyr-Panzer? Unsere Wirtschaft erhofft sich Milliardenaufträge von Gaddafi“.

¹³³ BStU, MfS 415/84, Information der Sicherheitsorgane der VRB über den Verkauf von österreichischen Waffen, 1982.

¹³⁴ Josef Votzi, Panzer für Gaddafi, in: profil vom 2. 1. 1984, S. 10 f.

schätzte zehn Milliarden Schilling kaufte die libysche Regierung 200 GHN-45-Haubitzen und mehr als eine Million Granaten¹³⁵. Die Auslieferung der Kanonen wurde jedoch im Januar 1986 gestoppt – schließlich befand sich Libyen seit 1981 im Krieg mit dem Nachbarland Tschad. Die bisherigen Lieferungen waren in Wirklichkeit in den Iran gegangen, und Libyen hatte dafür falsche Endabnehmerbescheinigungen zur Verfügung gestellt. Kreisky zumindest war überzeugt, die Libyer hätten „dieses G'schäft“ für sich benötigt: „Die Syrtebucht kann man nur mit solchen Kanonen verteidigen. Ich weiß zwar nicht, ob's was hilft, aber man kann diese Geschütze immerhin auf Ziele einstellen, die dort in Hülle und Fülle gegeben sind.“¹³⁶ Im Rahmen eines Kurzbesuchs im Februar 1986 soll Kreisky von Gaddafi auch die Zusicherung erhalten haben, dass sich die gelieferten Kanonen noch immer in Libyen befänden¹³⁷.

Schon 1981 hatte die VOEST-Alpine Kreisky ersucht, bei der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi zu intervenieren, um einen geplanten Export von GHN-45 positiv zu beeinflussen. Die internationale Konkurrenz war in diesem Fall enorm, wie der ehemalige VOEST-Pressesprecher Franz Summer in seinen Memoiren schildert: „Seit 1982 balgten sich alle großen Kanonenhersteller in Ost und West sowie Schwedens und Österreichs um den Auftrag zur Lieferung von 400 Stück Feldhaubitzen, mit denen die indische Armee neu und modern artilleristisch ausgerüstet werden sollte. Das ganze System sollte einen Auftragswert von rund 20 Milliarden Schilling haben.“¹³⁸ Für Österreich hatten sich insofern Nachteile ergeben, als die indische Seite schon vor Verhandlungsbeginn darauf bestand, dass die Lieferungen ohne jede Einschränkung garantiert werden müssten. Da eine solche Verpflichtung aufgrund des Kriegsmaterialgesetzes nicht formuliert werden konnte, sah der Vorstand die Gefahr, „dass dadurch unsere an sich sehr guten Chancen auf einen Auftrag verloren gehen“. Ein Ausweg bot sich an: „Nach inoffiziellem Rat indischer Stellen könnte [...] ein persönlicher Brief, den Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, an die Ministerpräsidentin, Frau Gandhi, richten würden, der österreichischen Industrie trotz dieses Problems weiterhelfen.“¹³⁹ Kreisky entsprach diesem Wunsch und legte der indischen Ministerpräsidentin die beiderseitigen Vorteile eines Geschäftsabschlusses mit der VOEST-Alpine dar¹⁴⁰. Als Kreisky dieser Umstand während des „Managerprozesses“ zur Last gelegt wurde, rechtfertigte er sich folgendermaßen: „Grundsätzlich gehören Interventionen zugunsten legaler Geschäfte im Interesse der österreichischen Wirtschaft zu den Aufgaben eines Bundeskanzlers und stellen – wie hunderte (erfolgreiche) Beispiele beweisen – keine Ausnahme dar.“ Immerhin, so

¹³⁵ Vgl. Hubertus Czernin, Was Österreich an Gaddafi liefert, in: profil vom 3. 2. 1986, S. 20–23, hier S. 21.

¹³⁶ Czernin/Lahodinsky, Geschäfte mit Krisen, S. 12.

¹³⁷ Vgl. Austria Presse Agentur vom 11. 2. 1986: „Kreisky sieht Möglichkeiten für Entkrampfung im Mittelmeer“.

¹³⁸ Franz Summer, Das VOEST-Debakel, Wien 1987, S. 283.

¹³⁹ StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 19, Brief VOEST Alpine-Vorstand an BK Kreisky, 11. 4. 1981.

¹⁴⁰ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 179, S. 183, BK Kreisky an PM Indira Gandhi, 18. 12. 1981.

Kreisky, waren alleine in der Anfangsphase des Projekts Direktlieferungen im Wert von sechs Milliarden Schilling vorgesehen¹⁴¹.

Im Frühjahr 1984 versuchte dann Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ)¹⁴² im Rahmen eines Staatsbesuchs Vertrauen zu schaffen und die indischen Verhandlungspartner davon zu überzeugen, dass Österreich die Lieferverträge auch dann einhalten würde, falls Indien in einen militärischen Konflikt verwickelt werde. Davor hatte ein vorbereitendes Gespräch zwischen Sinowatz und VOEST-Generaldirektor Apfalter stattgefunden. Nach den Erinnerungen Peter Unterwegers sagte Apfalter „in seiner bekannten legendären Diktion ‚Fredl, da sagst yes‘“. Sinowatz soll gegenüber dem indischen Verteidigungsminister entsprechend agiert haben: „Das Gespräch hat offensichtlich im wesentlichen auch Apfalter geführt. Ich glaube, Sinowatz war der englischen Sprache nicht besonders mächtig.“¹⁴³ Weiter führte Unterweger aus: „Unser absoluter Wettbewerbsnachteil – allen anderen Mitbewerbern gegenüber – war, dass wir auf Grund der österreichischen Gesetzgebung nicht in Länder im Kriegszustand bzw. in Länder, in denen ein Konflikt auszubrechen drohte liefern durften. Für einen Käufer war das mit einem unkalkulierbaren Risiko verbunden: Sollte plötzlich ein state of conflict entstehen, würden wir dann unseren vertraglichen Lieferverpflichtungen nachkommen? Auf die unvermeidliche Frage zu diesem Dilemma bei unserem Termin beim indischen Verteidigungsminister soufflierte Heribert Apfalter dem Kanzler Sinowatz beim Staatsbesuch: ‚Fredl, jetzt sagst yes!‘ Und der Herr Bundeskanzler hat auch ‚yes‘ gesagt, und das ist ihm vorher auch korrekt übersetzt worden. Was ich damit sagen will: Auch aus diesen Gesprächen war für mich der konsensuale Eindruck zwischen Politik und Management immer gegeben. In Wirklichkeit, wenn man es genau nimmt, hat der Herr Bundeskanzler bei dieser Gelegenheit das Neutralitätsrecht verletzt und für jedermann verständlich das Staatswohl an erste Stelle gerückt: Ja, selbstverständlich liefern wir weiter, da fällt uns schon etwas ein. Mit wem ich auch immer in der politischen Landschaft geredet habe, so nach dem Motto – ‚Wir brauchen da eine Genehmigung‘ – hat jeder gesagt: ‚Das machen wir schon, wir stehen vor und hinter Dir‘. Keiner hat gesagt: Das Gesetz ist so, und da verzichten wir lieber auf ein Geschäft, wenn das nicht zu Tode geprüft ist. Alle waren massiv interessiert, die Parteien, die Gewerkschaften, die Repräsentanten der Länder und der Gemeinden. Die Sicherung der Arbeitsplätze war zum damaligen Zeitpunkt das ultimative Credo, dem alles unterzuordnen war.“¹⁴⁴

Die VOEST-Alpine kam aber letztlich nicht zum Zug: 1986 setzte sich der schwedische Rüstungskonzern Bofors gegen die österreichische, französische, bundesdeutsche und britische Konkurrenz durch. Wie sich später herausstellte, hatte Bofors 1985 33 Millionen Kronen als Provision und später noch einmal 250

¹⁴¹ StBKA, VI.4 Landesverteidigung, Waffenproduktion, Exporte, Box 19, undatiertes Schreiben.

¹⁴² Dr. Fred Sinowatz (1929–2008) war von 1971 bis 1983 Bundesminister für Unterricht und Kunst. Nach dem Rücktritt von Kreisky führte Sinowatz als Bundeskanzler zwischen 1983 und 1986 eine kleine Koalition von SPÖ und FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs).

¹⁴³ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 182, S. 716, Protokoll der Hauptverhandlung, 2.5.1990.

¹⁴⁴ Interview Unterweger, 9.2.2011.

Millionen Kronen auf Schweizer Konten eingezahlt – Schmiergeld, das an die Partei des indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi und an wichtige Entscheidungsträger im Verteidigungsministerium floss¹⁴⁵. Das neutrale Schweden wiederum, das in Sachen Waffenexport eigentlich über die strengsten gesetzlichen Vorschriften verfügte, wurde von einem – dem österreichischen Fall ähnlichen – „Irangate“ erschüttert: Es stellte sich heraus, dass Bofors zwischen 1981 und 1985 auch Tonnen von Treibladungspulver und Sprengstoff über die DDR in den Iran geliefert hatte. Zwei Ermittlungsverfahren gegen die Konzernspitze von Bofors 1988 und Mitte der 1990er Jahre endeten jedoch mit Freisprüchen für die Manager¹⁴⁶. Das gescheiterte Indiangeschäft verstärkte den Druck auf die VOEST – denn im Vertrauen darauf, dass die GHN-45 bei technischen Tests der indischen Militärs ausgezeichnete Ergebnisse erzielt hatte, war seit 1984 eine Vorratsfertigung „für den fast sicher erwarteten Auftrag aus dem Subkontinent“ angelaufen¹⁴⁷.

Daraus wurde nun nichts. Seit dem Erwerb der GHN-45-Lizenz war zunächst nur ein damit übernommener Liefervertrag von zehn Haubitzen nach Thailand erfüllt worden. Geschäfte mit Saudi-Arabien, Somalia und Nigeria hatten sich dagegen zerschlagen¹⁴⁸. Dafür wurde das sogenannte Jordaniengeschäft abgeschlossen, und zwar nach einem Staatsbesuch von Kreisky. Zwischen dem 2. und 5. Oktober 1980 war der Bundeskanzler mit König Hussein, Kronprinz Hassan, dem Ministerpräsidenten und mehreren Ministern zusammengetroffen. In der österreichischen Delegation hatte sich auch Hirtenberger-Generaldirektor Hadwinger befunden¹⁴⁹. Auf einer Pressekonferenz während des Staatsbesuchs meinte Kreisky, dass „Tanks nur eine untergeordnete Rolle spielen...“. Obgleich Panzerfahrzeuge auf der Liste der Exportgüter ständen, meinte Kreisky, „er verhandle prinzipiell nicht über Waffenexporte, das sei eine Sache der jeweiligen Firmen“¹⁵⁰. Jedenfalls kam es am 8. Februar 1981 zum Abschluss eines Verkaufsvertrags zwischen der VOEST-Alpine und dem jordanischen Verteidigungsministerium über die Lieferung von 200 GHN-45, 221 Ersatzrohren, fünf Lafetten und 700.000 Granaten¹⁵¹.

Bedenken aufgrund der Gesetzeslage hatte es gegen dieses Geschäft nicht gegeben, obwohl in unmittelbarer Nähe zu Jordanien am 23. September 1980 der Krieg zwischen Irak und Iran ausgebrochen war. Weiter war bekannt, dass das Königreich den kriegsführenden Irak unterstützte und ein permanentes Spannungs-

¹⁴⁵ Vgl. Erich Wiedemann, Lieber Gott, mach, dass es ein Verrückter war, in: Der Spiegel, 7. 12. 1987, S. 168–184.

¹⁴⁶ Vgl. Andreas Förster, Gefährliche Geschäfte, in: Berliner Zeitung vom 22. 1. 2011.

¹⁴⁷ Summer, Das VOEST-Debakel, S. 283.

¹⁴⁸ LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 73.

¹⁴⁹ Ebenda, S. 75.

¹⁵⁰ Die Presse vom 4. 10. 1980: „Kreisky: „Tanks spielen nur untergeordnete Rolle“.“.

¹⁵¹ Zwischen 1981 und 1985 wurden insgesamt 213 GHN-45, fünf Lafetten und 151 Rohre nach Jordanien ausgeführt. Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 44.

verhältnis zu Syrien bestand¹⁵². Schon 1980 hatte die Steyr-Daimler-Puch AG einen Antrag auf den Export von 60 Panzern und Munition gestellt, gegen den das Bundeskanzleramt keinen Einwand erhob. Selbst eine Endverbraucherbescheinigung wurde als „nicht erforderlich“ angesehen¹⁵³. Tatsächlich traf ein Großteil der Lieferungen im saudi-arabischen Hafen Al Quadima ein, von wo aus das Kriegsmaterial in den Irak¹⁵⁴ gelangte¹⁵⁵. Dieser Umstand blieb den österreichischen Stellen nicht verborgen: Als Innenminister Lanc im April 1981 Bagdad besuchte, stellte der irakische Präsident Saddam Hussein laut Gesprächsnotiz „die Frage nach der Artillerie“ und meinte: „Wenn Lieferungen nicht sofort eintreffen, sondern sogar schon seit einiger Zeit überfällig seien, so sei das im Bereich der Politik eine wichtige Frage. Jede gesunde und freundschaftliche Beziehung werde durch solche bilaterale Fragen getestet.“ Lanc antwortete, „dass die Artilleriestücke für Jordanien bestimmt seien“, und erläuterte die „österreichischen neutralitätspolitischen Bestimmungen betreffend den Waffenexport“. Als Saddam Hussein nachfragte, „ob nicht die Lieferung beschleunigt werden könne, wenn sie an ein anderes Land als Jordanien ginge, da die USA ja vielleicht auch gegen Jordanien Einwendungen habe“, meinte Lanc kurz, „dass darin nicht das Problem liege“¹⁵⁶. In einem Interview erinnerte sich Lanc 2011 an dieses Gespräch: „Saddam Hussein hat sich darüber beschwert, dass wir an den Irak keine Kanonen liefern. Da habe ich gesagt, es gäbe für einen Neutralen nur die Möglichkeit, beide Kriegsparteien zu beliefern – jetzt wo der Krieg zwischen Iran und Irak ausgebrochen war. Ich habe ihm gesagt, wir liefern gerne, aber auch der Iran klopft an die Tür. Ich könne keinen Sinn darin erkennen, dass wir daran verdienen, dass noch mehr Iraker und Iraner ums Leben kommen – nur um durch Lieferung an beide Seiten neu-

¹⁵² LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 77

¹⁵³ StBKA, VII.1 Länderboxen, Jordanien Box 2, Information für den Herrn Bundeskanzler; Waffenexport Jordanien, 16. 2. 1981.

¹⁵⁴ Am 22. 9. 1980 hatte der Erste Golfkrieg zwischen Irak und Iran begonnen. Beide Länder erhielten in Folge Waffenlieferungen – zwischen 1984 und 1988 gingen 30 % aller Rüstungsgüter, die in den Nahen Osten verkauft wurden, an die Kriegsparteien. Während der Irak vor allem von Frankreich (28 %) und der Sowjetunion (47 %) aufgerüstet wurde, war China der Hauptlieferant für den Iran (über 50 %). Darüber hinaus traten mit Brasilien, Nordkorea und Ägypten neue Waffenexporteure im Nahen Osten auf den Plan. Vgl. SIPRI Yearbook 1989, World Armaments and Disarmament, Oxford 1989, S. 196 f. Zwischen 1984 und 1988 war der Irak der führende Waffen-Importeur weltweit, der Iran folgte auf Platz 15; vgl. ebenda, S. 211. Wie der Journalist Kenneth Timmerman 1988 kritisierte, hatte eine „ganze Horde kleinerer Nationen mit Rüstungsproduktion“ den Kriegsparteien „liebend gern jeden Waffentyp [verkauft], den sie haben wollten, während sie gleichzeitig ihre nationalen Interessen in der Region vorantrieben“. Kenneth R. Timmerman, Öl ins Feuer. Internationale Waffengeschäfte im Golfkrieg, Zürich 1988, S. 330. Selbst die USA verletzten ein 1983 verhängtes Embargo und belieferten den Iran zwischen 1985 und 1986 insgeheim mit Panzerabwehrwaffen und Bodenlufraketen. Gewinne aus den Waffengeschäften flossen an die „Contras“ zur Unterstützung ihres Kampfes gegen die linksgerichtete Regierung Nicaraguas (Iran-Contra-Affäre).

¹⁵⁵ LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 80.

¹⁵⁶ StBKA, VII.4 Nahost, Box 2, Notiz, 6. 4. 1981.

tralitätskonform auszusteigen. Darauf konnte er nicht sagen: ‚Das ist mir egal‘, sondern hat das zwischen zwei Zügen an einer Havanna-Zigarre akzeptiert.“¹⁵⁷

6. Der Noricum-Skandal

Tatsächlich hatte der Iran fast zeitgleich mit Lancs Irak-Visite Interesse an österreichischem Kriegsmaterial bekundet. Am 31. März 1981 wurde der österreichische Missionschef ins iranische Außenministerium gebeten, wo ihm der Vizeverteidigungsminister die Frage stellte, „ob Österreich bereit wäre, an Iran a) kurzfristig und b) nach Beendigung des Krieges mit Irak Waffen und Munition zu liefern“. Die iranische Regierung sei sich bewusst, „dass Österreich ein neutrales Land ist, jedoch möge bei der österreichischen Antwort in Betracht gezogen werden, dass Irak der Aggressor und Iran der angegriffene Staat ist, der sich verteidigen müsse. Österreich möge der islamischen Republik Iran daher helfen. Falls eine Direktlieferung nicht möglich sei, könnten Lieferungen über ein Drittland in Erwägung gezogen werden.“ Der österreichische Diplomat wiegelte mit dem Hinweis auf die Neutralität ab – erst nach Kriegsende könne die Frage von Waffenlieferungen neu geprüft werden¹⁵⁸. Dazu sollte es aber nicht kommen – nur zwei Jahre später, am 20. Januar 1983 überbrachte der iranische Botschafter in Österreich eine „Demarche“ seiner Regierung. Der Diplomat erklärte, „dass seine Regierung im Besitz von Informationen sei, wonach Österreich beabsichtige, an Jordanien Kriegsgerät, und zwar Kettenfahrzeuge und Kanonen, zu liefern. [...] Die iranische Regierung verfüge auch über sichere Anzeichen dafür, dass dieses Kriegsgerät an den Irak weitergegeben werden würde. [...] Sollte Österreich dem Ersuchen, die Weitergabe des erwähnten Kriegsmaterials an den Irak zu verhindern, nicht entsprechen können, so wäre man in Teheran zufrieden, wenn der Iran ebenfalls die Möglichkeit erhielte, aus Österreich Kriegsmaterial zu beziehen, wenngleich dies zunächst von der iranischen Regierung nicht angestrebt werde.“¹⁵⁹

In der Folge soll es zu massiven iranischen Drohungen gekommen sein: Ein ausgehandeltes Ölkompensationsgeschäft im Wert von 21 Milliarden Schilling kam nicht zur Unterzeichnung, Verhandlungen über Wirtschaftsprojekte mit mehreren österreichischen Firmen wurden unterbrochen¹⁶⁰. „Iranische Vertreter haben sich massiv beschwert, dass ihren Kämpfern österreichisches Kriegsmaterial ‚um die Ohren fliegt‘, welches zuvor im guten Glauben an Jordanien geliefert und ohne unser Wissen an den Irak weitergeleitet worden war“, erinnerte sich Peter Unterweger. „Sie haben deutlich gemacht, dass sie ebenfalls GHN-45 beziehen wollten, kombiniert mit der ‚unausgesprochenen‘ Drohung, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Österreich einer ‚kritischen‘ Betrachtung zu unterziehen. Da herrschte allgemein helle Aufregung, so nach dem Motto: ‚Was machen wir jetzt?‘ Da kam dann eben die Idee auf, an ein Drittland zu liefern. Das war ein

¹⁵⁷ Interview Lanc, 11.2.2011.

¹⁵⁸ StBKA, VII. 1 Länderboxen, Iran Box 1, austroamb teheran an aussenam wien, 1.4.1981.

¹⁵⁹ Ebenda, Iran Box 1, Vorsprache des iranischen Geschäftsträgers am 20.1.1983.

¹⁶⁰ LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 101.

Konsens von allen Beteiligten, ohne dass irgendjemand gesagt hat: So läuft's! Macht es so! Wer könnte den dieses Empfängerland sein? Und hier kam irgendwann einmal die Thematik Libyen auf.“¹⁶¹

Laut späterer Darstellung der Staatsanwaltschaft war die Noricum nach dem geplatzten Indiangeschäft und „zumal bereits im Wert von ca. 1 Mrd S auf Vorrat in Liezen produziert worden war und sonstige potentielle Kunden nicht vorhanden waren“, von sich aus an Lieferungen in den Iran interessiert¹⁶². Nachdem bereits 1983 erste Kontakte geknüpft worden waren, kam es am 29. April 1984 zum Vertragsabschluss mit dem iranischen Verteidigungsministerium. Insgesamt sollten 200 GHN-45, 200 Ersatzrohre mit Verschluss und 200 Ersatzrohre mit Mündungsbremse, Zubehör sowie 190.000 Sprenggranaten zwischen Juni 1985 bis Mai 1988 geliefert werden¹⁶³. Davon wurden 180 Haubitzen, 60 Rohre mit Verschluss, 120 Rohre ohne Verschluss sowie 98.000 Sprenggranaten in acht Teillieferungen tatsächlich überstellt¹⁶⁴. Aufgrund erzwungener Rabatte und wegen der vorzeitigen Beendigung des Geschäfts machte die VOEST statt 6,8 Milliarden Schilling nur 3,3 Milliarden Schilling Gewinn¹⁶⁵. Wie im Gutachten des Import-Export-Sachverständigen in der Strafsache Noricum 1989 festgehalten wurde, betrug der Verlust der Noricum 36,5 Prozent, „für VA [Voest-Alpine] und Noricum gesamt musste das Ergebnis knapp positiv oder zumindest nur gering negativ gewesen sein. Ein früherer Abbruch aus dem Risiko des Ertapptseins hätte das Ergebnis wegen der Vorauszahlungen verschlechtert [...]. Noricum und VA [sind] gerade mit einem blauen Auge ausgestiegen, vernachlässigt man den Performance-Bond [Erfüllungsgarantie] und die Preisnachlässe.“ Noricum und die Voest-Alpine hätten sich so in eine „fast ausweglose Situation“ manövriert¹⁶⁶. Außerdem sollen zwischen 1985 und 1987 knapp 800 Millionen Schilling – Provisionen von über 20 Prozent – ins Ausland geflossen sein, wobei der Hintergrund vieler Zahlungen „ungeklärt“ blieb¹⁶⁷. Dass Provisionen bezahlt wurden, sei eine Tatsache, so Unterweger, allerdings sei deren Höhe falsch kolportiert worden: „Es ist ja bekannt, dass wir für das Geschäft auch Provisionen an Lobbyisten und unsere Vertreter gezahlt haben. Diese waren selbstverständlich im Verkaufspreis einkalkuliert. Das Gericht hat später alle Provisionsströme nachverfolgt. Es waren 10 Prozent von sechs Milliarden Schilling. In unterschiedlichsten Branchen und Gewerben (Versicherungen, Banken etc.) werden 20 bis 25 Prozent für das Zustandekommen oder Vermitteln von Geschäften bezahlt. Die Provisionsgrößen im Falle der Noricum-Geschäfte waren also relativ gering und von üblicher Größenordnung – etwa im Vergleich zu dem, was für komplette Industrieanlagen in asia-

¹⁶¹ Interview Unterweger, 9. 2. 2011.

¹⁶² LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 111.

¹⁶³ Ebenda, S. 131 f.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 141.

¹⁶⁵ Vgl. Herbert Langsner/Christian S. Ortner, Feuer frei, in: profil vom 14. 3. 1989, S. 37–44, hier S. 42.

¹⁶⁶ LG Wien, 30 Vr 305/87, Band 155, Zwischenbericht „14. 12. 1987“, S. 929 f.

¹⁶⁷ Herbert Langsner, „Endverbleib der Summe nicht belegt“, in: profil vom 13. 2. 1989, S. 32–35, hier S. 33.

tischen oder afrikanischen Ländern bezahlt wurde. Wenn da für 16 Milliarden ein Stahlwerk zu hinstellen war, sind auch 10 Prozent bezahlt worden. Jedenfalls war immer sichergestellt, dass einer Provisionszahlung auch eine konkrete Leistung entgegenstand.“¹⁶⁸

Libyen fungierte, wie bereits erwähnt, als Scheinadressat für die ersten sechs Teillieferungen. Zuvor war Erich Schmidt (SPÖ), Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, am 1. Dezember 1984 mit dem angeblichen Ziel nach Tripolis geflogen, den Vertragsabschluss wegen der Noricum-Haubitzen zu unterstützen. Die Staatsanwaltschaft hielt später fest, dass es „bezeichnenderweise“ zu keinen Gesprächen und Verhandlungen mit libyschen Vertretern kam und Schmidt Libyen „ohne Ergebnis“ verließ¹⁶⁹. Tatsächlich hatte Unterweger, der auch an der Reise teilnahm, den Deal mit Gaddafi finalisiert: „Schmidt hat mich gefragt: ‚Was mache ich da eigentlich?‘ Aber ‚politisch‘ war angeregt, dass jemand aus der Ministerriege mitfliegen muss, damit das ‚Kind‘ quasi einen Namen hat, und das war der Schmidt. Am Flughafen Tripolis wurden wir dann getrennt, und ich habe dann alleine die Details mit Gaddafi geklärt. Dazu wurde ich mit verbundenen Augen durch die Gegend geschippert – das Ziel war ein riesengroßes Zelt in der Wüste. In Erinnerung geblieben ist mir, dass bei meiner Ankunft gerade die italienische Journalistin Oriana Fallaci aus dem Zelt kam. Die hatte eben ein Gespräch mit dem Revolutionsführer geführt. Ich selbst war etwa eine halbe Stunde dort, habe einen Tee getrunken und einen Handshake bekommen. Und am Schluss hat man mir einen grün eingebundenen Vertrag in die Hand gedrückt.“¹⁷⁰

Erste Informationen, dass die Noricum anstatt Libyen den Iran belieferte, sandte im Juli 1985 der designierte Botschafter in Athen, Herbert Amry, in vier Fernschreiben an Regierungsstellen. Darin berichtete er über die Beschwerde eines beim Kanonenhandel übergangenen iranischen Zwischenhändlers und fasste seine eigenen Rechercheergebnisse so zusammen: Das Waffengeschäft sei „ein solches mit dem Iran, es sei mit dem Iran verhandelt worden und die Lieferung gehe dorthin. [...] Es sei also der Iran, der an die VÖEST bezahle, woraus zur Genüge hervorgehe, dass der Iran auch der Vertragspartner sei. Libyen schein weder als Zahler auf noch bekomme es die Ware. Iran sei Vertragspartner daher Zahler und Empfänger.“¹⁷¹ Kurze Zeit später, in der Nacht vom 11. auf den 12. Juli 1985 erlitt Amry im Anschluss an einen Botschaftsempfang einen tödlichen Herzinfarkt¹⁷². Weil sich, wie Innenminister Blecha später in einer Vernehmung zu Pro-

¹⁶⁸ Interview Unterweger, 9. 2. 2011.

¹⁶⁹ LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 125 f.

¹⁷⁰ Interview Unterweger, 9. 2. 2011.

¹⁷¹ LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 233

¹⁷² Bis heute halten sich Gerüchte, wonach Herbert Amry Opfer eines Mordanschlags geworden sein könnte. 1985 führte die Staatspolizei Ermittlungen durch und berichtete: „Betreffend der Todesart stellte der Arzt eindeutig Tod durch Herzversagen infolge eines Herzinfarktes fest. Keinesfalls konnten irgendwelche Symptome einer Vergiftung oder sonstigen Einwirkung, die auf einen gewaltsamen Tod schließen lassen würden, vorgefunden werden.“ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 143, Bericht, 9. 8. 1985, S. 247–251. Auch für Blecha

tokoll gab, aufgrund der Informationen Amrys „kein schlüssiger Verdacht“ ergeben hatte, „war daher beabsichtigt, die Manager mit diesem Verdacht zu konfrontieren, und von einem Eigentümerversorger Einsicht in jene Papiere nehmen zu lassen, die Auskunft darüber geben, ob das in Rede stehende Geschäft ein solches mit Libyen ist und die zu liefernden Waren nach Libyen abgehen“¹⁷³.

Am 11. Juli 1985 legten Noricum-Manager dem für die Verstaatlichte Industrie zuständigen Bundesminister Ferdinand Lacina (SPÖ) den Libyen-Vertrag sowie weitere Dokumente vor. Über das Ergebnis der Prüfung heißt es in einem Aktenvermerk: „Die eingesehenen Unterlagen wiesen ausschließlich auf ein Libyen-Geschäft hin. Es konnten keinerlei Indizien gefunden werden, die die aufgetretenen Zweifel hätten gerechtfertigt erscheinen lassen. Es ergaben sich keinerlei Hinweise auf ein unkorrektes Verhalten der Geschäftsführung der Firma Noricum.“¹⁷⁴ Am 12. Juli 1985 bescheinigte das Außenministerium, dass das libyische Enduserzertifikat „als ausreichend anzusehen“ sei, woraufhin ein kurzfristiger freiwilliger Lieferstopp wieder aufgehoben wurde¹⁷⁵.

Wenige Wochen später waren die Waffengeschäfte erstmals Gegenstand einer öffentlichen Kontroverse: Am 30. August 1985 hatten sich zwei Journalisten des Magazins *Basta*¹⁷⁶ im jugoslawischen Hafen Kardeljevo – heute Ploče – Zugang zu einem angeblich für Libyen bestimmten Noricum-Container verschafft. Am Rohrende des Geschützes, das sich darin befand, hing eine Bedienungsanleitung zur

gibt es keine Gründe, am natürlichen Tod Amrys zu zweifeln: „Es gab Untersuchungen, die vom Außenamt angeordnet wurden. Für uns war die Erklärung mit dem Herzinfarkt plausibel, weil der Herbert gesundheitliche Probleme hatte.“ Interview Blecha, 21. 3. 2011. Der damalige Nahostkorrespondent, James Dorsey, bestätigt hingegen, dass Amry Drohungen erhalten hatte: „Herbert war ein Freund, und ich sah ihn noch am Abend seines Todes. Ich war eine der letzten Personen, die den Empfang in Athen spätabends verlassen hat. [...] Kurz vor seinem Tode hatte mir Herbert noch erzählt, dass er Drohungen von einem irischen Waffenhändler erhalten hatte. [...] Weil es dann keine Autopsie gab, haben viele Beobachter vorschnelle Schlüsse gezogen. Ob es ein natürlicher Tod oder ein Mord war, dafür gibt es keine Beweise – weder für das eine noch für das andere.“ Interview mit James Dorsey, 1. 7. 2015.

¹⁷³ LG Wien, 21 Vr 1193/89, Bd. 160, Vernehmung des Beschuldigten, 10. 8. 1989.

¹⁷⁴ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 143, Aktenvermerk, 22. 8. 1985, S. 262.

¹⁷⁵ Ebenda, Bd. 143, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten an das Bundesministerium für Inneres, 12. 7. 1985, S. 233.

¹⁷⁶ Investigativer Journalismus spielte eine Schlüsselrolle beim Bekanntwerden des Noricum-Skandals: Den größten Coup landete die 1983 gegründete und 1994 eingestellte Monatszeitschrift „Basta“. Für die Öffentlichkeit war es schwierig, wegen der zunehmenden Komplexität der Materie die Entwicklung des Geschehens über einen so langen Zeitraum zu verfolgen. 1990 stellte der „Spiegel“ nicht umsonst fest, dass „das Interesse der längst zum Überdruß skandalgeplagten österreichischen Bevölkerung“ am Noricum-Prozess „eher matt“ sei; „Tot, blind und deppert“, in: Der Spiegel vom 9. 4. 1990, S. 160f., hier S. 161. Zu diesem Zeitpunkt war der Tatbestand des illegalen Waffentransport längst nicht mehr vorrangig, „sondern das persönliche Schicksal der betroffenen Politiker, deren schwierige und komplizierte Lage, ein schwer administrierbares Gesetz, jede Menge Verfahrensfragen und ein großes Maß an Solidarität“, in: Doris Schmidbauer, „Nix seh'n, nix red'n, so lebst am besten.“ Der Noricum-Skandal, in: Gehler/Sickingler (Hrsg.), Politische Affären und Skandale in Österreich, S. 568–591, hier S. 588f.

ordnungsgemäßen Entladung. Der Text war nicht in Arabisch, sondern in Persisch abgefasst¹⁷⁷. Daraufhin wurde am 3. Oktober 1985 eine „Scheinentladung“ für den österreichischen Handelsdelegierten in Tripolis organisiert, um den Bestimmungsort Libyen zu belegen (tatsächlich wurde der Container wieder auf das Schiff verladen und dieses verließ den Hafen von Tripolis in Richtung Iran)¹⁷⁸. Doch Zweifel blieben bestehen: Im Februar 1986 wurde Bundeskanzler Fred Sinowatz in Anspielung auf ein Zitat von Bruno Kreisky gefragt: „Ein paar tote Irakis sind Ihnen lieber als ein paar hundert Arbeitslose?“ Sinowatz stellte das entschieden in Abrede: „Alle Hinweise in diese Richtung sind ergebnislos überprüft worden. Mir sind keine Waffenlieferungen in den Iran, den Irak oder andere kriegsführenden Länder bekannt. Sie werden doch nicht glauben, dass wir nicht sofort zum Staatsanwalt gingen, wenn wir davon wüssten.“¹⁷⁹

Diesen Schritt machte der *Basta*-Journalist Burkhard List: Nach seiner Anzeige kam es zu ersten Ermittlungen gegen Noricum-Manager durch die Staatsanwaltschaft Linz, die am 30. April 1986 eingestellt wurden. In der Zwischenzeit war die Exportgenehmigung für Libyen zurückgezogen worden. Nach Innenminister Blecha „war der Grund die Krise im Mittelmeerraum, insbesondere die Aktionen der USA gegen Libyen, die durch die Terroranschläge auf die Flughäfen Wien und Rom am 27. 12. 1985 ausgelöst worden sind“¹⁸⁰. Nicht verhindert wurde, dass noch im Juni 1986 eine Teillieferung an den Iran abging. Die restlichen Lieferungen realisierte man über gefälschte Papiere, die Abnehmerländer wie Argentinien, Thailand, Brasilien, Bulgarien, Polen und Ägypten angaben, woraufhin Bewilligungsbescheide ergingen – bis der Iran Ende 1987 die neunte Teillieferung wegen eines verweigeren Preisnachlasses nicht akzeptierte¹⁸¹.

Bei der Verschleierung der Geschäfte spielte der syrische Waffenhändler Monzer Al-Kassar¹⁸² eine wichtige Rolle, der schon Anfang der 1980er Jahre eine Dependence in Österreich aufgebaut hatte. 1983 wurde in der Wiener Zelinkagasse Nr. 2 die Handelsgesellschaft Alkastronic gegründet, die laut Ermittlungen der österreichischen Staatspolizei „hauptsächlich in der Vermittlung von Waffengeschäften tätig“¹⁸³ war. Die Aktivitäten von Al Kassar, der auch massiv in den Drogenhandel und den internationalen Terrorismus verstrickt gewesen sein soll¹⁸⁴,

¹⁷⁷ Vgl. Burkhard List/Otto Grüner, Heavy Metal. Die geheimen Geschäfte der VÖST, in: *Basta*, Nr. 10/1985, S. 12–15.

¹⁷⁸ LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 146 f.

¹⁷⁹ Christian S. Ortner/Josef Votzi, „Bin ein erfolgreicher Krisenkanzler“, in: profil vom 24. 2. 1986, S. 18 ff., hier S. 20.

¹⁸⁰ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 160, Vernehmung des Beschuldigten, 10. 8. 1989.

¹⁸¹ Vgl. Peter Pelinka, Syndikat der Ehrenmänner, in: *Die Zeit* vom 22. 9. 1989.

¹⁸² Monzer Al-Kassar wurde 2008 von einem US-amerikanischen Bundesgericht wegen eines Waffendeals sowie wegen Geldwäsche und Terrorismusunterstützung zu einer 30jährigen Haftstrafe verurteilt.

¹⁸³ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 153, Bericht, 19. 12. 1985, S. 137.

¹⁸⁴ Vgl. Manfred Morstein, *Der Pate des Terrors. Die mörderische Verbindung von Terrorismus, Rauschgift und Waffenhandel*, München 1989; Andrew Feinstein, *The Shadow World. Inside the Global Arms Trade*, New York 2011.

brachten Österreich international Kritik ein¹⁸⁵. Ende Dezember 1985 intervenierten die Behörden. Es kam zu einer Hausdurchsuchung, die Alkastronic wurde geschlossen. Der damalige Innenminister Blecha betonte: „Ich habe Al Kassar nie persönlich getroffen, aber kannte ihn aus allen möglichen Berichten. Wir haben alles daran gesetzt, um ihn loszuwerden, was uns gelungen ist. Al Kassar war deshalb auf uns sehr wütend, soweit ich das weiß.“¹⁸⁶ Für die Abwicklung der Waffengeschäfte mit dem Iran war Al Kassar auch nach dem Alkastronic-Aus ein wichtiger Geschäftspartner: Seine in Polen ansässige Firma Overseas Company vermittelte Anfang 1986 gegen eine fünfprozentige Provision das „Argentiniengeschäft“ über 18.000 Granaten für die Firma Hirtenberger. Der tatsächliche Abnehmer war der Iran, während Hirtenberger als Sublieferant der Noricum fungierte¹⁸⁷. Im Januar 1985 und Oktober 1986 trafen Noricum-Manager Al Kassar in Marbella¹⁸⁸ – zwecks Beschaffung eines argentinischen Endverbraucherzertifikats für eine Teillieferung von 60 GHN-45. Die Overseas Company soll dafür eine Provision von 41,7 Millionen Schilling erhalten haben¹⁸⁹. Wie Unterweger im Interview bestätigte, war Al-Kassar wegen seiner weltweiten Verbindungen zu Entscheidungsträgern interessant: „Seine Kontakte reichten vom saudischen Königshaus, wo er auch eng mit Adnan Kashoggi¹⁹⁰ zusammenarbeitete, von Libyen aber auch bis ins damals noch kommunistische Polen, detto waren seine südamerikanischen Kontakte, so z. B. in Argentinien, Paraguay oder Argentinien von exzellenter Qualität. Er hatte den Status des hochbezahlten globalen Lobbyisten. Ich habe ihn zweimal persönlich in Spanien getroffen. Eine andere Kommunikationsform als das direkte Gespräch war mit ihm aus Sicherheitsgründen nicht möglich.“¹⁹¹ 1986/87 schob Al Kassar für ein „Polengeschäft“ der Firma Hirtenberger mit einem Volumen von 50.000 Sprenggranaten, Treibladungssätze und Treibpatronen als Abnehmer die Firma Cenzin vor, die zum polnischen Außenhandelsministerium gehörte¹⁹². Konsequenzen hatten diese Vorgänge für Al Kassar nicht – die zuständige Einsatzgruppe für die Bekämpfung des Terrorismus berichtete 1988: „Von Seiten des Gerichtes sind trotz ausführlicher Information keine Schritte gegen Al Kassar Monzer beabsichtigt.“¹⁹³

¹⁸⁵ Im „Reader’s Digest“ wurde Österreich scharf kritisiert: „Monzer Al Kassar is but one of 200 arms dealers who supply outlaw nations in the Middle East from or through Austria. He is also an example how official corruption and voter indifference have transformed Austria into a major avenue for terrorist operations throughout Europe.“ In dem Artikel war auch von einem österreichischen Haubitzen-Export in den Iran die Rede; vgl. Nathan M. Adams, Profiteers of Terror. The European Connection, in: Reader’s Digest, August 1986, S. 49–55.

¹⁸⁶ Interview Blecha, 21. 3. 2011.

¹⁸⁷ LG Wien, 21 Vr 1193/89, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 160.

¹⁸⁸ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 154, Strafsachen 24 Vr 305/87 u. 24 Ur43/87 Zwischenbericht „14. 12. 1987“, Teil 1, S. 11.

¹⁸⁹ Vgl. Herbert Langsner, Der „Prinz von Marbella“, in: profil vom 21. 3. 1988, S. 20 f., hier S. 20.

¹⁹⁰ Der saudi-arabische Geschäftsmann Adnan Kashoggi wurde schon in den 1970er Jahren als Waffenhändler bekannt und war angeblich in die Iran-Contra-Affäre verwickelt.

¹⁹¹ Interview Unterweger, 9. 2. 2011.

¹⁹² LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 166.

¹⁹³ LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 175, Bericht Internationaler Waffenhandel, 26. 1. 1988.

Die Ermittlungen der Justiz waren aufgrund von Informationen, die auf den wegen verlustreicher Ölgeschäfte angeklagten Manager Georg Preschern zurückgingen, wieder in Gang gekommen. Ein *Basta*-Artikel vom 23. Dezember 1986 nannte ihn als Informanten der vorangegangenen Berichte über Irangeschäfte der VOEST-Alpine. Das zuvor eingestellte Verfahren wurde formlos fortgesetzt und Voruntersuchungen gegen VOEST- und Noricum-Manager aufgenommen¹⁹⁴. Mitte Juni 1987 übergab Preschern eine bereits 1986 verfasste eidesstattliche Erklärung, die er bei einem Notar hinterlegt hatte¹⁹⁵. Am 3. März 1989 erhob dann die Staatsanwaltschaft Anklage gegen 18 Beschuldigte¹⁹⁶, während im November des gleichen Jahres der parlamentarische Untersuchungsausschuss seine Arbeit aufnahm – ein Ausschuss, der mit den Stimmen von ÖVP¹⁹⁷, FPÖ und Grünen gegen die SPÖ durchgesetzt worden war. Der Endbericht vom 3. April 1990 sah die politische Verantwortung in folgenden Punkten verletzt: „1. durch die wahrheitswidrige Beantwortung parlamentarischer Anfragen und unrichtige Erklärungen dem Parlament gegenüber; 2. durch die Duldung von Koordinationschwierigkeiten zwischen den nach dem Kriegsmaterialexportgesetz zuständigen Ministerien; 3. durch Unterlassung der Befassung der Staatsanwaltschaft bei Vorliegen schwerwiegender Verdachtsmomente; 4. durch die Unterstützung einer fragwürdigen Unternehmenspolitik der Verstaatlichten Industrie in kritischen Bereichen; 5. durch Unterlassung der notwendigen Änderung der Verordnung zum Kriegsmaterialexportgesetz.“¹⁹⁸ Der Ausschuss befand, „dass den österreichischen Behörden eine nahezu unübersehbare Menge an Informationen zugekommen ist, die auf eine ‚Umleitung‘ der Waffenexporte in die kriegsführenden Staaten Iran und Irak hingewiesen haben“¹⁹⁹.

Neben in- und ausländischen Medienberichten kam es mehrfach zu Mitteilungen ausländischer Staaten an österreichische Vertretungsbehörden sowie zu Vorsprachen von Diplomaten im Wiener Innen- und Außenministerium. So wur-

¹⁹⁴ LG Wien, 21 Vr 1193/89, Anklageschrift, Staatsanwaltschaft Linz 2 St 1305/89, S. 336 f.

¹⁹⁵ Vgl. Summer, Das VOEST-Debakel, S. 12.

¹⁹⁶ Der 1985 entlassene VOEST-Generaldirektor Heribert Apfalter konnte nicht mehr vernommen werden. Er verstarb am 26. 8. 1987. Auch um diesen Todesfall ranken sich zahlreiche Gerüchte. Der Bericht der Sicherheitsdirektion Niederösterreich hielt fest: „Als Todesursache wurde eindeutig Herzinfarkt [...] festgesetzt.“ Anhaltspunkte auf Fremdverschulden waren „weder bei der gerichtsmedizinischen Obduktion feststellbar noch konnten solche im Zuge der Erhebungen ermittelt werden“, in: LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 178, Bericht an die Staatsanwaltschaft St. Pölten, 9. 9. 1987.

¹⁹⁷ Die ÖVP befand sich seit 1987 in einer großen Koalition mit der SPÖ und hatte mit der Zustimmung zum Untersuchungsausschuss praktisch Koalitionsbruch begangen. Bereits 1985 war der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Andreas Khol von seiner Partei als „Sonderbeauftragter“ in Sachen Noricum eingesetzt worden. ÖVP-Außenminister Alois Mock wiederum schaltete erst ab Januar 1988 direkt das Landesgericht Linz ein, nachdem der österreichische Botschafter im Iran auf einen bestehenden Vertrag zur Lieferung von GHN-45 hingewiesen worden war. Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 17. Von daher rührte auch die Kritik am Untersuchungsausschuss als parteipolitisch einseitig.

¹⁹⁸ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 35.

¹⁹⁹ Ebenda, S. 10.

den beispielsweise dem österreichischen Botschafter in Washington 1986 Satellitenaufnahmen vorgelegt, die den Einsatz von GHN-45 im Iran belegen²⁰⁰. Im Jahr darauf meldete der österreichische Botschafter im Irak, Georg Potyka, dass die auf beiden Seiten im Golfkrieg eingesetzten GHN-45 einen zwiespältigen Eindruck hinterließen: „Das irakische Militär schätzt die Seinigen, während die Bevölkerung von Basra unter einem ‚Österreicher‘ den Einschlag einer schweren iranischen Granate versteht.“²⁰¹ Ende September 1987 berichtete der Botschafter in Riyad von einer Unterredung im Außenministerium: „1) man hätte saudischerseits Informationen wonach der im österreichischen Staatseigentum stehende Konzern Voest-Alpine über die Tochter ‚Noricum‘ rund 200 Stk. schwerer Artillerie über Libyen in den Iran geliefert hätte [...]. 2) wäre man hierüber äußerst beunruhigt und besorgt („most concerned“) und würde dies – sofern es wahr wäre – nicht nur als unfreundlichen Akt, sondern mehr noch, als direkte Bedrohung der Sicherheit Saudi-Arabiens und anderer Golfstaaten ansehen. [...] 5) jedermann wisse, dass Libyen Iran mit Waffen versorge. Man sei jedoch darüber sehr überrascht, dass Österreich trotz seiner guten Beziehungen zu Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern zulasse, dass österreichische Waffen über Libyen in den Iran geschickt werden. [...] 8) man müsse sich dessen bewusst sein, dass es genau diese österreichischen Kanonen seien, die seit Monaten gegen Basra zum Einsatz gelangen und für die Tötung tausender Zivilisten und unschuldiger Personen verantwortlich seien. 9) man könne nicht verstehen, warum das friedliebende Österreich statt zur Beilegung dieses Krieges durch Waffenlieferungen an den Iran zu seiner Verlängerung beitrage.“²⁰² Durch solche Informationen hatten sich die ursprünglichen Verdachtsmomente erhärtet, aber wie der Ausschuss feststellte, wurde „offenbar weiterhin wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen der Vorrang eingeräumt und der tatsächliche Informationsstand oftmals unter Hinweis auf ein falsch verstandenes Geheimhaltungserfordernis verschleiert“²⁰³.

Nach der Aufarbeitung des Skandals im Parlament wurden 1991 14 angeklagte Manager wegen „Neutralitätsgefährdung“ beziehungsweise Verstoßes gegen das Kriegsmaterialexportgesetzes verurteilt. Zwei Jahre später gab der Oberste Gerichtshof deren Einsprüchen statt, was gemilderte Strafen und sieben Freisprüche nach sich zog. 1993 fand abschließend der sogenannte Politikerprozess statt: Ex-Bundeskanzler Sinowatz, Ex-Innenminister Blecha und Ex-Außenminister Gratz wurden vom Vorwurf des Amtsmissbrauchs und des Beitrags zur Neutralitätsgefährdung freigesprochen – lediglich Blecha erhielt eine bedingte Freiheitsstrafe wegen Beweismittelfälschung und Urkundenunterdrückung²⁰⁴. 2008 meinte Blecha, dass die damalige Bundesregierung „den strengen österreichischen Waf-

²⁰⁰ Ebenda.

²⁰¹ Ebenda, S. 17.

²⁰² LG Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 171, austroamb Riyad an aussenamt Wien, 30.9.1987, S. 316–320.

²⁰³ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Noricum), S. 34.

²⁰⁴ Vgl. Dickinger, Die Skandale der Republik, S. 155–158.

fentransportbestimmungen“ entsprochen habe, nicht an Krieg führende Länder zu liefern: „Dass die Lieferung gar nicht nach Libyen geht, sondern im Iran landete, habe ich nicht wissen können. Das hat der Bundeskanzler Sinowatz nicht gewusst und der Außenminister Gratz auch nicht. Das habe ich der Öffentlichkeit versucht, klar zu machen. Viele Produkte neutraler Staaten sind letztendlich über verschiedene Kanäle dort gelandet, wo sie gebraucht worden sind, sprich wo es eben Krieg gegeben hat. Aber Österreich hat seine Noricum-Kanonen nicht an Kriegsführende verkauft.“²⁰⁵

7. Zusammenfassung

Im Gefolge des Noricum-Skandals ging die Bedeutung der Waffenproduktion in Österreich rasch zurück. 1989 listete SIPRI das Land noch an 14. Stelle der führenden Waffenexporteure in die Industriestaaten mit 151 Millionen US-Dollar Umsatz zwischen 1984 und 1988 (zum Vergleich: im selben Zeitraum exportierten die USA Waffen für 26.819 Millionen US-Dollar, die UdSSR an zweiter Stelle kam auf 17.923 Millionen US-Dollar)²⁰⁶. 1994 betragen die Umsätze der österreichischen Rüstungsbetriebe nur mehr 1,4 Milliarden Schilling – im Vergleich zu sieben Milliarden Schilling Anfang der 1980er Jahre²⁰⁷. 1989 wurde die Noricum Maschinenbau und Handel GmbH in Maschinenfabrik Liezen Ges.m.b.H umbenannt. Man gab die Waffenproduktion wegen der immer schwächeren Nachfrage auf und verkaufte die Firma Hirtenberger an einen Privatunternehmer, der die Produktion massiv zurückfuhr. Steyr-Daimler-Puch wurde ab 1987 in zahlreiche eigenständige Teilkonzerne tranchiert. Andere Betriebe wie Assmann gingen in Konkurs, Dynamit Nobel stellte auf zivile Produkte um. Somit gab es Anfang der 2000er Jahre in der österreichischen Waffenproduktion gerade ein paar hundert Beschäftigte, die jährlichen Exporte waren von ehemals bis zu 500 Millionen Euro auf gerade einmal ein Zehntel dieses Volumens geschrumpft²⁰⁸.

2009 lag Österreich laut SIPRI-Bericht an 27. Stelle der weltweiten Waffenexporteure (0,14 Prozent). Die fünf größten Waffenexporteure waren die USA (30,01 Prozent), Russland (19,74 Prozent), Deutschland (10,92 Prozent), Frankreich (8,18 Prozent) und Großbritannien (4,52 Prozent)²⁰⁹. Ende 2013 stand nach massivem Stellenabbau durch den US-Eigentümer General Dynamics das Steyr-Panzerwerk SSF in Wien-Simmering – das letzte Element der klassischen österreichischen Rüstungsproduktion – vor dem Aus²¹⁰. Dass das neutrale Österreich trotz der rückläufigen Entwicklung dennoch als eine „Heimat großer Waffen“ gilt, stellte für die Tageszeitung *Die Presse* eines „der vielen österreichischen Paradoxa“ dar:

²⁰⁵ Interview mit Karl Blecha, „Vergessen können hält jung“, in: Der Standard vom 16. 6. 2008.

²⁰⁶ Vgl. SIPRI Yearbook 1989, S. 198.

²⁰⁷ Vgl. Wolf Lotter, Traurige Kanonen, in: profil vom 1. 7. 1996, S. 20 ff., hier S. 20.

²⁰⁸ Vgl. Michael Nikbakhsh/Martin Staudinger, Land im Waffenstillstand, in: profil vom 26. 4. 2004, S. 52–56, hier S. 52.

²⁰⁹ Vgl. Austria Presse Agentur vom 6. 12. 2010: „Die größten Rüstungsexporteure der Welt“.

²¹⁰ Vgl. Wilhelm Theuretsbacher, Steyr-Panzerwerk steht vor dem Aus, in: Kurier vom 24. 10. 2013.

„Ausgerechnet in dem kleinen Land mit seiner ‚immerwährenden Neutralität‘ und einem der strengsten Waffengesetze sind zwei der erfolgreichsten Waffenhersteller der Welt zu Hause: Glock in Niederösterreich, dessen Pistolen von Polizeieinheiten weltweit verwendet werden. Und Steyr Mannlicher, auf dessen Armee Universalgewehr (AUG)²¹¹ Militärs und Spezialeinheiten in 30 Ländern dieser Welt setzen – und Jäger in noch viel mehr Ländern auf die fein gearbeiteten Jagdwaffen.“²¹²

Innenpolitisch war die Causa Noricum ein Symptom des politischen und wirtschaftlichen Krisenjahrzehnts nach 1980 und trug mit dazu bei, dass Österreich den zweifelhaften Beinamen „Republik der Skandale“ erhielt: Der Skandal um den Bau des Allgemeinen Wiener Krankenhauses (1980), die internationale Isolation Österreichs durch die Bundespräsidentenwahlkandidatur Kurt Waldheims (1986), der „Wein-Skandal“ (1985), Wohnbauskandale (1982, 1989) oder der „Lucona-Skandal“²¹³ erschütterten das Vertrauen in die etablierten Parteien und förderten die Hinwendung zu rechtspopulistischen Politikangeboten²¹⁴. Der Verlust der absoluten Mehrheit 1983 bedeutete das Ende der sozialdemokratischen Hegemonie, die mit dem Wahlsieg von 1970 begonnen hatte. Die Parteienlandschaft sollte sich 1986 durch den erstmaligen Einzug der Grünen Alternative und den Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider²¹⁵ überhaupt grundlegend verändern. Hierzu hatte neben den zahlreichen Korruptionsskandalen auch der weitere Niedergang der ÖIAG wesentlich beigetragen: 1985 verursachte eine Beteiligung der VOEST-Alpine AG am geplanten Stahlwerk Bayou (USA) einen Gesamtverlust von fünf Milliarden Schilling, während die Ölspekulationsverluste des Tochterunternehmens „Intertrading“ 4,2 Milliarden Schilling betrug. Der Jahresverlust machte insgesamt 12 Milliarden Schilling aus, wobei die Steuerzahler über Staatsgarantien für Schulden in der Gesamthöhe von 71 Milliarden Schilling (ohne Zinslast)

²¹¹ Die Produktion des AUG wurde 2004 nach Malaysia verlegt. Der Eigentümer begründete den Schritt so: „Wir produzieren hierzulande künftig kein Kriegsmaterial mehr. Ich habe es als Geschäftsmann satt, in Österreich mit meinen Produkten in die Nähe von Drogendealern und Zuhältern gerückt zu werden.“ Nibaksh/Staudinger, Land im Waffenstillstand, S. 32. Weil sich die Eigentümerverhältnisse bei Steyr-Mannlicher änderten, wird das Sturmgewehr unter anderem auch in Australien und den USA gefertigt; vgl. Wilhelm Theuretsbacher, Österreichische Waffen in Syrien, in: Kurier vom 15. 8. 2012.

²¹² Norbert Rief, 360 Grad Österreich: Neutrale Heimat großer Waffen, in: Die Presse vom 19. 11. 2011.

²¹³ Das Frachtschiff „Lucona“ sank am 23. 1. 1977 nach einer Explosion im Indischen Ozean. Sechs Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. 1992 wurde der gut vernetzte Unternehmer Udo Proksch (1934–2001) zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Proksch die Lucona mit einer Zeitzünderbombe versenken ließ, um die Versicherungssumme der angeblichen Ladung – einer Uranerzaufbereitungsanlage – zu kasieren.

²¹⁴ Vgl. Robert Kriechbaumer, Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, Wien 2004, S. 69.

²¹⁵ Bei der Nationalratswahl 1986 erzielte die FPÖ erstmals mit Haider als Spitzenkandidat 9,7 % (plus 4,7 %).

bürgten²¹⁶. 1986 begann daher Bundeskanzler Sinowatz eine weitreichende Reform der ÖIAG, die die Konzernstruktur veränderte und den politischen Einfluss zurückdrängte²¹⁷. Längerfristig wurde der Austro-Keynesianismus, mit seiner national ausgelegten Fixierung auf Ausgabensteigerung und Arbeitsplatzsicherung infolge der voranschreitenden Globalisierung und der europäischen Integration von neoliberalen Konzepten – Privatisierung, Deregulierung und Rückführung der Staatsquote – abgelöst²¹⁸. So unterwarf man die ÖIAG zwischen 1986 und 1992 einer „Sanierung“, die die Vorstufe für eine erste Privatisierungswelle zwischen 1991 und 1995 bildete. Vollständig abgeschlossen wurde die Privatisierung de facto 2005²¹⁹. Anfang 2015 hielt die Staatsholding unter anderem noch 52,85 Prozent an der Post AG, 31,50 Prozent an der OMV (früher: Österreichische Mineralölverwaltung) und 28,42 Prozent an der Telekom Austria²²⁰. Schon 1998 sollten nur noch 50.000 Arbeitnehmer im Rahmen der ÖIAG beschäftigt sein. Zum Vergleich: Noch 1980 waren in den 6.846 Industrieunternehmen der Verstaatlichten insgesamt 630.000 Menschen beschäftigt – 22 Prozent aller Arbeitnehmer in ganz Österreich, die 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschafteten²²¹. Im Fall der VOEST-Alpine war der ÖIAG-Eigentumsanteil bis 2004 auf 2,25 Prozent zusammengeschrumpft. Ende August 2005 wurden die verbliebenen Anteile vollständig abgegeben; seither befindet sich die nunmehrige „voestalpine“ in privatem Besitz²²².

Um abschließend auf die Expansion der österreichischen Waffenproduktion Ende der 1970er Jahre zurückzukommen, so hatte diese ihr Hauptziel – zur Sanierung der ÖIAG beizutragen – klar verfehlt. Da die Produktion von Beginn an exportorientiert war, kam es infolge der Gesetzeslage und der Neutralität Österreichs häufig zum Konflikt zwischen moralisch-ethischen Bedenken und betriebswirtschaftlichen Überlegungen²²³. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass eine Reihe widersprüchlicher Exporte, vor allem in lateinamerikanische Militärdiktaturen und Autokratien im Mittleren Osten, der außenpolitischen Glaubwürdigkeit Österreichs als neutrale und friedenspolitische Kraft Schaden zufügten²²⁴. Die Auswirkungen des Noricum-Skandals infolge der gesetzeswidrigen Belieferung kriegführender Staaten trugen schließlich einerseits dazu bei, Handlungsspielraum für eine Strukturreform der ÖIAG zu eröffnen. Andererseits stehen diese Ereignisse im Kontext des allmählichen Niedergangs des national ausgerichteten Austro-Keynesianismus und verdeutlichen den politisch-wirtschaftlichen Wandel der 1980er Jahre.

²¹⁶ Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 143.

²¹⁷ Vgl. Douschan, Anton Benya, S. 226 f.

²¹⁸ Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 152 f.

²¹⁹ Vgl. Georg Turnheim, Die Privatisierung der verstaatlichten Industrie (Periode 1991 bis 2007), in: Ders., Österreichs Verstaatlichte, S. 103–126, hier S. 126.

²²⁰ Verkauf von „Familiensilber“ hat Tradition, orf.at, 12.1.2015, <http://orf.at/stories/2260950/2260960/> [6.11.2015].

²²¹ Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 145.

²²² Vgl. Liselotte Palme, Vollprivatisierung: Die Voest-Saga, in: profil vom 29.8.2005, S. 40 f.

²²³ Vgl. Wochenpresse, Nr. 18/1988: „Made in A“, S. 18 f., hier S. 19.

²²⁴ Vgl. Petritsch, Bruno Kreisky, S. 362.

Zwei Jahre nachdem das Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte eingerichtet wurde, zieht sein Leiter, Frank Bajohr, eine erste Bilanz. Mit einer Serie internationaler Konferenzen und Aufenthalten zahlreicher Gastwissenschaftler ist bereits eine starke Vernetzung in der internationalen Forschercommunity erreicht worden. Eine ganze Reihe von Publikationen wurde erarbeitet, und das Zentrum gibt gezielte Impulse für die universitäre Lehre. München, das mit seiner außerordentlichen Dichte von historischen Forschungseinrichtungen und Gedenkstätten beste Rahmenbedingungen für seine Arbeit bietet, ist aus dem Adressbuch der internationalen Holocaustforschung nicht mehr wegzudenken.

Frank Bajohr

Zwei Jahre Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte

Ausgangslage und Zielsetzungen

Im Jahre 2010 kursierte am US Holocaust Memorial Museum in Washington (USHMM) ein Papier mit dem Titel „Holocaust-Forschung in Deutschland – eine Geschichte ohne Zukunft?“¹. Es beklagte eine „rasche Erosion der nie hinreichend verankerten wissenschaftlichen Infrastruktur“, da es in Deutschland keine dem Center for Advanced Holocaust Studies in Washington oder dem International Institute for Holocaust Research in Jerusalem vergleichbare Einrichtung gebe. Zudem existiere in Deutschland – anders als in den USA, Großbritannien oder in Israel – kein einziger universitärer Lehrstuhl, der sich schwerpunktmäßig der Geschichte des Holocaust widme. Resümierend hieß es in dem Papier: „Das Problem ist das Fehlen institutioneller Bedingungen in Deutschland, die die Holocaust-Forschung auf Dauer zum festen Bestandteil des Wissenschaftslebens machen. Wer heute in der Bundesrepublik zum Holocaust forscht, tut dies mehr als in den letzten zwanzig Jahren in thematischer Isolation, ohne feste universitäre Anbindung und mit geringer Aussicht auf beruflichen Erfolg.“²

Nicht zu Unrecht wurde beklagt, dass den in den USA, Israel und vielen europäischen Ländern im Bereich der Holocaust-Forschung tätigen Einrichtungen ausgerechnet in Deutschland ein institutioneller Partner fehle und ein Äquivalent zu den Förder- und Fellowship-Programmen in USA und Israel hierzulande nicht existiere.

¹ Eine ausführliche Version des Papiers wurde publiziert von Jürgen Matthäus, Holocaust-Forschung in Deutschland. Eine Geschichte ohne Zukunft?, in: Michael Brenner/Maximilian Strnad (Hrsg.), Der Holocaust in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft. Bilanz und Perspektiven, Göttingen 2012, S. 27–41.

² Unveröffentlichtes Manuskript, im Besitz des Verfassers.

Nach Anregung durch Wendy Lower (Claremont McKenna College, USA) installierte das Institut für Zeitgeschichte auf Betreiben seines Direktors, Andreas Wirsching, und in Kooperation mit den Lehrstuhlinhabern für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte sowie jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), Margit Szöllösi-Janze und Michael Brenner, 2013 ein Zentrum für Holocaust-Studien, zunächst in einer bis Ende 2016 terminierten Vorlaufphase, um so die Schaffung eines größer dimensionierten Zentrums mit drei zentralen Arbeitsschwerpunkten schrittweise vorzubereiten:

Erstens soll das Zentrum eine international attraktive *Forschungsinfrastruktur* mit Fellowships für Gastwissenschaftler³ entwickeln, um Doktorandinnen und Doktoranden, Post-Docs und auch Spitzenforschern einen Ort der Forschung und Kommunikation bereitzustellen, der zugleich den engen wissenschaftlichen Austausch der deutschen mit der internationalen Holocaust-Forschung gewährleistet.

Zweitens soll das Zentrum die *Forschung* über den Holocaust in Deutschland vorantreiben und dabei eng mit internationalen Forschungseinrichtungen kooperieren. Obwohl die Geschichte dieses präzedenzlosen Jahrhundertverbrechens auf absehbare Zeit einen besonderen Stellenwert in der deutschen Geschichte einnehmen wird, hat die deutsche Forschung in den letzten Jahren klassische nationale Perspektiven überwunden und in bemerkenswerter Weise grenzüberschreitende Perspektiven und Arbeitskontakte entwickelt. Langfristig wird ein international ausgeschriebenes Stipendienprogramm für Doktoranden einerseits die Holocaust-Forschung in Deutschland institutionell sichern und diese andererseits eng mit der weltweiten Forschung verzahnen. Dabei soll nicht zuletzt eine Kooperation zwischen dem Zentrum bzw. dem Institut für Zeitgeschichte und der LMU München eine enge Verbindung von Forschung (insbesondere gemeinsamen Promotions- und Postdoc-Programmen) und Lehre gewährleisten.

Drittens schließlich soll das Zentrum für Holocaust-Studien in Zusammenarbeit mit der LMU München die universitäre *Lehre* über die Geschichte des Holocaust sicherstellen und darüber hinaus allgemein Lehrende ermuntern, entsprechende Lehrveranstaltungen an deutschen Universitäten anzubieten: durch Publikationen, die das zunehmend komplexere Forschungsfeld für Lehrende, Lernende und eine interessierte Öffentlichkeit erschließen, aber auch durch Veranstaltungen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die einen systematischen Erfahrungsaustausch der oft isoliert arbeitenden Lehrenden ermöglichen sollen.

In seiner Vorlaufphase wird das Zentrum in erster Linie durch Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung getragen und soll schließlich in eine Bund-Länder-Finanzierung überführt werden. Mit lediglich zwei vollen Wissenschaftler-Stellen (Frank Bajohr, Leiter und Andrea Löw, stellv. Leiterin), einer weiteren, im Rahmen des europäischen EHRI-Projektes⁴ finanzierten Stelle (Giles

³ Aus Gründen besserer Lesbarkeit bezeichnet hier und im gesamten Text das generische Maskulinum Männer und Frauen gleichermaßen.

⁴ European Holocaust Research Infrastructure, vgl. www.ehri-project.eu; siehe auch S. 144 ff.

Bennett) sowie je zwei wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften hat das Zentrum im Sommer 2013 seine Vorlaufphase begonnen, sich aber dennoch schnell als wichtige Forschungseinrichtung im Bereich der Holocaust-Studien etabliert. Die ersten zwei Jahre seines Bestehens sollen zum Anlass genommen werden, die bisherige Tätigkeit zu bilanzieren und zugleich nach Perspektiven der weiteren Arbeit zu fragen. Im Folgenden können die wichtigsten Aufgabenfelder nur kurz umrissen werden. So bleiben beispielsweise die zahlreichen Aktivitäten in Öffentlichkeit und Medien (Vorträge, Interviews, Beteiligung an Gedenkveranstaltungen, wissenschaftliche Expertisen vor Gericht⁵) unerwähnt, die aufzuzählen den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde.

Internationale Konferenzen

Schon im ersten Jahr seines Bestehens hat das Zentrum drei internationale Konferenzen durchgeführt bzw. vorbereitet und sich damit als Ort wissenschaftlichen Austausches über den Holocaust etabliert. Am Anfang stand ein in Verbindung mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing organisierter Workshop (April 2014), auf dem führende Holocaust-Forscher aus aller Welt eine kritische Zwischenbilanz verschiedener Forschungsansätze zur Geschichte des Holocaust zogen, Möglichkeiten seiner historischen Kontextualisierung diskutierten und über Desiderate künftiger Forschung debattierten⁶. Alle wesentlichen Ergebnisse des Workshops wurden in einem Band der „Schwarzen Reihe“ des S. Fischer Verlages für ein breiteres Publikum zusammengefasst. Er erschien 2015 und eignet sich in besonderer Weise als einführende Publikation für Lehrveranstaltungen zur Geschichte des Holocaust⁷.

Die nächste Konferenz machte einen wesentlichen Interessen- und Arbeitsschwerpunkt des Zentrums deutlich, nämlich eine Gesellschaftsgeschichte des Holocaust, die sich darum bemüht, eine statische Zuschreibung im Sinne der klassischen Trias „Täter-Opfer-Bystander“ zu überwinden: Vom 23. bis 25. Oktober 2014 organisierte das Zentrum in München eine große internationale Tagung (The Holocaust and European Societies. Social Processes and Social Dynamics), auf der sich Wissenschaftler aus vierzehn Ländern mit jenen gesellschaftlichen Prozessen und sozialen Dynamiken in den europäischen Gesellschaften beschäftigten, in die der Holocaust eingebunden war bzw. die durch ihn ausgelöst wurden⁸. Die Konferenz folgte der Erkenntnis jüngerer Forschungsansätze, dass der Holocaust nicht allein ein ideologisch fundierter und politisch exekutierter Vorgang war, sondern auch ein gesellschaftlicher Prozess, an dem unzählige Personen

⁵ So fungierte beispielsweise Frank Bajohr 2015 als Sachverständiger im Prozess gegen den SS-Angehörigen Oskar Gröning vor dem Landgericht Lüneburg.

⁶ Zu Programm und Tagungsbericht siehe: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=5412&view=pdf>.

⁷ Vgl. Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), *Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung*, Frankfurt a. M. 2015.

⁸ Zu Programm und Tagungsbericht siehe <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=5789&view=pdf>.

in den europäischen Gesellschaften als Akteure, partiell auch als Profiteure, beteiligt waren⁹.

An diese Konferenz knüpfte im September 2015 eine weitere Tagung des Deutschland-Instituts der Universität Amsterdam an, bei der das Zentrum als Mitveranstalter fungierte: „Probing the Limits of Categorization. The ‚Bystander‘ in Holocaust History“¹⁰ fragte nach der Genese, dem Erkenntnispotenzial, vor allem jedoch nach den Problemen, die für eine europäische Gesellschaftsgeschichte des Holocaust mit der Zuschreibung *Bystander* verbunden sind – ein Begriff, der im Deutschen oft mit „Zuschauer“ übersetzt wird und eine eher passive Distanz zum Mordgeschehen suggeriert. Damit verfehlt er jedoch jene vielfältige Grauzone sozialen Verhaltens, in der sich Mitmachen, Hinnehmen, Distanzieren und partielles Widerstehen in sehr komplexer Weise mischten.

Über dieses Verhalten im gesellschaftlichen Alltag geben in besonders eindringlicher Weise Tagebuchaufzeichnungen, Briefe und sonstige subjektive Zeugnisse Auskunft. Diese standen im Mittelpunkt des Dachauer Symposiums 2014, deren wissenschaftliche Leitung Frank Bajohr übernommen hatte, zusammen mit Sybille Steinbacher, die seit 2013 die Projektleitung der Dachauer Symposien innehat. Die Publikation zur Tagung erschien 2015¹¹. Im gleichen Jahr veröffentlichten das Zentrum für Holocaust-Studien und die Arbeitsstelle Holocaustliteratur der Universität Gießen eines der eindrucksvollsten subjektiven Zeugnisse, das in einem Ghetto unter deutscher Besatzungsherrschaft entstanden ist: die auf Jiddisch verfassten Tagebuchaufzeichnungen von Józef Zelkowitz aus dem Ghetto Litzmannstadt, die dieser im September 1942 unter dem Eindruck einer mehrtagigen Massendeportation verfasst hatte¹².

Zwei Tagungen im Jahre 2015, die das Zentrum für Holocaust-Studien und das Mandel Center for Advanced Holocaust Studies des US Holocaust Memorial Museum in Washington organisierten, zeugten von der internationalen Vernetzung des Zentrums und zugleich von der besonders intensiven deutsch-amerikanischen Kooperation in diesem Forschungsfeld: Im Juli 2015 gab ein „Teaching Summit“ Lehrenden an deutschen Universitäten, die Lehrveranstaltungen über den Holocaust anbieten, erstmals Gelegenheit zu einem umfassenden Erfahrungsaustausch. Eine ausführliche Analyse der Lehrpraxis an deutschen Universitäten ergab, dass entsprechende Lehrveranstaltungen in verschiedenen Disziplinen durchaus flächendeckend angeboten werden, mancherorts aber nur jeweils von einem einzelnen Lehrenden pro Universität. Zudem beruht dies ausschließlich auf jeweils persönlicher Initiative, da das Thema Holocaust faktisch nirgendwo in bestehenden universitären Programmen verankert ist, zum Beispiel in den Mas-

⁹ Ein Konferenzband wird im Jahre 2016 im Verlag Palgrave MacMillan erscheinen.

¹⁰ Zum Programm siehe: <http://duitslandinstituut.nl/the-abstandera-in-holocaust-history>.

¹¹ Vgl. Frank Bajohr/Sybille Steinbacher (Hrsg.), „...Zeugnis ablegen bis zum letzten“. Tagebücher und persönliche Zeugnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Holocaust, Göttingen 2015.

¹² Vgl. Józef Zelkowitz, In diesen albraumhaften Tagen. Tagebuchaufzeichnungen aus dem Getto Lodz/Litzmannstadt, September 1942, hrsg. von Angela Genger, Andrea Löw und Sascha Feuchert, Göttingen 2015.

ter-Studiengängen. Darauf ist von außen kaum Einfluss zu nehmen, doch besteht zweifellos ein Bedürfnis nach besserer Vernetzung der Lehrenden und einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch, dem das Zentrum nach seinem weiteren Ausbau ab 2017 Rechnung tragen will.

Im Oktober 2015 veranstalteten Zentrum und USHMM schließlich eine Tagung, die sich der Forschung an deutschen Gedenkstätten und NS-Dokumentationszentren widmete. Forschung steht in der Regel nicht im Mittelpunkt der zu meist pädagogisch-didaktischen Arbeit von Gedenkstätten. Oft ist sie eher lokal ausgerichtet, was bisweilen auch ihre Wahrnehmung im nationalen und internationalen Rahmen begrenzt. Dies soll sich ebenfalls auf mittlere Sicht ändern, haben doch viele Forschungen ein Potenzial, das weit über die jeweilige Gedenkstätte hinausweist.

Der osteuropäische Raum ist für die Holocaust-Forschung von besonderer Bedeutung, wenngleich Forschung und Lehre dort nur schwach institutionell verankert sind. Um die wissenschaftlichen Kontakte in Richtung Osteuropa zu pflegen, hatten sich deshalb IfZ und Zentrum im November 2013 an einer internationalen Konferenz beteiligt, die von Prof. Il'ja Al'tman (Russian Research and Educational Holocaust Center, Moskau) in Kaliningrad organisiert wurde und an die Novemberpogrome 1938 erinnerte: „Lessons of the Holocaust and Contemporary Russia. Marking 75 years after the Kristallnacht“. Im Juni 2015 setzte sich diese Kooperation fort, als mehrere Referenten von IfZ und Zentrum (u. a. Jürgen Zarusky, Frank Bajohr und Andrea Löw) an der Konferenz „Lessons of the Holocaust and Contemporary Russia“ in Moskau teilnahmen.

Fellowship-Programm

Forschungen zum Holocaust haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten so stark internationalisiert, dass genuin nationale Perspektiven zwar keineswegs verschwunden sind, aber doch merklich an Bedeutung eingebüßt haben. Im Generationswandel haben sich einstmals dominierende nationale Gedächtniskollektive abgeschwächt. Zu dieser Entwicklung hat die Internationalisierung der Forschungsdiskussion maßgeblich beigetragen, nicht nur befördert durch internationale Konferenzen, sondern auch durch Fellowships für Gastwissenschaftler, die anfänglich vor allem in Washington und Jerusalem angeboten wurden und den Austausch der Forscher aus den verschiedenen Ländern vorangetrieben haben. Ein solches Angebot hat in Deutschland bislang gefehlt, und deshalb gehören Fellowships für ausländische Gastwissenschaftler auch zu den infrastrukturellen Kernaufgaben des Zentrums für Holocaust-Studien. Das Institut für Zeitgeschichte und das Zentrum für Holocaust-Studien haben im Zeitraum von 2013 bis 2015 insgesamt vierzehn Fellows bei ihrem Forschungsaufenthalt in München betreut¹³. Unter ihnen befanden sich nicht wenige Gastwissenschaftler

¹³ Im Einzelnen waren folgende Fellows am IfZ – Zentrum für Holocaust-Studien tätig: Dana Smith, Queen Mary University of London (Jüdischer Kulturbund in Bayern 1934–1938); Froukje Demant, Universität Amsterdam (The Daily Relations of Jews and Non-Jews in the

aus Osteuropa, die in ihren jeweiligen Ländern in einem politisch wie wissenschaftlich bisweilen schwierigen Umfeld arbeiten müssen. Auf diese Weise kommt dem Zentrum auch geografisch eine wichtige Brückenfunktion nach Osteuropa zu.

Darüber hinaus hat das Zentrum zusammen mit dem Mandel Center for Advanced Holocaust Studies am US Holocaust Memorial Museum ein Joint Fellowship eingerichtet, um den wechselseitigen deutsch-amerikanischen Austausch von Wissenschaftlern im Bereich der Holocaust-Geschichte besonders zu fördern¹⁴. Schließlich fungierte das Zentrum als Gastgeber für ausländische Fellows, denen ein Forschungsaufenthalt in München im Rahmen des europäischen EHRI-Programmes ermöglicht wurde¹⁵. Allen Fellows bot sich in München ein ideales Gesprächsumfeld. Sie konnten ihre Projekte im Wissenschaftlichen Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte präsentieren, wobei einige der Präsentationen in Kooperation mit dem Oberseminar des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München stattfanden. Zum anregenden Gesprächsklima trug nicht allein die fachwissenschaftliche Expertise des Zentrums für Holocaust-Studien bei, sondern auch die große Zahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die im Institut für Zeitgeschichte zu Themen der NS-Geschichte forschen.

European Holocaust Research Infrastructure (EHRI)

Im Jahre 2011 startete ein zentrales EU-finanziertes Projekt, das Strukturen ausbauen und vertiefen soll, um die europäischen Forschungs- und Archivressourcen zur Geschichte des Holocaust dauerhaft zu vernetzen. Mittlerweile ist als Abschluss der ersten Projektphase ein online-Portal verfügbar, das die weltweit beste

German-Dutch Border Region 1925–1955); Yurii Radchenko, Universität Charkiv, Ukraine (Ukrainian Hilfspolizei, Self-Government, and the Holocaust in Ukraine); Elisabeth Pönisch, Universität Freiburg („Judenhäuser“ im Deutschen Reich ab 1939); Diana Dumitru, Ion Creangă State Pedagogical University of Moldova (Traumatic Encounters: Jews, Gentiles and the Soviet State in the Aftermath of the Holocaust); Aleksander Kruglov, Ukrainian Institute for Holocaust Studies, Dnepropetrovsk (The Holocaust in the USSR Regions Occupied by Germans. Problem of Regional Features and Periodization); Felix Mattheis, Universität Hamburg („Hamburg im Osten“. Die Besatzung Polens und der Holocaust aus der Perspektive der Hansestadt 1939–1945); Adam Gellert, Central European University, Budapest (Partners in Crime: The German-Hungarian Solution of the Jewish Question in Hungary in 1944).

¹⁴ In den Jahren 2013 und 2014 waren im Rahmen des Joint Fellowship zu Gast: Tom Frydel, University of Toronto (Polish „Blue Police“ in the Holocaust) und Sari Siegel, University of Southern California (Medicine Behind Barbed Wire: Jewish Prisoner-Physicians in Nazi Labor, Concentration and Extermination Camps); 2016 wird zu Gast sein: Natalia Aleksium, Touro College, New York (Daily Survival. Social History of Jews Hiding in Eastern Galicia).

¹⁵ Als EHRI-Fellows waren zu Gast: Devra Katz, University of Haifa (Emotions in Stutthof. An Analysis of the Social Function of Emotions in a Prisoner Society), Aleksandra Loewenau, Oxford Brookes University (GB) (Rebuilding Lives of Jewish Survivors of Medical Experiments at Auschwitz. A Comparative Study), Katarzyna Person, Jewish Historical Institute Warsaw (Polish-Jewish Relations in Germany in the Immediate Postwar Period) und Matt Lawson, Edge Hill University (GB) (Film Music of German Holocaust Cinema).

Informationsressource über Archivbestände zum Holocaust darstellt¹⁶. Für die Jahre 2015–2019 hat die Europäische Kommission mit einer Fördersumme von acht Millionen Euro ein Fortsetzungsprojekt bewilligt, das von 23 Forschungseinrichtungen aus 15 europäischen Staaten, Israel und den USA getragen wird. Im Rahmen des EHRI-Projektes, das gegenwärtig in 14 Arbeitsschwerpunkte („Work Packages“) aufgeteilt ist, haben das Institut für Zeitgeschichte bzw. das Zentrum für Holocaust-Studien im Project Management Board verantwortlich mitgearbeitet und u. a. zwei Work Packages geleitet: WP 4 (Coordinating Transnational Access to Research Infrastructures, Leitung bis August 2013: Johannes Hürter, danach Frank Bajohr) und WP 5 (Training, Leitung: Andrea Löw). Koordiniert wurden die EHRI-Aktivitäten von IfZ und Zentrum durch Giles Bennett. Damit waren IfZ und Zentrum für die Organisation der EHRI-Fellowships (an fünf Standorten), für die Online-Kurse zur Geschichte des Holocaust sowie für die Summer Schools des EHRI-Programmes zuständig. Im Rahmen der Online-Kurse hat das Zentrum eine Kurseinheit über „Ghettos Under Nazi Rule“ (Konzeption: Andrea Löw und Giles Bennett) sowie über „The Germans and the Holocaust“ (Konzeption: Sonja Schilcher) konzipiert und mit den „Country Reports“¹⁷ eine mehr als zweihundert Seiten umfassende Informationsressource zu europäischen Institutionen, Archiven und Archivbeständen über den Holocaust in 47 verschiedenen, vor allem europäischen Ländern erarbeitet (Mitherausgeber: Pascal Trees und Giles Bennett). Für die bedeutsame polnische Archivlandschaft wurde darüber hinaus der wichtigste Archivführer zu entsprechenden Beständen komplett ins Englische übersetzt und aktualisiert; er wird im Internet der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt¹⁸. Im EHRI-Portal finden sich gegenwärtig Informationen über 1.800 Archive in 57 Ländern, in über 460 Institutionen sind über 150.000 Holocaust-bezogene archivische Einheiten nachgewiesen.

Internationale Summer Schools für jüngere Wissenschaftler haben im Rahmen des EHRI-Programmes in Paris, Amsterdam, Jerusalem und München stattgefunden, wobei Mitarbeiter des Zentrums an allen Veranstaltungen als Referenten beteiligt waren. Die „Summer School on Holocaust Research“ in München (22.7. – 9.8.2013) fand in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing statt und wurde verantwortlich von Andrea Löw und Giles Bennett organisiert. Diese Summer School für zwölf europäische Nachwuchswissenschaftler war mit der „Münchener Internationalen Sommeruniversität“ („MISU Summer School“) für zwölf junge Forscherinnen und Forscher aus den USA verbunden. Diese gemeinsam vom Zentrum und Wendy Lower (Claremont McKenna College, USA) konzipierte und mit der LMU München durchgeführte Munich Summer School erwies sich als großer Erfolg. In einem intensiven Lehrplan, an dem sich prominente Forscher wie

¹⁶ Näheres ist der offiziellen Homepage unter www.ehri-project.eu zu entnehmen.

¹⁷ Vgl. <http://www.ehri-project.eu/national-reports>.

¹⁸ Alina Skibińska, Guide to the Sources on the Holocaust in Occupied Poland http://training.ehri-project.eu/sites/default/files/portal_assets/skibinska_guide.pdf; Mitherausgeber: Giles Bennett und Pascal Trees.

Christopher Browning und Alan Steinweis beteiligten, wurden Methoden und Tendenzen der internationalen Holocaustforschung vermittelt.

Forschung

Trotz des eindeutigen Tätigkeitsschwerpunktes in der Entwicklung der Forschungs-Infrastruktur hat das Zentrum für Holocaust-Studien auch in der Forschung bereits Akzente gesetzt. Das wichtigste Projekt bildete die Edition der politischen Tagebücher des NS-Chefideologen und Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, aus den Jahren 1934–1944. Die Tagebücher wurden 2013 im verstreuten Nachlass von Robert Kempner, dem amerikanischen Ankläger im Nürnberger Prozess, durch Mitarbeiter des US Holocaust Memorial Museums entdeckt und vom Mandel Center for Advanced Holocaust Studies des Museums (Jürgen Matthäus) und dem Zentrum für Holocaust-Studien (Frank Bajohr) gemeinsam herausgegeben. Für die Geschichte des Holocaust sind die Tagebücher Rosenbergs, die um bislang unbekannte Dokumente aus dem Nachlass Rosenbergs ergänzt werden, insofern von großer Bedeutung, als sie die Frage nach den wesentlichen politischen Entscheidungsprozessen und namentlich nach Rosenberg als Mitverantwortlichem des Holocaust aufwerfen und auf der Basis der neu aufgefundenen Quellen auch beantworten. Jürgen Matthäus und Frank Bajohr schrieben eine mehr als 120seitige Einführung, das Tagebuch selbst wurde unter Beteiligung der wissenschaftlichen Hilfskräfte des Instituts mit zahlreichen kommentierenden Fußnoten erschlossen. Die deutsche Ausgabe der Edition erschien 2015 im S. Fischer Verlag¹⁹. Noch im gleichen Jahr kamen eine französische, eine englisch-amerikanische und eine spanische Ausgabe auf den Markt, wobei letztere sogar Platz 7 der spanischen Bestseller-Liste erreichte²⁰. Eine polnische und eine portugiesische Ausgabe sind in Vorbereitung. Darüber hinaus hat das Zentrum für Holocaust-Studien ein Forschungsprojekt über „Diplomatic Reports on the Persecution of Jews and the Holocaust in Europe“ konzipiert. Es knüpft an ein 2010/11 durchgeführtes Projekt über die Berichterstattung ausländischer Diplomaten aus dem Dritten Reich an, das die diplomatischen Berichte von zehn Ländern vergleichend analysierte²¹. Das neu konzipierte Projekt soll demgegenüber bislang nicht berücksichtigte Länder in Ost- und Nordeuropa (Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Schweden, Finnland etc.) erfassen und thematisch auf Berichte über Judenverfolgung und den Holocaust fokussiert werden. Wie sein Vorläufer kann das Projekt nur mit einem Netzwerk

¹⁹ Vgl. Jürgen Matthäus/Frank Bajohr (Hrsg.), Alfred Rosenberg. Die Tagebücher 1934–1944, Frankfurt a. M. 2015.

²⁰ Vgl. Alfred Rosenberg, *Journal 1934–1944*, ed. par Jürgen Matthäus et Frank Bajohr, Paris 2015; Jürgen Matthäus/Frank Bajohr, *The Political Diary of Alfred Rosenberg and the Onset of the Holocaust*, Lanham/MD. 2015; Alfred Rosenberg, *Diarios 1934–1944*, Edición a cargo de Jürgen Matthäus y Frank Bajohr, Barcelona 2015.

²¹ Vgl. Frank Bajohr/Christoph Strupp (Hrsg.), *Fremde Blicke auf das „Dritte Reich“. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945*, Göttingen 2011.

von Historikern aus den beteiligten Ländern verwirklicht werden, die mit der Quellenüberlieferung in ihren Ländern besonders vertraut sind. Von daher ist das EHRI-Projekt, das die für die Geschichte des Holocaust relevanten Quellenbestände in Europa erschließt, ein besonders geeigneter Rahmen für ein solches internationales Projekt, das als Teil des Work Package 12 gebilligt und bewilligt wurde, sodass es im Zeitraum von 2015–2019 realisiert werden kann.

Schließlich hat das Zentrum eine Reihe von Einzelforschungen angeregt und auf den Weg gebracht, die hier nicht im Detail aufgeführt werden können. Zu den wichtigsten Projekten gehört das Promotionsvorhaben von Anna-Raphaela Schmitz über „Rudolf Höß – Handlungspraxis, Beziehungsstrukturen und Privatleben eines KZ-Kommandanten“. Es unternimmt den Versuch, eine Biografie des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß vor allem aus „praxeologischer“ Perspektive zu schreiben und sein Handeln nicht primär durch vermeintliche biografische Prägungen und Kontinuitäten zu erklären, sondern vor allem durch eine detaillierte Analyse der Handlungspraxis und ihrer Determinanten im KL Auschwitz, nicht zuletzt der personalen Netzwerke, in die Rudolf Höß eingebunden war. Im Rahmen dieses Projektes wird auch der private Nachlass des Auschwitz-Kommandanten umfassend ausgewertet.

Pläne und Perspektiven

1) Forschung und Lehre über den Holocaust bedürfen in Deutschland aktiver Zentren wissenschaftlicher Expertise mit nationaler und internationaler Ausstrahlung. Neben Berlin mit seinen Universitäten, Museen, Dokumentationszentren und Forschungseinrichtungen sowie Frankfurt (u. a. Fritz-Bauer-Institut, geplanter Lehrstuhl für Holocaust-Studien an der Johann Wolfgang Goethe-Universität) ist München hier als Standort prädestiniert, da es über zahlreiche Gedenkstätten, Fachbibliotheken, Dokumentationsorte und Archive, vor allem jedoch über eine Dichte einschlägig arbeitender Zeithistoriker am Institut für Zeitgeschichte und an der Ludwig-Maximilians-Universität verfügt, die andernorts kaum vorzufinden ist. München kann und soll deshalb zu einem zentralen Standort für Forschung und Lehre über den Holocaust werden, der die spezifische Expertise von IfZ und Zentrum für Holocaust-Studien mit der Exzellenz der LMU in der Neueren und Neuesten Geschichte, der Osteuropäischen und Jüdischen Geschichte zusammenführt. Mit seinen zahlreichen Akademien und Bildungsträgern bietet sich München überdies als zentraler Standort an, um Fortbildungen und einen Erfahrungsaustausch für Lehrende durchzuführen, die an deutschen Universitäten über den Holocaust unterrichten, aber auch für Mitarbeiter und wichtige Multiplikatoren, die an Gedenkstätten und Dokumentationszentren tätig sind.

2) Bei dem geplanten Ausbau des Zentrums wird sich das Angebot für Gastwissenschaftler am Zentrum für Holocaust-Studien deutlich erweitern, sodass nicht allein Doktoranden und vereinzelte Post-Docs, sondern auch Senior Fellows aufgenommen werden können. Damit liegen auch alle Voraussetzungen vor, das Fellowship-Programm u. a. durch thematisch fokussierte Workshops zu einem

Forschungskolleg auszubauen. Ähnlich wie mit den USA wird auch mit Israel ein institutionalisierter Austausch von Wissenschaftlern angestrebt, z. B. mit dem Strochlitz Institute for Holocaust Research, das an der Universität Haifa ein internationales MA- und PhD-Programm in Holocaust Studies betreibt.

3) Das Interesse der Forschung hat sich in den letzten Jahren zu Recht vermehrt dem osteuropäischen Raum zugewandt, ohne dass die vorhandenen Quellenbestände bislang auch nur annähernd ausgewertet worden sind, z. B. die der zahlreichen Sonderkommissionen und Gerichte, die der Roten Armee im Verlauf des Krieges westwärts folgten und vor allem gegen Kollaborateure und Beteiligte des Holocaust vorgingen. Es mangelt wahrlich nicht an griffigen Thesen über „Gewalträume“ in Osteuropa, in denen der Raum bisweilen selbst zum Akteur avanciert und Gewalt selbsterklärend, nämlich als struktureller Selbstlauf einmal entfesselter Gewalt, definiert wird²², oder an Behauptungen über angebliche Interdependenzen von nationalsozialistischem und stalinistischem Terror in den so genannten „Bloodlands“²³. Es fehlt auch nicht an monokausalen Zuspitzungen wie die der mangelnden Staatlichkeit im osteuropäischen Raum als zentralem Erklärungselement für die Praxis des Holocaust²⁴. Es mangelt jedoch entschieden an empirischen Studien, die jenseits luftiger Thesen den Holocaust genauer in soziale Prozesse und Interaktionen unter deutscher Besatzungsherrschaft in Osteuropa einzuordnen und mit zentralen Leitvorstellungen des NS-Regimes zu verbinden wissen. Dies wird in den nächsten Jahren zu den wichtigsten Forschungsschwerpunkten des Zentrums gehören.

4) In Zukunft wird München als Konferenzort und Ort wissenschaftlicher Diskussion um den Holocaust weiter an Bedeutung gewinnen. Im Februar 2016 veranstaltet das Zentrum für Holocaust-Studien eine internationale Tagung, die sich mit einem für die Vorgeschichte des Holocaust zentralen Thema befasst: mit dem Aufstieg rechtspopulistischer, autoritärer und faschistischer Regime in Europa in den 1930er Jahren und der antisemitischen Politik und Praxis am Vorabend des Holocaust. Die Tagung steht unter der Überschrift „Europe 1935–1941. Right-Wing Politics and the Rise of Antisemitism“²⁵. Über einzelne thematische Konferenzen hinaus besteht in Europa ein zusätzlicher Bedarf an institutionalisierten Konferenz- und Gesprächszusammenhängen, wie sie in den USA vor allem durch die zweijährlich stattfindenden *Lessons & Legacies*-Konferenzen hergestellt werden, die sich als „Historikertag“ der Holocaustforscher etabliert haben, jedoch hauptsächlich von nordamerikanischen Wissenschaftlern besucht werden. Wegen hoher Flugkosten und Konferenzgebühren sind sie vor allem für jüngere, nicht zuletzt osteuropäische Forscher kaum erreichbar, sodass es sinnvoll wäre, im Jahr

²² Vgl. Jörg Baberowski/Gabriele Metzler (Hrsg.), *Gewalträume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand*, Frankfurt a. M. 2012.

²³ Vgl. Timothy Snyder, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2010.

²⁴ Vgl. ders., *Black Earth. Der Holocaust und warum er sich wiederholen kann*, München 2015.

²⁵ Die Tagung vom 18.-20. 2. 2016 wird vom Zentrum gemeinsam mit Dieter Pohl (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt) und Grzegorz Krzywiak (Instytut Historii PAN, Warschau) veranstaltet.

zwischen den amerikanischen Konferenzen mit einer „Lessons & Legacies Munich“ einen europäischen Ableger zu etablieren.

5) Deutsche Historikerinnen und Historiker sind vor allem in den letzten 25 Jahren an der weltweiten Intensivierung der Forschung über den Massenmord an den europäischen Juden beteiligt gewesen und haben grundlegende Forschungsbeiträge verfasst, die freilich nicht überall gleichermaßen rezipiert wurden. Vor allem im nicht-anglophonen Ausland – zum Beispiel unserem Nachbarland Frankreich – sind die Ergebnisse der deutschen Forschung oft unbekannt geblieben. Aus diesem Grunde sollen im Jahre 2017 zwei Sonderbände der *Révue d'histoire de la Shoah* unter dem Arbeitstitel „Die deutsche Geschichtsschreibung und die Shoah. Entwicklung, Themen und Ergebnisse seit 1990“ in Kooperation zwischen dem Memorial de la Shoah und dem Zentrum für Holocaust-Studien veröffentlicht werden. Im Rahmen seiner internationalen Vernetzung kommt dem Zentrum die wichtige Aufgabe zu, die Ergebnisse der deutschen Forschung jenseits der Landesgrenzen besser bekannt zu machen. Umgekehrt besteht in der Bundesrepublik ein wachsendes Bedürfnis nach online-gestützten Informationsangeboten, die die verwirrende Vielfalt internationaler Konferenzankündigungen, ausgeschriebener Fellowships und Stipendien mit grundlegenden Informationsressourcen für die Forschung zusammenführt und auch Möglichkeiten des interaktiven Informationsaustauschs bietet. Dies böte vor allem jenen Forscherinnen und Forschern wichtige Hilfestellungen, die in deutschen Städten und Regionen ohne spezifische wissenschaftliche Expertise in Sachen Holocaust-Forschung leben. Schließlich ist es Aufgabe des Zentrums, in ganz Deutschland Forschung und Lehre über den Holocaust anzuregen.

Am 3. Oktober 1940 erließ die semiautonome Regierung des sogenannten *État Français*, des teilweise besetzten Frankreichs unter der Führung von Philippe Pétain und Pierre Laval, ein antisemitisches „Judenstatut“. Entsprang dies der ureigenen Initiative Vichys oder war es das Resultat eines Wechselspiels mit entsprechenden Planungen der deutschen Besatzungsmacht, die nur wenig später umgesetzt wurden? Michael Mayer verteidigt seine Auffassung, dass ersteres zutrifft, gegen die kritischen Einwände von Tal Bruttman, Laurent Joly und Barbara Lambauer.

Michael Mayer

Wie autonom regierte Vichy?

Zur aktuellen Debatte um die Einführung einer antisemitischen Rassengesetzgebung in Frankreich 1940

Zum Stand der Diskussion

Die Historiographie tendierte in Frankreich lange dazu, eine Kontinuitätslinie der Nationalgeschichte von der Französischen Revolution über die Dritte Republik bis zur Nachkriegszeit zu ziehen. Das Vichy-Regime wurde dabei viel zu gerne als unbedeutende Nebenlinie einer von der *Résistance* geprägten, glorreichen Geschichte Frankreichs gesehen. Andere wiederum bezeichneten General Charles de Gaulle als das „Schwert“ des französischen Widerstands, während Marschall Philippe Pétain den „Schild“ dargestellt habe. Beide Politiker gemeinsam seien Akteure eines „doppelten Spiels“ gewesen, um die französischen Interessen gegen die deutsche Besatzungsmacht zu behaupten. Ziel dieser Diskurse war es, Vichy entweder als verlängerten Arm der Besatzungsmacht oder als einen Betriebsunfall respektive kleine Abschweifung der französischen Geschichte darzustellen¹.

1972 erschien das grundlegende Werk von Robert O. Paxton mit dem Titel „Vichy France. Old Guard and New Order“ und löste die *Révolution Paxtonienne* aus, die zum Paradigmenwechsel der Vichy-Historiographie werden sollte. Paxton wies nach, dass es keinerlei doppeltes Spiel gegeben habe, dass das Vichy-Regime auch kein Schild der Widerstandsbewegung gewesen sei, sondern vielmehr über eine relative Autonomie verfügt hatte, seine *Révolution Nationale* umzusetzen². In ihrem Buch „Vichy France and the Jews“ akzentuierten Michael Marrus und Robert O. Paxton diese Sicht des *État Français* in Hinblick auf die „Judenpolitik“ des Landes. Dabei betonten sie, dass das im Oktober 1940 von Vichy erlassene französische Judenstatut fast ohne deutschen Einfluss zustande gekommen war.

¹ Vgl. z. B. die Interpretation des wohl einflussreichsten Werkes hierzu: Robert Aron, *Histoire de Vichy*, Paris 1954.

² Vgl. Robert O. Paxton, *Vichy France. Old Guard and New Order 1940–1944*, New York 1972.

Damit widersprachen sie der vorherrschenden Sicht, das Judenstatut sei auf deutschen Druck, im Zuge eines vorauseilenden Gehorsams oder als Morgengabe der französischen Regierung an die Besatzungsmacht entstanden, um so deutsche Konzessionen zu erlangen³. Die wissenschaftliche Kritik unterlag in den folgenden Debatten vielfach dem Missverständnis, dass eine Betonung der semi-autonomen Elemente des Vichy-Regimes die Brutalität der deutschen Besatzungsmacht herunterspielen könnte. Hierbei handelt es sich aber um zwei unterschiedliche Sachverhalte, die keinesfalls vermischt werden dürfen. Zwar konnte sich Vichy in bestimmten Teilbereichen der Politik bemerkenswerte Freiräume verschaffen, doch wurden diese französischen Bestrebungen von der Besatzungsmacht zur Verwirklichung der deutschen Ziele weidlich ausgenutzt. Vichy wurde so weitgehend gegen seinen Willen in den Holocaust einbezogen.

Die deutsche Verantwortung für dieses Menschheitsverbrechen steht insgesamt völlig außer Frage, doch muss untersucht werden, inwieweit die deutsche Besatzungsmacht die Segregationspolitik des Vichy-Regimes dazu nutzen konnte, die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Frankreich voranzutreiben, da man der Betroffenen infolge der französischen Ausgrenzungsmaßnahmen leichter habhaft werden konnte.

Die Debatte zwischen Paxtonianern und ihren Kritikern ist in jüngster Zeit erneut aufgeflammt. Grund für diese Entwicklung ist eine erst vor Kurzem erfolgte Öffnung französischer Archive, infolge derer der Zugang zu den kompletten Beständen des *État Français* (1940 bis 1944) möglich geworden ist. Inzwischen sind einige quellengesättigte Studien erschienen, die neue Erkenntnisse zur Autonomie des französischen Vichy-Regimes und zur Wirkungsweise der deutschen Besatzungsmacht liefern⁴. Aufbauend auf den Arbeiten von Marrus/Paxton, die aufgrund der französischen Archivpraxis nur über eine eingeschränkte Quellenbasis verfügen konnten, habe ich die Entstehungsgeschichte der französischen Rassengesetzgebung auf der Basis der jetzt erst verfügbar gewordenen Dokumente untersucht. Ich konnte dabei die Ergebnisse von Marrus/Paxton bestätigen und in wichtigen Punkten erweitern⁵. Dem widersprach jüngst ein Team von in Frankreich beheimateten Historikern: Tal Bruttman, Laurent Joly und

³ Vgl. Michael R. Marrus/Robert O. Paxton, *Vichy France and the Jews*, New York 1981, erweiterte Neuauflage: *Vichy et les juifs*, Paris 2015.

⁴ Vgl. beispielsweise Barbara Lambauer, *Otto Abetz et les Français ou l'envers de la collaboration*, Paris 2001; Tal Bruttman, *Au bureau des affaires juives. L'administration française et l'application de la législation antisémite 1940–1944*, Paris 2006; Laurent Joly, *Vichy dans la „Solution finale“*. Histoire du Commissariat Général aux Questions juives (1941–1944), Paris 2006; Martin Jungius, *Der verwaltete Raub. Die „Arisierung“ der Wirtschaft in Frankreich in den Jahren 1940 bis 1944*, Ostfildern 2008; Michael Mayer, *Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und „Judenpolitik“ in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich. Ein Vergleich*, München 2010.

⁵ Vgl. Michael Mayer, „Die französische Regierung packt die Judenfrage ohne Umschweife an“. Vichy-Frankreich, deutsche Besatzungsmacht und der Beginn der „Judenpolitik“ im Sommer/Herbst 1940, in: *VfZ* 58 (2010), S. 329–362.

Barbara Lambauer⁶. Damit stehen sich zwei Interpretationen gegenüber. So betonte ich die relative Autonomie der Vichy-Regierung bei der Ausarbeitung des französischen Judenstatuts im Sommer/Herbst 1940. Ich machte dabei aber sowohl chronologische als auch inhaltliche Einschränkungen. Der Grad an Autonomie, über den das Vichy-Regime verfügte, hatte vor allem seit Herbst/Winter 1940 deutlich abgenommen. Spätestens seit dem Frühjahr 1942 besaß die französische Regierung nur noch marginale Manövrierfähigkeit in der „Judenpolitik“. Daneben konstatierte ich, dass die antijüdische Politik des *État Français* vor allem dann einen semiautonomen Charakter annehmen konnte, wenn sie Bereiche der „Judenpolitik“ betraf, die für die Besatzungsmacht von untergeordneter Bedeutung waren. Hierbei handelte es sich insbesondere um die „Säuberung“ der französischen Verwaltung von Juden sowie antijüdische Berufsverbote, die den Kern des Judenstatuts vom 3. Oktober 1940 ausmachten. Die wirtschaftliche Dimension der Judenverfolgung in Frankreich hingegen, also der Raub jüdischen Eigentums, war für die deutsche Besatzungsmacht von großem Interesse. In diesem Bereich war die Militärverwaltung besonders aktiv. Sie trieb die französische Regierung letztlich vor sich her und veranlasste sie zu gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen, mittels derer vermieden werden sollte, dass die Besatzungsmacht unter dem Deckmantel der Arisierungspolitik Einfluss auf die französische Wirtschaft nehmen konnte.

Bruttman/Joly/Lambauer bieten hingegen eine andere Deutung an: Während ich neben dem grundlegenden Bruch in der französischen Politik 1940 auch die Kontinuitätslinien des französischen Antisemitismus betone, stellt für Bruttman/Joly/Lambauer die Vichy-Ära eine überwiegend von der Vorkriegszeit unabhängige Epoche dar. Die „Judenpolitik“ des *État Français* sei vor allem eine Reaktion auf die deutschen Aktivitäten in diesem Bereich gewesen und stelle ein „Paradebeispiel einer deutsch-französischen Interaktion“⁷ dar. Als auslösendes Moment für die Ausarbeitung der Vichy-Rassengesetzgebung wird die Ankündigung der Besatzungsmacht gesehen, eine antijüdische Verordnung für die besetzte Zone zu erlassen. Damit sei ein „Wettrennen“⁸ der Vichy-Regierung mit den Deutschen ausgelöst worden. Frankreich hätte letztlich mit dem am 3. Oktober 1940 erlassenen Judenstatut der deutschen Seite die „Entscheidungsbereitschaft“⁹ Vichys für eine Kollaborationspolitik signalisieren wollen. Insgesamt betonen Bruttman/Joly/Lambauer damit einerseits den weitgehenden Bruch des Vichy-Regimes mit der französischen Politik der Vorkriegszeit. Andererseits wird die Rassengesetzgebung ab 1940 nur in geringem Maße als Resultat eines französischen Antisemitismus gedeutet. Das Judenstatut war demnach vor allem eine

⁶ Vgl. Tal Bruttman/Laurent Joly/Barbara Lambauer, Der Auftakt zur Verfolgung der Juden in Frankreich 1940. Ein deutsch-französisches Zusammenspiel, in: VfZ 60 (2012), S. 381–407; vgl. mit identischer Argumentation Laurent Joly, The Genesis of Vichy's Jewish Statute of October 1940, in: Holocaust and Genocide Studies 27 (2013), S. 276–298.

⁷ Bruttman/Joly/Lambauer, Auftakt, S. 390.

⁸ Ebenda, S. 395.

⁹ Ebenda, S. 397.

Reaktion auf deutsche Handlungen und Mittel zum Zweck für die Einleitung einer Kollaborationspolitik mit dem Deutschen Reich.

Das französische Judenstatut als Reaktion auf die deutsche antijüdische Politik?

Bruttmann/Joly/Lambauer sehen den 10. September 1940 als entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der französischen antijüdischen Politik¹⁰. Dieser Befund stützt sich auf die nach dem Krieg erschienenen Memoiren des damaligen Außenministers Paul Baudouin¹¹. Was war geschehen? Kurz zuvor, am 7. September, wurde der *Délégué Général du Gouvernement Français pour les Territoires Occupés*, General Benoît-Léon Fornel de La Laurencie, von der deutschen Militärverwaltung darüber informiert, dass die Besatzungsmacht den Erlass antijüdischer Maßnahmen in der besetzten Zone plante¹². Diese Nachricht löste in Vichy heftige Debatten und größte Besorgnis aus. In der Ministerratssitzung am 10. September sei deshalb, so Bruttmann/Joly/Lambauer, beschlossen worden, ein eigenes Judenstatut auszuarbeiten. Dabei stehe fest: „Die von La Laurencie angekündigten Maßnahmen hatten also in Vichy ein ‚Wettrennen‘ mit den Deutschen ausgelöst – ‚a cycle of mutual intensification‘, wie Christopher Browning es nennt –, das die Regierung dazu bewog, schnellstens einen Text auszuarbeiten.“¹³

Stellte der 10. September 1940 also tatsächlich den Beginn einer sich konkretisierenden französischen „Judenpolitik“ dar? Diese Frage ist von zentraler Bedeutung, da die Antwort darauf darüber entscheidet, ob sich das Vichy-Regime „nur“ aufgrund eines äußeren Einflusses für den Erlass eines Rassengesetzes entschied oder ob die semiautonomen Elemente des französischen Antisemitismus deutlich höher bewertet werden müssen. Unbestritten ist, dass die französische Niederlage des Sommers 1940 konstitutiv für die Entwicklung der „Judenpolitik“ des Vichy-Regimes war. Ohne diese Niederlage hätte es – trotz antijüdischer Tradition in Frankreich – keine Rassengesetzgebung gegeben. Aus diesem Blickwinkel heraus betrachtet, stand das antisemitische Deutschland tatsächlich am Anfang der antijüdischen Segregationspolitik in Frankreich. Doch welchen Radikalisierungsschub bewirkte die Niederlage? Löste er eine halbautonome französische „Judenpolitik“ aus? Oder bedurfte es weiterer Einflüsse von deutscher Seite? Um diese Fragen zu beantworten, muss herausgearbeitet werden, welche antijüdischen Maßnahmen schon vor dem besagten 10. September 1940 ergriffen wurden. Bruttmann/Joly/Lambauer konstatieren bis zu diesem Tag ein Zögern auf Seiten Vichys „bezüglich der Opportunität eines allgemeinen Statuts“ sowie bisher nur

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 396.

¹¹ Vgl. Paul Baudouin, *Neuf mois au gouvernement*, Avril-Décembre 1940, Paris 1948, S. 341.

¹² Schreiben de La Laurencies vom 8.9. 1940 an Pétain, in: Archives Nationales Paris (künftig: AN), F60 357.

¹³ Bruttmann/Joly/Lambauer, *Auftakt*, S. 395.

„implizit gegen Juden“ gerichtete Maßnahmen¹⁴. An einem konkreten Gesetzestext sei noch nicht gearbeitet worden¹⁵.

Bis September 1940 gab es jedoch bereits ein Bündel an antijüdischen Maßnahmen, die eine bemerkenswerte Konsistenz aufweisen und primär ausländische oder kurz zuvor eingebürgerte Juden betrafen. So wurden verschiedene Gesetze mit antijüdischer Zielrichtung erlassen, die sich gegen Einwanderer richteten. Keine andere Gruppe von Immigranten war derart von Vorurteilen betroffen wie jüdische Einwanderer, insbesondere wenn sie aus Ostmitteleuropa stammten. Diese Gesetze erschwerten den Zugang zu medizinischen und juristischen Berufen, aber auch zum Staatsdienst allgemein. Beachtet man die antisemitische Propaganda im Frankreich der Zwischenkriegszeit, so wurden insbesondere jüdische Mediziner und Juristen als unliebsame Konkurrenten betrachtet, ebenso wurde schon seit langem die „Säuberung“ der Verwaltung von Juden gefordert¹⁶. In diese Kategorie ist auch das Gesetz vom 22. Juli 1940 einzuordnen, das die Überprüfung sämtlicher Einbürgerungen seit 1918 vorsah. Die zu diesem Zweck eingerichtete Kommission sollte in der Folgezeit beinahe 80 Prozent der jüdischen Naturalisierungen rückgängig machen¹⁷.

Insgesamt wurde also direkt nach Abschluss des Waffenstillstandes ein Bündel von Ad-hoc-Maßnahmen gegen ausländische Juden beschlossen. Es gab jedoch keinen „xenophoben Kompromiss“¹⁸, also eine reine Beschränkung auf ausländische Juden, da die französische Regierung auch ein Vorgehen gegen inländische Juden beabsichtigte. Während ausländische Juden vor allem als sicherheitspolizeiliches Problem angesehen wurden, das über eine Internierungspolitik, langfristig über eine Abwanderung der Betroffenen gelöst werden konnte, sollte die Stellung der inländischen Juden – und damit ihr Verbleib im Land – dauerhaft gesetzlich geregelt werden. Dies erschien jedoch erst einmal weniger akut. Die französische Administration besaß nämlich bereits mit dem Gesetz vom 17. Juli 1940 eine Grundlage für die Entlassung aller missliebigen Beamten und

¹⁴ Bruttman/Joly/Lambauer, Auftakt, S. 393.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 396, Anm. 71.

¹⁶ In ebenda, S. 382, Anm. 3, heißt es, „bis zum Ende der Dritten Republik gab es keine einzige, auch nicht indirekt gegen Juden gerichtete Maßnahme“. Dem stehen berufliche Einschränkungen für ausländische Mediziner und Juristen sowie eine Internierungspolitik mit antijüdischer Ausrichtung entgegen. Selbst bei Laurent Joly, *Tradition nationale et emprunts doctrinaux dans l'antisémitisme de Vichy*, in: Michele Battini/Marie-Anne Matard-Bonucci (Hrsg.), *Antisemitismi a confronto: Francia e Italia. Ideologie, retoriche, politiche*, Pisa 2010, S. 139–154, hier S. 144, heißt es im Widerspruch zu Bruttman/Joly/Lambauer, in den dreißiger Jahren habe es sich um eine „antisemitische Politik unter xenophobem Deckmantel“ gehandelt. Vgl. genauer Mayer, *Vichy-Frankreich*, S. 338–343; Vicki Caron, *Uneasy Asylum: France and the Jewish Refugee Crisis, 1933–1942*, Stanford/CA. 1999, S. 94–116 u. S. 302–320; Julie Fette, *Exclusions. Practicing Prejudice in French Law and Medicine, 1920–1945*, Ithaca 2012, S. 30–132.

¹⁷ Vgl. Mayer, *Vichy-Frankreich*, S. 342f. Auch von Bruttman/Joly/Lambauer, *Auftakt*, S. 392f., wird diese Entwicklung gesehen, weshalb sie ihre zuvor geäußerte Haltung unausgesprochen wieder weitgehend revidieren.

¹⁸ Ebenda, S. 393, ähnlich S. 397.

Angestellten im öffentlichen Dienst „ungeachtet jeglicher gesetzlichen Bestimmung oder gegenteiligen Regelung“¹⁹. Auf diese Weise wurden schon vor Erlass des Judenstatuts Beamte jüdischer Herkunft ihrer Posten enthoben. Als Beispiel sei nur Jean Marx genannt, als Leiter des Service des Œuvres à l'Étranger der ranghöchste jüdische Beamte des Quai d'Orsay, der nach seiner Beurlaubung im Sommer 1940 ebenso wie beinahe 80 weitere Beamte, darunter eine große Anzahl, die aus rassistischen Gründen zum 26. August 1940 in den Ruhestand versetzt wurde²⁰. Die antijüdischen „Säuberungen“ der französischen Verwaltung durch das Vichy-Regime waren also im Sommer 1940 bereits in vollem Gange, von einem „xenophoben Kompromiss“ kann deshalb keine Rede sein. Warum aber sollte die französische Regierung an einem Judenstatut zur Säuberung der Verwaltung arbeiten, wenn schon zu diesem Zeitpunkt gesetzliche Bestimmungen vorhanden waren, dieses Ziel diskret zu erreichen? Der Grund hierfür lag vor allem darin, dass zum Beispiel das Gesetz vom 17. Juli als vorübergehende Maßnahme geplant war und am 31. Oktober 1940 seine Gültigkeit verlieren sollte. Eine erweiterte dauerhafte Regelung in Hinblick auf die jüdische Bevölkerung erschien also notwendig.

Wie konkret waren dabei aber bis zum 10. September 1940 die Arbeiten an einem Judenstatut? Hatte es tatsächlich, wie Bruttman/Joly/Lambauer annehmen, nur vage Gespräche hierüber, jedoch keine konkreteren Pläne gegeben? Zentrales Element des am 3. Oktober 1940 erlassenen Judenstatuts war die „Säuberung“ der Verwaltung. Ende Juni/Anfang Juli 1940 finden sich erste Spuren, dass die französische Ministerialbürokratie an Gesetzentwürfen zu einer derartigen „Säuberung“ arbeitete. Die Zielrichtung des späteren „Judenstatuts“ vom 3. Oktober 1940, die „Säuberung“ der Verwaltung, stand schon zu diesem Zeitpunkt fest²¹. Dieser Befund wird durch einen deutschen Stimmungsbericht zur „Lage im unbesetzten Frankreich im Monat August 1940“ unterstrichen. Hier heißt es: „In Vichy wird derzeit versucht, ein erweitertes Anti-Juden-Gesetz durchzubringen, dessen Ziel: Jüdische Beamte aus ihren Posten zu entfernen.“²² Wenn also selbst die deutsche Besatzungsmacht schon von diesen Plänen erfahren hatte und noch dazu das Hauptziel der französischen Intentionen kannte, so ist deutlich, welche konkrete Form die Vorbereitungen bereits angenommen hatten. Zudem wird klar von einem „Gesetz“ gesprochen, somit ist es äußerst wahrscheinlich, dass bereits zu diesem Zeitpunkt auch an entsprechenden Entwürfen gearbeitet wurde.

¹⁹ Journal Officiel de la République Française (JO) vom 18. 7. 1940, S. 4538; vgl. auch Mayer, Staaten als Täter, S. 83–85.

²⁰ Grundlage war hier das Gesetz vom 13. 8. 1940. Vgl. André Reboullet, Jean Marx (1884–1972) entre-deux-guerres, in: Changements politiques et statut des langues, hrsg. von Marie-Christine Kok Escalle, Amsterdam 2001, S. 119–128; Annuaire diplomatique et consulaire de l'État français, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1941.

²¹ Vgl. Mayer, Staaten als Täter, S. 40 f.

²² Aufzeichnung des Amtes VI des Reichssicherheitshauptamts, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, R 101.077, Bl. 28.

Es gibt aber noch weitere Belege: Marcel Peyrouton, Innenminister seit dem 6. September 1940, sagte am 25. April 1944 vor einem Militärtribunal in Alger aus, dass sein Vorgänger im Amt, Adrien Marquet, die Entwürfe zum Judenstatut ausgearbeitet habe, die dann unter seiner Amtsführung modifiziert worden seien²³. Auch wenn Peyrouton insgesamt bemüht war, die Verantwortung am Judenstatut auf andere Beteiligte abzuwälzen, so ist doch bezeichnend, dass er insbesondere seinen Vorgänger nannte. Wären erst nach dem 10. September 1940 Gesetzentwürfe erstellt worden, wie von Bruttman/Joly/Lambauer angenommen, so hätte er wohl eher betont, dass diese Entwürfe aus dem Justizministerium und nicht aus seinem Ressort stammten.

An jenem 10. September 1940 aber lag bereits ein Gesetzentwurf vor und wurde im Ministerrat verhandelt. Dies geht aus dem Tagebuch des Marineministers François Darlan hervor. Dieser schrieb am 10. September 1940: „Der Justizminister trägt die wichtigsten Grundlagen des Gesetzentwurfs über die Juden vor.“²⁴ Auch das Regierungskommuniqué, das im Anschluss an die Sitzung veröffentlicht wurde, enthält schon die zentralen Punkte des Judenstatuts – „Säuberung“ der Verwaltung und Berufsverbote – und unterstreicht somit, wie ausgefeilt der vorliegende Gesetzentwurf war²⁵. Die französische Regierung wurde also nicht erst am 10. September 1940, wie Bruttman/Joly/Lambauer schreiben, aufgrund der deutschen antijüdischen Pläne dazu bewogen, „schnellstens einen Text auszuarbeiten, der zwar schon mehrmals seit Juli erwähnt worden war, von dem es aber keinen Hinweis gibt, dass er bis dahin tatsächlich in Ausarbeitung war“²⁶.

Zur Interaktion zwischen deutscher und französischer „Judenpolitik“

Die Ankündigung deutscher antisemitischer Maßnahmen löste in Vichy große Besorgnis aus. Diese betraf aber mitnichten das Schicksal der jüdischen Bevölkerung. Die Bedenken bezogen sich vielmehr darauf, so Außenminister Paul Baudouin, dass die Besatzungsmacht durch ihr „unilaterales Vorgehen“ die Einheit Frankreichs „zerstören“ und damit die Souveränität des Landes weiter beschränken könnte²⁷. Anders als Bruttman/Joly/Lambauer annehmen²⁸, kann diese Besorgnis jedoch nicht als Hinweis dafür gewertet werden, dass das französische Judenstatut allein zu dem Zweck erlassen wurde, deutsche Maßnahmen in diesem Bereich zu verhindern. Zwar wurde dies auch im Ministerrat am 10. September 1940 diskutiert. Als Beleg kann der entsprechende Tagebucheintrag von Darlan dienen, der schreibt: „Wir müssen ihn [den Gesetzentwurf] annehmen, wenn wir nicht wollen, dass die Deutschen in der besetzten Zone drakonische Maßnahmen

²³ Aussage vom 25. 4. 1944 vor dem Tribunal Militaire d'Alger, in: AN, 3W 310, 2, Bl. 140.

²⁴ Lettres et Notes de l'Amiral Darlan, hrsg. von Hervé Coutau-Bégarie und Claude Huan, Paris 1992, S. 197.

²⁵ Vgl. Bruttman/Joly/Lambauer, Auftakt, S. 395.

²⁶ Bruttman/Joly/Lambauer, Auftakt, S. 395; Joly, Vichy, S. 69f., urteilt hier deutlich zurückhaltender.

²⁷ Schreiben Baudouins vom 23. 9. 1940 an Darlan, in: AN, F60 357.

²⁸ Vgl. Bruttman/Joly/Lambauer, Auftakt, S. 394f.

gegen die Juden erlassen.“²⁹ Doch um welche drakonischen Maßnahmen konnte es sich handeln? Untersucht man die Vernehmungsprotokolle der unmittelbar Beteiligten während der Kriegsverbrecherprozesse, so dominiert – wenig überraschend – der Versuch, die Verantwortung für das Judenstatut an die Besatzer abzuschieben. Daneben finden sich jedoch immer wieder Anspielungen auf deutsche Enteignungsabsichten. So erklärte beispielsweise der vormalige Innenminister Peyrouton am 14. Juli 1945, die Besatzungsmacht habe bereits damals „Unterdrückungsmaßnahmen hinsichtlich jüdischer Personen und hinsichtlich des jüdischen Eigentums“ geplant³⁰.

Der Kern der französischen Befürchtungen betraf also die Aktivitäten der Besatzungsmacht im Wirtschaftssektor. Mit der Verordnung vom 27. September 1940 hatte der Militärbefehlshaber bestimmt, dass jüdische Geschäfte in Frankreich gekennzeichnet werden sollten³¹. Wenig später, am 18. Oktober 1940, erließ der Militärbefehlshaber eine weitere Verordnung, wonach Treuhänder für jüdische Unternehmen ernannt werden konnten³². Die Sorge der französischen Regierung war also groß, dass die Besatzungsmacht – und in ihrem Gefolge deutsche Unternehmen – auf diesem Wege wirtschaftlichen Einfluss in Frankreich gewinnen konnte. Dies musste in jedem Fall verhindert werden. Die von Bruttman/Joly/Lambauer zu Recht konstatierte Panik während der Ministerratsitzung vom 10. September 1940 (als die entsprechenden deutschen Pläne bekannt wurden) betraf somit nicht den Kern der bisherigen französischen „Judenpolitik“, sondern den wirtschaftlichen Aspekt der deutschen Aktivitäten. Es müssen also zwei parallele Entwicklungslinien unterschieden werden. Die Vichy-Regierung arbeitete seit dem Sommer 1940 intensiv an den Entwürfen zu einem Judenstatut, das die „Säuberung“ der Verwaltung von Juden vorsah. Dieses Gesetzesvorhaben war Teil eines antijüdischen Maßnahmenbündels, das sich gegen inländische und ausländische Juden richtete³³. Auslöser hierfür war die Niederlage im Mai/Juni 1940, für die die vermeintlich Verantwortlichen bestraft werden sollten: Kommunisten, Juden, Freimaurer, bestimmte Republikaner. In einer offiziellen Stellungnahme der *Vice-Présidence du Conseil* vom 22. Oktober 1940 wurde das Judenstatut deshalb auch als Teil der *Réorganisation Sociale des État Français* präsentiert, um „die Verwaltung und das Handeln der Nation in Ordnung zu bringen und eine neue Ordnung [ordre nouveau] zu errichten“. Ziel der *Révoluti-*

²⁹ Coutau-Bégarie/Huan (Hrsg.), *Lettres et Notes de l'Amiral Darlan*, S. 197.

³⁰ AN, 3W 310, 2, Bl. 140.

³¹ *Verordnungsblatt des Militärbefehlshabers in Frankreich (VOBIF)* vom 30. 9. 1940, S. 92 f., abgedruckt in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945 (VEJ)*, Bd. 5, bearb. von Katja Happe, Michael Mayer und Maja Peers, München 2012, Dok. 238.

³² VOBIF vom 20. 10. 1940, S. 112–114, abgedruckt in: Ebenda, Dok. 246.

³³ Bei Bruttman/Joly/Lambauer, *Auftakt*, S. 399, heißt es, ursprünglich sollten die Maßnahmen gegen inländische und ausländische Juden in einem einzigen Statut gebündelt werden. Hierfür wird jedoch kein Beleg angegeben. Dem widerspricht, dass zu diesem Zeitpunkt eine Reihe von Bestimmungen mit Blick auf ausländische Juden erlassen waren, während das Judenstatut vom 3. 10. 1940 das erste Gesetz war, das sich explizit mit der Stellung der inländischen Juden befasste.

on *Nationale* sei es insgesamt, die Ursachen für die französische Niederlage zu beseitigen, wobei man – so die *Vice-Présidence du Conseil* weiter – „aufgrund der harten Sachzwänge umständehalber Maßnahmen zu ergreifen hatte. Dies sind die Bedingungen, unter denen das Statut über die französischen Israeliten beschlossen wurde.“³⁴ Damit war das Judenstatut Teil der *Révolution Nationale* und zugleich Teil eines semiautonomen französischen Antisemitismus. Das Bekanntwerden der deutschen antijüdischen Maßnahmen hatte hierauf kaum Einfluss. Weshalb auch sollte die Besatzungsmacht von ihren wirtschaftlichen Vorhaben abgebracht werden können, nur weil die französische Regierung zugleich den Staatsapparat von Juden säuberte oder Berufsverbote aussprach? In welcher Weise konnte denn der Erlass des Judenstatuts überhaupt ein – so Bruttmann/Joly/Lambauer – „starkes politisches Zeichen“³⁵ setzen? Dass Vichy eine antijüdische Politik betreiben wollte, war der Besatzungsmacht längst bekannt. Bereits im Juli 1940 stellte der deutsche Botschafter in Paris, Otto Abetz, nach einem Gespräch mit Ministerpräsident Pierre Laval fest: „Die antisemitische Strömung im französischen Volke ist so stark, dass sie von unserer Seite keiner Förderung mehr bedürfe.“³⁶ Welches Entgegenkommen gegenüber den Deutschen signalisierte Vichy denn, wenn es – in den Augen der deutschen Antisemiten – rein interne Angelegenheiten wie die „Säuberung“ des französischen Verwaltungsapparats regelte? Waren andere Maßnahmen nicht viel sinnvoller, um den befürchteten deutschen Zugriff im französischen Wirtschaftsbereich abzuwehren?

Genau solche andersgeartete Maßnahmen ergriff Vichy! Deshalb muss von der ersten Entwicklungslinie in der „Judenpolitik“ eine zweite unterschieden werden, bei der es sich nun nicht um eine initiative, sondern eine reaktive Form der französischen „Judenpolitik“ handelte. Diese betraf die wirtschaftliche Verfolgung der Juden, die von der deutschen Besatzungsmacht seit dem 17. August 1940 intern diskutiert wurde³⁷. Am 7. September 1940 wurde der französische Generaldelegierte in der besetzten Zone, de La Laurencie, über diese Pläne informiert. Der für die französische Seite heikelste Punkt bestand darin, dass die Besatzungs-

³⁴ Bulletin d'Informations Générales Nr. 8 vom 22. 10. 1940, in: Archiv des Ministère des Affaires Étrangères (künftig: MAE), Guerre 1939–1945/Vichy-Europe/Série C/État Français/Vol. 271, Bl. 1f.

³⁵ Bruttmann/Joly/Lambauer, Auftakt, S. 407.

³⁶ MAE, Les Papiers 1940/Papiers Abetz, Vol. 2, Bl. 121.

³⁷ An jenem Tag schlug Abetz der Militärverwaltung verschiedene antijüdische Maßnahmen vor; vgl. Mayer, Vichy-Frankreich, S. 332–338. Bereits die Tatsache, dass Abetz derartige Vorschläge gegenüber der Militärverwaltung machte, diese aber nicht selbst einfordern konnte, belegt die realen Machtverhältnisse innerhalb der deutschen Besatzungsmacht im Sommer 1940. Anders als von Bruttmann/Joly/Lambauer, Auftakt, S. 384f., angenommen beschränkte sich die Militärverwaltung nicht auf rein militärische Fragen, sondern war oberstes Besatzungsorgan. Nicht ohne Grund erklärte Otto von Stülpnagel am 4. 4. 1941 dem französischen Judenkommissar Xavier Vallat, dass allein der Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich für die „Judenpolitik“ zuständig sei; Protokoll der Besprechung in: AN, AJ40 548, Bl. 5–7, hier Bl. 5. Rein protokollarische Vorgehensweisen, so die Einführung von Ministerpräsident Pierre Laval durch Botschafter Abetz beim Militärbefehlshaber, haben – anders als Bruttmann/Joly/Lambauer, Auftakt, schreiben – keine Aussagekraft über Machtbefugnisse.

macht plante, jüdische Unternehmen, deren Besitzer aus der besetzten Zone geflohen waren, unter Treuhänderverwaltung zu stellen. De La Laurencie unterrichtete Marschall Pétain sofort über die deutschen Pläne. Dabei regte er zugleich Gegenmaßnahmen im Falle der Ernennung von unerwünschten Treuhändern an (er meinte damit vor allem deutsche oder deutschfreundliche kommissarische Verwalter): „Bereits jetzt lasse ich vom Produktionsministerium die zu ergreifenden Maßnahmen untersuchen, damit die Führung der verwaisten jüdischen Unternehmen von den Arbeitgeberverbänden organisiert werden kann.“³⁸

Die französische Antwort auf das deutsche Ansinnen erfolgte somit rasch und – lässt man moralische Maßstäbe beiseite – ausgesprochen effektiv. Die in den Augen der französischen Regierung sinnvollste Reaktion auf die deutschen Bestrebungen musste darin bestehen, die von deutscher Seite geplanten Maßnahmen in die eigenen Hände zu nehmen. So wurde ohne Zeitverzug jüdisches Vermögen (z. B. der Familie Rothschild) unter die Verwaltung des Produktionsministeriums gestellt bzw. wurden französische Treuhänder für jüdische Unternehmen ernannt, die weitgehend von den Vichy-Behörden kontrolliert wurden. Es handelte sich dabei um eine reine Abwehrmaßnahme gegen die deutsche Arierisierungspolitik, wie die *Délégation Générale du Gouvernement Français pour les Territoires Occupés* am 4. Oktober 1940 festhielt: „Der wichtigste Punkt besteht darin, dass wir durch die rasche Ernennung von Treuhändern vermieden haben, dass sich die deutschen Behörden das genannte Eigentum, dessen Bedeutung in Hinblick auf die Volkswirtschaft groß ist, aneignen.“³⁹ Langfristig gelang es der Vichy-Regierung auf diese Weise, einen direkten deutschen Zugriff auf in- und ausländisches Eigentum in Frankreich weitgehend zu vermeiden. Bis Ende 1942 wurden nur 45 deutsche Treuhänder für jüdische Unternehmen im Besitz von Personen deutscher bzw. ehemaliger österreichischer oder tschechischer Staatsangehörigkeit ernannt⁴⁰. Man würde also letztlich den französischen Verwaltungsapparat unterschätzen, glaubte man, dieser hätte mit völlig abwegigen Mitteln (Erlass eines Judenstatuts) auf eine klar erkannte Gefahr (deutscher Zugriff auf jüdisches Vermögen in Frankreich) reagiert.

Dabei ist auch deutlich, dass die eigentliche französische Reaktion auf die deutschen Pläne erst stattfand, nachdem das Judenstatut am 1. Oktober 1940 im Ministerrat angenommen und zwei Tage später von Pétain unterzeichnet worden war. Dies wird belegt durch das Protokoll einer Besprechung vom 5. Oktober 1940 zwischen den Vertretern der beiden Außenministerien bei der Waffenstillstandskommission, Jacques Tarbé de Saint-Hardouin und Andor Hencke. Im Protokoll heißt es zur *question juive*: „General de La Laurencie hat bisher noch keinen Protest erhoben.“⁴¹ De La Laurencie wäre jedoch als Generaldelegierter der fran-

³⁸ Schreiben de La Laurencies vom 8. 9. 1940 an Pétain, in: AN, F60 357.

³⁹ AN, AJ41 397.

⁴⁰ Vgl. die Liste des französischen Judenkommissariats vom 14. 12. 1942 für den Leiter der Politischen Abteilung der Deutschen Botschaft Paris, Gesandtschaftsrat Ernst Achenbach, in: AN, AJ38 18.

⁴¹ MAE, Guerre 1939–1945/Vichy-Europe/Série Y, Vol. 34, Bl. 122.

zösischen Regierung zuständig gewesen, eine förmliche französische Beschwerde gegen die mit der deutschen Verordnung vom 27. September 1940 angekündigten Maßnahmen zu erheben. Dies erfolgte nicht. Weshalb aber wurde nicht sofort gegenüber der Besatzungsmacht protestiert? Das lag vor allem daran, dass die von den deutschen Instanzen gegenüber de La Laurencie am 7. September angekündigte Ernennung von Treuhändern für verwaiste jüdische Unternehmen⁴² noch nicht in der Verordnung vom 27. September 1940⁴³ enthalten war. Somit hatte die französische Seite Zeit gewonnen. Erst am 18. Oktober 1940 wurde diese Maßgabe in einer ausführlichen deutschen Arisierungsverordnung publiziert⁴⁴.

Am 9. Oktober 1940 fand aber bereits eine deutsch-französische Unterredung über wirtschaftliche Fragen statt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch über das schon von der Vichy-Regierung verabschiedete Judenstatut gesprochen. Der deutsche Vertreter, der Leiter der Abteilung Wirtschaft des Militärbefehlshabers, Kriegsverwaltungschef Elmar Michel, „erhob keinerlei Einwände“, auch wenn es „bestimmte Diskrepanzen“ zwischen der deutschen Verordnung vom 27. September und dem Judenstatut gebe⁴⁵. Bereits am Vortag wurde der Vertreter des Innenministeriums in der besetzten Zone, Jean-Pierre Ingrand, telefonisch über die deutsche Zustimmung zum Judenstatut informiert. Obwohl die Militärverwaltung nicht mit allen Punkten einverstanden war, so wurde doch von deutscher Seite auf eine rasche Veröffentlichung gedrängt, wie der Leiter der Gruppe 1 der Abteilung Verwaltung des Militärbefehlshabers, Kriegsverwaltungsabteilungschef Karl Storz, festhielt, „weil unter allen Umständen vermieden werden sollte, dass durch einen Einspruch unsererseits die Verkündung des Gesetzes verzögert und vielleicht durch die Machenschaften fr[an]z[ösischer] Stellen ganz vereitelt würde“⁴⁶. Dies widerspricht der Annahme von Bruttman/Joly/Lambauer, beim deutschen Verweis auf vermeintliche Schwachstellen des französischen Gesetzes handle es sich „zweifelloos um einen deutschen Versuch, die Veröffentlichung des Statuts zu verzögern, in der Hoffnung, die französische Regierung würde den Entwurf nochmals überarbeiten und die Arisierungsmaßnahmen doch noch einfügen“⁴⁷. Es waren jedoch die Vichy-Vertreter, die – angeführt von de La Laurencie – während der deutsch-französischen Zusammenkunft am 9. Oktober 1940 mitteilten, dass sie in Kürze eine Überarbeitung des Judenstatuts planten. Hierzu erklärte Michel, er „verstehe voll und ganz, dass die französische Regierung erneut ihren Gesetzentwurf überarbeiten wolle“⁴⁸.

Doch in welche Richtung sollte die geplante Modifikation gehen? Wurde, wie dies Bruttman/Joly/Lambauer annehmen, eine Ergänzung von wirtschaftlichen Bestimmungen in das Judenstatut erwogen? Hierzu finden sich keine Be-

⁴² Schreiben de La Laurencies vom 8. 9. 1940 an Pétain, in: AN, F60 357.

⁴³ VOBIF vom 30. 9. 1940, S. 92f., abgedruckt in: VEJ, Bd. 5, Dok. 238.

⁴⁴ VOBIF vom 20. 10. 1940, S. 112–114, abgedruckt in: Ebenda, Dok. 246.

⁴⁵ Besprechungsprotokoll vom 10. 10. 1940, in: AN, F60 490.

⁴⁶ Aufzeichnung vom 9. 10. 1940, in: AN, AJ40 548, Bl. 16.

⁴⁷ Bruttman/Joly/Lambauer, Auftakt, S. 405.

⁴⁸ Besprechungsprotokoll vom 10. 10. 1940, in: AN, F60 490.

lege. Das französische Arisierungsgesetz vom 22. Juli 1941⁴⁹, das diese Frage gesondert regelte, kam letztendlich als Reaktion auf die deutschen Bestrebungen im Wirtschaftssektor zustande. In Teilen war es aber auch Folge der von Vichy angestoßenen Segregationspolitik. Eine politische und soziale Segregation erschien der französischen Regierung unvollständig, wenn die jüdische Bevölkerung weiterhin über wirtschaftlichen Einfluss verfügen konnte⁵⁰. Die Wurzeln einer – wenn auch aufgrund der deutschen Bestrebungen sehr marginalen – eigenständigen französischen Arisierungspolitik liegen vor allem im Frühjahr 1941. Im Herbst/Winter 1940 war das Vichy-Regime vollauf damit beschäftigt, die deutschen Eingriffe in den Wirtschaftssektor abzuwehren.

Welche Modifikationen des Judenstatuts wurden aber dann von der französischen Regierung erwogen? Schon kurz nach Erlass des Rassengesetzes wurden im Verlauf des Oktober 1940, als die praktische Umsetzung des Gesetzes anstand, Mängel deutlich. Diese betrafen primär den in Artikel 1 verwendeten „Judenbegriff“, der bestimmte, dass insbesondere Personen, die von drei Großelternteilen „jüdischer Rasse“ abstammten, als Juden anzusehen seien⁵¹. Dabei war jedoch für die mit der Umsetzung des Gesetzes betrauten Teile des Staatsapparates völlig unklar, wann ein Großelternteil als Angehöriger einer imaginären „jüdischen Rasse“ zu gelten hatte und wann nicht. Die deutsche Verordnung vom 27. September 1940 hatte dagegen die Maßgabe enthalten, dass ein Großelternteil dann als „jüdisch“ zu betrachten sei, wenn dieser Angehöriger der jüdischen Religionsgemeinschaft sei⁵². Neben der Forderung nach Konkretisierung des „Judenbegriffs“ planten einzelne Ressorts die Ausweitung der Berufsverbote für Juden bzw. gewisse kleinere Modifikationen des Gesetzestextes. Mitte November 1940 waren deshalb – wie die *Présidence du Conseil* feststellte – bereits mehrere Verwaltungseinheiten unabhängig voneinander sowie zumeist ohne Wissen über die parallelen Aktivitäten⁵³ mit der Überarbeitung des Judenstatuts beschäftigt: Innen- und Justizministerium sowie die drei Truppenteile⁵⁴. Damit wird deutlich, dass die Arbeiten an einem semiautonomen französischen Judenstatut, die im Som-

⁴⁹ JO vom 26. 8. 1941, S. 3594f., abgedruckt in: VEJ, Bd. 5, Dok. 273.

⁵⁰ Schreiben des „Judenkommissars“ Vallat vom 25. 5. 1941 an Pétain, in: AN, AJ38 1143.

⁵¹ JO vom 18. 10. 1940, S. 5323, abgedruckt in: VEJ, Bd. 5, Dok. 241.

⁵² Vgl. § 1 der Verordnung, VOBIF vom 30. 9. 1940, S. 92, abgedruckt in: VEJ, Bd. 5, Dok. 238. Brutmann/Joly/Lambauer, Auftakt, S. 403, schreiben, der „Judenbegriff“ des *Statut des Juifs* sei vom deutschen Modell inspiriert worden. Dies betraf jedoch erst das 2. Judenstatut vom 2. 6. 1941, für dessen Ausarbeitung auch die Rassengesetze in Deutschland, Italien, Ungarn, Kroatien und Rumänien genauer untersucht wurden. Vgl. ausführlich Mayer, Staaten als Täter, S. 74–78 u. S. 144–147. Für das Judenstatut vom 3. 10. 1940 machte man sich nicht einmal die Mühe, die deutschen Maßgaben in Frankreich genauer zu beachten, so die Verordnung des Militärbefehlshabers vom 27. 9. 1940 für die besetzte Zone oder die „Zweite Anordnung zur Durchführung und Ergänzung der Anordnung über volks- und reichsfeindliches Vermögen im Elsass“ (Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung im Elsass vom 24. 8. 1940, S. 4f.), die einen ähnlichen „Judenbegriff“ enthielt.

⁵³ Schreiben des Ministre Secrétaire d'État à la Présidence du Conseil, Vizeadmiral Jean Fernet, vom 16. 11. 1940 an Darlan, in: AN, F60 490.

⁵⁴ Vgl. genauer Mayer, Staaten als Täter, S. 109–116.

mer 1940 begonnen hatten, auch nach Erlass des Gesetzes mit unvermindertem Tempo weitergingen. Wenn es der Vichy-Regierung – wie dies Bruttmann/Joly/Lambauer annehmen⁵⁵ – allein um ein Signal an die Besatzungsmacht gegangen wäre, dann hätte sich die französische Ministerialbürokratie nicht in derart langwierige Detaildiskussionen verstrickt, die am 11. April 1941 zu einer ersten Modifikation des Judenstatuts führten⁵⁶. Nach einer umfangreichen Überarbeitung des Gesetzes, an dem beinahe alle Ressorts beteiligt waren, kam es schließlich am 2. Juni 1941 zum Erlass des Zweiten Judenstatuts⁵⁷. Noch deutlicher aber wird die Tatsache, dass es sich bei der Ausarbeitung des Judenstatuts nicht um eine bloße Reaktion auf die deutsche Besatzungsmacht oder einen Akt vorausseilenden Gehorsams handelte, wenn man die Umsetzung der Rassengesetzgebung untersucht. Hier zeigt sich ein intensiver Wille aller an diesem Prozess beteiligten französischen Ressorts, das Judenstatut buchstabengetreu anzuwenden⁵⁸.

⁵⁵ Vgl. Bruttmann/Joly/Lambauer, Auftakt, S. 397.

⁵⁶ JO vom 30. 4. 1941, S. 1846.

⁵⁷ JO vom 14. 6. 1941, S. 2475 f., abgedruckt in: VEJ, Bd. 5, Dok. 270.

⁵⁸ Vgl. ausführlich Mayer, Staaten als Täter, S. 78–96. Joly, Vichy, S. 87, kommt deshalb auch zu dem Schluss: „Das Gesetz vom 3. Oktober spiegelt unbestreitbar die ideologischen Prinzipien des französischen Antisemitismus und die Leitgedanken des Pétainismus wider.“

Wachablösung in der Chefredaktion

Zu Hans Wollers Abschied von den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte

Immer wieder ertappen wir uns bei dem Gedanken, dass ein Wandel uns vertrauter Verhältnisse, ein substantieller personeller Wechsel oder eine institutionelle Veränderung eigentlich *unvorstellbar* sind. Andererseits wissen wir gerade als Historiker, dass nichts so beständig ist wie der Wandel. Überraschenderweise bilden auch die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Deshalb gebietet es die Chronistenpflicht, über ein einschneidendes Ereignis zu berichten, von dem freilich erst künftige Historikergenerationen werden beurteilen können, wie sich Kontinuität und Wandel genau zueinander verhalten.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wird Hans Woller seine Funktionen als Chefredakteur der Vierteljahrshefte niederlegen – noch nicht wegen „Erreichens der Altersgrenze“, diese allerdings schon relativ fest im Blick. Ein solcher Schritt dient auch dem Ziel, einen organischen Übergang zum neuen Team zu gewährleisten: Hans Wollers Nachfolger als Chefredakteur wird zu Jahresbeginn 2016 Jürgen Zarusky; diesem folgt Thomas Schlemmer als Stellvertretender Chefredakteur nach: kein abrupter Schnitt also, sondern ein geordneter, von gewissen Kontinuitätsmerkmalen unterfütterter Prozess. Das ist auch dringend erforderlich angesichts der Tatsache, dass sich mit dem Namen Hans Woller nichts anderes als eine Ära der Vierteljahrshefte verbindet. Und die Bilanz dieser Ära lässt sich ziemlich problemlos auf einen Punkt bringen: Es ist die Modernisierung der Zeitschrift, die Hans Woller in enger Abstimmung mit den Herausgebern und der Redaktion maßgeblich vorangetrieben hat.

Als Hans Woller 1991 in die Redaktion der VfZ eintrat, war die Welt noch in Ordnung. Bücher und Zeitschriften wurden konventionell produziert; ein Wort wie Internetpräsenz hätte damals niemand verstanden und ein Begriff wie „Open Access“ war schlicht unbekannt. Und schließlich ließ sich auch das Feld wissenschaftlicher und publizistischer Akteure, die auf dem Gebiet der Zeitgeschichte unterwegs waren, weitaus besser überschauen, als dies heute der Fall ist. Schon als Hans Woller 1994 als Nachfolger von Hermann Graml Chefredakteur der VfZ wurde, begann sich das Feld indes langsam zu wandeln, wenngleich die faktische Revolution, der Wissenschaftspraxis und Publikationstechnik seitdem unterworfen sind, zum damaligen Zeitpunkt kaum vorhersehbar war.

Nun wissen diejenigen, die Hans Woller kennen, dass er selbst nicht unbedingt zu den avanciertesten Praktikern der Computeranwendungen gehört; das hielt ihn aber keineswegs davon ab, sich in dieser Hinsicht als energischer Modernisierer der VfZ zu profilieren. Entsprechend eindrucksvoll ist die Liste der technischen Neuerungen, die sich mit der Ära Woller verbinden: Entschieden trieb der Chefredakteur die Online-Präsenz der Zeitschrift voran – dass die Seite der VfZ heute als schmuckes Schiff im Ozean des World Wide Web segelt, ist sein Verdienst. Aber, mit solchen einfachen Schritten nicht zufrieden, griff Hans Woller die Idee der EDV-Abteilung des IfZ unter Andreas Nagel auf, die VfZ zu

retrodigitalisieren. Wie die gewaltig angestiegene Zahl der „Klicks“ beweist, ist die Verfügbarkeit der Zeitschrift im Netz und damit ihre internationale Visibilität eine einzige Erfolgsgeschichte. Selbst damit gab sich der Chefredakteur nicht zufrieden. Er ruhte nicht, bevor die VfZ-Seite nicht auch kleine historiographische Videos und ein digitales Forum zur Fachdebatte aufwies.

Aber im Hinblick auf die Printausgabe, an der er – wie Herausgeber und Redaktion – eisern festhielt, erwies sich Hans Woller als konsequenter Modernisierer. 2003 wurde das Layout reformiert; im selben Jahr begann die Zusammenarbeit mit den „sehепunkten“, gleichsam als Rezensionsteil der VfZ. Die Organisation der Redaktion und die akribische Manuskriptbearbeitung wurden optimiert und – besonders wichtig – unter Hans Woller erhielten die VfZ internationale Mitherausgeber und avancierten auch formal durch Peer Review und Double blind Review-Verfahren zu einer „referierten“ Zeitschrift. Natürlich waren die VfZ schon immer eine international führende Zeitschrift, aber der Tribut an die neuen formalen Standards unserer Zeit musste adäquat entrichtet werden.

Aufgrund der vielen aktuellen und der ein breiteres Publikum ansprechenden Aufsätze, die die VfZ in der Ära Woller publizierten, gelang es auch, das Presse-Echo enorm zu steigern. Hans Woller und seinem nimmermüden Engagement, die spannenden Ergebnisse der Zeitschrift auch in ein weiteres Spektrum einzuspeisen, ist es maßgeblich zu danken, dass die Feuilletons meist mehrfach im Jahr über VfZ-Artikel berichten. Das hat auch damit zu tun, dass es ihm über die Jahre hinweg immer wieder gelungen ist, attraktive Themen und interessante Autoren für die Zeitschrift zu gewinnen.

Dass die Qualität der Beiträge auch etwas mit Nachwuchsförderung zu tun haben könnte, erkannte der Chefredakteur schon sehr früh und er hat die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Das von ihm initiierte, zusammen mit Thomas Schlemmer jährlich organisierte „Aldersbacher Schreibseminar“ findet 2016 schon zum zehnten Male statt und kann inzwischen als Institution der VfZ gelten. Eine illustre Schar von Aldersbacher Alumni – bisher zählt die Schreibschule nahezu 200 Absolventen – unterstreicht das. Auch die Idee, den „besten“ Aufsatz der VfZ jährlich mit einem Preis zu versehen, stammt – wie könnte es anders sein – von Hans Woller. „Seine“ Zeitschrift verdient das Beste: Fünfzig Jahre nach ihrer Gründung, im Jahre 2003, wurde dies bei einem rauschenden Jubiläumsfest deutlich.

Hans Woller wäre nicht er selbst, wenn ihn nicht auch die Geschichte der Zeitschrift und des Instituts interessieren würde. Das Hausarchiv des IfZ, das noch so manche interessante Einsicht zu bieten hat, ist jedenfalls ein bevorzugter *lieu de recherche* für den Chefredakteur. So verfasste er zusammen mit Hermann Graml im Jubiläumsheft von 2003 einen gemeinsamen Aufsatz zur Geschichte der Vierteljahrshefte¹ und organisierte im selben Jahr eine große Konferenz zur Biographie

¹ Vgl. Hermann Graml/Hans Woller, Fünfzig Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953–2003, in: VfZ 51 (2003), S. 51–87.

ihres Mitbegründers, Hans Rothfels². Herausgeber, Mitherausgeber und Redaktion danken Hans Woller für seine bedeutende Leistung und seine kontinuierliche Arbeit am Fortkommen der Vierteljahrshefte. Zugleich hoffen wir, dass seine ungebrochene Tatkraft – jetzt da er ja so viel mehr Zeit haben wird! – der zeitgeschichtlichen Forschung, sei es über das IfZ, sei es über andere Themen, verstärkt zugutekommen wird.

Andreas Wirsching

² Erschienen als: Johannes Hürter/Hans Woller (Hrsg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005.

„Eine Art Schadensabwicklung“

Antwort auf Vittorio E. Klostermann

Wenn das dichte Gespinnst aus Verwirrung und bewusster Verfälschung, das Vittorio E. Klostermanns polemischen Artikel „Eine verlässliche Ausgabe und ein unredlicher Angriff“ in VfZ 63 (2015), S. 641 f. durchdringt, überhaupt Anhaltspunkte für irgendetwas bietet, dann für eines: Es ist alles andere als verwunderlich, dass ein wissenschaftlicher Konsens darüber besteht, dass die Heidegger-Gesamtausgabe (GA), für die Herr Klostermann die Hauptverantwortung trägt, einen „internationalen wissenschaftlichen Skandal“ darstellt – so ein Heidegger-Spezialist¹. Sie erhielt dieses Etikett, weil die Editions-Verantwortlichen, darunter auch Herr Klostermann, sich auf Schritt und Tritt geweigert haben, den üblichen Standards editorischer und wissenschaftlicher Sorgfalt Rechnung zu tragen.

Stattdessen hat man es bekanntlich zugelassen, dass die Verantwortung für die Edition und ihre Betreuung zu einem Heideggerschen „Familienunternehmen“ geworden sind, mit all der Amateurhaftigkeit und Willkür, die dieser Begriff nahelegt – eine Situation, die angesichts des Ranges und der Bedeutung eines Philosophen wie Heidegger unhaltbar ist. In den 1990er Jahren, hat eine vorläufige Aufstellung der Irrtümer und Fehler über 100 im Band 20 der GA, 80 Fehler in Band 55 und 50 im Fall von Band 56/57 ergeben. In anderen Worten: mehr als 230 Fehler in nur drei Bänden²! Der Autor dieser textuellen Untersuchung kommt zu dem Schluss: „Die [...] Leitung der deutschen [Heidegger-]Ausgaben [...] bleibt ihrem amateurhaft-erratischen Verfahren treu; ihre Irrtümer sind Legion und eine Qualitätskontrolle existiert offenbar nicht.“³

Zu all dem ist nun dank der Forschungen der Philosophin Sidonie Kellerer von der Universität Siegen auch Heideggers Retuschierungsverfahren bei seinen älteren Texten bekannt geworden. So hat Heidegger zum Beispiel nach dem Krieg seinen ursprünglich 1938 verfassten Essay „Die Zeit des Weltbildes“ umgestaltet, um „die Frage nach der Technik“ in den Vordergrund zu stellen, wobei er das, was zum zentralen Thema seiner Nachkriegsphilosophie werden sollte, zurückdatierte und damit praktisch die Entstehungsgeschichte des Essays verfälschte⁴.

In ähnlicher Manier finden sich in den kürzlich publizierten GA-Bänden mit den „Schwarze Hefen“ häufig proleptische Bezüge zu späteren Einträgen, was belegt, dass Heidegger zu irgendeinem späteren Zeitpunkt die früheren Notizen umformuliert hat. In den Worten von Marion Heinz, Philosophin an der Universität Siegen und Herausgeberin von GA 44⁵: „Die Heidegger-Gesamtausgabe genügt den Prinzipien kritischer Editionen nicht; wir Forscher tapen im Dunkeln.

¹ Theodore Kisiel, Heidegger's *Gesamtausgabe*: An International Scandal of Scholarship, in: *Philosophy Today* 39 (1995), H. 1, S. 3–13.

² Vgl. ebenda, S. 12.

³ Ebenda, S. 11.

⁴ Vgl. Sidonie Kellerer, Reworking the Past: The Postwar Publication of a 1938 Lecture by Martin Heidegger, in: *Modern Intellectual History* 11 (2014), S. 575–602.

⁵ Nietzsches metaphysische Grundstellung im abendländischen Denken. Die ewige Wiederkehr des Gleichen, Frankfurt a. M. 1986.

Keiner weiß, wo Passagen gestrichen wurden, wo etwas aus Mitschriften oder Nachschriften eingefügt wurde. Wir haben keine verlässliche Grundlage, um Heideggers Philosophie nach den üblichen Standards erforschen und beurteilen zu können.⁶

Wenn Herr Klostermann angesichts dieser Situation erneut die Edition verteidigt, als ob keiner dieser gut dokumentierten Ausrutscher und Fehler existieren würde, kann man das nur als unberechtigt und vollkommen unredlich bezeichnen.

Die hier vorgebrachten substanziellen Punkte sind entscheidend, denn – wie ich in meinem Interview mit der Zeitschrift *Hohe Luft* im März 2015⁷ deutlich gemacht habe –, zielen meine Bedenken gegen die Art und Weise, in der Heideggers Texte ediert worden sind, nicht in erster Linie auf die Frage textlicher Auslassungen, wie Herr Klostermann das irreführenderweise unterstellt, sondern auf grundlegendere Probleme editorischen Fehlverhaltens. Diese Probleme beginnen schon mit der ursprünglichen Publikation von Heideggers Vorlesungen im Max Niemayer Verlag (im Falle der „Einführung in die Metaphysik“ ebenso wie bei „Schellings Abhandlung über die menschliche Freiheit“) und im Neske Verlag, der in den frühen 1960er Jahren Heideggers Nietzsche-Vorlesungen publiziert hat.

Deshalb habe ich darauf hingewiesen, dass hier ein verstörendes Muster festzustellen ist: Über die Jahre hinweg, sind viele von Heideggers antisemitischen und pro-nazistischen Erklärungen systematisch verzerrt oder ausgelassen worden. So ist zum Beispiel in der ursprünglichen Publikation der Schelling-Vorlesung von 1936 Heideggers Lobpreisung von „Hitler und Mussolini“, dafür, dass sie eine „Gegenbewegung gegen den Nihilismus“ eingeleitet hätten, entfallen. Und in der „Einführung in die Metaphysik“ wurde Heideggers Elegie auf die „innere Wahrheit und Größe“ des Nationalsozialismus im Nachhinein manipuliert⁸.

Erst kürzlich erhielten wir dank der sorgfältigen Untersuchungen einer jungen amerikanischen Wissenschaftlerin⁹ Kenntnis von einem weiteren ernsthaften Fehltritt, der eine erneute Verschleierung von Heideggers nationalsozialistischen Überzeugungen zur Folge hatte. In der GA-Version von Heideggers Vorlesung „Hölderlins Hymnen ‚Germanien‘ und ‚Der Rhein‘“ aus dem Wintersemester 1934/35 wurde die Abkürzung „N. Soz.“ fälschlich als „Naturwissenschaft“ transkribiert, statt als „Nationalsozialismus“. Ich überlasse es den Lesern, darüber zu

⁶ „Er verstand sich als Revolutionär“. Interview von Thomas Assheuer mit Marion Heinz, in: *Die Zeit*, vom 12. 3. 2015, www.zeit.de/2015/11/martin-heidegger-nationalsozialismus-schwarze-hefte/ [letzter Zugriff 13. 11. 2015].

⁷ „Heidegger hielt ‚Endlösung‘ für notwendig“, <http://www.hoheluft-magazin.de/2015/03/heidegger-hielt-endloesung-fuer-notwendig/> [13. 11. 2015].

⁸ Vgl. Rainer Marten, Ein rassistisches Konzept von Humanität, in: *Badische Zeitung* vom 19./20. 12. 1987; vgl. dazu auch Richard Wolin, *Seinspolitik: Das politische Denken Martin Heideggers*, Wien 1991, S. 137 ff.

⁹ Vgl. Julia Ireland, Naming Physis and the “Inner Truth of National Socialism”: A New Archival Discovery, in: *Research in Phenomenology* 44 (2014), S. 315–346.

urteilen, ob diese fehlerhafte Wiedergabe nur ein zufälliges Versehen oder Teil eines allgemeineren Musters bewusster editorischer Manipulation war.

Der Klostermann Verlag hat seine abwegigen Editionspraktiken fortgeführt, als er 1998 den Band 69 der Gesamtausgabe („Die Geschichte des Seyns“) publizierte und dabei Heideggers Bemerkung, „zu fragen wäre, worin die eigentümliche Vorbestimmung der Judenschaft für das planetarische Verbrechen gründet“ sei, ausgelassen hat¹⁰. Berücksichtigt man, dass Heidegger zahlendes Mitglied der NSDAP war und dass diese Bemerkung in den späten 1930er Jahren gemacht wurde, kann sie legitimerweise als Anstachelung zum Genozid interpretiert werden. Denn wie sollte man sich schließlich einer „Rasse“ entledigen, die, wie Heidegger darlegt, eine konstitutionelle Veranlagung zu „planetarischem Verbrechen“ hat? Einmal mehr sehen wir, wie Heideggers Denken perfekt mit der politischen Bewegung übereinstimmt, deren „innere Wahrheit und Größe“ er auch noch nach dem Ende des Krieges pries¹¹.

Herr Klostermann hat die Leser der VfZ noch in einer anderen bedeutsamen Hinsicht in die Irre geführt, indem er Ihnen eine bemerkenswerte Information vorenthalten hat: Als mich Klostermann erstmals im vergangenen Frühjahr im Zusammenhang mit dem erwähnten Interview in der *Hohen Luft* kontaktiert hat, drohte er mit einer gerichtlichen Klage gegen mich und den Herausgeber der Zeitschrift. Hier möchte ich betonen, dass meine kritischen Bemerkungen zu den irreführenden Editionspraktiken der GA keineswegs nur meiner eigenen privaten Meinung oder Perspektive entsprechen, sondern Vorbehalte und Einsprüche reflektieren, wie sie von zahlreichen Heidegger-Spezialisten vertreten werden. Als Verleger der GA ist Herr Klostermann mit dieser Kritik bestens vertraut und sollte wissen, dass die Probleme mit einer Klagedrohung nicht zu beseitigen sind. Dass er letztlich von seiner Drohung abgerückt ist, zeigt, dass seine Beschuldigungen grundlos sind, kaum mehr als eine Einschüchterungsstrategie und eine Flucht nach vorn, die von den editorischen Entgleisungen, die ich aufgeführt habe, ablenken soll.

Richard Wolin

Hinweis:

Vittorio E. Klostermann hat zu dem Beitrag von Richard Wolin eine Entgegnung verfasst, die im online-Forum der VfZ (<http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/forum/>) publiziert ist, wo die Debatte über die Verlässlichkeit der Heidegger-Gesamtausgabe gegebenenfalls auch weiterhin ihren Ort haben wird.

¹⁰ Peter Trawny, Heidegger und der Mythos der jüdischen Weltverschwörung, Frankfurt a. M. 2014, S. 51.

¹¹ Martin Heidegger, Einführung in die Metaphysik, in: Ders., Gesamtausgabe, Bd. 40, Frankfurt a. M. 1983, S. 208.

Zehnte Aldersbacher Schreib-Praxis

Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg (20. bis 24. März 2016)

1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, legen aber auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ein entsprechendes Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am späten Nachmittag des 20. März (Sonntag) und dauert bis zum 24. März (Gründonnerstag). Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interessen, Thema von Magister-, Master- oder Zulassungsarbeit bzw. der

Dissertation, Name des Betreuers) bis zum 15. Januar 2016 an das *Institut für Zeitgeschichte, Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München*. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 75 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschlossenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer und Hans Woller

... von der Redaktion betreut (Oktober – Dezember 2015)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehpunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehpunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehpunkten* erschienen sind.

Uwe Bahnsen, Hanseaten unter dem Hakenkreuz. Die Handelskammer Hamburg und die Kaufmannschaft im Dritten Reich, Neumünster 2015.

Rezensiert von: Felix Matheis (Universität Hamburg) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 12
<http://www.sehpunkte.de/2015/12/27536.html>

Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 7: Literatur, Film, Theater und Kunst, Berlin / München / Boston 2015.

Rezensiert von: Raphael Rauch (Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 10
<http://www.sehpunkte.de/2015/10/26733.html>

Frank Bösch (Hg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015.

Rezensiert von: Christian Rau (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 12
<http://www.sehpunkte.de/2015/12/27506.html>

Winfried Böttcher (Hg.), Klassiker des europäischen Denkens. Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte, Baden-Baden 2014.

Rezensiert von: Michael Gehler (Stiftung Universität Hildesheim) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 11
<http://www.sehpunkte.de/2015/11/25527.html>

Emily K. Brock, Money Trees. The Douglas Fir and American Forestry, 1900–1944, Corvallis, OR 2015.

Rezensiert von: Martin Bemmann (Freiburg/BrsG.) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 11
<http://www.sehpunkte.de/2015/11/27120.html>

Günter Buchstab (Bearb.), Kohl: „Wir haben alle Chancen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976, Düsseldorf 2015.

Rezensiert von: Ulrich Lappenküper (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 10
<http://www.sehpunkte.de/2015/10/27335.html>

Oleg Budnickij / Ljudmila Novikova (eds.), SSSR vo Vtoroj mirovoj vojne. Okkupacija, Holokost, Stalinizm. [Die UdSSR im Zweiten Weltkrieg. Besatzung, Holocaust, Stalinismus], Moskva 2014.

Rezensiert von: Yuliya von Saal (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/28013.html>

Marc Buggeln, Slave Labor in Nazi Concentration Camps, Oxford 2014.

Rezensiert von: Christopher Dillon (University of London) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/26783.html>

Helen Bury, Eisenhower and the Cold War Arms Race. 'Open Skies' and the Military-Industrial Complex, London / New York 2014.

Rezensiert von: Thomas Freiburger (Bonn) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/27176.html>

Hubertus Büschel, Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika 1960–1975, Frankfurt/M. 2014.

Rezensiert von: Alexander Keese (Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/26383.html>

Julián Casanova, A Short History of the Spanish Civil War, London / New York 2013.

Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/25640.html>

Robert M. Citino, The Wehrmacht Retreats. Fighting a Lost War, 1943, Lawrence, KS 2012.

Rezensiert von: Roman Töppel (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehepunkte.de/2015/12/26506.html>

James E. Cronin, Global Rules. America, Britain and a Disordered World, New Haven / London 2014.

Rezensiert von: Peter Ridder (Köln) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/27302.html>

Doris Danzer, Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960), Göttingen 2012.

Rezensiert von: Eva Oberloskamp (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/21605.html>

Christopher Dillon, Dachau and the SS. A Schooling in Violence, Oxford 2015.

Rezensiert von: *Andrea Riedle (KZ-Gedenkstätte Dachau) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10*
<http://www.sehepunkte.de/2015/10/26918.html>

Jean Drèze / Amartya Sen, Indien. Ein Land und seine Widersprüche, München 2014.

Rezensiert von: *Patrick Hesse (Freiburg/BrsG.) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12*
<http://www.sehepunkte.de/2015/12/26519.html>

Thorsten Eitz / Isabelle Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik, Bd. 1. Mit einem Vorwort von Georg Stötzel, Hildesheim 2015.

Rezensiert von: *Jörn Retterath (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12*
<http://www.sehepunkte.de/2015/12/27100.html>

Thorsten Eitz / Isabelle Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik, Bd. 2. Mit einem Vorwort von Georg Stötzel, Hildesheim 2015.

Rezensiert von: *Jörn Retterath (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12*
<http://www.sehepunkte.de/2015/12/27100.html>

Romain Faure, Netzwerke der Kulturdiplomatie. Die internationale Schulbuchrevision in Europa, 1945–1989, Berlin / München / Boston 2015.

Rezensiert von: *Marie Müller-Zetzsche (Universität Leipzig) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10*
<http://www.sehepunkte.de/2015/10/27212.html>

Piotr Forecki, Reconstructing Memory. The Holocaust in Polish Public Debates, Bern / Frankfurt/M. [u. a.] 2013.

Rezensiert von: *Stephan Stach (Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Halle) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12*
<http://www.sehepunkte.de/2015/12/26855.html>

Harald Gilbert, Das besetzte Kreta 1941–1945, Ruhpolding 2014.

Rezensiert von: *Loukas Lymperopoulos (Hamburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10*
<http://www.sehepunkte.de/2015/10/27023.html>

Jonathan Gorry, Cold War Christians and the Spectre of Nuclear Deterrence, 1945–1959, Basingstoke 2013.

Rezensiert von: *Daniel Gerster (Westfälische Wilhelms-Universität, Münster) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11*
<http://www.sehepunkte.de/2015/11/27173.html>

Stephen Gundle / Christopher Duggan / Giuliana Pieri (eds.), The Cult of the Duce. Mussolini and the Italians, Manchester 2013.

Rezensiert von: *Wolfgang Altgeld (Julius-Maximilians-Universität, Würzburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10*
<http://www.sehepunkte.de/2015/10/27040.html>

Hermann Haarmann / Christoph Hesse (Hgg.), Briefe an Bertolt Brecht im Exil (1933–1945), Berlin 2014.

Rezensiert von: Markus Roth (Arbeitsstelle Holocaustliteratur, Justus-Liebig-Universität, Gießen) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehepunkte.de/2015/12/27068.html>

Marc Halder, Der Titokult. Charismatische Herrschaft im sozialistischen Jugoslawien, München 2013.

Rezensiert von: Arnold Suppan (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/24066.html>

Irene Heidelberger-Leonard, Imre Kertész. Leben und Werk, Göttingen 2015.

Rezensiert von: Benedikt Faber (Gymnasium Augustinianum, Greven) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehepunkte.de/2015/12/27689.html>

Enrico Heitzer, Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959, Köln / Weimar / Wien 2015.

Rezensiert von: Roger Engelmann (Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/26581.html>

Alexander W. Hoerkens, Unter Nazis? Die NS-Ideologie in den abgehörten Gesprächen deutscher Kriegsgefangener von 1939 bis 1945, Berlin 2014.

Rezensiert von: Christian Packheiser (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehepunkte.de/2015/12/27070.html>

Tobias Huff, Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, Göttingen 2015.

Rezensiert von: Christian Möller (Institut für Geschichtswissenschaften, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/27104.html>

Sven Felix Kellerhoff, „Mein Kampf“. Die Karriere eines deutschen Buches, Stuttgart 2015.

Rezensiert von: Roman Töppel (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehepunkte.de/2015/12/27856.html>

Sibylle Klemm, Eine Amerikanerin in Ostberlin. Edith Anderson und der andere deutsch-amerikanische Kulturaustausch, Bielefeld 2015.

Rezensiert von: Hedwig Richter (Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/27170.html>

Boris N. Kovalev, *Povsednevnaja žizn' naselenija Rossii v period nacistskoj okupacii*. [Das Alltagsleben der Bevölkerung Russlands in der Periode der nazistischen Besatzung], Moskva 2011.

Rezensiert von: Yuliya von Saal (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehpunkte.de/2015/11/28013.html>

Stephanie Kowitz-Harms, *Die Shoah im Spiegel öffentlicher Konflikte in Polen. Zwischen Opfermythos und Schuldfrage (1985–2001)*, Berlin 2014.

Rezensiert von: Stephan Stach (Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Halle) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehpunkte.de/2015/12/26855.html>

Anita Krätzner (Hg.), *Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung*, Göttingen 2015.

Rezensiert von: Gisela Diewald-Kerkmann (Universität Bielefeld) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehpunkte.de/2015/10/26943.html>

Christoph Lorke, *Armut im geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik und der DDR*, Frankfurt/M. 2015.

Rezensiert von: Meike Haunschild (Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsgr.) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehpunkte.de/2015/11/27194.html>

Paul M. McGarr, *The Cold War in South Asia. Britain, the United States and the Indian Subcontinent, 1945–1965*, Cambridge 2013.

Rezensiert von: Amit Das Gupta (Berlin) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehpunkte.de/2015/12/24294.html>

Esther Möller, *Orte der Zivilisierungsmission. Französische Schulen im Libanon 1909–1943*, Göttingen 2013.

Rezensiert von: Silke Mende (Seminar für Zeitgeschichte, Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehpunkte.de/2015/10/25669.html>

Andreas Moring, *Liberale Europapolitik 1949–1989. Die Europapolitik der FDP zwischen 1949 und 1989. Mit einem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher*, Bern / Frankfurt/M. [u. a.] 2014.

Rezensiert von: Hans-Heinrich Jansen (Koblenz) in sehpunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehpunkte.de/2015/10/26207.html>

Philipp Neumann-Thein, *Parteidisziplin und Eigenwilligkeit. Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos*, Göttingen 2014.

Rezensiert von: Annette Weinke (Friedrich-Schiller-Universität, Jena / Princeton University) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/26403.html>

Pelai Pagès i Blanch, *War and Revolution in Catalonia, 1936–1939*. Translated by Patrick L. Gallagher, Leiden / Boston 2013.

Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/25640.html>

Julia Paulus / Marion Röwekamp (Hgg.), *Eine Soldatenheimschwester an der Ostfront. Briefwechsel von Annette Schücking mit ihrer Familie (1941–1943)*, Paderborn 2015.

Rezensiert von: Christian Packheiser (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/26713.html>

Paul Preston, *The Last Stalinist. The Life of Santiago Carrillo*, London 2014.

Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/25640.html>

Wolfram Pyta / Nils Havemann (eds.), *European Football and Collective Memory*, Basingstoke 2015.

Rezensiert von: Kay Schiller (Department of History, Durham University) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/27286.html>

Alexander Reinfeldt, *Unter Ausschluss der Öffentlichkeit? Akteure und Strategien supranationaler Informationspolitik in der Gründungsphase der europäischen Integration, 1952–1972*, Stuttgart 2014.

Rezensiert von: Katja Seidel (University of Westminster, London) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/24679.html>

Heinz A. Richter, *Der Krieg im Südosten. Band 1: Gallipoli 1915*, Ruhpolding 2013.

Rezensiert von: Vaios Kalogrias (Fern-Universität Zypern / Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/26905.html>

Heinz A. Richter, *Der Krieg im Südosten. Band 2: Makedonien 1915–1918*, Ruhpolding 2014.

Rezensiert von: Vaios Kalogrias (Fern-Universität Zypern / Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/26905.html>

Aleksandr Ju. Rožkov (ed.), Vtoraja mirovaja vojna v detskich „ramkach pamjati“: Sbornik naučnych statej. [Der Zweite Weltkrieg im kindlichen „Gedächtnisrahmen“], Krasnodar 2010.

Rezensiert von: Yuliya von Saal (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/28013.html>

Oleg Roman'ko, Belorusskie kollaboracionisty. Sotrudničestvo s okkupantami na territorii Belorussii 1941–1945. [Weißrussische Kollaborateure. Die Zusammenarbeit mit den Besatzern auf dem Territorium Weißrusslands 1941–1945], Moskva 2013.

Rezensiert von: Yuliya von Saal (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/28013.html>

Doug Rossinow, The Reagan Era. A History of the 1980s, New York 2015.

Rezensiert von: Gerhard Altmann (Korb) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehepunkte.de/2015/12/27207.html>

Martin Rów, Militärseelsorge unter dem Hakenkreuz. Die katholische Feldpastoral 1939–1945, Paderborn 2014.

Rezensiert von: Katharina Grannemann (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule, Aachen) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/26154.html>

Stephan Scholz / Maren Röger / Bill Niven (Hgg.), Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken, Paderborn 2015.

Rezensiert von: Susanne Greiter (Ingolstadt) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehepunkte.de/2015/12/25756.html>

Lu Seegers, „Vati blieb im Krieg“. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen, Göttingen 2013.

Rezensiert von: Nicole Kramer (Goethe-Universität, Frankfurt/M.) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehepunkte.de/2015/12/24692.html>

Florian Seiller, Rüstungsintegration. Frankreich, die Bundesrepublik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1950–1954, Berlin / München / Boston 2015.

Rezensiert von: Gunnar Seelow (Stuttgart) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/26083.html>

Alan Sennett, Revolutionary Marxism in Spain, 1930–1937, Leiden / Boston 2014.

Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/25640.html>

Sergej Slutsch / Carola Tischler (Hgg.), Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven. Band 1: 30. Januar 1933–31. Dezember 1934, München 2014.

Rezensiert von: Stefan Kreuzberger (Universität Rostock) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11
<http://www.sehepunkte.de/2015/11/24959.html>

Dan Stone (ed.), The Oxford Handbook of Postwar European History, Oxford 2012.

Rezensiert von: Andreas Rödder (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/23290.html>

Petra Terhoeven, Deutscher Herbst in Europa. Der Linksterrorismus der siebziger Jahre als transnationales Phänomen, München 2014.

Rezensiert von: Michael Ploetz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/24290.html>

Franz Walter / Stephan Klecha / Alexander Hensel (Hgg.), Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen 2015.

Rezensiert von: Teresa Tammer (Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 10

<http://www.sehepunkte.de/2015/10/26682.html>

Annika Wienert, Das Lager vorstellen. Die Architektur der nationalsozialistischen Vernichtungslager, Berlin 2015.

Rezensiert von: Stephan Lehnstaedt (Deutsches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/27565.html>

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (Oktober – Dezember 2015):

Jan Foitzik (Hg.), Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente, Berlin / München / Boston 2015.

Rezensiert von: Michael C. Bienert (Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 11

<http://www.sehepunkte.de/2015/11/26597.html>

Rüdiger Graf, Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, Berlin / München / Boston 2014.

Rezensiert von: Wiebke Glässer (Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 12

<http://www.sehepunkte.de/2015/12/26368.html>

Roman Töppel, "Volk und Rasse" – Searching for Hitler's Sources.

The chapter *Volk und Rasse* [People and Race] is considered the central ideological chapter of Hitler's book *Mein Kampf*. In this chapter, Hitler develops the figure of "the Jew" as a homogenous enemy and antitype to the "racially pure" creator of culture, the "Aryan". The present essay deals with the question of Hitler's sources for his chapter *Volk und Rasse*. This question is not easy to answer, for Hitler, who always wanted to appear original, rarely named the authors who inspired him. Furthermore, he mostly used bits and pieces from books and essays which he had read and ignored everything else that did not fit into his pre-made concept of the world. However, it has become possible to uncover some of his sources by using the letters of his private secretary Rudolf Heß, the remains of Hitler's private library, and finally through comparing *Volk und Rasse* with other books and articles in periodicals that were advertised in the *Völkisch* scene of the early 1920s. As a result, stronger influence on Hitler's writing emerge from Houston Stewart Chamberlain, Heinrich Claß, and Theodor Fritsch as well as from Dietrich Eckart, Hans F. K. Günther, and Alfred Rosenberg. Namely the early influence of Rosenberg on Hitler's race ideology remains underestimated, while the influence of other authors who are often named as sources for Hitler's ideas – such as Joseph Adolf Lanz, Karl May, and Karl Haushofer – has been greatly overestimated.

Axel Schildt, Targeting the Nazi Past of West German Intellectuals. The Investigative Campaign of Kurt Ziesel During the Adenauer Era.

In late 1957, a book by the conservative right wing publicist Kurt Ziesel (1911–2001) caused a sensation. It was called: *Das verlorene Gewissen. Hinter den Kulissen der Presse, Literatur und ihrer Machttträger von heute* [The Lost Conscience. Behind the Scenes of Press, Literature and Today's Powerful]. Ziesel scandalized the career of those intellectuals of the Third Reich, who in the meantime had made their peace with the Federal Republic of Germany and were even holding liberal views, but had concealed their former political positions and publications. The article retraces his strategy as well as how he dealt with the reactions of the accused, such as Rudolf Pechel and Karl Korn, and the argumentative support for those he attacked from prominent intellectuals, such as the publisher of "Frankfurter Hefte" Walter Dirks, the philosopher Theodor W. Adorno, Hans Werner Richter, Heinrich Böll and other members of *Gruppe 47*. The campaign abated in the middle of the 1960s, but its means became part of the arsenal of methods for political fights.

Mechthild Lindemann, German Scientists as the Inventors of "Agent Orange"? A Search for Clues.

Did German scientists invent "Agent Orange"? A request by the American Department of Defense asking the German Foreign Office for further information suggests as much. When in spring 1983 the Vietnam Veterans' law suit against the herbicide's producers reached its decision phase, the court asked for the testimony of German scientists who, as the Pentagon put it, had been visited by a German-American colleague in the early 1960s and had given him a formula that had led to the development of "Agent Orange". The article presents background

information on this mysterious request and showcases the problems of dual use products. Why should a chemist working for the American military have contacted members of a German committee working on occupational health and safety issues? Did they have knowledge which, in the early 1960s, could have been of interest to the US Army? The search for answers shows that neither side really wanted the scientists to testify. The possible witnesses themselves, as well as the German government, did not wish to be associated with a herbicide widely regarded as a chemical warfare agent. Besides, there was the risk of a new debate on the German past, as several scientists had been involved in research projects on chemical warfare agents in the 1930s. The Pentagon also preferred to keep the German scientists away from the law suit. Their testimony could have confirmed the judge's assessment that both the American government and the military leadership had ordered the use of "Agent Orange" in Vietnam in spite of significant health risks to American soldiers.

Thomas Riegler, "Keep it under the Rug": The Weapon Sales of the Austrian Nationalised Industry and the Noricum Scandal.

The so called Noricum scandal deeply unsettled the political system of the Austrian Second Republic between 1985 and 1993. So far, this case has not been the subject of historical research with the exception of journalistic or political science accounts. The affair was caused by illegal arms deals with Iran and Iraq, at a time when these countries fought each other in the First Gulf War (1980–1988). The arms shipments were conducted by the *Noricum Maschinenhandels GesmbH*, a subsidiary firm of the *Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke – Alpine Montan AG (VOEST-Alpine AG)*, the heavyweight of the Austrian Nationalised Industry. The sales encompassed 353 long-range howitzers (GHN-45), ammunition, and supplies. The deals constituted a clear violation of Austrian arms export laws, which forbade the sale of arms to belligerent states. After the affair gradually became public, political and criminal responsibility was clarified during several trials. This contribution explores the subject (1.) in regard to the overall context of post-industrial change in the 1970s and 1980s. (2.) The Noricum affair is interpreted as a continuation of problematic Austrian arms exports to Latin America and the Middle East. Furthermore, (3.) the circumstances of Austrian neutrality and the arms exports laws are highlighted, as well as the political-judicial consequences (4.).

Frank Bajohr, The First Two Years of the Center for Holocaust Studies at the Institute for Contemporary History.

This contribution assesses the activities of the Center for Holocaust Studies, which was set up by the Institute for Contemporary History in a pilot phase in 2013. In doing so, it received important impulses from American and Israeli institutions, who criticised that an institutional partner for Holocaust research was missing in Germany of all places. The Center is currently being funded by the Federal Ministry of Education and Research; it is planned to extend it further and have it transitioned to mixed Federal and State funding. In the short period of its existence, the Center has already left its mark in its three areas of activity: Interna-

tional conferences and a fellowship program for visiting scholars by now are both integral parts of a research infrastructure. Research is also being conducted within an international network, as with the edition of the diaries of the Nazi chief ideologue Alfred Rosenberg, which was published together with the Mandel Center for Advanced Holocaust Studies in Washington. Finally with a “Teaching Summit” for German university teachers conducted in Washington as well as courses at LMU Munich, important foundations for university teaching on the Holocaust have also been laid.

Michael Mayer, **How Autonomously did Vichy Govern? On the Current Debate on the Introduction of Antisemitic Racial Legislation in France in 1940.**

The persecution of the Jews in France is the subject of a current debate. It concerns the introduction of antisemitic laws by the French Vichy government in the summer and autumn of 1940. Ultimately it is about the question whether a continuity of antisemitism existed in France before and after 1940. Recently some have re-emphasised that the start of a French antisemitic policy in 1940 only occurred as a reaction to the anti-Jewish deeds of the German occupying forces in France. According to this view, there were hardly any continuities, and after 1940 antisemitism was mostly imported from Germany. Michael Mayer proves that this was not the case. Rather, one can observe two parallel lines of development: On the one hand the French government implemented its own policy of persecuting the Jews in France fairly independently of German antisemitic actions. On the other hand German measures regarding the expropriation of Jewish property led to successful defensive actions by the French administration. Vichy thus largely acted autonomously in introducing antisemitic segregationist legislation, while it mostly reacted to German measures in the context of the “Aryanisation” of Jewish property. This reveals both the continuities as well as the ruptures in French antisemitism.

Dr. Roman Töppel, Historiker in München (romantoeppel@hotmail.com) und Mitherausgeber der IfZ-Publikation „Hitler, Mein Kampf – eine kritische Edition“, veröffentlichte u. a.: „Die Sachsen und Napoleon. Ein Stimmungsbild 1806–1813“ (Köln/Weimar/Wien 2013); „Kursk – Mythen und Wirklichkeit einer Schlacht“, in: VfZ 57 (2009), S. 349–384; „Waffen-SS und Wehrmacht in der Schlacht bei Kursk. Ein Vergleich im operativen Einsatz“, in: Jan Erik Schulte/Peter Lieb/Bernd Wegner (Hrsg.), Die Waffen-SS. Neue Forschungen (Paderborn 2014), S. 317–335.



Dr. Axel Schildt, Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg) und Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, veröffentlichte u. a.: „Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90“ (München 2007); gemeinsam mit Detlef Siegfried „Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart“ (München 2009); als Herausgeber mit Ute Daniel, „Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts“ (Köln u. a. 2010); als Herausgeber mit Alexander Gallus und Detlef Siegfried, „Deutsche Zeitgeschichte – transnational“ (Göttingen 2015).



Dr. Mechthild Lindemann, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (AAPD) des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (c/o Auswärtiges Amt, Referat 117 – IfZ-AAPD 11013 Berlin); veröffentlichte u. a.: als Bearbeiterin zahlreiche AAPD-Bände, zuletzt AAPD 1962 und 1983 (München 2010 bzw. 2014); „Die deutsche Frage auf den Genfer Viermächtekonferenzen 1955“ (Bonn 1994); „Das Entschädigungsabkommen von 1961 zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland“, in: Die Schweiz und Deutschland 1945–1961, hrsg. von Antoine Fleury, Horst Möller und Hans-Peter Schwarz (München 2004), S. 147–163; „Ein Kasus als ‚casus belli‘? Zum ‚Genitiv-Streit‘ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR in den 1970er und 1980er Jahren“, in: Irina Podtergera (Hrsg.), Schnittpunkt Slavistik. Ost und West im wissenschaftlichen Dialog. Festgabe für Helmut Keipert zum 70. Geburtstag, Teil 3: Vom Wort zum Text (Göttingen 2012), S. 161–180.





Dr. Thomas Riegler, Historiker und Redakteur (Vorgartenstraße 145–157/3/9, A-1020 Wien); veröffentlichte u. a.: „Terrorismus. Akteure, Strukturen, Entwicklungslinien“ (Innsbruck 2009); „Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973–1985“ (Vienna University Press 2010); „Die ‚Wiener Residentur‘ der Stasi – Mythos und Wirklichkeit“, in: *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies* 7 (2013), Nr. 2, S. 89–113; „Agenten, Wissenschaftler und ‚Todesstrahlen‘: Zur Rolle österreichischer Akteure in Nassers Rüstungsprogramm (1958–1969)“, in: *Ebenda* 8 (2014), Nr. 2, S. 44–72; „Es muss ein gegenseitiges Geben und Nehmen sein‘: Warschauer-Pakt-Staaten und Terrorismusbekämpfung am Beispiel der DDR“, in: Johannes Hürter (Hrsg.), *Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren* (Berlin u. a. 2014), S. 289–315.



Dr. Frank Bajohr, Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte, München (Leonrodstraße 46 b, 80636 München) und Privatdozent am Historischen Seminar der Universität Hamburg und Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München; veröffentlichte im letzten Jahr u. a.: als Herausgeber mit Andrea Löw, „Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung“ (Frankfurt a. M. 2015); als Herausgeber mit Jürgen Matthäus, „Alfred Rosenberg. Die Tagebücher 1934–1944“ (Frankfurt a. M. 2015); als Herausgeber mit Sybille Steinbacher, „Zeugnis ablegen bis zum letzten‘. Tagebücher und persönliche Zeugnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Holocaust“ (Göttingen 2015).



Dr. Michael Mayer, zuständig für den Arbeitsbereich Zeitgeschichte an der Akademie für Politische Bildung Tutzing (Buchensee 1, 82327 Tutzing); veröffentlichte u. a.: „Deformation der Gesellschaft. Neue Forschungen zum Nationalsozialismus“ (Berlin 2008); „Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und ‚Judenpolitik‘ in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich. Ein Vergleich“ (München 2010); „Die französische Regierung packt die Judenfrage ohne Umschweife an‘. Vichy-Frankreich, deutsche Besatzungsmacht und der Beginn der ‚Judenpolitik‘ im Sommer/Herbst 1940“, in: *VfZ* 58 (2010), S. 329–362; „Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten. Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Eine Binnendifferenzierung“, in: *VfZ* 59 (2011), S. 509–532; als Bearbeiter „Die Verfolgung und Ermordung der

europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 5: West- und Nordeuropa 1940 bis Juni 1942“ (München 2012); als Herausgeber mit Johannes Hürter, „Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur“ (München 2014); als Bearbeiter die AAPD-Bände 1978 (2 Bände) und 1962 (3 Bände) (München 2009/2010).